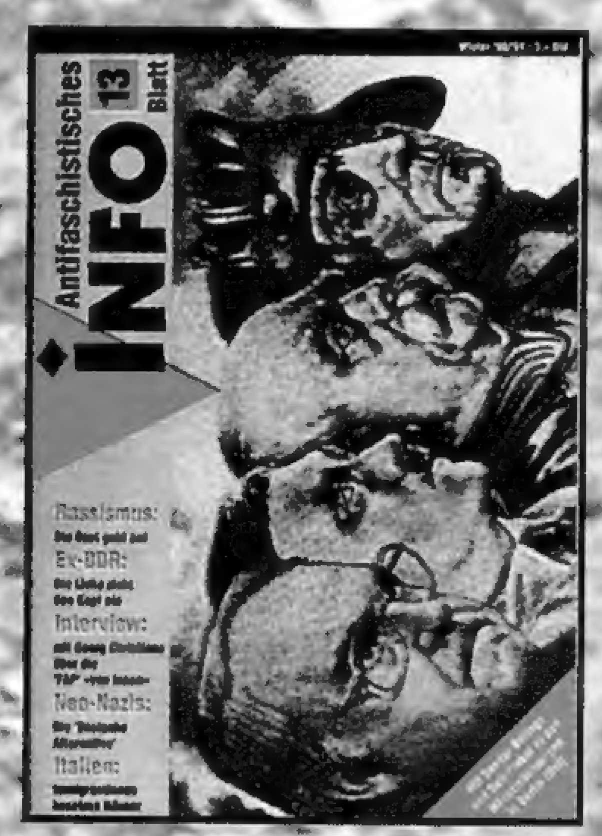
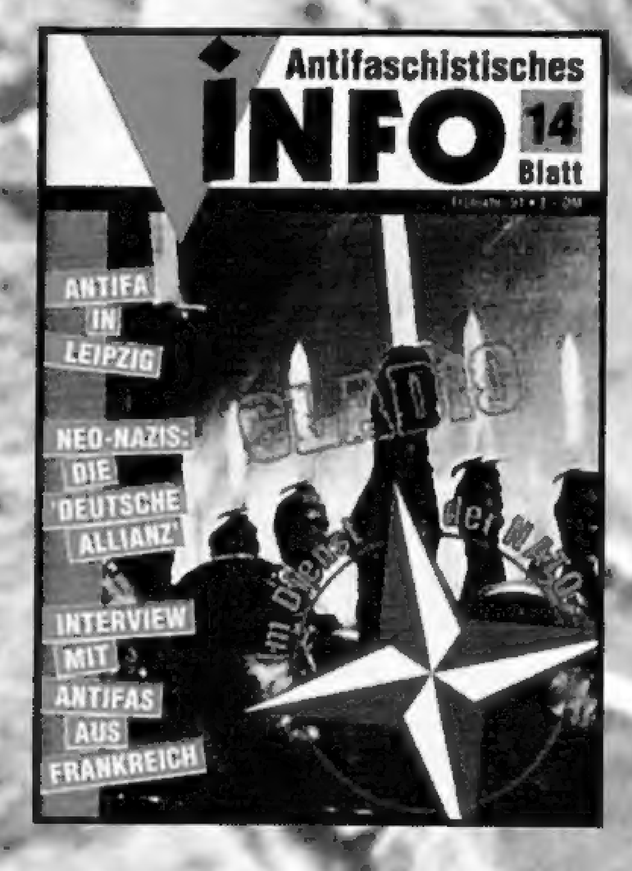
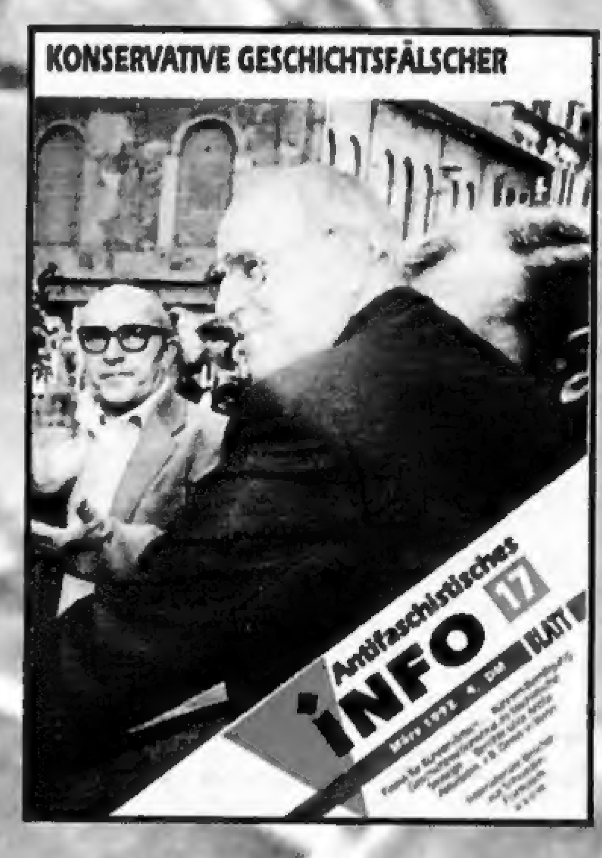
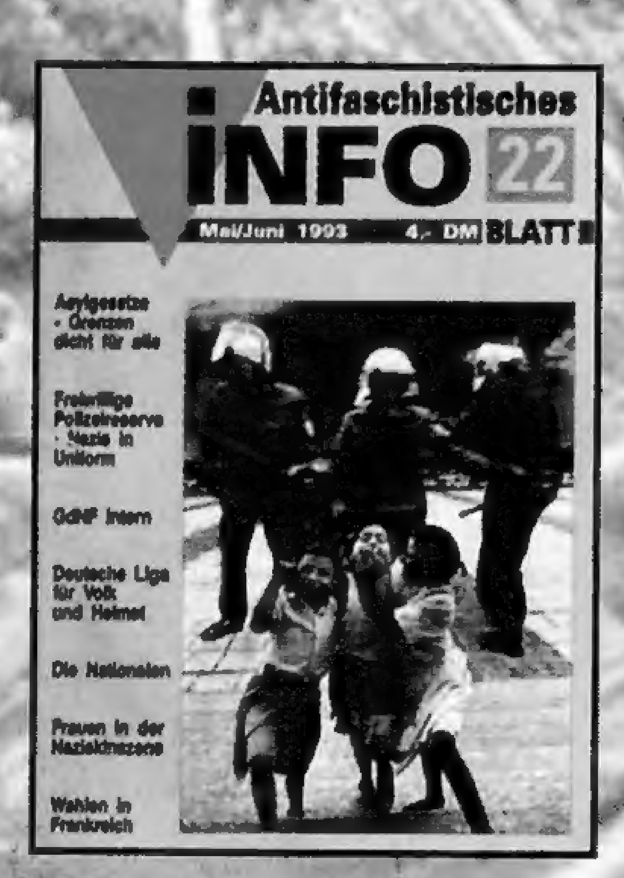
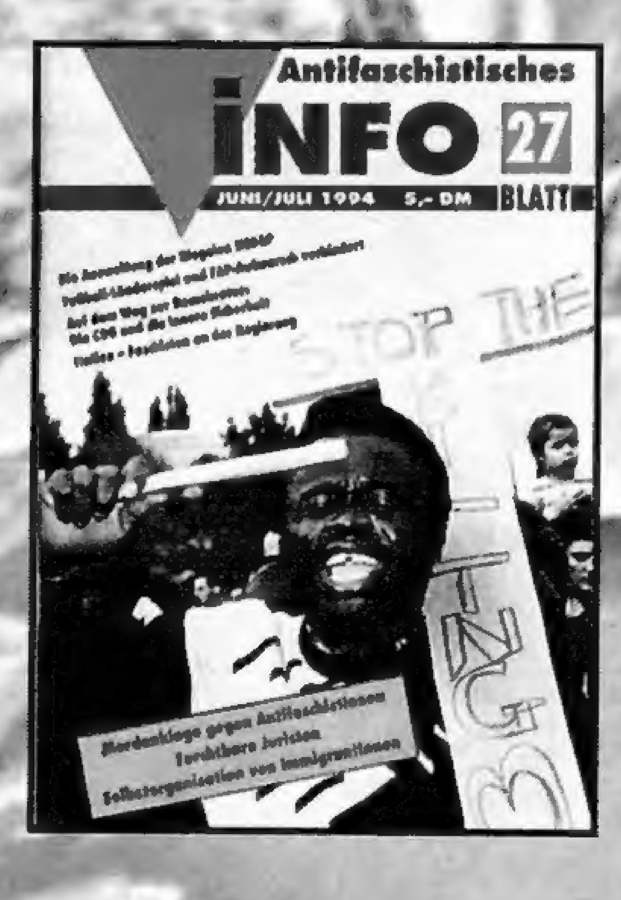
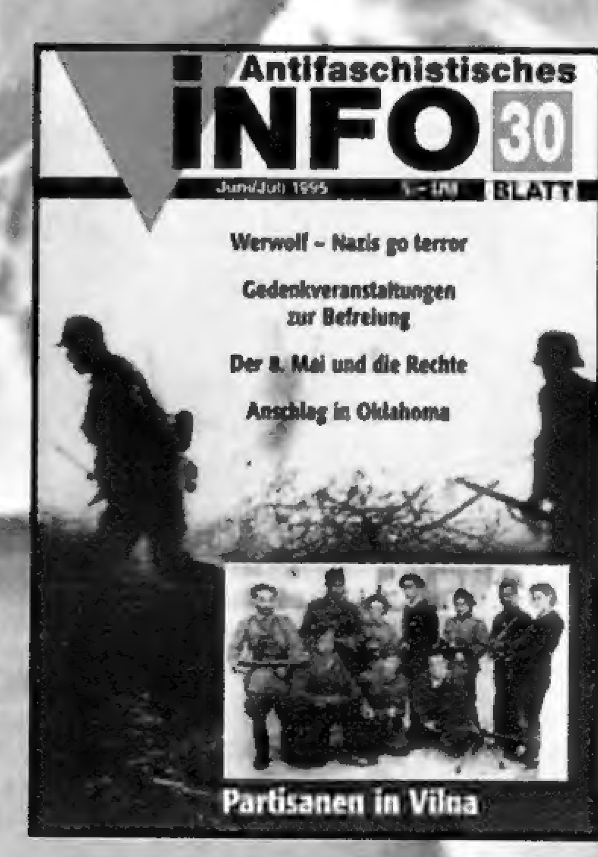
Antifaschistisches INFO 40 BLATT

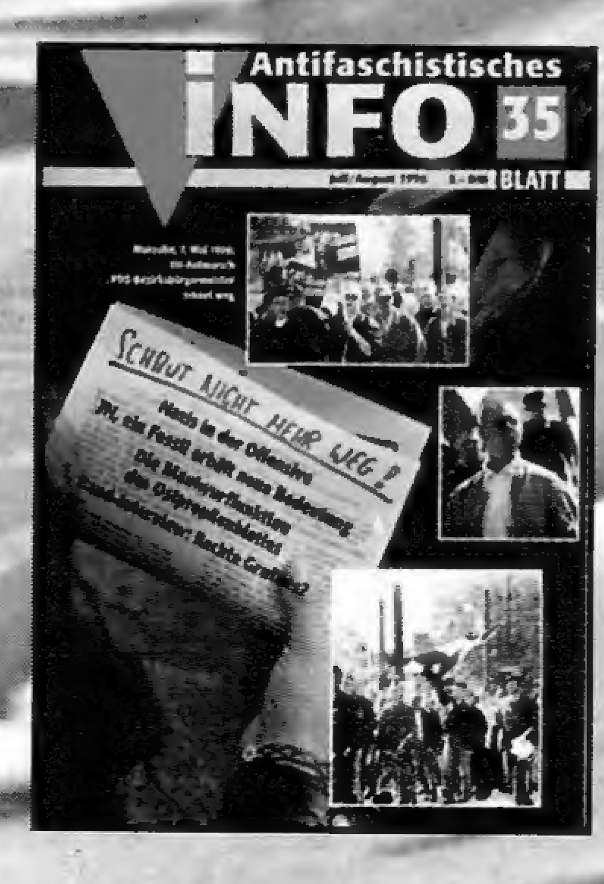
September/Oktober 1997 5,– DM

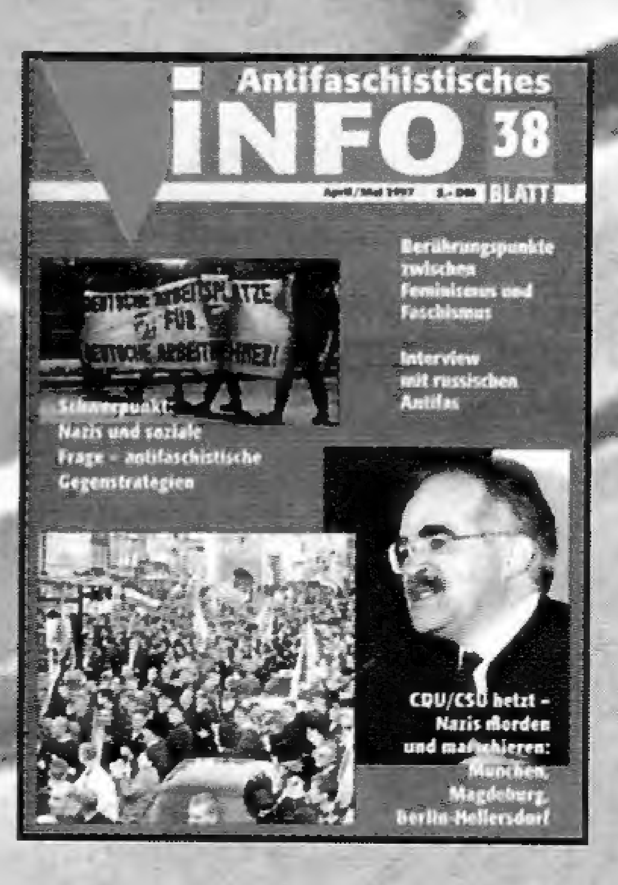








Schwerpunkt: 10 Jahre AIB & Interviews mit Antifas

Prozeß gegen Kay Diesner

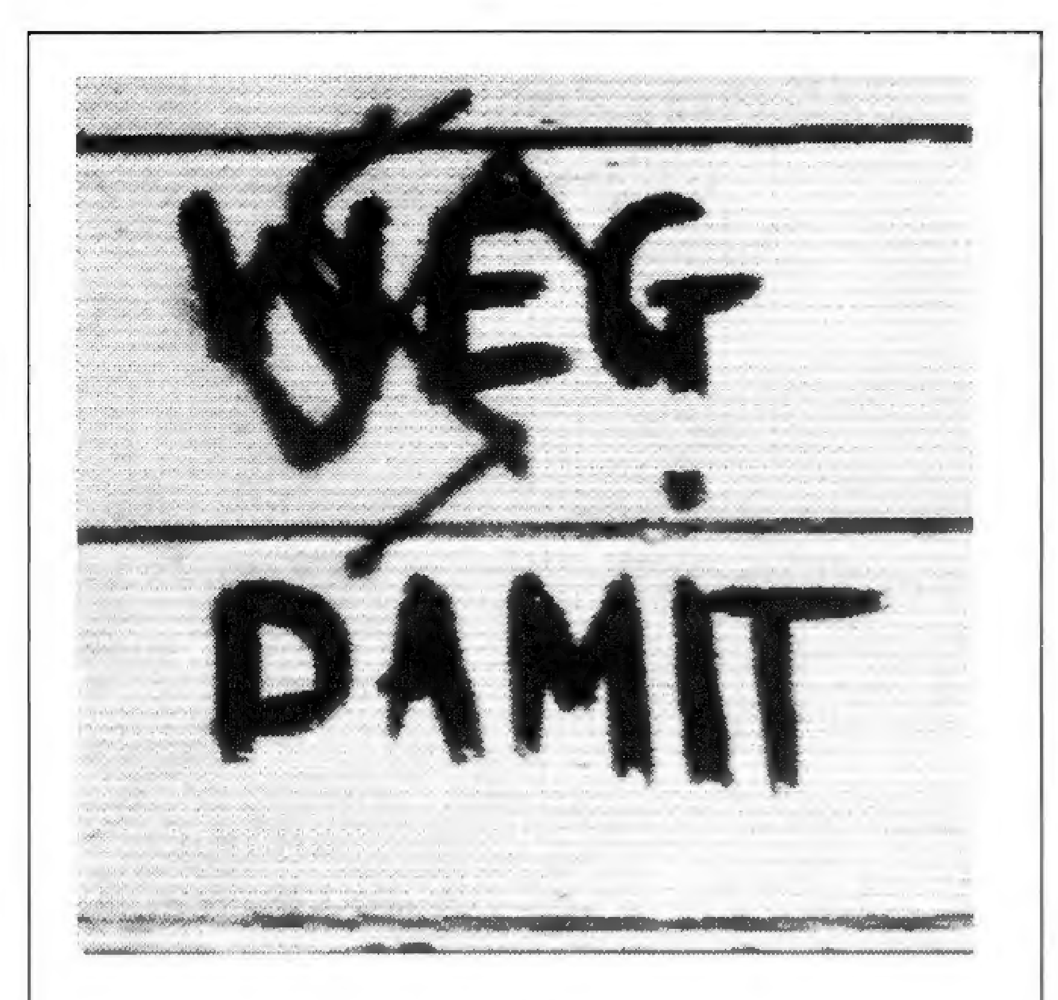
Heß-Marsch ausgefallen

Kirchenasyl

»Otto von Bismarck-Stiftung«

Front National auf Erfolgskurs

MIT 8 SEITEN »Was geht ab?«



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 40, September/Oktober 1997
11. Jahrgang

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Antifaschismus mit Biß!

An dieser Stelle ein besonderer Dank an die Gruppe Gegenstrom und die Kneipen Kaz-Keller und T-Keller, alle drei aus Göttingen, für 500 DM Spende.

Zehn Jahre – (K)ein Grund zum Feiern



Seit zehn Jahren erscheint das Antifa INFO-Blatt und seit zehn Jahren wachsen auch die Gründe dafür. Die Formierungsversuche des Neofaschismus und die Ausbreitung des Rassismus mit einer breiten Basisbewegung zu bekämpfen, bevor sie Fuß gefasst haben, konnte uns nicht gelingen. Gegen den Rechtsruck von Regierenden und Meinungsmachern, gegen die Profitsucht der Konzerne waren wir zu wenige – das ist kein Grund zum Feiern. Große Erfolge sind selten geworden, aber beharrlich bleibt die antifaschistische Bewegung Stachel im Fleisch, unbequem und laut, streitbar und lebensfroh. Während viele resignieren, gibt es sie immer noch, die Bunten, die Quertreiber, diejenigen, die sich nicht dem Zeitgeist anpassen wollen – das ist ein Grund zum Feiern.

Wir repräsentieren zwar nicht die gesamte antifaschistische Bewegung, doch es gibt viele, denen wir uns verbunden fühlen. Ob sie innerhalb der Gewerkschaften arbeiten, den Kirchen, bürgerlichen Parteien, linken Parteien und Gruppen, autonomen Zusammenhängen oder für einen revolutionären Antifaschismus streiten: Wir meinen, daß wir noch zu wenige sind, die den Kampf führen, und daß wir immer wieder Wege suchen müssen, uns zu verständigen, um zusammen Widerstand zu leisten.

Ganz besonders am Herzen liegt uns an dieser Stelle einen Gruß an unsere Schwester in Kiel, die Antifaschistische Zeitung ATZE, zu senden, die mittlerweile mit der Antifaschistischen Zeitung aus Lübeck zur »Enough is Enough« fusioniert hat. Die ATZE und wir haben das gleiche Alter und sehr viel gemeinsam, unter anderem die Entwicklung der internationalen Antifa-Arbeit, die die Kieler GenossInnen beispielhaft mit den dänischen Antifas aufgebaut haben.

Ein Schwerpunkt des AIB liegt seit seinem Bestehen auf der Untersuchung von neonazistischen bis hin zu extrem-konservativen Organisationen, deren Protagonisten und ihrem Gedankengut. Die genaue Betrachtung halten wir für so wichtig, daß wir ihr viel Raum in der Zeitung einräumen. Die von den AutorInnen aufbereiteten Informationen sollen antifaschistische Initiativen unterstützen und Fakten zur Einschätzung der realen Situation beisteuern. Fakten zählen noch immer zu den stärksten Argumenten einer Bewegung, unerläßlich für die Überzeugungsarbeit und ihre Glaubwürdigkeit.

Bei kaum einem anderen gesellschaftlichen Thema liegen Lächerlichkeit und Schrecken so eng beieinander, wie beim sogenannten Rechtsextremismus. Wie schon die Linken in der Weimarer Republik sich über die reinrassigen blonden kerngesunden Deutschen Hitler und Goebbels oder die tölpelhafte Pompösität des dicken Görings amüsieren konnten, so könnten wir das heute auch tun. Hin und wieder tun wir das auch, nur sind wir heute um eine Erfahrung klüger: Große Lächerlichkeit bringt beizeiten durchaus großen Schrecken hervor.

Neofaschismus und Neokonservatismus sind heute genausowenig logisch wie es ihre Vorgänger waren; es ist eine Zumutung der besonderen Art, sich durch Bände von Neonazi-Publikationen und Unterlagen über extrem rechte Organisationen durchzukämpfen, zu versuchen, den dort fabrizierten Schwachsinn nachzuvollziehen, zu ergründen, wo deren gesellschaftliche Relevanz liegt, die offensichtlich vorhanden ist.

Bei unseren Reportagen betreten wir oft Neuland, behandeln Themen, die noch nicht behandelt worden sind. Dazu verwenden wir selbstverständlich viele Quellen.

Diese Arbeit ist wie das Zusammensetzen eines Puzzles, das sich fortlaufend verändert, denn viele Faktoren sind notwendig für das Eintreten oder Ausbleiben einer gesellschaftlichen Entwicklung. Sei es nun die aktuelle Politik der Herrschenden, deren Schürung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, die Funktionalisierung der extremen Rechten, polizeiliches Vorgehen oder Gewährenlassen neonazistischer Organisationen, die Entwicklung der sozialen Situation, die Befindlichkeit der Bevölkerung, das soziale Umfeld, in dem ImmigrantInnen und Flüchtlinge leben, bzw. isoliert werden und nicht zuletzt das soziale Umfeld der Rechten, deren innere Struktur, ihre Konkurrenzen oder Bindungen untereinander oder auch die Stärke einer antifaschistischen Bewegung vor Ort.

Das Thema ist nur sachlich abzuhandeln, wenn es im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt im massenpsychologischen Kontext eingebettet ist. Als antifaschistische Bewegung können wir heute nur wenige dieser Faktoren direkt beeinflussen.

Als wir die Herausgabe des Antifa INFO-Blattes starteten, waren wir der festen Überzeugung, daß es uns gelingen würde, die Rechtsentwicklung mit einer starken Basisbewegung zu stoppen. Nur die wenigsten hätten sich damals eine Welt vorstellen können, wie sie heute ist. Spätestens nach den Pogromen '91/'92, der unverfrorenen Schürung des Rassismus und Förderung des Neofaschismus durch die Regierenden in diesem Land wurde die Schwäche der fortschrittlichen Kräfte in dieser Gesellschaft offenkundig, diese Entwicklung aus eigener Kraft stoppen zu können.

Wir mußten feststellen, daß zwar ein großer Teil der PolitikerInnen und der Bevölkerung in diesem Land nicht unbedingt Abneigung gegen die Inhalte der extremen Rechten hat, aber um so panischer reagiert, wenn sie mit dem Etikett des Neofaschismus in Verbindung gebracht werden. Gemeinden, in denen rassistische Ausschreitungen stattfanden, waren und sind nicht über die Tatsache ansich entsetzt, sondern von der Angst getrieben, daß Investoren oder Touristen ausbleiben könnten. Zahlreiche PolitikerInnen hatten und haben keine inhaltlichen Schwierigkeiten mit ihren Freunden von Rechtsaußen, aber Angst vor Öffentlichkeit, die ihr Zusammenwirken mit ausgewiesenen Neonazis anprangert.

So bestand ein Teil unseres Bestrebens darin, herauszuarbeiten, wer eigentlich in die extreme Rechte eingebunden ist und mit diesen Informationen ein Störfeuer zu entfachen. Eine Zeit lang genügte es immer wieder, einen der zahlreichen neonazistischen Funktionäre der Republikaner zu enttarnen und genüßlich auf die nächste Spaltung zu warten. Auch zur Demaskierung der »Neuen Rechte« konnten wir unseren



Teil beitragen, um so auf ihrem Weg zu breiter gesellschaftlicher Akzeptanz Hindernisse aufzubauen und ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Soweit, so gut. Es bleibt wichtig diese Tabuzonen aufrecht zu halten. Deutlich sind aber auch die Grenzen dieser Politik. Uns war von vornherein klar, daß wir durch sie nur Zeit gewinnen können, den Formierungsprozeß der extremen Rechten so lange wie möglich aufzuhalten, eine reine Anti-Nazi-Bewegung ohne weitergehendes politisches Selbstverständnis wird diesen Kampf nicht gewinnen können.

Deutschland ist ein rassistisches Land, seine Regierungen, ob SPD, CDU/CSU oder FDP, ihre Gesetze und ein großer Teil seiner Bevölkerung. Fortschrittliche Kräfte sind in der absoluten Minderheit. Antworten auf die soziale Situation haben weder die Regierenden, noch die Linke; Bedingungen, die für die weitere Entwicklung der extremen Rechte sprechen.

Die Herrschenden verunstalten dieses Land immer weiter. Die SPD versucht, die nächsten Wahlen an den Stammtischen zu gewinnen. Ihr machthungriger Populist Gerhard Schröder schürt den Rassismus unter dem Siegel der Inneren Sicherheit. Sein Hamburger Kollege Voscherau vertritt Positionen, die vor acht Jahren die Republikaner vertreten haben. Sie bereiten damit weiter den Boden für eine starke Rechte, die sie vorgeben verhindern zu wollen, indem sie daran arbeiten, den Konsens der Gesellschaft weiter nach rechts zu schieben. Unter anderem das Konstrukt »Ausländerkriminalität« muß dafür herhalten, obwohl genug Zahlenmaterial beweist, daß von MigrantInnen nicht überproportional viel Kriminalität ausgeht und obwohl es klar ist, das Kriminalität in einer Gesellschaft, in der eine wachsende Anzahl von Menschen an den sozialen Rand gedrängt werden, selbstverständlich und allgemein steigt.

Der Weg vom fortschrittlichsten Asylgesetz der Welt, das 1993 abgeschafft wurde, bis zum neuen Asylbewerberleistungsgesetz von 1997 ist zeitlich betrachtet kurz, ansonsten liegen Welten dazwischen. Diese Herrschenden sind eben keinen Deut besser, als die Herrschenden im Mittelalter, etwa die russischen Zaren oder deutschen Fürsten, die dann wenn sie in Bedrängnis gerieten, ein Pogrom an den JüdInnen anzettelten. Sie sind weder willens noch in der Lage, die Verhältnisse zum besseren zu wenden. Sie wollen mächtig bleiben, deshalb schüren sie Rassismus, deshalb brauchen sie hin und wieder – mal mehr mal weniger – Faschisten als Hilfstruppen.

Wie einfach es ist, wenn denn der politische Wille vorhanden ist, Neonazi-Aufmärsche zu stoppen, wurde am Todestag des Hitler Stellvertreters Hess in diesem Jahr deutlich. Also können wir heute klarer sehen: Vorher war der politische Wille nicht da, oder andersrum gesagt, es war der politsche Wille vorhanden, die Neonazis zu stärken.Um gegen die Rechtsenwicklung zu kämpfen, brauchen wir einen langen Atem. Fertige Konzepte gibt es nicht, viel muß ausprobiert, Neues erdacht werden. Das ist eine der Hauptschwierigkeiten der fortschrittlichen Bewegungen und gleichzeitig eine der größten Herausforderungen. Dazu ist Kommunkation notwendig, Kommunikation in einer Gesellschaft und in der Linken, in der die Menschen so unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt sind, daß sich die Entwicklung gemeinsamer Ziele und Wege schwierig gestaltet. Als antifaschistischen Bewegung können wir dazu einiges beitragen. Unser Feind ist sichtbar und er macht vor keinem von uns halt, wenn wir ihn gewähren lassen. Wie schon der Pastor Martin Niemöller, den die Nazis ins KZ sperrten, gesagt hat:

»Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert; ich war kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.«

Einerseits bleibt es unerläßlich, BündnispartnerInnen im Kampf gegen Rassismus und Faschismus zu gewinnen. Auch Menschen, zu denen von Seiten der radikalen Linken Widersprüche bestehen mögen, wie zu Gewerkschaften und zu Kirchenkreisen, die genauso ins Visier der Neonazis geraten, wie die Flüchtlinge, die sie beschützen. Jede Seite muß bereit sein, über den eigenen Schatten zu springen und die Gegenüber erstmal unbefangen kennenzulernen und wahrzunehmen. Doch unserer Ansicht nach ist unsere Aufgabe mehr als reine Abwehr. Wir sind der Meinung, daß dieses System ansich der Fehler ist und Herrschende immer wieder zu Mitteln wie Pogromen greifen werden, solange sie die Macht dazu haben. Doch eine verändernde Bewegung will aufgebaut sein, sie entsteht nicht von heute auf morgen. Deshalb sollten wir für die Entwicklung einer politischen, sozialen und kulturellen Bewegung arbeiten, die neue Basisstrukturen schafft und in der Lage ist, die vielen Menschen, die mit der jetzigen Situation aus ähnlichen Gründen wie wir nicht einverstanden sind, anzusprechen. Das kann heute keine vorrangig revolutionäre Bewegung sein, sondern eine äußerst bunte außerparlamentarische Bewegung, die vor allem eins zum Ziel haben sollte: Erst wenn erfahrbar wird, daß Widerstand möglich ist und sich eine neue Bewegung der Solidarität gegen soziale Kälte und Vereinzelung entwickelt, werden Meilensteine im Kampf gegen Rassismus Faschismus und herrschendes Unrecht gesetzt.

Heute ist nicht aller Tage, wir kommen wieder, keine Frage! ■



»Weil Widerstand Öffentlichkeit braucht, um wirksam zu werden«

Interview des jüngsten Redaktionsmitglieds mit zwei alten AIB-Hasen über Geschichte, Gegenwart und Zukunft des INFO-Blattes

Finbar: Was war Eure persönliche politische Motivation, vor 10 Jahren mit der Antifa-Arbeit anzufangen?

Arno: Ich war damals Hausbesetzer und meine Zusammenhänge hatten Anschluß an verschiedene ausländische Gruppen, hauptsächlich türkische und kurdische. Wir beteiligten uns an der Organisierung verschiedener Solidaritätsaktionen, waren aber unzufrieden mit der fortschreitenden Funktionalisierung und den vielen Spaltungen. Es ging bei dieser Zusammenarbeit hauptsächlich um Aktionen gegen die türkische Millitärdiktatur, nicht aber um die Entwicklung eines gemeinsamen Widerstandes hier. So beschlossen wir, von einer Stellvertreterpolitik wegzukommen, und nur noch an gemeinsamen Interessenspunkten zusammenzuarbeiten, wie Faschismus und Rassismus. So entstand dann das Antifaschistische Nottelefon und auch ein Zeitungsprojekt.

Gerri: Auch ich komme aus der Berliner Hausbesetzer- und Autonomen-Szene. Mitte der 80er begann ich eine Ausbildung und versuchte, mit anderen innerhalb der Berufsschule politisch zu arbeiten. Auffällig war schon damals der weitverbreitete Rassismus unter deutschen Jugendlichen. Wir wollten damals einer Manifestierung dieses Rassismus durch faschistische Kräfte entgegenwirken und begannen verschiedene basispolitische Aktionen. Das war die Gründungsphase der ehemaligen Antifa West-Berlin, die dann auch mit Arnos Gruppe zusammenarbeitete, was in ein gemeinsames Zeitungsprojekt mündete.

Finbar: Warum habt Ihr dann ausgerechnet eine Zeitung gegründet?

Gerri: Weil Widerstand Öffentlichkeit braucht, um wirksam zu werden. Als 1986 die ersten Flüchtlingszelte in Berlin brannten und die erste Nazi-Kundgebung nach dem Krieg in Berlin stattfand, waren dies Ergebnisse einer Regierungs- und Pressekampagne gegen eine angebliche »Asylantenflut«. Behauptet wurde damals, daß zehntausende in Budapest auf gepackten Koffern säßen und nur auf das O.K. von der DDR Führung warteten, um nach West-Berlin zu gelangen. Eine als Bürgerinitiative getarnte Vereinigung von Neonazis, die auch später zu den GründerInnen der REPUBLIKANER zählten, griff die Stimmung auf und versuchte, Profit aus der Situation zu schlagen. Wir waren geschockt und wollten uns damit nicht abfinden. Wir setzten nach, recherchierten die Hintermänner und ihre Verbindung und rissen ihnen das demokratische Mäntelchen weg, auf das sie so viel Wert legten, um zu einer breiteren Aktzeptanz zu gelangen.

Arno: Wir veröffentlichten eine Broschüre, gut recherchiert, mit vielen Beweisen und Hintergründen. Diese wurde viel an den Schulen verbreitet und fand auch in einigen Medien Beachtung. Danach mobilisierten wir 300 Leute zu einer Aktion gegen den Treffpunkt dieser BÜRGERINITIATIVE FÜR DEMOKRATIE UND IDENTITÄT (BDI). Als wir deren Treffpunkt abgeriegelt hatten, führten wir die PressevertreterInnen zum Ort und hatten auch eine Live-Schaltung im Radio. Die Neonazis sagten ihr Treffen ab, die Polizei griff anfangs ein, aber wir waren sehr diszipliniert und entschlossen, es war ja schließlich eine Öffentlichkeitsaktion, außerdem waren sehr viel SchülerInnen beteiligt, die zum ersten Mal auf einer Aktion waren. Wir wollten unbedingt die Aktion mit einem Erfolgserlebnis beenden. Die BDI sagte das Treffen schließlich ab und löste sich kurze Zeit später aufgrund interner Streitigkeiten auf, wir aber gründeten das Antifaschistische INFO-Blatt als ein Forum für den weiteren Widerstand.

Finbar: Was war Euer Anspruch an das AIB?

Gerri: Wir wollten von Anfang an kein szenetypisches Blatt machen, sondern versuchen, auch ein breiteres Spektrum außerhalb der Antifa-Szene anzusprechen. Die Texte sollten so geschrieben sein, daß auch Leute außerhalb politischer Zusammenhänge einen Zugang finden können. Uns war es dabei stets wichtig, keine Trennung zwischen den Widerstandsformen zu machen. Denn wir gehen davon aus, daß linksradikale Kreise allein zur Bekämpfung des Faschismus nicht ausreichen werden.

Finbar: Wenn man sich die Publikationen aus der autonomen Szene von damals ansieht, da war das ja nicht selbstverständlich, oder?

Gerri: Nein, das war es nicht. Wir hatten natürlich viele Streitereien, da wir ja alle mehr oder weniger aus verschiedenen linksradikalen Gruppen kamen. Die einen wollten mehr für den Kommunismus werben, andere meinten, daß es egal sei, wie eine Zeitung gestaltet ist, Interessierte würden es schon lesen, einige wollten mehr militante Aufrufe drinhaben usw. Es war ein Kampf mehrerer Linien, der nicht immer besonders angenehm oder gar schön war. Wir setzten uns schlußendlich durch, u.a. deshalb, weil wir eine Basisstruktur von Antifa- und Antirassismus-Gruppen hinter uns hatten, bzw. selbst Mitglieder dieser Gruppen waren.

Arno: Fast alle Leute in der Redaktion waren damals auch noch in anderen Gruppen aktiv. Wir waren daran beteiligt, das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus zu gründen, das ein Forum für Gruppen von Jusos, Falken über die zahlreichen SchülerInnen-Antifa-Gruppen, ImmigrantInnen-Initiativen bis hin zu unabhängigen und autonomen Antifas wurde. Das Info wurde Sprachrohr und Mobilisierungsfaktor einer sehr quirligen Bewegung. Der Höhepunkt war sicher die Kampagne gegen die Wahlbeteiligung der Republikaner 1989 und die Mobilisierungen nach ihrem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus, gegen den zehntausende auf die Straßen gingen. Doch Bewegungen kommen und gehen, im Laufe der Jahre lösten sich die meisten dieser Gruppen wieder auf, übrig blieb die Zeitung.

Finbar: Ist das auch der Grund, weshalb die Zeitung heute bundesweit herausgegeben wird?

Arno: Nein. Als 1990/91 Antifa-Gruppen aus dem Bundesgebiet an uns herantraten und fragten, ob wir als bundesweite Zeitung erscheinen wollen, haben wir lange überlegt. Uns war klar, daß wir an Wirkung in Berlin verlieren könnten, andererseits wurde aber auch die Rechtsgefahr deutlicher spürbar und Berlin zählte zu den Orten, wo es noch die stärkste Bewegung dagegen gab. Der Terror entwickelte sich vor allem in der Provinz. Wir hatten in Berlin sicherlich bessere Möglichkeiten als viele Leute in anderen Städten, um so ein Projekt durchziehen zu können, eine gute Infrastruktur und auch schon eine bundesweite Verbreitung. Also sagten wir ja. Die Zu-

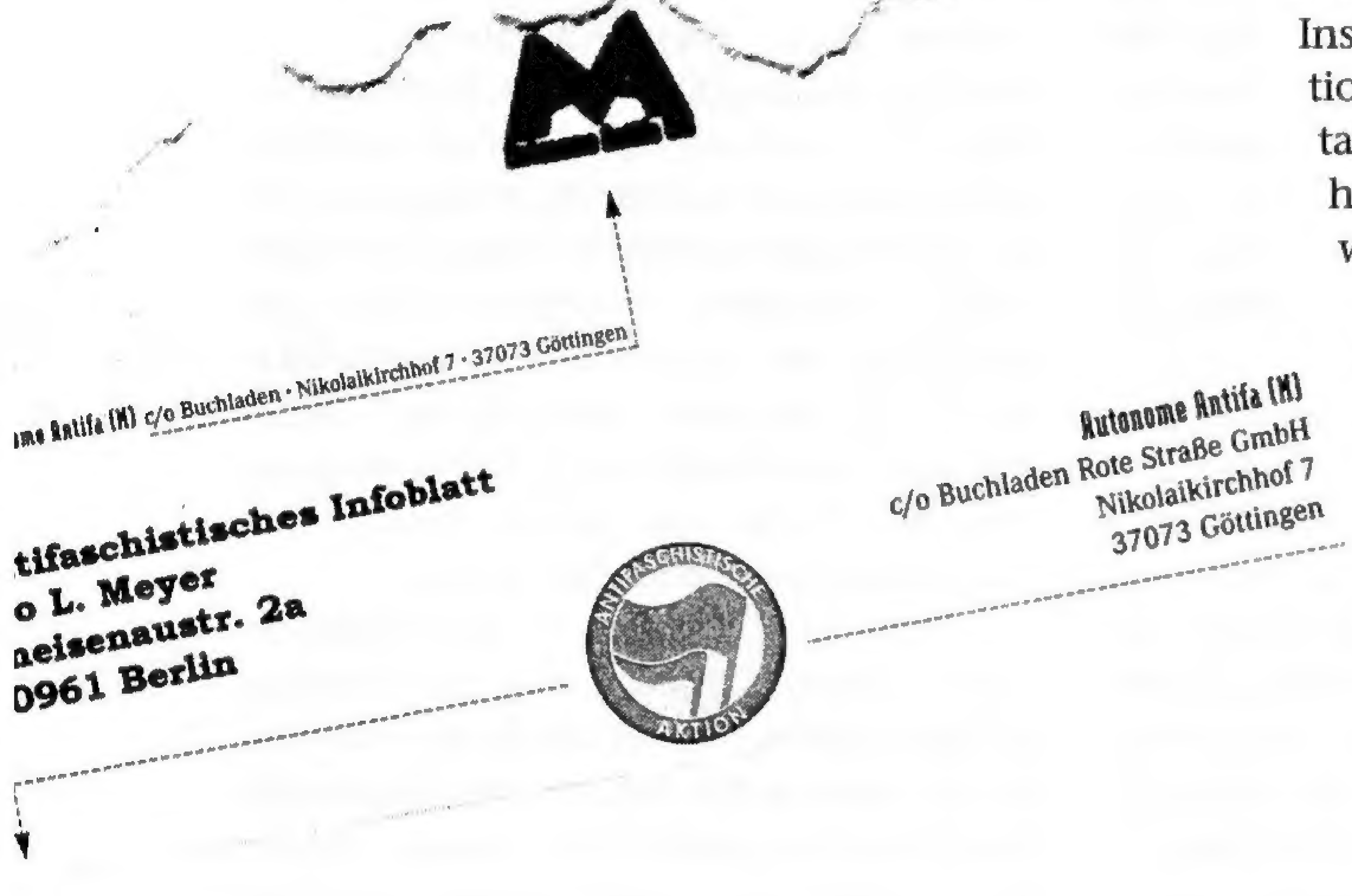
Fortsetzung auf Seite 8

Glückwünsche & Grußadressen

Searchlight greets Antifaschistisches INFO-Blatt

To our good friends at Antifaschistisches INFO-Blatt: Warmest greetings on your 10th anniversary! Our close cooperation is a continuing source of strength for the international anti-fascist movement. We look forward to the next decade. Salud!

from Searchlight editor Gerry Gable, European editor Graeme Atkinson and all the Searchlight team



Liebe GenossInnen,

hiermit schicken wir Euch unsere "Grußadresse" zum Jubiläum:

wir wollen Euch hiermit unsere solidarischen und herzlichen Glückwünsche zur 40sten Ausgabe aussprechen. Ein Projekt wie das Antifa Info Blatt über 10 Jahre hinweg am laufen zu halten, spricht für das kontinuierliche Engagement der MacherInnen. Und das in der (linksradikalen) Antifa-Szene, in der sich Gruppen/Zusammenhänge (leider) meist so schnell auflösen, wie sie entstehen.
Wir sehen im AIB einen sehr guten Ansatz, da sich darüber Informationen über die faschistische Szene sowie über den antifaschistischen Widerstand bundesweit verbreiten lassen, was vor allem in "strukturschwachen" Regionen hilfreich für die politische Praxis ist. Dadurch, daß das AIB die bestverbreitetste (und meistgelesenste) Zeitung im Antifa-Spektrum ist, kommt ihr ein besonderer Stellenwert zu. AntifaschistInnen im ganzen Bundesgebiet können sich somit die Recherche der Redaktion und ihrer HelferInnen zunutze machen. Durch die professionelle Aufmachung dürfte zudem euer Anspruch, Leute anzusprechen, die "über den Kreis eingeschworener Antifas hinausgeht", erfüllt sein.
Kritik äußern wollten wir an zwei Punkten:
Zum einen wechselt Eure Analyse der Gefahr der faschistischen Bewegung relativ häufig, ohne auf frühere Einschätzungen Bezug zu nehmen - von den bombenlegenden Terrorstrukturen über die autonomen Zellenstrukturen hin zu der Unterwanderung konservativer Kreise und der JN als Sammelbecken. Bewertungen der Nazi-Szene sollten im besonderen von euch etwas genauer ausfallen, weil sich viele Antifas daran orientieren.
Zum anderen macht es den Anschein, als ob das AIB meist mit Berichten/Themen gefüllt ist, die Euch oder Kreisen, mit denen Ihr zusammenarbeitet, als relevant erscheinen. Ihr solltet mehr Rücksicht darauf nehmen, was die bundesweite Antifaszene betrifft und dabei auch auf Städte/Regionen bzw. Gruppen/Strukturen achten, mit denen Ihr nicht "tagtäglich im politischen Alltag zusammentrefft".
Als Anregung würde uns hierzu einfallen, daß Ihr "Gastberichte" mitreinnehmt (Ihr könnt ja schließlich nicht immer überall sein) und desweiteren, daß Ihr evtl. eine Rubrik initiiert, die konzeptionell verwirklichen soll, was die (alte) junge Welt mit der AntifaSeite vorhatte, nämlich "Strategie"-Diskussionen der Antifaszene zu führen.
In diesem Sinne:

Antifa voran!
Zusammen gehört uns die Zukunft!

Eure Autonome Antifa (M) aus Göttingen

Institute for Research & Education on Human Rights, Inc.

Dear friends,

Congratulations to Antifaschistisches INFO-Blatt on its 10th anniversary and 40th edition. You have been a healthy antidote of principled anti-fascism, genuine internationalism, solid journalism and common sense during the worst fevers of ultra-nationalism and neo-Nazism in Germany.

Because of your work and that of others with which you are associated, the special threat of the far right in Germany has been recognized by North American human rights advocates and even some mainstream institutions. Long before others, you were alerting the world to dangers being born in the heart of Europe. We at the Institute for Research & Education on Human Rights are certain that long after others have tired of resistance, you will keep its flame lit.

From the moment of our first collaboration, we have felt a special kindship with your efforts. Whether it was educating young people and trade unionists in the United Kingdom about Germany or helping teach Germans about white supremacy in the United States, the INFO-Blatt has repeatedly demonstrated that international solidarity is more than a flowery sentiment, but is an actual concrete practice. For that, we are all genuinely grateful. In Solidarity,

Leonard Zeskind

Liebe Freundinnen und Freunde!

Da einer der Schwerpunkte unserer Arbeit im Bundestag seit etlichen Jahren der Bereich des Antifaschismus ist, wurde das Antifaschistische INFO-Blatt für uns zu einer außerordentlich ergiebigen und wichtigen Quelle von Informationen. Die fakten- und kenntnisreichen Hintergrundartikel, die Städtenachrichten über Naziaufmärsche oder -veranstaltungen, Informationen über Personen und deren Einbindung in faschistische Organisationen bedeutet für unsere Arbeit eine unverzichtbare Hilfe. Hervorheben wollen wir, daß die Texte verständlich geschrieben und somit auch für Jugendliche und EinsteigerInnen gut geeignet sind und weiterhin, daß die Redaktion über den deutschen Tellerrand blickt, indem sie den LeserInnen vermittelt, welche rassistischen und faschistischen Aktivitäten in den west- und osteuropäischen Nachbarländern zu verzeichnen sind oder z.B. auch in den USA. Hierdurch wird deutlich gemacht, wie wichtig es ist, international zusammenzuarbeiten.

Durch unsere langjährige Erfahrung mit unseren zahlreichen sog. Kleinen Anfragen an die Bundesregierung zum Rechtsextremismus, läßt sich eines auf jeden Fall konstatieren: Die Aufklärungsarbeit, die eigentlich die Regierung mitsamt ihren »Sicherheits«-diensten zu leisten hätte, wird von Antifa-Gruppen und Zeitungsprojekten o.ä. gemacht. Diese werden dafür als »linksextremistisch« diffamiert und kriminalisiert.

Wir jedenfalls wollen Eure Zeitung weiterhin haben und wünschen Euch bei Eurer Arbeit Zähigkeit, gute Nerven, Spaß natürlich und selbstverständlich auflagenstarken Erfolg. Solidarische Grüße,

Ulla Jelpke und MitarbeiterInnen

Herzlichen Glückwunsch INFO-Blatt

Ein weiteres antifaschistisches Jubiläum in diesem Jahr. Da haben wir zum ersten Mai unser Zehnjähriges gefeiert, die AZ Lübeck im letzten Jahr und nun Ihr. Mit vier Ausgaben pro Jahr habt Ihr so kontinuierlich gearbeitet, wie mensch sich das von einer linken Zeitschrift nur wünschen kann. Wir haben ja dieses Jahr die Kieler Atze und die Lübecker AZ zu einer schleswig-holsteinischen Zeitschrift mit Namen »Enough is Enough« vereinigt. In den zehn Jahren Atze haben wir es allerdings nur auf dreißig Ausgaben gebracht. Das »INFO-Blatt« hat einen gewaltigen Schritt gemacht: von einer reinen Antifazeitung aus Berlin hat es sich innerhalb kürzester Zeit zu einer der bedeutendsten Informationsquellen über faschistische, rassistische und revanchistische »Umtriebe« entwickelt. Obwohl inzwischen mehrere »Generationen« von AntifaschistInnen die Zeitung gemacht haben, habt Ihr es geschafft, diese Arbeit beinahe bruchlos aufrechtzuerhalten und die Zeitung dennoch den inzwischen veränderten Gegenbenheiten anzupassen. In den Achtzigern und frühen Neunzigern wurde die Zeitung ganz direkt für eine große antifaschistische Bewegung gemacht. Diese Bewegung ist kleiner dafür die Spannbreite der LeserInnen breiter geworden. Themen wie der staatliche Rassismus, Flüchtlingspolitik und Revanchismus haben an Umfang zugenommen. Natürlich – mit Zeitungen alleine kann man den Faschismus und den

zu 10 Jahren Antifa Info-Blatt

Rassismus nicht zerschlagen. Wir können lediglich aktiven AntifaschistInnen das nötige Rüstzeug an die Hand geben, mit dem sie den alltäglichen Kampf aufnehmen können. Andererseits kann ohne fundiertes Wissen über faschi-

Landesvorstand der PDS Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS Berlin
Landesvorstand
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr.28
10178 Berlin
fon 030/ 28 40 92 89
fax 030/ 28 40 92 60

An das
Antifaschistische Info-Blatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Berlin, 13. 08. 1997

Liebe Leute,

Ihr feiert Jubiläum, das zehnjährige, wozu wir Euch beste Kondition, vor allem aber eine wachsende LeserInnenschaft wünschen.

Einige unserer Genossinnen und Genossen, vornehmlich aus dem einstigen Westen, kennen und begleiten Euch seit dem Erscheinen der ersten Nummer. Andere haben Eure Arbeit inzwischen schätzen gelernt, solidarische Kritik eingeschlossen. Kurzum, Ihr seid uns wichtig, und nicht nur uns.

Und wir haben zu danken, nicht zuletzt dafür, daß wir - allen kulturellen Unterschieden zum Trotz - zueinander fanden und miteinander so manche - bitter nötige - gemeinsame Aktion bewerkstelligten.

Wie derzeit, da der Berliner Neonazi Kay Diesner vor Gericht den überzeugten Einzeltäter gibt, und wir uns gemeinsam bemühen, Licht ins braune Dunkel zu bringen.

Antifaschistische Arbeit braucht Gegenöffentlichkeit, wem sagen wir das. Zumal in einer Gesellschaft, deren sogenannte Mitte eifrig bemüht ist, militante Gefahren herunterzuspielen, rechtsextreme Strukturen zu leugnen, neofaschistische Hintergründe auszublenden und gesellschaftliche Verantwortung zu ignorieren.

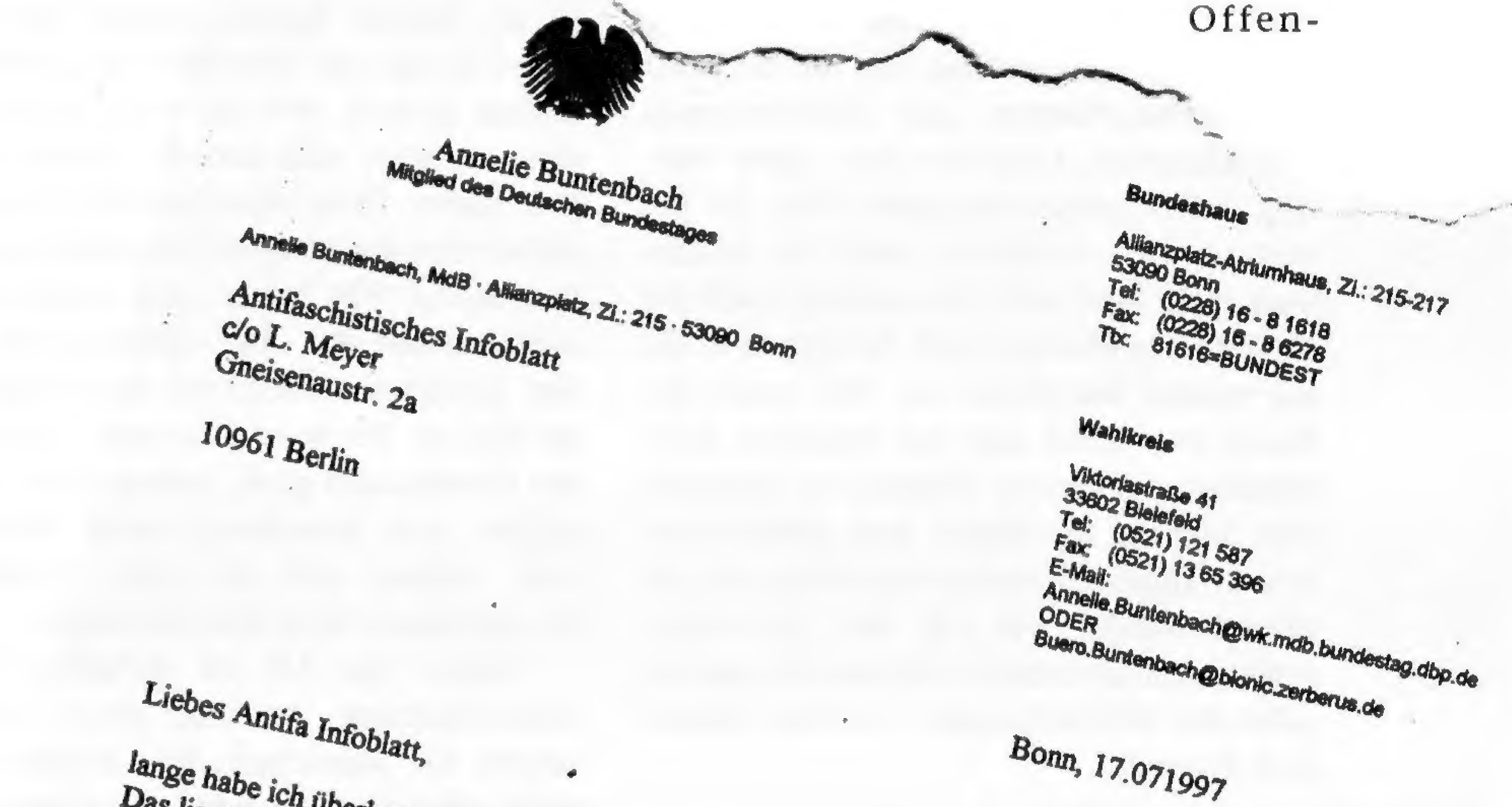
Leichter wird wohl nichts, weshalb wir Euch Kraft und Ausdauer wünschen, auch bei Eurer verdient großen Geburtstagsparty.

Mit antifaschistischen Grüßen
des Landesvorstandes der PDS Berlin

Petra Pau Udo Wolf

stische und rassistische Strukturen keine erfolgreiche antifaschistische Politik gemacht werden. Immerhin dies können wir heute gewährleisten. In diesem Sinne – auf die nächsten zehn Jahre Info-Blatt und zehn Jahre freundschaftliche Zusammenarbeit.

Grüße aus der Enough is Enough-Redaktion



Annelie Buntenbach
Mitglied des Deutschen Bundestages

Annelie Buntenbach, MdB · Allianzplatz, Zi.: 215 · 53090 Bonn

Antifaschistisches Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenaustr. 2a

10961 Berlin

Bundeshaus
Allianzplatz-Atriumhaus, Zi.: 215-217
53090 Bonn
Tel: (0228) 16 - 8 1618
Fax: (0228) 16 - 8 6278
Ttx: 81616=BUNDEST

Wahlkreis
Viktoriastraße 41
33602 Bielefeld
Tel: (0521) 121 587
Fax: (0521) 13 65 396
E-Mail:
Annelie.Buntenbach@wk.mdb.bundestag.dbp.de
ODER
Buero.Buntenbach@bionic.zerberus.de

Bonn, 17.071997

Liebes Antifa Infoblatt,

lange habe ich überlegt, was kritisch anzumerken wäre, aber mir ist einfach nichts eingefallen. Das liegt vermutlich daran, daß ich die Zeitung jedesmal mit einem außerordentlichen Erkenntnisgewinn lese. Sie enthält saubere Recherchen, mit denen ich gut arbeiten kann. Sie ist gut lesbar, auch für Menschen wie mich, die kein Antifalexikon im Kopf abgespeichert haben. Sie bündelt Tendenzen und Diskussionen, über die ich in anderen Medien nichts oder wenig erfahre. Sie ist von und vor allem für die antifaschistische Bewegung geschrieben ohne sich selbstgenügsam ins Ghetto zurückgezogen zu haben. Sie schaut über den eigenen antifaschistischen Tellerrand und bearbeitet mit viel Mühe und ohne jede Stromlinienförmigkeit Themen an die sich manch andere erst gar nicht herantrauen. Sie bringt ein internationales Verständnis nicht nur in Artikeln zum Ausdruck, die von faschistischen Bewegungen des Auslands handeln.

Natürlich lese ich die einzelnen Artikel auch kritisch und stimme nicht immer mit allen dort vertretenen Ansichten überein, aber sie regen mich fast immer zu Auseinandersetzungen und Denkprozessen an. Was will frau mehr von einer Zeitung?

Mit den besten Glückwünschen zum Geburtstag
und herzlichen Grüßen

Annelie Buntenbach

Herzlichen Glückwunsch zum 10jährigen

Das Antifa Info-Blatt nimmt innerhalb der linken Medienlandschaft eine gewisse Sonderstellung ein – in mehrerlei Hinsicht. Zunächst wäre da der enorme Gebrauchswert für aktive Antifas zu nennen, für die die Berichterstattung über Nazi-Aktivitäten wichtige Grundlage der eigenen Politik ist. Gleichzeitig tragen die Meldungen über Antifa-Aktionen in einem Länder, Regionen und politische Tendenzen übergreifenden Rahmen zu einem Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Antifa-Bewegung und der daraus resultierenden Motivation bei.

Doch auch die Außenwirkung des Info-Blatts ist nicht zu unterschätzen.
Inzwischen steht es als Symbol für die antifaschistische Praxis, Nazis an die Öffentlichkeit zu bringen, ihrem Terror Namen und Gesicht zu geben, sie angreifbar zu machen, sozial zu isolieren und zu demoralisieren. Und längst als Quelle anderer Journalisten etabliert schlagen seine Inhalte bis in die bürgerlichen (Massen-) Medien durch. Gute Gründe also, das Info-Blatt zu machen und zu lesen. Und seine Schwächen hinzunehmen: Unvollständigkeiten und Wiederholungen liegen wohl auch ein bißchen in der Natur der Sache, genauso wie ästhetische Mängel in Sprache und Lay-Out – ein so häßliches Thema läßt sich eben nur schwierig geschmackvoll aufbereiten.

Und dennoch sollte sich die Redaktion auch der Grenzen des wohlgewählten Formats bewußt sein. Denn als Forum für eine dringend notwendige Diskussion um Perspektiven des antifaschistischen Kampfes und sein Verhältnis zu anderen politischen und sozialen Außeinandersetzungen scheint es nur bedingt geeignet. Und der Drahtseilakt zwischen Offenheit - gegenüber einem möglichst breiten antifaschistischen Spektrum und eigenem systemoppositionellem Standpunkt gelingt vielleicht nicht immer.

Redaktion ARRANCA!

Fortsetzung von Seite 5

sammenarbeit mit anderen Antifa-Initiativen entwickelte sich Schritt für Schritt, anfangs haben wir noch selber viel aus Flugblättern und Zeitungsartikeln zusammengeschrieben, doch mit der Zeit kamen immer mehr Artikel aus anderen Städten. Heute machen sie einen großen Teil der Zeitung aus und sind nicht mehr wegzudenken.

Finbar: Hat sich in den letzten 10 Jahren viel für das AIB geändert ?

Gerri: Wir wurden in manchen Punkten von der Zeit regelrecht überrannt. Waren Rassismus und Faschismus Mitte der 80er Jahre noch eher ein gesellschaftliches Randproblem, wurde es im Laufe der Jahre zu einem der zentralen. Wir hatten als Teil einer breiten linken Bewegung begonnen, von dem wir uns auf den Teil des Antifaschismus und Antirassismus spezialisierten. Über die 80er Jahre hinweg brach jedoch ein großer Teil der Bewegung weg, wobei bis jetzt die Antifa- und auch Anti-AKW- Bewegung noch die aktivsten geblieben sind. So standen wir auf einmal fast alleine da. Wir waren dadurch aber auch mit der Situation konfrontiert, viel mehr erklären zu müssen, also Sachen, die früher von zahlreichen linken allgemeinpolitischen Gruppen gemacht wurde, wie z.B. das Grundverständnis einer fortschrittlichen Bewegung oder die Verstrickungen von Faschismus und Kapital.



Arno: Das AIB hatte als gemeinsames Projekt mit ImmigrantInnengruppen begonnen. Dies scheiterte leider, was unter anderem mit der Exilsituation der türkischen und kurdischen Gruppen zusammenhing. Die zugespitzte gesellschaftliche Situation, unterschiedliche Lebensbedingungen, die insgesamt Ausdruck eines voranschreitenden Rassismus waren und sind, machten offensichtlich die Entwicklung einer starken multikulturellen Bewegung gegen Rechts nicht möglich. An diesen Barrieren sind auch wir gescheitert.

Finbar: Wie seht Ihr die heutige Situation des AIB?

Arno: Die Rolle des INFO-Blattes hat sich mit der Zeit sicherlich gewandelt. Durch die Wandlung von einer reinen regionalen hin zu einer bundesweiten Zeitung hat sich das Mobilisierungsspektrum vergrößert. Die Kontinuität ist sicher einer der wichtigsten Faktoren unserer Entwicklung. Doch das geht auch nicht reibungslos vonstatten. Bisher haben wir es als Projekt immer wieder geschafft, junge Leute zur Mitarbeit zu gewinnen, andere gingen, weil sie was anderes machen wollten und sich ihr Leben verändert hatte. Diese Auseinandersetzung ist sicher eine der spannensten innerhalb der Redaktion. Wir fetzen uns schon öfters und müssen als »Alte« genausoviel von den Jüngeren lernen, wie das umgekehrt der Fall ist. Die werden in einer veränderten Gesellschaft groß, haben viele »Highlights« von Bewegung nicht durchlebt und müssen sich in einer wesentlich feindlicheren Welt durchschlagen.

Gerri: Das AIB ist sicherlich keine Massenzeitung, sondern eine Fachzeitschrift für Menschen die ohnehin politisch arbeiten. Dies wird auch durch den Preis gezeigt, der ganz klar ein politischer ist. Dennoch hat sich über die Jahre ein konstanter LeserInnenkreis etabliert, der uns auch stark unterstützt hat, als wir große finanzielle Probleme hatten. Unser Einfluß ist insgesamt gestiegen. So lesen mittlerweile nicht nur Menschen aus der Antifa-Szene das AIB, sondern die Zeitung ist auch Stichwortgeber für die gesamte Presse geworden. So hat sich die intensive NS-Recherche als sehr wichtig erwiesen. Trotzdem konnten wir immer wieder das Licht auf andere Bereiche des Neofaschismus, wie z.B. die »Neue Rechte«, lenken.

Finbar: In den letzten Ausgaben gab es verschiedene Schwerpunktthemen, soll dies nun öfter geschehen?

Gerri: In den Zeiten der Pogrome von 1991 und 1992 war es uns aufgrund der staatlichen Duldung und Leugnung besonders wichtig, die Existenz organisierter Neonazistrukturen nachzuweisen, um so politischen Druck ausüben zu können. Dieser Nachweis nahm einen großen Teil unserer Kraft in Anspruch. Wir konnten so an der Aufdeckung und Kriminalisierung dieser Gruppen mitwirken. Auf diese effektive Bekämpfung sind wir auch sehr stolz. Doch mit dieser Form von Nadelstichen, die immer wieder zu Spaltungen unter anderem bei den Republikanern führten, läßt sich nur Zeit gewinnen. Einen aufkommenden Faschismus und Rassismus kann nur eine Bewegung bekämpfen, die für eigene soziale und kulturelle Intressen eintritt. Deshalb ist uns wichtig, die sozialen und kulturellen Hintergründe des Rechtsruckes zu zeigen und zu diskutieren, auch um die Ideale einer menschlichen Gesellschaft nicht zu verlieren. Viele Leute haben auf diese Kurskorrektur positiv reagiert und bekundet, daß sie die Zeitung jetzt mit mehr Interesse lesen. Das AIB wurde dadurch vielfältiger und spricht mehr Menschen an.

Finbar: Was seht Ihr als den größten politischen Erfolg des INFO-Blattes an?

Arno: Ich glaube das AIB hat vielen Regionalzeitungen bei ihrer Arbeit geholfen und Mut gemacht, solche Projekte zu starten. Das INFO-Blatt war immer schon ein Beispiel für eine weniger szenetypische Aufmachung, die sicherlich mehr Menschen erreicht.

Gerri: Ein sehr wichtiger Erfolg war auch der Aufbau von internationaler Zusammenarbeit. Wir arbeiten mittlerweile mit Gruppen in ganz Europa zusammen und auch aus den USA. Die Geschichte hat gezeigt, daß ein Faschismus in Deutschland niemals ohne internationale Hilfe zerschlagen werden kann. Der Widerstand gegen Faschismus kann nie ein nationaler sein, der vor Grenzen halt macht. Bewährt hat sich diese Zusammenarbeit besonders zu Zeiten der Pogrome, wo nur durch ausländischen Druck die deutsche Regierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen werden konnte. Die deutsche Opposition war damals zu schwach.

Finbar: Was wünscht Ihr euch für die weitere Entwicklung des INFO-Blattes?

Gerri: Erstmal sollte das AIB weitere 10 Jahre bestehen und versuchen, den Kreis der Leute, die wir ansprechen wollen, zu erweitern. Vielleicht schafft es das AIB auch, dabei mitzuhelfen, eine breitere linke Bewegung aufzubauen, in der Menschen zusammenarbeiten, die sich in ihrer Unterschiedlichkeit achten. Egal ob sie alt oder jung sind, militant oder pazifistisch, Frau oder Mann.

Arno: Ich hoffe, daß wir viel stärker als Diskussionsorgan genutzt werden, auch von Leuten, die unserer Meinung nicht zustimmen. Ich hoffe, daß es das INFO-Blatt stets schaffen wird, die sozialen Brennpunkte aufzuspüren und dort zu wirken. Besonders wichtig ist mir auch das über den Kampf gegen Nazis die Ideale einer menschlichen Gesellschaft nicht verlorengehen. ■



»Das war damals alles irgendwie normal«

mit zwei ostdeutschen Antifagruppen

Antifa Ha/Qu aus Quedlinburg

AIB: Erzählt doch mal, wann Ihr euch als Antifa-Gruppe gegründet habt und wie damals die Situation in Eurer Region war.

Michael: Einen direkten Gründungstermin gab es glaub' ich in dem Sinne nicht. Es gab schon vor 1990 eine größere Gruppe von Leuten, die sich als AntifaschistInnen verstanden. In den umliegenden Städten, wie Halberstadt oder Wernigerode, gab es in dieser Zeit die ersten Hausbesetzungen.

Mit den Leuten, die dort gewohnt haben, hatten wir recht guten Kontakt. Da diese Häuser oft von Faschos angegriffen wurden und wir uns an der Verteidigung oft beteiligt haben, haben wir uns dann öfter zusammengesetzt, um erstmal unseren Selbstschutz zu organisieren. Da auch in Quedlinburg die Naziszene rasch stärker wurde und es vermehrt Übergriffe gab, haben wir dann auch selbst viele Aktionen gemacht. Das war sozusagen die Geburt der Autonomen Antifa Quedlinburg, wie wir uns damals nannten.

AIB: Wie war denn das zahlenmäßige Verhältnis zu den Nazis?

Karsten: Zu diesem Zeitpunkt waren wir eigentlich mehr. In den anderen Städten war das völlig anders.

AIB: Wart Ihr als Autonome Antifa nur mit der Abwehr von Nazis auf der Straße beschäftigt, oder habt Ihr auch andere politische Aktionen gemacht?

Michael: Wir haben uns erstmal nur um die Nazis gekümmert. Deren Szene wurde immer stärker und sie haben begonnen, unsere Treffpunkte anzugreifen. In dieser Zeit gab es in Quedlinburg die ersten Straßenschlachten mit den Faschos. Die erste war glaub' ich im Frühjahr '91. Die ging über mehrere Stunden und beruhte eigentlich nur auf einem Mißverständnis. Es gab aber auch sonst ständig irgendwelche Auseinandersetzungen und Prügeleien. Die Faschos haben beispielsweise einen unserer Treffpunkte, den »Bodekeller« ständig mit 20 - 50 Leuten angegriffen.

Karsten: Das war damals alles irgendwie normal.

AIB: Wie hat sich Eure Gruppe denn dann weiterentwickelt?

Michael: Wir haben im Laufe der Zeit dann viel mehr politisch gearbeitet. Wir haben z.B. eine Ausstellung zu Neofaschismus gemacht, die wurde auch ziemlich gut angenommen.

Karsten: Es gab aber auch ganz andere Sachen, so haben wir 1992 uns um die beiden Flüchtlingsheime in der Stadt gekümmert. Eines davon ist mehrfach angegriffen worden. Wir haben dann über einen Zeitraum von mehreren Monaten hinweg einen Schutz organisiert. Wir haben uns jeden Abend im Heim aufgehalten und die Naziangriffe konnten immer gut zurückgeschlagen werden. Der Kontakt zu den Flüchtlingen war damals ganz gut. Es gab dann auch noch eine Hausbesetzung in Quedlinburg und andere Sachen. Wir haben damals schon eine ganze Menge hingekriegt.

AIB: Im Sommer '92 gab es in Quedlinburg das Pogrom gegen das Flüchtlingsheim. Wie habt Ihr darauf reagiert?

Michael: Wir haben davon erstmal aus der Zeitung erfahren. Vom ersten Tag haben wir eigentlich überhaupt nichts mitbekommen. Das war erstmal ein ziemlicher Schock. Kurz vorher war das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und das soetwas in der eigenen Stadt passiert, hätten wir nie gedacht. Die Naziszene war ja auch total unorganisiert, daß kam scheinbar völlig spontan.

Karsten: Anfangs waren wir auch erstmal völlig ratlos und sind am zweiten Tag, das war ein Dienstag, erstmal Streife gefahren. Vor dem Flüchtlingsheim standen dann schon ca. 80 Faschos und 100-150 BürgerInnen schauten zu und applaudierten, genau wie in Rostock. Die Faschos wurden von uns zwar an einigen Punkten angegriffen, aber das hat überhaupt nichts bewirkt. Das Flüchtlingsheim wurde immer wieder mit Steinen und Mollis attackiert.

Michael: Am nächsten Tag waren dann schon einige UnterstützerInnen aus der Region da und einige Nazis haben auch was abgekriegt. Der Mob von Faschos und bürgerlichen Rassisten war aber erheblich größer geworden. Am Donnerstag gab es dann die erste Antifademo gegen das Pogrom. Zu der kamen dann auch etwa 250 Antifas aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Vor dem Flüchtlingsheim stand eine Mahnwache von ca. 30 BürgerInnen. Als sich unsere Demo mit vor das Flüchtlingsheim gestellt hat, waren dann auf einmal die Bullen da, die sich vorher immer schön aus allem rausgehalten hatten. Auf dem Rückweg wurde die Demo von Faschos mit Mollis angegriffen. Am gleichen Abend wurde dann eine weitere Demo für den Samstag geplant.

Karsten: Am Freitag haben die Nazis einige Leute aus der Mahnwache zum Teil schwer verletzt und einen Krankenwagen angegriffen. Als am Sonnabend unsere Demo stattfand, waren auf einmal jede Menge Bullen mit Wasserwerfern und allem drum und dran im Einsatz. An der Demo beteiligten sich so ungefähr 500 Antifas. Die Faschos mußten sich an dem Tag zurückhalten, einige wurde auch abgestraft. Das Pogrom war durch diese Demo dann glücklicherweise beendet. Trotzdem wurden die Flüchtlinge in eine andere Stadt deportiert. Quedlinburg war sozusagen »ausländerfrei« – die Nazis hatten ihr Ziel erreicht.

AIB: Die Naziszene in Quedlinburg ist durch ihren hohen Organisierungsgrad bekannt. Wie ist es zu dieser Organisierung gekommen?

Dennis: 1993 ist Steffen Hupka nach Quedlinburg gezogen und hat die Faschos massiv geschult und organisiert. Als ehemaliger NF-Führungskader brachte er ziemlich viel Erfahrung mit, die ihm sicherlich sehr nützlich war. Die Nazis hatten ja nur auf so einen gewartet. Allein wären sie nie dazu in der Lage gewesen.

Michael: Wir haben das eigentlich nur durch Zufall mitbekommen. Im Winter '93 gab es ein Treffen von ca. 15 Faschos in einer Kneipe, die gleich neben unserem Szenetreff, dem »Kulturzentrum Reichenstraße«, liegt. Das war schon ziemlich dreist und als wir das mitbekommen haben, sind erstmal ein paar Leute hingegangen, um sich das anzuschauen. Kurz darauf sind wir mit einem größeren Pulk in die Kneipe rein und in den Raum mit den Faschos eingedrungen. Die haben sich ungestört von uns abfotografieren lassen. Auf den Bildern war Hupka auch mit drauf, aber wir wußten nicht, wer er ist. Das hat sich auch erst später eher zufällig rausgestellt.

Dennis: Als klar war, wer Hupka ist und was er macht, fing die eigentliche Recherche an. Zu diesem Zeitpunkt war unsere Gruppe personell ziemlich stark, wir waren etwa 30 Leute und hatten in einer Kleinstadt wie Quedlinburg auch gute Möglichkeiten zu recherchieren. Trotzdem haben wir nicht sofort etwas unternommen, sondern uns eine ganze Weile Zeit gelassen, um Informationen zu sammeln und uns zu überlegen, wie wir damit umgehen. Das hat sich als ziemlich vorteilhaft erwiesen, da sich Hupka in Sicherheit wiegen konnte, obwohl wir schon an ihm dran waren.

Ende '94 haben wir dann alles öffentlich gemacht, die existierenden Nazistrukturen waren auch kaum mehr zu übersehen. Im Januar '95 gab es dann die erste Demonstration gegen Hupka und seine Strukturen. Das hat in Quedlinburg wie eine Bombe eingeschlagen, da wir mit vielen Informationen aufwarten konnten und die Leute erstmal ganz schön geschockt waren. Die Demo wurde als Bündnisdemo organisiert, verschiedene bürgerliche Gruppen und Personen hatten sich zu einer »Bürgerinitiative gegen rechts« zusammengeschlossen und beteiligten sich an der Demo. Das Bündnis hat sich zwar nicht unbedingt nach unserer Zufriedenheit entwickelt und hatte auch nicht lange Bestand, aber immerhin.

Michael: Nicht zu vergessen ist, daß in dieser Zeit die Abwehrkämpfe gegen die Faschos noch immer viel Raum einnahmen. Immer wieder kam es zu Angriffen auf das Kulturzentrum, die wir zwar abwehren konnten, die Stimmung in der Stadt war trotzdem ziemlich aggressiv und die Nazis hatten eine ziemliche Hochphase.

Karsten: Das Kulturzentrum war für die Nazis schon immer ein Hauptangriffspunkt, daß ist auch heute noch so. Durch Hupkas Einfluß sind die Angriffe der Faschos aber besser koordiniert abgelaufen, sein Einfluß war schon deutlich zu spüren.

Dennis: Im November '95 gab es dann eine zweite Demo gegen die Nazistrukturen in der Region. Nach unseren Erfahrungen mit dem BürgerInnenbündnis, war für uns klar, daß das nur eine autonome Demo werden kann. Wir wollten uns nicht vereinnahmen lassen und da wir uns als Gruppe nach '93 auch weiterentwickelt hatten, wollten wir keine reine Anti-Nazidemo machen. Es war uns sehr wichtig, zum einen natürlich Hupkas Rolle und die bestehenden Strukturen zu thematisieren, aber andererseits auch unsere Gesellschaftskritik, einen revolutionären Anspruch klarzumachen. Es ist zwar ziemlich schwierig, das mit einer einzigen Demo zu machen, aber die Demo war ja nur der Höhepunkt in der mehrjährigen Kampagne gegen organisierten Neofaschismus im Ostharz, in die aber auch immer wieder andere Politikfelder eingebunden wurden. Unser Ziel war, der Demo nicht nur einen entschlossenen sondern durchaus auch militanten Charakter zu geben. Das wäre mit den Bürgerlichen niemals gegangen. An der Demo beteiligten sich ca. 1.200 Antifas und die Demo war zu 2/3 ein einziger »Schwarzer Block«. Am Tag der Demo gab es eine Gegendemo von 50 Menschen, die teilweise von den Leuten organisiert wurde, die sich vorher in der BI engagiert hatten. Das war schon ziemlich bitter, da diese ihre Demo mit einer Rechts-Links-Gleichsetzung begründeten. Im nachhinein gab es mit diesen Leuten noch eine ganze Menge Knatsch.



Antifa-Demo gegen die Heß-Märsche und Steffen Hupka am 9. August diesen Jahres in Quedlinburg

Michael: Den InitiatorInnen der Gegendemo ging es ziemlich offensichtlich um ihre eigene Profilierung.

AIB: Was hat sich für Euch dadurch verändert.

Dennis: Die Demo war für uns ein ziemlicher Knackpunkt. Es war unsere erste Aktion, die wir bundesweit vorbereitet hatten. Wir waren zwar regional oder auch überregional mit anderen ostdeutschen Gruppen vernetzt, aber das schmorte oft ein wenig im eigenen Saft. Zum Zeitpunkt der Demo hatten wir uns aber schon im Bundesweiten Antifatreffen (BAT) vernetzt, was unseren Handlungsspielraum erheblich erweiterte.

Karsten: Andererseits sind wir nach der Demo auch an einem ziemlichen Nullpunkt gelandet. Wir hatten über einen verdammt langen Zeitraum schon Aktivitäten gegen Hupka und seine Nazizellen organisiert. Trotzdem hatte sich an dem Problem nichts wesentliches geändert. Das hat dazu geführt, daß wir uns immer mehr anderen Themenbereichen widmeten, so z.B. der rechtskonservativen DSU. Unsere Zeitung »Der Maulwurf«, der anfangs monatlich erschien und dann in immer größeren Abständen, wurde quasi nochmal modernisiert. Mittlerweile ist dieses Projekt jedoch so ziemlich tot. Da sich Teile unserer Szene entpolitisierten, wurde die Zeitung zum Schluß auch etwas an der Szene vorbeiproduziert.

AIB: Du sprichst gerade von Entpolitisierung Eurer Szene, erklärt das doch bitte genauer.

Dennis: Na ja, gerade die jüngeren Leute rutschten nicht mehr nach. Die Situation war einfach anders als damals, als wir uns politisiert haben. Es gab die direkte physische Bedrohung von Nazis immer weniger. Wir als Gruppe spezialisierten uns immer mehr auf die Nazistrukturen, das war vielen zu abstrakt, Strukturen sind schwerer greifbar, sie sind nicht erfahrbar, wie eine Horde prügelnder Naziskins. Und unsere Erfahrung ist sehr oft gewesen, daß sich viele aktive Leute zurückziehen, wenn sie keine direkte Bedrohung mehr gespürt haben. Das war in Wernigerode und in Halberstadt so. Dort gibt es schon sehr lange keine Antifagruppen mehr. Mit den wenigen aktiven Leuten aus Halberstadt haben wir uns ja schon vor vielen Jahren zur Antifa Ha/Qu (Halberstadt/Quedlinburg) zusammengetan. Da aus unserer Gruppe, wie in Kleinstädten ja immer so, viele Leute sich verabschiedet haben und in größere Städte gezogen sind, sind wir gerade bemüht, jüngere Leute wieder besser einzubinden.

AIB: Was habt Ihr denn demnächst so vor?

Michael: Dieses Jahr wird von verschiedenen Veranstaltungen begleitet, die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien« soll gezeigt werden. Das ist schon mal ein konkreter Punkt, um viele Leute wieder näher an uns heranzuführen.

Dennis: Dann wird es eine Kampagne gegen die Deutsche Soziale Union (DSU) geben. Die Kampagne wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, da die DSU bei den Kommunalwahlen sicher wieder viel Erfolg haben wird. Dagegen anzukämpfen und ihnen die Suppe zu versalzen wird ein schönes Stück Arbeit.

AIB: Danke für das Gespräch.

Antifas aus Neubrandenburg (Meck-Pom)



AIB: Erzählt doch mal, wie Ihr Euch als Antifas und Linke in Neubrandenburg zusammengefunden habt.

Ruprecht: Es gab schon zu DDR-Zeiten Faschos, so 20-30 Skins, die Streß gemacht und Leute verprügelt haben. Parallel dazu hat sich gleich nach der Wende eine linke/ alternative Szene entwickelt, die am Anfang – weil es nicht so viele waren – einen ziemlich starken Zusammenhalt hatte. Aus verschiedensten Schubladen, vom Hippie bis zum Punk, wurden zusammen die Parties gemacht.

Der erste linke Treffpunkt war ein Club in einem Neubaugebiet. Irgendwann ging es dann los mit dem Faschoterror: Strelitzer und Neubrandenburger Faschos hatten angedroht, daß sie ihn gemeinsam überfallen würden. Irgendwann wurden wir da rausgedrängelt: Gewalt war immer der ausschlaggebende Punkt dafür, daß wir sowieso überall rausgeflogen sind. Entweder, weil Leute von uns Scheiße gebaut haben, oder weil es Auseinandersetzungen mit Faschos gab. Irgendwann hat dann der »Club 7« aufgemacht, der von einem gemeinnützigen Verein getragen wird. Wenn Faschos versucht haben, da reinzukommen, wurde die Tür zugemacht und nachher wurden sie verprügelt. Es waren dann aber immer ein paar Leute dabei, die bestimmte Faschos kannten - so »Bierfreundschaften« von früher. Es gab im Endeffekt in solchen Momenten nie richtig militante Auseinandersetzungen. Das endete in den ersten paar Jahren nach der Wende mehr oder weniger immer in »freundschaftlichen« Gesprächen.

Anton: Über dem »Club 7« wurden dann zwei Räume besetzt: Einer für die »Antifaschistische Jugend Neubrandenburg« und einer für einen Infoladen. Die »Antifaschistische Jugend« hatte sich im Vorfeld der ersten »Bunt gegen Braun«-Demo im Jahr 1992 gebildet, damit wir als Gruppe mit Namen auftreten können. Diese Gruppe hat dann mehr oder weniger die Demo organisiert, und ungefähr zehn Bündnispartner angesprochen – Gewerkschaften, die Schwulen-Lesben-Initiative »Rosa-Lila«, andere Jugendvereine und kirchliche Gruppen. Aus diesem Grunde haben wir auch das Motto »Bunt gegen Braun« genommen und nicht so eindeutig gesagt, »wir machen hier eine Antifa-Demonstration«. Wir wollten das schon in so eine Art »bürgerfreundliches« Motto verpacken. Das hat sich auch ausgezahlt, weil zur ersten Demo ca. 1.000 Leute gekommen sind. Das war 1992.

AIB: Wie habt Ihr die Demo eingeschätzt?

Anton: Als Erfolg. Das Bündnis war aber nie mehr als ein Papiertiger. Zur zweiten »Bunt gegen Braun«-Demo hat es sich bloß auf dem Papier zusammengeschlossen. Es kamen dann nur noch 600 Leute, vor allem, weil es im Vorfeld Gerüchte gab, daß bundesweit Nazis mobilisiert hätten, um die Demo anzugreifen.

Die Faschoszene war in der Zeit der ersten »Bunt gegen Braun« Demo so stark, daß alle, die links oder alternativ waren, richtig Angst hatten, auf die Straße zu gehen. Es war auch wirklich gefährlich, weil Du immer damit rechnen mußtest, angegriffen zu werden - am hellichten Tag, nachts, egal wann...

Ruprecht: Nachdem wir aus dem »Club 7« verdrängt wurden, kam die Idee, das AJZ - das »Autonome Jugendzentrum«, zu gründen, um einen Anlaufpunkt zu haben, wo eindeutig klar ist: da kommen keine Faschos rein, da bestimmen wir selbst und können machen, was wir wollen. Wir waren zuerst dreißig Leute, aber nach einem Monat waren wir nur noch fünfzehn. Es kam zur ersten Spaltung, weil sich bei wichtigen Entscheidungen nicht an das Konsensprinzip gehalten wurde.

Anton: 1993/94 fingen vereinzelt Leute an, sprühen und plakatieren zu gehen – maximal fünf oder sechs Leute. Ein Teil ist dann weggezogen, und von den Restlichen gingen dann die Versuche aus, eine Antifa zu organisieren.

Es war dann immer so, daß beim ersten Treffen 50, 60 Leute da waren und beim zweiten und dritten Treffen die Zahl immer mehr abnahm. Auf den Treffen wurde im Endeffekt immer nur festgestellt: »Wir müssen mehr Leute werden, damit wir die Faschos alle schlagen können«.

AIB: Wie war denn zu der Zeit das Kräfteverhältnis zwischen den Nazis und Euch ?

Anton: Wir waren immer weniger.

Ruprecht: Es gab aber auch immer vereinzelte kleine militante Gruppen, die punktuell Aktionen gemacht haben. Nebenher liefen die Aktionen der Faschos, wo – ich will nicht sagen wöchentlich, aber jedenfalls ziemlich häufig – irgendwelche Leute krankenhausreif geschlagen wurden. Die Angst auf die Straße zu gehen, war dann bei jedem da, der bunte Haare hatte. Das war damals ziemlich krass. Das hat sich jetzt ein bißchen geändert.

AIB: Gab es denn für Euch Formen der Gegenwehr, die ihr als besonders wirkungsvoll bezeichnen würdet?

Ruprecht: Gute Erfahrungen haben wir mit Spontandemos gemacht. Wir haben gemerkt, daß es wichtig ist, sowas zu machen, unabhängig von diesen Bündnissen oder diesen »legalen« Aktionen, weil wir im Endeffekt sowieso Repression oder ein negatives Presseecho ernten.

Anton: Wir hatten zwar keine richtige Gruppe, aber wir haben uns dann regelmäßig so zu zehn, fünfzehn Leuten getroffen und über verschiedene Sachen gequatscht. Da ist dann irgendwann die Idee gekommen, daß wir wegen dem Faschoterror mehr Präsenz auf der Straße zeigen müssten. Wir haben dann angefangen, »Sonntagsspaziergänge« zu machen mit durchschnittlich 50 TeilnehmerInnen. Wir haben jedesmal massiv Aufkleber und

Plakate geklebt. Das war mehr so ein lustiger Umzug.

AIB: Und wie hat sich das Kräfteverhältnis zu den Nazis aktuell entwickelt? Im letzten Jahr wurde das AJZ ja während der »Rudolf-Heß-Aktionswoche« angegriffen und einige Scheiben sind dabei zu Bruch gegangen.

Ruprecht: Inzwischen hält sich das das Verhältnis zwischen Faschos und Linken zahlenmäßig die Waage. Heute treten die Faschos weniger öffentlich



»In Allerhand« – antifaschistisches Zeitungsprojekt aus Neubrandenburg

auf. Dafür haben sich die organisierten Neonazis, z.B. die die Anfang der 90er bei der NF und dem FMJ waren und jetzt in den Strukturen der JN oder bei den »Hammerskins« sind, enger mit den unorganisierten Schlägern zusammengeschlossen.

Ruprecht: Plakate von denen hängen allerdings nie länger als einen Tag. Und spätestens wenn die Faschos jemanden verprügelt hatten, wurden deren Treffpunkte angegriffen. Dadurch sind wir ziemlich in die Offensive gegangen. Wir waren dann immer irgendwie im Stadtbild präsent. Das hat trotz dem Mangel an Organisierung Wirkung hinterlassen...

AIB: Das hat Euch einen Freiraum geschaffen...?

Ruprecht: Ja, und dadurch ist dann auch die linke Szene aktiver geworden. Dadurch, daß sie gesehen haben, daß Gegenwehr möglich ist, haben sich die Leute dann auch zusammengeschlossen. Und dann ging es auch los mit Veranstaltungen und vor allem Konzerten.

Anton: Zum AJZ muß man eigentlich sagen, daß bis zum letzten Jahr da nicht viel gelaufen ist. Im vorletzten Jahr gab es eine Sexismusauseinandersetzung, an der sich die Szene total gespalten hatte. Das hat auch die Fehler in den Strukturen aufgezeigt: Es gab nie besonders viele Frauen, die sich aktiv eingemischt haben und die bei Diskussionen und Entscheidungen eher am Rand standen. Das hat sich jetzt nach der Sexismus-Diskussion geändert, auch wenn die Auseinandersetzung mit einigen Männern in der Szene anfangs sehr hart waren.

Ruprecht: Im letzten Jahr haben wir vom AJZ aus eine »Anti-Rassismus-Woche« organisiert, an der sich ziemlich viele unterschiedliche Gruppen und Institutionen in der Stadt beteiligt haben - Bibliotheken, das Kommunale Kino, eine christliche Ausländerinitiative etc. Die Resonanz war sehr positiv. In diesem September machen wir die zweite »Anti-Rassismus-Woche«, wo jeden Tag verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Da kommen dann ganz unterschiedliche Leute hin. Das hat sich zum Teil aus unserer Antirassismus-Arbeit entwickelt, die einzelne Leute in den letzten paar Jahren gemacht haben.

Wir kaufen die Warengutscheine von Flüchtlingen auf, damit sie Bargeld haben. Manchmal gehen wir auch mit auf Ämter und zu Behörden, und helfen einfach, Sachen zu organisieren.Außerdem merken wir im AJZ gerade, daß mittlerweile auch so eine Art »neue Generation« da ist. Die Jüngeren übernehmen auch mehr und mehr die Organisation.

AIB: Wie alt sind die Jüngeren denn so?

Ruprecht: Die »Alten« sind so 24, 25... und die »Jüngeren«, die neuere Generation, die sind so um die 20...

Anton: Jünger noch, 15, 16, 17...

AIB: ...das ist dann die »dritte Generation«?

Ruprecht: ...ja, mehr oder weniger... Da rutschen immer welche nach, das geht so schubweise. Jetzt haben wir grade so'ne Phase, wo wieder welche nachrutschen. Hip-Hop-Kids, und dann auch viele Punker. Die fassen jetzt im AJZ Fuß und ziehen da auch neue Projekte mit auf.

AIB: Wo denkt Ihr denn, daß es für Euch hingeht? Habt Ihr den Eindruck, Ihr seid immer noch ziemlich isoliert und bewegt Euch mehr oder weniger im Ghetto und müßt Euch gegen alle zur Wehr setzen?

Ruprecht: Das AJZ hat eigentlich eine ziemlich große Anerkennung in der Stadt und wird auch von vielen Eltern mitgetragen. Die sind dafür, daß es sowas gibt und unterstützen das auch. Auf jeden Fall sind nicht alle gegen uns.

Anton: Ein Problem ist, daß immer wieder die Älteren wegbleiben. Wenn die Leute, die schon bestimmte Erfahrungen gemacht haben, wegfallen, müssen die, die nachrücken, die Erfahrung von grundauf selbst machen. Dadurch kann man nie eine Kontinuität entwickeln, damit es mal über irgend einen ersten oder zweiten Schritt hinausgeht. Daran liegt es vielleicht auch, daß es bis heute keine richtig organisierte Antifa gibt. Die Leute, die mal was gemacht haben, sind oft wegen einzelner Erlebnisse oder zwischenmenschliche Probleme ausgestiegen.

AIB: Aber es gibt schon noch einen Kern von »Alten«, die noch da sind, oder?

Anton: Ich selber und andere haben nach einer Pause wieder Lust bekommen, was zu machen, als wir gemerkt haben, daß da Leute nachgerückt sind.

Das ist so eine Erfahrung, die für die Älteren wichtig ist: Sich mal ein bißchen zurückziehen und Leute nachrücken lassen, und nicht immer den Dominanten spielen. Das heißt schon, Erfahrungen weiterzugeben, aber auch Leute eigene Erfahrungen machen zu lassen. Das funktioniert bei uns ziemlich gut – bei allem, was sonst so schief geht.

Mittlerweile ist die Szene auch ein bißchen vielfältiger geworden. Auch durch die Konzerte. Daraus hat es sich so entwickelt, daß die Dinge jetzt langsam mal wieder ein bißchen vorwärts gehen. Und daß man daraus auch wieder ein bißchen Mut ziehen könnte, um wieder ein bißchen politischer zu werden.

AIB: Gebt Ihr noch die »In Allerhand« heraus?

Anton: Es soll noch eine Ausgabe geben und dann ist das Projekt mehr oder weniger für beendet erklärt. Im Endeffekt wurde sie von der Szene nicht angenommen. Das, wofür sie da war – ein stückweit linksradikal zu leben und zu denken, daß ist für eine Stadt wie Neubrandenburg zu hoch, zu konsequent.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Anti-Antifa abgeblitzt

Die Versuche von Neonazis, antifaschistische Strukturen auszuspionieren, sind wahrlich nichts neues, doch selten stellen sie sich so dämlich an. In diesem Fall versuchte die 30jährige THEKLA MARIA KOSCHE aus Bad Segeberg die Leipziger Antifaszene auszuhorchen und verbrannte sich gehörig die Finger. Auch ihre Kameraden denken mittlerweile über Konsequenzen für sie nach. Am 4. Juli '97 versuchte sie, Kontakt zu einem angeblichen linken Aussteiger zu bekommen, der ihr Informationen zuschieben sollte. Was sie nicht wußte: Das ganze war eine Falle und sie tappte ordentlich rein.



Thekla Maria Kosche

Thekla Kosche hält sich für eine Aufsteigerin innerhalb der Naziszene. Sie trat dem Computerverbund THULE-NETZ bei, um in der »Szene« ganz nach oben zu kommen. Da dort Gerüchte laut wurden, sie arbeite für den Verfassungsschutz, baute sie nach ihrem Ausschluß zusammen mit Kadern wie OLIVER SCHWEIGERT und JÜRGEN JOST, dem ehemaligen Pressesprecher des Thulenetzes, Teilen des FREIHEITLICHEN VOLKSBLOCKS aus Nürnberg und prominenten NPD/JN-Mitgliedern eine neue Vernetzung der Führungsebene auf, die seit kurzem unter dem Namen NORDLAND-NETZ an die Öffentlichkeit tritt. Inhaltlicher Schwerpunkt des Nordland-Netzes ist neben der bundesweiten Vernetzung faschistischer Kader die Anti-Antifa-Arbeit.

In einem programmatischen Artikel forderte Kosche zur *»Archivierung und Sammlung von Daten«* über *»die linken Drahtzieher und Anstifter«* . auf. Die Daten sollten an die von Thekla Kosche betriebene Computermailbox ASGARD BBS geschickt werden, die als zentraler Anlaufpunkt der Anti-Antifa in Norddeutschland gilt. Doch Thekla Kosche beschäftigt sich nicht nur mit der Anti-Antifa und der Vernetzung der Neonazis: Ende Mai meldete sie in Bad Segeberg eine Demonstration an, an der ca. 250 Neonazis teilnahmen (siehe AIB Nr. 39).

In ihrer Funktion als treibende Kraft der Anti-Antifa in Norddeutschland trat und tritt Thekla Kosche an Mitglieder und angebliche Aussteiger von Antifa-Gruppen heran, um von ihnen Informationen über Strukturen und Personen zu erhalten. Besonderes Interesse legt sie für die ostdeutsche, speziell die Leipziger Antifa-Szene an den Tag.

So war es auch nicht schwer, ihr einen angeblichen Aussteiger unterzuschieben, der sie mit Informationen versorgen wollte. Daß ihr »Kontaktmann« angeblich kein Telefon habe und deshalb nur sie angerufen werden konnte, schien sie nicht beunruhigt zu haben. Dabei sagte sie klar, daß sie die Antifa *»nachhaltig in die Schranken weisen«* wolle. Ihr Gegenüber ging darauf ein, und so wurde ein erstes Treffen in Leipzig verabredet. Doch ihre »Kontaktperson« kam nicht, stattdessen wurde sie beobachtet. Unverrichteter Dinge mußte sie wieder die Heimreise nach Bad Segeberg antreten. Kurz darauf bekam sie wieder einen Anruf aus Leipzig und ein neuer Termin wurde vereinbart. Brav erschien sie erneut ohne Begleitung und bemerkte nicht, daß sie von allen Seiten abgelichtet wurde. Sie ging mit der »Kontaktperson« in ein ihr völlig unbekanntes Cafe. Daß er darauf bestand trotz strömendem Regen unbedingt draußen zu sitzen, weil das bei solchen Treffen nämlich normal wäre, schien sie nicht sonderlich stutzig zu machen.



Kurz nach ihrer Ankunft in Leipzig – sie ahnt noch nichts

Sie hatte scheinbar genug Vertrauen und plauderte aus dem Nähkästchen. Darüber, wie niedrig der IQ ihrer Berliner Kameraden wäre, daß die Schutztruppe bei der Nazitagung in Hetendorf unter der Leitung von ANDREE ZIMMERMANN ein Sauhaufen gewesen sei, der keinem Angriff standgehalten hätte und welche Nazigrößen sie dort getroffen hätte. Zu diesem Zeitpunkt beendeten die Antifas das Gespräch. Die Kontaktperson verschwand auf nimmerwiedersehen und zwei ihr bekannte Antifas setzten sich zu ihr.

Es wurde nun öffentlich fotografiert und ihr das Mikrofon gezeigt, das die gesamte Unterhaltung aufgenommen hatte. Erst jetzt schien sie zu begreifen, was abgelaufen war. Sie versuchte, die Antifas noch in Gespräche zu verwickeln und wurde dadurch so lange aufgehalten, daß sie zum Bahnhof rennen mußte, um ihren Zug nicht zu verpassen.

Daß sie auf der Rückfahrt von Lübeck nach Bad Segeberg noch eine Panne mit ihrem Auto hatte, setzte wohl den i-Punkt auf ihren so erfolgreichen Tag. ■

Die große Pleite

Heß erledigt – »Gedenkmarsch« mußte ausfallen

Bereits Wochen vor dem 16. August liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Das sogenannte Aktionskomitee Rudolf Heß verbreitete die ersten Aufrufe zum diesjährigen »Rudolf Heß-Gedenkmarsch«. Wie schon in den vergangenen Jahren sollten in den Wochen vor und nach dem zentralen Aufmarsch am 16. August dezentrale Aktionen von Neonazis durchgeführt werden.

Der Heßmarsch 1997 sollte etwas ganz besonderes werden, immerhin jährte sich der Todestag des Hitlerstellvertreters, bereits zum zehnten Mal. An der Vorbereitung beteiligten sich nicht nur die Führungskader der Jungen Nationaldemokraten (JN), sondern auch andere Nazikader, wie Frank Schwerdt von den Nationalen e.V. und Michael Swierzek, ehemals Kader der verbotenen Nationalen Offensive. Im Hintergrund die Fäden in der Hand hielt mal wieder Kai Dalek, obwohl er, wie in den vergangenen Jahren, auf der Straße nicht präsent war.

Die dezentralen Aktionen am 9. August, verschiedene geplante Autokorsos die allesamt verboten wurden, ein Miniaufmarsch von ca. 60 Neonazis in Burg bei Magdeburg und eine Saalveranstaltung im Ruhrgebiet, wurden von den Nazis noch als Erfolg gewertet.



Demonstration von 150 Neonazis im dänischen Köge bei Kopenhagen

Der, wie immer großspurig angekündigte, zentrale Aufmarsch am 16. August endete für die Nazis in einem Desaster. Die Nationalen Infotelefone mobilisierten seit dem Vorabend, mit dem Hinweis, Autobahnen zu meiden, in den Raum Kassel. So drückten sich viele Nazis seit den Morgenstunden in ihren aufgemotzten PKW´s auf hessischen und südniedersächsischen Landstraßen herum. Gegen Mittag wurden sie in den Raum Braunschweig umgeleitet und ein erster Aufmarschversuch in Wolfenbüttel gestartet. Bereits hier zeigte sich, daß die Nazis kein leichtes Spiel haben würden. Nicht nur, daß die Polizei erstaunlich konsequent diesen ersten Versuch unterband und Platzverweise aussprach, auch etliche Antifas waren ihnen dicht auf den Fersen. Ein zweiter Versuch am Braunschweiger Bahnhof scheiterte ebenso kläglich.

Viele von den schätzungsweise 200 Nazis, die in die Region gekommen waren, erreichten die angegebenen Orte viel zu spät oder wurden von der Polizei aufgehalten. In Braunschweig kamen nach und nach nur etwa 60 Nazis an. Unter ihnen Christian Hehl, der sich die gesamte Zeit nicht von einer Fußgängerbrücke heruntertraute, Klaus Beier, der JN-Pressesprecher, Tino Brandt aus Saalfeldt (Thüringen) und Oliver Schweigert aus Berlin. Verzweifelt wurde ein letzter Aufmarschversuch im benachbarten Königslutter gestartet. Über einen von der Sauerläner Aktionsfront (SAF) eingerichteten Schleusungspunkt wurden ca. 150 Neonazis in die Innenstadt geleitet. Wie schon in Wolfenbüttel und Braunschweig waren Polizei und Antifas zur Stelle. Als es zum Aufeinandertreffen von Antifas und Nazis kam, wurden nach Polizeiangaben 110 Nazis und 31 Antifas festgenommen.

Die Polizei richtete eine provisorische Gefangenensammelstelle auf einem nahegelegenen Tennisplatz ein, wo die Nazis zusammengepfercht auf ihren Abtransport warteten, während die Antifas freigelassen wurden. Unter den in sogenanntes Sicherheitsgewahrsam genommenen Nazis befanden sich u.a. der SAF-Aktivist Michael Krick, Siegfried Borchardt aus Dortmund, die JN-Funktionärin Melanie Dittmer aus Dorsten und der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel. Der als Schleuser fungierende Andree Zimmermann (SAF) blieb jedoch unbehelligt. Wie schon am 1.Mai versuchten Nazis auch kleinere Aufmärsche in anderen Regionen durchzuführen. So gab es Versuche in Rinteln, Solingen, Öhringen (Baden-Württemberg) und auf der Wartburg bei Eisenach (Thüringen). Diese Versuche wurde allesamt von der Polizei verhindert oder nach einer halben Stunde beendet.



Transparent der Sauerländer Aktionsfront beim Aufmarschversuch in Königslutter

In Halle und Hannover beendeten Antifas die Naziaktionen. In Halle kam zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und ca. 50 Nazis die in der Innenstadt am Händeldenkmal aufmarschieren wollten. Am späteren Abend kam es in Hannover ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und sich versammelnden Nazis, wobei 50 Nazis in die Flucht geschlagen wurden und, so die Antifas, »zahlreiche Nazis im Zuge direkter Konfrontationen verletzt« wurden.

Lediglich im dänischen Köge gelang es ca. 150 Nazis unter massivem Polizeischutz aufzumarschieren, während im benachbarten Roskilde 1000 Menschen gegen den Naziaufmarsch demonstrierten. Bereits vor zwei Jahren marschierten Neonazis anläßlich des Heß-Todestages in Roskilde, wurden damals jedoch von Antifas und aufgebrachten



Strammstehen in Reih' und Glied klappt schon – marschieren müssen sie noch üben

BürgerInnen attackiert und verjagt. Vor dem Domizil der DNSB (DÄNISCHE NATIONALSOZIALISTISCHE BEWEGUNG) und dem Haus von Parteichef JONNY HANSEN in Havdrup, setzte die Polizei Tränengas gegen protestierende AntifaschistInnen ein. In Köge, dem Ort des Aufmarsches, wurden die Nazis mit einem Sonderzug der dänischen Bahn vor den herbeieilenden Antifas in Sicherheit gebracht.

Was bleibt als Resümee?

Der »Rudolf Heß-Gedenkmarsch« war für die Nazis in diesem Jahr ein Fiasko. Nicht nur, daß sie sich erneut als unfähig erwiesen haben, mehr als den immer gleichen Kreis von Kadern und dessen direktes Umfeld zu mobilisieren, auch ihre konspirativen Ausweichversuche scheiterten kläglich. Ihren Mobilisierungsbonus vom Aufmarsch in München, als es ihnen gelang, ca. 5.000 Alt- und Neonazis zu mobilisieren, der auch am 1.Mai noch spürbar war, haben sie wohl vorerst verspielt. Schätzungsweise waren insgesamt 500 bis 600 Neonazis unterwegs, um sich an einem zentralen Heß-Gedenkmarsch zu beteiligen. Ohne die Unterstützung von rechts-konservativen Kreisen, wie in München, schaffen sie momentan keinerlei Massenmobilisierungen. Andererseits ist auch die Moral der Nazis erschüttert. Ein solcher Reinfall geht an die Substanz. Die JN, die sich sonst immer als stärkste Kraft im militanten Nazilager hinstellt, konnte diesem Anspruch in keiner Weise gerecht werden und das großspurige Getue der JN-Kader scheint für viele Nazis nicht mehr viel an Anziehungskraft zu besitzen.

Ihre zahlreichen Versuche, in kleineren Gruppen, querbeet in der Bundesrepublik zu marschieren, sind ohnehin zum Scheitern verurteilt.

Erstaunlich ist nur das Verhalten der Polizei. Das es problemlos möglich ist, Naziaufmärsche zu verhindern, hat sie dieses Jahr bewiesen. Nötig ist dazu jedoch ein politischer Wille, der sich von Jahr zu Jahr ändert. Die Ausreden der vergangenen Jahr, von Pannen und unglücklichen Umständen, sind vor dem Hintergrund der diesjährigen Aktionen noch unglaubwürdiger. Im nächsten Jahr kann die Situation jedoch wieder ganz anders aussehen.

Daß das Verlassen auf staatliches Eingreifen gegen Neonazis ein Irrweg ist, haben AntifaschistInnen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre gelernt. So gab es bereits im Vorfeld und am Tag des Heßmarsches antifaschistische Demonstrationen in verschiedenen Städten, z.B. in Goslar, München, Quedlinburg, Nürnberg und Bergisch-Gladbach.

Fast überall, wo die Nazis ihre Aufmarschversuche starteten, waren schnell Antifas zur Stelle, die – wo es möglich war – ihrerseits eingriffen, um das braune Treiben zu unterbinden.

Dadurch war es den Nazis unmöglich, sich ungestört zu versammeln, sie mußten sich ständig neue Ausweichorte suchen. ■

Chronik der »Rudolf-Heß-Gedenkmärsche«

1987: Rudolf Heß begeht im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis Selbstmord. An seinem Grab salutieren rechtsbürgerliche Kreise, Alt- und Neonazis.

1988: Zum 1. Todestag findet der erste »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« in Wunsiedel statt. Trotz diverser Streitigkeiten finden sich an Heß' Grab alle Fraktionen der Neonazisszene zusammen.

1989: 200 Neonazis nehmen am Aufmarsch in Wunsiedel teil. Zu den Drahtziehern gehören CHRISTIAN WORCH (NATIONALE LISTE), BERTHOLD DINTER (HNG) und FRIEDHELM BUSSE (FAP).

1990: In diesem Jahr gibt es die erste größere Antifamobilisierung gegen den Heß-Marsch. Etwa 2.000 Antifas demonstrieren in Wunsiedel, die Polizei sorgt jedoch dafür, daß die Antifas nicht mit den ca. 500 Nazis aufeinandertreffen.

1991: Erstmals können die Nazis nicht in Wunsiedel marschieren und müssen nach Bayreuth ausweichen. Durch die Unterstützung von Nazis aus der ehemaligen DDR nehmen 2.000 Nazis an dem Aufmarsch teil.

1992: Der »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt, als 2.000 Nazis durch Rudolstadt demonstrieren. Wie schon im Jahr zuvor sorgt ein starkes Polizeiaufgebot dafür, daß Antifas und Nazis getrennt demonstrieren.

1993: Durch beginnende staatliche Repression ist den Nazis ein Teil ihres Mobilisierungspotentials abhanden gekommen und so nehmen nur noch 500 Nazis an dem Aufmarsch statt. Trotzdem ist dieser Aufmarsch in Fulda für sie ein Erfolg.

1994: Die Nazis randalieren vor der Deutschen Botschaft in Luxemburg unf werden festgenommen, während in Deutschland Antifas vor den Wohnungen von Nazikadern demonstrieren.

1995: Der Aufmarsch findet diesmal im dänischen Roskilde statt. Die 180 Nazis werden von der dänischen Bevölkerung und Antifas attackiert und ergreifen die Flucht.

1996: 500 Nazis beteiligen sich erstmals wieder an Aktionen zum Heß-Todestag in der BRD. Die Polizei läßt die Nazis in Worms und Merseburg gewähren, während die Proteste von AntifaschistInnen eher dürftig sind.

Sonnenwende mit dickem Ende

Für den 21. Juni hatte der Landesverband Hessen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) zur »Sonnwendfeier« geladen. Die Mobilisierung hierzu verlief konspirativ und war auf NPD- und JN-Kreise beschränkt.
Obwohl der Ort des Geschehens, eine Grillhütte bei Dillenburg-Eibach (Lahn-Dill-Kreis), im Vorfeld nur ausgesuchten Mitgliedern bekannt war, konnte er kurz zuvor von Antifas ausfindig gemacht werden.
So wurde der Tag zum doppelten Debakel für die Neonazis. Zum einen gelang es, das Geschehen zu beobachten, zu dokumentieren und sich einen tiefen Einblick in die Organisations- und Personalstruktur der weitgehend abgeschottet agierenden hessischen JN zu verschaffen. Zum anderen wurde das Treffen von der Polizei aufgelöst – ein Indiz dafür, daß die Neonazis in ihrem bislang »sicheren Hinterland« die Toleranzgrenze der Behörden bisweilen ausgereizt haben.

Dabei zeigte sich die Polizei anfangs noch völlig uninformiert darüber, daß an diesem Tag überhaupt eine Sonnwendfeier stattfinden sollte. Als sie jedoch auf eine Ansammlung von Neonazis am Vorabtreffpunkt bei Weilburg aufmerksam gemacht wurde, entwickelte sie ungeahnte Aktivitäten. 24 Neonazis wurden in Gewahrsam genommen, bei Fahrzeugdurchsuchungen fanden sich u.a. Schlagwerkzeuge und eine Übungshandgranate. Im Laufe der nächsten Stunden gelang es der Polizei, den Ort der Feier zu ermitteln. Der Platz wurde von einem Großaufgebot umstellt, die Feier polizeilich aufgelöst. Weitere 57 Neonazis wurden kontrolliert.

Die NPD wetterte im Nachhinein gegen das angeblich brutale Vorgehen des Polizei, bei dem eine 74-jährige Aktivistin aus Frankfurt einen Herzanfall bekommen haben soll. Auch wenn diese Darstellung weit überzogen ist, so hatte der Einsatz für die Region dennoch eine bisher nicht gekannte »Qualität«. Der Schock darüber dürfte tief sitzen, da gerade die hessischen NPD-Strukturen ihre Aktivitäten in den letzten Jahren im Lahn-Dill-Kreis konzentrierten, wo sie sich seit Jahr und Tag des Schutzes durch die Polizei und der Deckung durch die Behörden sicher sein konnten und bei den letzten Kommunalwahlen im März dieses Jahres mit 21,5% (Leun) und 22,9% (Ehringshausen) neue Rekorderergebnisse erzielten. (siehe auch AIB, Nr.34).

Zumindest aus einzelnen Polizeidienststellen ist allerdings schon seit geraumer Zeit Unmut darüber zu vernehmen, daß die Beamten den Neonazis eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Überstunden und Wochenendschichten zu verdanken haben. Neben der NPD und den JN, die sich dort beinahe regelmäßig zu Parteitagen, Vorstandssitzungen und allerlei Feierlichkeiten zusammenfinden, sind es Gruppen wie die HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG) oder Naziskins, die in den letzten Jahren die sich dort bietenden Möglichkeiten zur ungestörten Zusammenkunft immer ausgiebiger genutzt haben. Eine Vielzahl von Einsätzen wegen Übergriffen, Bedrohungen und Schmiereien war die logische Folge.

Auch ihnen vergeht zuweilen das Lachen.
Die NPD-Prominenz aus dem Lahn-Dill-Kreis: stehend v.l.n.r. Alfred Zutt, Ludwig Palm, Thomas Hantusch, Kurt Bandße; sitzend v.l.n.r. Angelika Pracht, Doris Zutt, Ursula Siepe



Der Teilnehmerkreis der Sonnwendfeier bestätigt indes alle Recherchen, wonach sich die JN auch in Hessen zum Sammelpunkt des harten, vielfach als gewalttätig bekannten, Kernes der Neonaziszene entwickelt haben.

Erkannt wurden z.B. die Brüder TORSTEN und ANDREAS ORF sowie ANDREAS WERTH (alle aus Wiesbaden), die aus der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE kommen und heute zum Funktionärskreis der Partei DEUTSCHE NATIONALISTEN zählen, außerdem Naziskins aus dem Wetteraukreis um ihren Anführer STEVE SCHEUFLER sowie der als überaus gewaltätig geltende Frankfurter MARTIN BAUMGARDT, ein vorbestrafter Bankräuber, der bei den letzten Kommunalwahlen für die NPD kandidierte.

Desweiteren gaben sich Personen die Ehre, die seit Jahren versuchen, sich im vermeintlich »seriösen« Spektrum der extremen Rechten zu etablieren. So z.B. MARKUS MEYER aus Hochheim (bei Wiesbaden), der als Funktionär der sich »nationalliberal« nennenden Splitterpartei DIE BÜRGER schon mal JÖRG HAIDER persönlich begrüßen durfte.Unter den TeilnehmerInnen befand sich natürlich auch ein Teil der hessischen NPD-Prominenz, wie z.B. DORI ZUTT (NPD-Bundesvorstand) und THOMAS HANTUSCH (JN-Landesvorsitzender), beide aus Ehringshausen, sowie ERNST F. MARSCHALL, Ex-Republikaner und Spitzenkandidat der NPD in Frankfurt bei den 97er Kommunalwahlen.

Das Bild vor Ort indes war geprägt von der Generation der 16- bis 21-jährigen, was gleichzeitig deutlich machte, daß die JN offenbar unter wenig Nachwuchsproblemen leiden. Organisiert wurde die Sonnwendfeier vom Frankfurter ROLF GIESEMANN, Mitglied des Ordnerdienstes der JN und von THOMAS GORR aus Oberbiel (bei Wetzlar), dem Laufburschen des Landesvorsitzenden Thomas Hantusch.

Etwas überraschend war der Auftritt einiger Neonazis, die schon seit vielen Jahren als »Karteileichen« abgelegt waren. So z.B. HARALD RAVE aus Haiger, der führend am Aufbau der FAP-Hessen Mitte der 80er Jahre beteiligt war und sein langjähriger Weggefährte HARALD GYHRA aus Dillenburg, der die Sonnwendfeier unter seinen Namen als »Geburtstagsparty« angemeldet hatte. Gyhra, der bis zu diesem Tag beim Dillenburger Ordnungsamt als »honoriger Mann« galt, dürfte seinen Ruf verspielt haben – er provozierte den Einsatzleiter solange mit Naziprüchen, bis er festgenommen wurde.

Die JN in Hessen können auf eine Zeit relativer Ruhe zurückblicken, was damit zusammenhängt, daß sie außerhalb ihrer Hochburgen Lahn-Dill-Kreis und Wetteraukreis nur wenig Aktivitäten entwickelten und demnach wenig Ansatzpunkte für Recherchen und weitergehende antifaschistische Aktivitäten boten. Doch dank des Reinfalls vom 21. Juni ist ihre Struktur nun weitgehend überschaubar geworden. ■



Der Werwolf und sein Stichwortgeber

In Lübeck steht der Neonaziterrorist Kay Diesner vor Gericht

Am 8. August hat der Prozeß gegen den Naziterroristen Kay Diesner aus Berlin begonnen. Diesner hatte am 19. Februar in Berlin-Marzahn den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in seinem Büro niedergeschossen (siehe AIB Nr. 38). Der Anschlag galt nicht Baltruschat persönlich, sondern der PDS, die am 15. Februar zusammen mit zahlreichen anderen antifaschistischen Gruppen in einem Bündnis einen geplanten Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Berlin-Hellersdorf verhindert hatte. Dem Anschlag vorangegangen war eine vehemente Hetze gegen AntifaschistInnen und insbesondere die PDS durch Innensenator Jörg Schönbohm und andere Rechtsausleger der CDU. Schönbohm versuchte – nachdem er nichts gegen den Neonazi-Aufmarsch hatte unternehmen wollen – der PDS die Schuld für die Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Anhängern der JN in die Schuhe zu schieben.

Vier Tage nach dem Attentat auf Baltruschat – Diesner hatte sich mittlerweile nach Schleswig-Holstein abgesetzt – erschoß er bei einer Kontrolle auf einem Autobahnrastplatz bei Lauenburg den Polizisten Stefan Grage und verletzte einen weiteren Beamten. Bei der anschließenden Verfolgungsjagd kam es wiederholt zu Schußwechseln. Diesner gab schließlich auf.

Nun steht der 25jährige, der sich als Kriegsgefangener bezeichnet, in Lübeck vor Gericht – angeklagt des Mordes und des vierfachen Mordversuches. Spannend bleibt die Frage, ob das Gericht bereit sein wird, die Hintergründe der Tat und Diesners Einbindung in die rechte Szene aufzuklären und darüberhinaus Licht in das Dunkel der neonazistischen Terrorstrukturen zu bringen. Anzeichen und Hinweise für eine Einbindung Diesners in eine rechte Terrorstruktur, gibt es mehr als genug; daß er zum harten Kern der Berliner Neonazi-Szene gehörte und dort militärisch und ideologisch ausgebildet wurde, ist eine Tatsache. An die Einzelkämpferversion der Ermittlungsbehörden will nicht mal der Staatsanwalt so recht glauben, auch wenn die Tat selbst zweifelsohne die eines einzelnen ist.

Diesner spielt seine Rolle gut vor der Schwurgerichtskammer des Lübecker Landgerichts: eine Mischung aus Haltung wahren und Anwaltsstrategie. Er bestreitet keine der Taten und macht auch keinen Hehl aus seiner neonazistischen Gesinnung. Aber er macht von Anfang an umfangreiche Aussagen und versucht, mit dem Gericht zu kooperieren; er bestreitet, sich mit Waffen auszukennen und nach seiner Zeit in der Nationalen Alternative (NA) in die rechte Szene eingebunden gewesen zu sein. Entgegen seiner vorhergegangenen Aussagen gibt er nun gar an, auf Baltruschat nicht in Tötungsabsicht geschossen und die Polizisten lediglich in Notwehr angegriffen zu haben. Dazu hier und da ein Satz, aus dem sich ein wenig Reue und die schlechte mentale Verfassung Diesners zum Zeitpunkt der Taten ablesen lassen soll.

Sein Pflichtverteidiger, Thomas Schüller, bringt es auf den Punkt: er habe Diesner als jemanden kennengelernt, mit dem professionelles Arbeiten möglich sei. Zu abgekartet wirkt die Show, die der Feinmechaniker und langjährige Neonazi vor dem Gericht abzieht, um die Mordvorwürfen aufzuweichen, um den politischen Hintergrund der Taten und die Terrorstrukturen der Neonazis aus dem Prozeß herauszuhalten, um eine Strafmilderung wegen seiner debilen Psyche zu erreichen.

Die anstehende lebenslängliche Haftstrafe wird der untersetzte, kräftige Ostberliner mit dem trotzigen Blick eines Pubertierenden damit wohl dennoch nicht verhindern können. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, daß er einen Polizisten erschossen hat, sondern auch die erdrückende Beweislast. Ob das Gericht allerdings an der Aufhellung von Diesners Rolle in der rechten Szene und eines wahrscheinlich erscheinenden organisatorischen Hintergrundes seiner Taten interessiert ist, scheint mehr als fraglich. Die schlampigen Ermittlungen des Berliner Staatsschutzes machen dies noch unwahrscheinlicher.

Berlin: Die sprichwörtliche Unfähigkeit des Staatsschutzes oder gewollte Pannen?

Wer steckt hinter dem Attentat auf den Marzahner Buchhändler Klaus Baltruschat? Diese Frage vermochten die Ermittler der Berliner Polizei nicht zu klären, bis der Täter, Kay Diesner, vier Tage später einen Polizisten erschoß, einen weiteren schwer verletzte, festgenommen wurde und das Attentat auf Baltruschat gestand. Dabei hätten sie es wissen müssen: Diesner wohnte nicht nur in unmittelbarer Nähe des Tatortes, er gehört auch seit Jahren zum harten Kern der Berliner Neonazi-Szene, in deren Reihen der Täter von Beginn an vermutet wurde, und war nicht nur der Polizei bekannt.

Die Berliner PDS wirft dem Staatsschutz vor, gar nicht in diese Richtung ermittelt und einfachste kriminologische Grundsätze mißachtet zu haben. Bis heute ist nicht einmal genau geklärt, ob sich Diesner in dem Zeitraum zwischen dem Attentat auf Baltruschat und seiner Flucht nach Schleswig-Holstein mit seinen Gesinnungsgenossen getroffen hat, wie es zwischen dem verhinderten JN-Aufmarsch und dem Attentat der Fall war.

Beide Taten, das Baltruschat-Attentat und die Schießerei auf dem Autobahnrastplatz in Schleswig-Holstein, sind durch Diesners Geständnis nun weitgehend aufgeklärt. Mehr aber auch nicht. Alle Ermittlungen enden bei den beiden Taten. Ob Diesner auf Anweisung handelte, wie, wo und warum er schießen lernte, wie er dazu kam, sich derart militärisch auszurüsten und ob er in Terrorstrukturen eingebunden war, die die Neonazis bereits seit Anfang der 90er Jahre propagieren (siehe v.a. AIB Nr. 30 & 31), bleibt außen vor. Die Ermittler hielten es offensichtlich nicht für nötig, diese Fragen zu klären. Verwundern tut dies kaum. Trotz wiederholter Bombenfunde bei Berliner Neonazis und zahlreichen Anschlägen von rechts leugnen der Berliner Verfassungsschutz und Berlins Innensenator Schönbohm konsequent die Existenz und den Aufbau rechtsterroristischer

Diesner-Opfer Baltruschat und die Mutter des erschossenen Polizisten beim Prozeßauftakt am 8. August

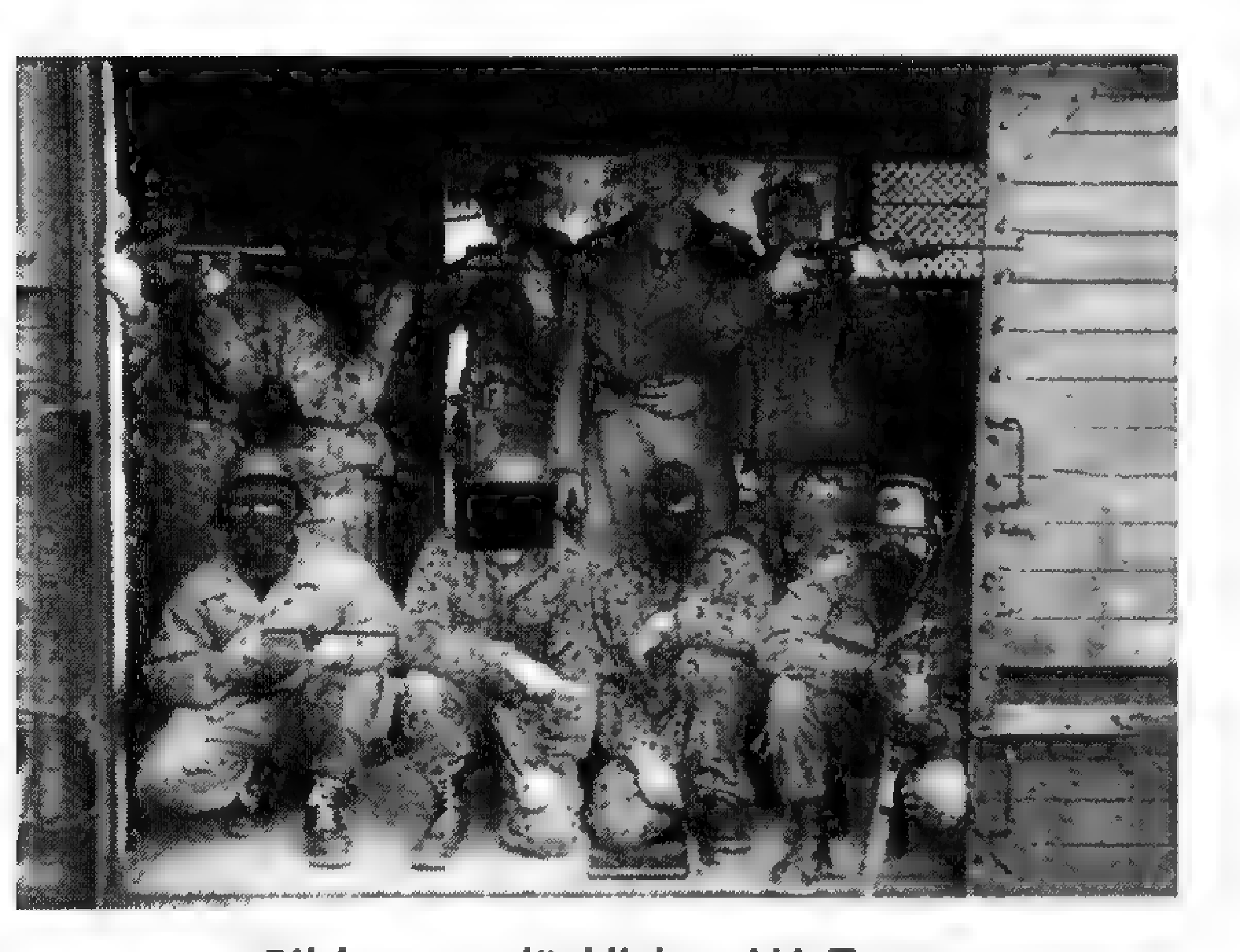


Strukturen. Noch im Berliner Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1996 heißt es: »*Für rechtsextremistischen Terrorismus in Berlin gibt es gegenwärtig keinen Nachweis.*«[1]

Auch Ermittlungen in Diesners Umfeld blieben dünn gesät und die Frage unbeantwortet, wie und wo Diesner in der rechten Szene organisiert war.

Kay Diesner: die Karriere eines Neonazis

Diesners extrem rechte Karriere begann bereits in der DDR, wo er sich als Skinhead und Hooligan verstand. Nach der Wende landete er dann relativ schnell beim harten Kern der Ostberliner Naziszene: im besetzten Haus in der Lichtenberger Weitlingsstraße und damit bei der dort ansässigen Neonazitruppe Nationale Alternative (NA) und später deren Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE NATIONALISTEN (SRN) bzw. anderen Zusammenhängen um den harten Kern der ehemaligen NA. Dort lernt Diesner nicht nur weite Teile der Berliner Neonazi-Szene kennen, sondern auch zahlreiche Führungsfiguren der deutschen und österreichischen Szene, wie GOTTFRIED KÜSSEL, GÜNTER REINTHALER, und den mehrfach verurteilten Naziterroristen EKKEHARD WEIL. Zudem zeigen sich Verbindungen zu den österreichischen Briefbomben: PETER BINDER, Angeklagter im ersten Briefbombenprozeß, besuchte die Weitlingstraße häufiger und kannte auch einen von Diesners Lehrern gut: ARNULF PRIEM. Zum NA-Kreis in der Weitlingstraße gehörte auch BENDIX WENDT, der engen Kontakt mit Österreichern wie Binder unterhielt, nach der Detonation der ersten Briefbomben untertauchte und zudem Wehrsportbeauftragter der NA war.



Bilder aus glücklichen NA-Tagen.
Oben: Wehrsportübung auf Rügen
Unten: Diesner in der Weitlingstraße (2.v.r)



Die Nazikader um die beiden Führer INGO HASSELBACH und FRANK LUTZ erkannten schnell die »Qualitäten« Diesners: Er sei diszipliniert und zurückhaltend gewesen, der ideale Befehlsempfänger. Der damals 18jährige Diesner bekam eine intensive ideologische und militärische Ausbildung verpaßt. Regelmäßig wurden Wehrsportübungen in verschiedenen Gegenden in Ostdeutschland durchgeführt, u.a. auf Rügen und in den Wäldern südlich Berlins.

Im Laufe der Zeit freundete Diesner sich in diesem Kreis vor allem mit MARCUS BISCHOFF und OLIVER WERNER an, was deutlich macht, in welchem Umfeld sich Diesner damals bewegte. Bischoff sitzt nach wie vor in Haft wegen der Verbreitung des NS-DENKZETTELS, in dem Anleitungen zum bewaffneten Kampf veröffentlicht wurden. Am Anfang fungierte der NS-Denkzettel als Zeitung der SRN, die ersten Ausgaben wurden noch von Ingo Hasselbach hergestellt. Nach dessen Ausstieg übernahm Werner diese Aufgabe. In der Szene gilt die Zeitung später als Blatt des WEIßEN ARISCHEN WIDERSTANDES (WAW), einer angeblichen Keimzelle des WERWOLFES. Diesner bezeichnet sich selbst als Freiheitskämpfer des WAW, gibt aber an, bei dem WAW handele es sich um keine feste Gruppe, sondern eine Bewegung. Im Umfeld der ehemaligen NA bezeichnen sich auch noch andere Neonazis als Angehörige des WAW.

Bei Oliver Werner wurden in den vergangenen Jahren bei Hausdurchsuchungen wiederholt Bombenbauanleitungen, mehrere Rohrbomben, Sprengstoff und ANTI-ANTIFA-Listen gefunden.

Die Berliner Anti-Antifa

Daß die Polizei »schwarze Listen« bei Werner fand, war kein Zufall. Oliver Werner und Kay Diesner waren seit Anfang der 90er Jahre mit der Anti-Antifa-Recherche beauftragt. Das gesammelte Material gaben sie an OLIVER SCHWEIGERT, der sich mittlerweile zum Chef des alten NA-Kreises gemausert hatte, weiter. Schweigert machte dann die Computererfassung und glich die Daten mit dem Initiator der Anti-Antifa, CHRISTIAN WORCH aus Hamburg, ab.

In diesem Zusammenhang ist auch Diesners Festnahme auf der Demo der maoistischen Splittergruppe RIM am 1. Mai '94 und seine anschließende Verurteilung zu sehen. In schwarzen Klamotten, mit Kapuzenpullover und Bomberjacke hatte er sich damals auf die Demo begeben, um Informationen und Eindrücke zu sammeln. Vor dem Lübecker Gericht antwortete er auf die Frage, ob er auf der Demo Leute gekannt habe, mit einem ja. Einige Leute habe er bereits zuvor in einem Kreuzberger Buchladen kennengelernt. In der Neonazi-Postille FREIE STIMME[2] bestätigen Berliner Nazis die Informationen über ihren »*Kameraden und Mitkämpfer*«: »*Durch sein harmloses jugendliches Aussehen eignete er sich aber auch für konspirative Einsätze. Für die 'Anti-Antifa'-Berlin war er in der Aufklärung tätig, indem er z.B. in Zeckenläden einschlägige Literatur beschaffte oder sich um Feindadressen bemühte.*«[3]

In dem gleichen Artikel widerlegen sie Diesners Behauptungen vor Gericht, er sei nach der NA nicht mehr in der Szene aktiv gewesen, hätte sich in der Weitlingstraße nur als Besucher aufgehalten und sei überhaupt ein Einzelgänger. Vor Gericht hatte er gleich sämtliche Fraktionen der Nazi-Szene durch den Dreck gezogen, um seine Abneigung gegen die Szene unter Beweis zu stellen. So bezeichnete er die NA als »*Nationale Arschlöcher*« und die JN als »*Junge Nationaldemokröten*«. Seine Berliner »Kameraden« in der Freien Stimme wissen hingegen zu berichten: »*Tatkräftig half er mit, in der Weitlingstraße das bekannt gewordene 'besetzte' Haus für die damals Ostberliner Partei 'Nationale Alternative' herzurichten. In seinem Arbeits- und Einsatzeifer war er überall dabei, wo Männer und Kämpfer benötigt wurden. Ob in Ostberlin oder bei Müller/Mainz; Kay war dabei (...)*«[4]

Stelldichein bei Nazirocker Priem

Dabei war Diesner auch, als am 13. August '94 die crème de la crème der Berliner Anti-Antifa- und Neonazi-Szene auf dem Haus des Führungskaders Arnulf Priem festgenommen und zum großen Teil später wegen Bildung eines bewaffneten Haufens verurteilt wurde. Als die Polizei das Haus stürmte, auf dem sich die Nazis zwecks Angriff auf eine Antifa-Demo versammelt hatten, fand sie u.a. Zwillen, Steine, Messer, zahlreiche Knüppel und Molotowcocktails. Mit dabei war neben Diesner, Oliver Werner, Oliver Schweigert und anderen Führungsfiguren auch ein »Kamerad«, der seine Mordtat am 18. April, zwei Monate nach Diesner, beging: DETLEF NOLDE, der zusammen mit LUTZ SCHILLOCK zwei Wittenberger Neonazis erstach (siehe AIB Nr. 39).

Warum die 22 führende Neonazis, die auf Priems Dach festgenommen wurden, nach dem Attentat auf Baltruschat nicht sofort ins Blickfeld der Ermittler rückten, bleibt fraglich. Die Beamten wußten nicht erst nach der Mordtat Noldes, welchen Kreis sie dort versammelt vorgefunden hatten. Schon die zahlreichen Waffenfunde bei nahezu allen am 13. August festgenommenen hatten den Beamten gezeigt, daß dieser Kreis überwiegend auch im Bereich Terror aktiv ist. Diesner und Nolde werden



Bei Nazi-Müllers in Mainz-Gonsenheim. An dieser Aktion zum Hitler-Geburtstag 1993 war nicht nur Diesner-Lehrer Arnulf Priem (2.v.r.), sondern auch Diesner-Kumpane Oliver Schweigert beteiligt. Diesner selbst auch?
Ganz rechts ist der Verfasser von »Eine Bewegung in Waffen«, Christian Scholz, zu sehen; der 2.v.l. ist Christian Worch. Außerdem waren zahlreiche andere Führungskader anwesend, wie Friedhelm Busse, Christian Malcoci und Thomas Wulff. Man kennt sich und redet miteinander.

sicher nicht die letzten aus dieser Runde bleiben, die im Zusammenhang mit Terrorakten Schlagzeilen machen werden.

Ebenfalls an diesem Tag auf Priems Dach festgenommen wurde ein Nazi, der erst 1992 zu den Neonazis um die SRN stieß: Andreas Tews. Tews, der zusammen mit Werner bei dem Prozeß wegen des bewaffneten Haufens einen Journalisten angriff, wurde bald zum guten Freund von Diesner. Heute ist er derjenige aus der Szene, der Diesner im Gefängnis besucht, den Kontakt zu ihm hält und seine Betreuung durch die Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) sicherstellt. Unter der Hand versteht sich, denn nicht nur die HNG hat wenig Interesse daran, mit Diesner in Verbindung gebracht zu werden. Auch seine anderen »Kameraden« sind in der Öffentlichkeit und vor den Ermittlungsbehörden darauf bedacht, ihre Kontakte und Beziehungen zu Diesner herunterzuspielen und Diesners Einbindung und Funktion in die Strukturen zu verschleiern.

Neben der Tatsache, daß Diesner zum harten Kern der Szene gehört, ist und bleibt aber unklar, inwieweit er Kontakt zu einer Terrorstruktur in der Neonaziszene hatte oder sogar in sie eingebunden war und ob es eine derartige Struktur überhaupt in einer bundesweit organisierten, professionellen Form gibt oder der Versuch nach zahlreichen Veröffentlichungen und Razzien eingestellt worden ist. Unstrittig ist, daß zahlreiche Nazis – ob bei Wehrsportübungen oder in Kroatien – an Waffen ausgebildet wurden, und daß es zahlreiche regionale Zusammenhänge gibt, die sich nicht nur ausbilden, sondern auch mit dem Gedanken tragen, ihr Wissen in die Tat umzusetzen. Darüberhinaus kursieren in der deutschen NS-Szene bereits seit Anfang der 90er Jahre Schriften, die den Aufbau einer bewaffneten Struktur propagieren und strategische Konzepte dafür vorlegen.

Die Werwolf-Idee

Eine dieser Schriften sind die Hefte »Eine Bewegung in Waffen«, an denen auch bei den Wehrsportübungen der NA/SRN, sprich auch Diesner, geschult worden sein soll. Das 1991 erschienene »Eine Bewegung in Waffen« gilt in der Neonaziszene als grundlegende Handlungsanleitung in Fragen des Aufbaus und der Tätigkeit einer terroristischen Untergrundstruktur. Propagiert wird der Aufbau eines »Werwolf«-Netzwerkes mit einzelnen Zellen, Verbindungsleuten und Depots. Ausgewählte Kandidaten werden »*ausgesondert, sodann unseren Anforderungen gemäß geschult und ausgebildet, um schließlich als 'Schläfer' den Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen abzuwarten*«[5], heißt es in der Schrift.

Die Aktionsform »*Attentat*« wird in »Eine Bewegung in Waffen« als »*Rechtsprechung im weitesten Sinn*« bezeichnet. Als mögliche Opfer werden unter anderem der »*Scherge des Repressionsapparates*« und »*alle diese Volksschädlinge, dieses plutokratische und marxistische Ungeziefer*« genannt. Und weiter heißt es, es müßten »*alle Aktionen aus der Überraschung heraus erfolgen, welche wiederum nur im Angriff gewährleistet sein kann.*«[6]

Während Diesner nach den direkten Vorgaben für die Taten gehandelt zu haben scheint – sowohl die Art der Ausführung, als auch die Zielgruppe und das Motiv decken sich mit »Eine Bewegung in Waffen« – paßt er nicht in das in den Heften vorgeschriebene Modell eines »Werwolfes«. Nicht nur, daß er kein Schläfer war, sondern im harten Kern der Berliner Neonazi-Szene agiert hat. Er hat auch offensichtlich nicht auf Anweisung von oben, von der »Organisationsleitung«, gehandelt, wie es in »Eine Bewegung in Waffen« vorgeschrieben ist. Zuwenig stimmt die innenpolitische Situation und die Stärke der Neonazis mit den strategischen Vorgaben aus »Eine Bewegung in Waffen« überein.

Grundsätzliche Überschneidungen mit Diesners Verhalten vor, während und nach der Tat finden sich allerdings in dem 1992 in den USA erschienen Aufsatz des »Führerlosen Widerstands« (»Leaderless Resistance«). Dort heißt es: »*Nach der Strategie des führerlosen Widerstandes operieren alle Individuen (!) und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie (...) nach Anweisungen. (...) Allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung (...) halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen.*«[7] Das Modell Diesner? Propagiert wird das Konzept des »führerlosen Widerstands« auch von der US-Nazitruppe White Aryan Resistance, von der sich sowohl die schwedische Version Vitt Ariskt Motstand, eine neonazistische Terrortruppe, als auch die deutsche Variante Weißer Arischer Widerstand, dem sich Diesner zugehörig fühlt, herleiten. Diesners »Kameraden« schreiben dazu in der Freien Stimme, es handele sich um eine »*jederzeit austauschbare Bezeichnung für die Strategie des 'führerlosen Widerstands'*«.[8]

Ob Diesner nach den Ereignissen von Hellersdorf »einfach« beschloß, mit seiner erhaltenen Ausbildung eine eigene »Bestrafungsaktion« durchzuführen, ob er mit seinen »Kameraden« darüber gesprochen hat oder gar bewußt nach dem Modell des führerlosen Widerstandes vorging, muß offen bleiben.

Darüber und über mögliche Strukturen im Hintergrund wird man von Diesner und seinem Umfeld wohl kaum etwas erfahren. Nicht umsonst heißt es bei »Eine Bewegung in Waffen«: »*Verräter verfallen der Feme.*«[9] Und auch in der Freien Stimme wird unterschwellig gewarnt: »*Durch den Schock der Festnahme beachtete er aber leider nicht das Grundprinzip, als Beschuldigter erst einmal keinerlei Aussagen zu machen.*«[10]

Wessen Geistes Kind

Ebenfalls aus den USA stammen die 1978 erschienen »Turner Diaries«, ein Kultroman der terroristischen Naziszene nicht nur in den USA. Das Buch schildert im Science-Fiction-Stil einen in den USA von Neonazis initiierten Rassenkrieg und belegt, in welcher ideologischen Welt sich die rechten Terroristen bewegen: »*Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben.*«[11]

Aus den »Turner Diaries« kopiert ist offensichtlich der Anschlag auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City am 19. April 1995 (siehe AIB. Nr. 30 & 39), dem zweiten Jahrestag der Erstürmung des Hauptquartiers der Branch Davidian-Sekte in Waco (Texas) durch die Polizei, bei der 86 Sektenmitglieder starben. Das Vorgehen der Polizei gegen die schwerbewaffnete Sekte, die angeblich nur ihr Grundrecht auf Waffenbesitz verteidigen wollte, gilt in der US-




Diesner-Kumpane Oliver Schweigert (l.) und Oliver Werner

Nazi-Szene als Fanal und die Toten als Märtyrer, die vom FBI in einen »*Holocaust*« getrieben wurden.

Nicht nur, daß Diesner vor Gericht angibt, im Fernsehen einen Bericht über Waco gesehen zu haben. Er bewegt sich auch in der ideologischen Welt, die die »Turner Diaries« exemplarisch zeigen: er spricht vom »*Holocaust an der weißen Rasse*«, er hält sich für einen »*Freiheitskämpfer für die weiße Rasse*« und »*politischen Soldaten*« und die BRD habe ihm »*den Krieg erklärt*«. Verschwörungstheorie pur, die Diesner jedoch als Legitimation für seine Taten nimmt.

Alarmierend ist die Tatsache, daß Diesner bei weitem nicht der einzige ist, der sowohl bei Nazirocker Priem und in der NA seine ideologischen Schulungen erhalten hat, als auch militärisch ausgebildet wurde. Wann die nächste dieser tickenden Zeitbomben hochgeht, scheint lediglich eine Frage der Zeit.

Stichwortgeber

Diesner gibt selbst an, durch allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung, konkret das Fernsehen, über die Hellersdorfer Ereignisse am 15. Februar auf die Idee gebracht worden zu sein, einen Anschlag auf die PDS zu verüben. Nicht nur Innensenator Schönbohm muß sich nun den Vorwurf gefallen lassen, zum Stichwortgeber für den Neonaziterroristen geworden zu sein, wie es in den Zeiten vor der Abschaffung des Asylrechts und auch danach der Fall war, wenn es eine inhaltliche Überschneidung zwischen Konservativen und der extremen Rechten gab. Der Senator hatte noch am Abend des 15. Februar im Fernsehen die PDS der Aufhetzung und des Aufrufens zur Gewalt bezichtigt, nachdem AntifaschistInnen das getan hatten, woran Schönbohm nicht interessiert war und ist: neofaschistische Aufmärsche und Aktivitäten zu verhindern. Während er aktivem Antifaschismus und politischer Betätigung außerhalb des Abgeordnetenhauses u.a. mit den Worten »*es gibt keinen Grund für den sogenannten antifaschistischen Kampf*« die Berechtigung abspricht, macht er der extremen Rechten den Hof, verharmlost ihre Aktivitäten und läßt sie gewähren. ■

---

1)-Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Verfassungsschutz-Bericht Berlin 1996. Berlin, 1997. S. 89.
2) Bei der Freien Stimme handelt es sich um ein Szeneblatt für das Kameradschaftsspektrum aus Kreisen der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT (SAF) um THOMAS KUBIAK.
3) Freie Stimme. Nr. 13, 2/1997. S. 4ff.
4) ebda. Mit »Müller/Mainz« ist das Grundstück des Naziehepaars CURT und URSEL MÜLLER in Mainz-Gonsenheim gemeint. Dort finden regelmäßig neonazistische Veranstaltungen mit bundesweiter Bedeutung statt.
5) Hans Westmar alias CHRISTIAN SCHOLZ und HENRY FIEBIG, Eine Bewegung in Waffen Bd II. 1991.
6) ebda.
7) siehe AIB Nr. 30, Juni/Juli 1995, S. 53ff.
8) Freie Stimme, a.a.O.
9) Hans Westmar, a.a.O.
10) Freie Stimme, a.a.O.
11) Andrew Macdonald alias WILLIAM PIERCE, Turner Diaries. 1978.

Teil einer neuen »Versorgungslinie Nord«

Der NS 88-Versand

Daß sich mit dem Verkauf von Nazimaterialen gut Geld verdienen lässt, ist spätestens seit dem Auftauchen diverser interner NF-Unterlagen bekannt. In der Kundendatei des KLARTEXT-VERLAG der NF befanden sich allein Ende 1992 genau 9.724 Datensätze, d.h. rund 7.600 Adressen und Namen. Mittlerweile dürfte der Absatzmarkt allerdings so enorm zugenommen haben, daß die 120.000 Mark Jahresgewinn (laut Gesellschaftsvertrag) des Klartext-Verlages lächerlich erscheinen. Die Bremer Naziband ENDSTUFE verkaufte im Laufe ihres Bestehens ca. 100.000 Tonträger, das Nazi-Rock-Magazin NORDLAND erscheint mit 20.000er Auflage, an Nazikonzerten nehmen bis zu 1.000 Leuten teil und die Naziband ULTIMA-THULE erreichte in Schweden Platz Eins der Charts. Mittlerweile dürften also Millionenbeträge bei dem Geschäft mit dem Nazi-Rock im Spiel sein. Um auch den deutschen Absatzmarkt mit den hier indizierten Produkten versorgen zu können, ist u.a. in Dänemark ein Firmenkomplex aufgebaut worden, welcher die entsprechenden CDs und Musikvideos produziert und verteilt. An dem Schmuggel der Nazi-Ware sind dänische, schwedische und deutsche Nazis beteiligt – eine neue »Versorgungslinie Nord«.

Diesen Firmenkomplex mit dem Namen NS 88 (NS für Nationalsozialismus und 88 für Heil Hitler) wollen wir hier beispielhaft für viele weitere Nazi-Versände beleuchten.

NS 88 wurde im Frühjahr 1994 von ein kleiner Gruppe dänischer Nazis gegründet und betreibt seitdem ein Postfach in Hillerod nördlich von Kopenhagen. Seit seiner Gründung ist NS 88 enorm angewachsen und unterhält eine Vielzahl von internationalen Kontakten. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit mit WASAKAREN RR/RAGNAROCK RECORDS aus Schweden/Helsingborg, mit der dänischen DNSB, mit COMBAT 18 und BLOOD & HONOUR (BH) aus England und mit der NATIONAL SOCIALIST ALLIANCE (NSA). Aber noch ein anderer intensiver Kontakt ist von Bedeutung: Der Kontakt zu einer Gruppe von sieben Personen, die am 18. Januar '97 in Kopenhagen und Umgebung von der Polizei verhaftet worden sind. Ihnen wird die Teilnahme am internationalem, nazistischem Terrorismus vorgeworfen. Sie stehen im Verdacht Briefbomben, u.a. an konkurrierende Nazis, verschickt zu haben (Siehe AIB 38). Zwei von den Verhafteten sind wieder freigelassen worden, die anderen fünf sitzen noch immer in Untersuchungshaft. In diesem Netzwerk wird offensichtlich eine Arbeitsteilung in legale Organisation/Partei (NSA, DNSB), in Nazi-Musik-Szene (NS 88, BH, RR) und Terrorstruktur (u.a die Verhafteten) praktiziert. Es scheint, daß die Verhafteten mit ihren Briefbomben einem Combat 18-Flügel behilflich sein sollten (siehe AIB 38).

Die Arbeit von NS 88 dreht sich hauptsächlich um CDs und Musikvideos innerhalb der Nazi-Rock-Bewegung Europas. Außerdem ist NS 88 zusammen mit Wasakaren RR/Ragnarock Records für die Verteilung der ISD RECORD Produkte von Combat 18 in Skandinavien verantwortlich. Mittlerweile hat NS 88 über hundert CD-Nummern und genausoviele Musik-

videos im Angebot, die sie zu einem Großteil selbst produziert haben. NS-88 Videoteams machen von Nazi-Konzerten Aufnahmen (meistens in Schweden), die dann in eigenen Studios redigiert und später verkauft werden. Auch CDs werden selbst aufgenommen und gemixt, dann aber an verschiedene Firmen geschickt, die diese selbst prägen lassen. 1996 gründet NS 88 eine Tochtergesellschaft - die NS RECORDS. Diese unterhält im Kopenhagener Stadtteil Frederiksberg eine Postadresse, wo bis jetzt weder die Staatsanwalt noch das Steueramt aufgetaucht sind. In Schweden dagegen wurde gegen ERIK BLÜCHER, PER AHLBERG, BERT-OVE RASMUSSEN und HANS HIMMLER PETTERSON von Wasakaren RR/Ragnarock Records Anklage wegen der Übertretung der Rassismus-Gesetzgebung erhoben. Den aus Norwegen eingereisten Erik Blücher, der sich seit neustem Erik Nilsen nennt, kann man getrost als Schlüsselfigur des schwedischen Nazi-Rock-Geschäfts bezeichnen. Damit der braune Geldfluß durch die Rassismus-Anklage nicht ins Stocken gerät, sprang vollkommen selbstlos NS 88 ein und übernahm die CDs, die Blücher und Konsorten nun nicht mehr problemlos vertreiben konnten.

Wer hinter dem ganzen NS 88-Komplex und dem dänischen Nazi-Rock-Geschäft steckt, ist dank antifaschistischer Recherchearbeit schon lange kein Geheimnis mehr. Hauptdrahtzieher ist hierbei der Brandenburger Marcel Schilf. Er wurde zum ersten Mal im März 1992 in der dänischen Öffentlichkeit bekannt, als ein Antifaschist von einer Briefbombe getötet wurde. Schilf wurde damals zum Ziel verschiedener polizeilicher Ermittlungen. Ende 1993 geriet er in Zusammenhang mit den österreichischen Briefbomben erneut ins Suchlicht der Polizeiermittlungen. Als dann dänische Nazis Anfang 1997 mehrere Briefbomben verschickten, wurde bei ihm sofort die Wohnung durchsucht und u.a. mehrere 10.000 DM beschlagnahmt. Keine der drei Ermittlungen führte jedoch zu einer Anklage. Schilf hat aber nicht nur den Ruf des Bombenbastlers, sondern er gilt innerhalb der internationalen Nazi-Szene vor allem als Computer- und Videoexperte. Obendrein scheint er eine wichtige Funktion als Schlüsselperson innerhalb des internationalem Nazi-Netzwerk zu erfüllen. So versteckt er hin und wieder Nazis bei sich, die von den Behörden in anderen Ländern gesucht werden. Mit dem Hauptangeklagten der im Januar in Dänemark verhafteten Nazi-Terroristen, war er persönlich befreundet. Er war es auch, der in Helsingborg das Propagandamaterial der Verhafteten druckte. Seine Konzert-Videoteams werden mitunter in der Anti-Antifa-Arbeit eingesetzt, um diese Aufnahmen in den Redwatch-Abschnitten des NS 88 Video-Magazins Kriegsberichter zu zeigen. Das Kriegsberichter Video-Magazin ist ein widerlicher Mix aus Nazi-Trickfilm, Konzertberichten und Band-Interviews. In Filmclips werden hier u.a. Fernsehaufnahmen von den Pogromen in Rostock und Filmaufnahmen von rassistischen Hinrichtungen vertont.

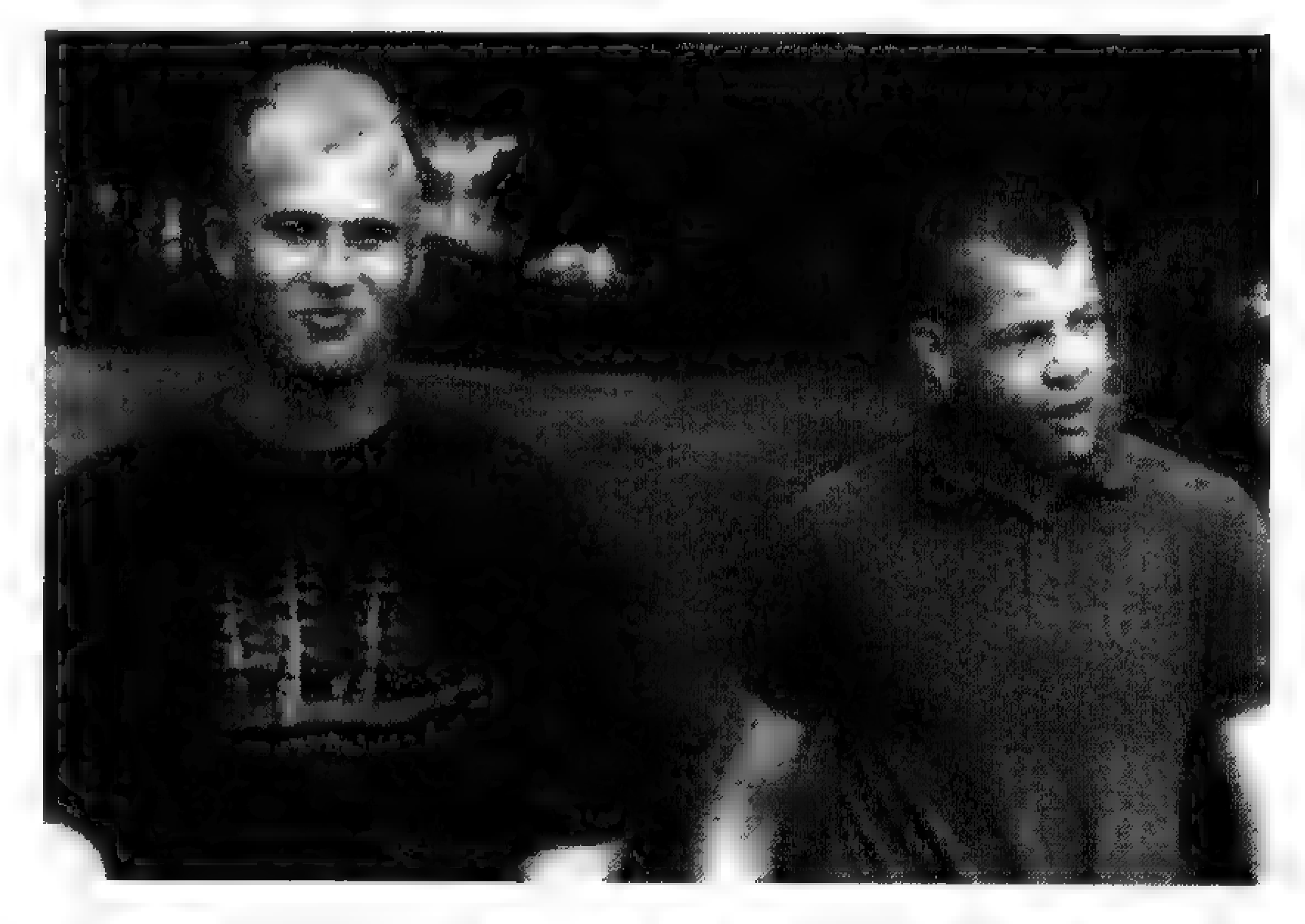
Doch zurück zu Marcel Schilf. Er wurde 1972 in der ehem. DDR geboren und zog, als er neun war, mit seiner Mutter nach Dänemark. Da er aber häufig seine Großmutter in Brandenburg besuchte, kam er schon zu DDR-Zeiten mit den lokalen Skins in Kontakt. Im Laufe der Jahre entwickelten sich diese zusammen mit Marcel Schilf zu überzeugten Nazi-Skins. So wundert es auch nicht, daß ab 1991 in Schilfs Wohngegend kontinuierlich Nazi-Propaganda auftauchte. Seine eigene Wohnung verschandelte er u.a. mit einer großen NF-Fahne. Auf die Frage hin, wo er organisiert sei, antwortet er: Nirgends und überall. Gute Kontakte soll er aber vor allem zur NSDAP-AO gehabt haben. In Dänemark trieb er sich hauptsächlich mit Nazi-Strassengangs und DNSBlern rum. Seine Skin-Bande in Dänemark bekam zwischen 1992 und 1994 außerdem häufig Besuch von seinen deutschen Nazi-Skin-Kumpels. Ab 1994 trat Schilf dann schließlich offen in DNSB-Zusammenhängen auf, wo er auch seinen ersten NS 88-Mitstreiter, den DNSBler Jesper Hartmann, fand. Nebenher hatte sich Schilf in der Video- und Hacker-Szene ein zweites Betätigungsfeld gesucht. Er spezialisierte sich auf Computer, engagierte sich im Hacker-Club CRIONICS und wurde zum Leiter der CRIONICS VIDEO DIVISION.

Im Crionics-Club kopierte er illegal Videos und Programme, bis ihm ein Privatdektiv auf die Spur kam und ihn bei der Polizei anzeigte. Ein Teil der Schwarzkopien tauschte Schilf mit dem Sprengstoff Azetone-Peroxid ein, welcher wiederum mit Waffen, besonders Gaspistolen aus Deutschland, eingetauscht wurde. Nach der tödlichen Bombe von Kopenhagen wurde bei Schilfs ehemaligen Freund und Azetone-Peroxid-Lieferanten eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Funde bei ihm führten zu Schilf, dessen Wohnung die Polizei daraufhin ebenfalls durchsuchte. Beide wurden zwar mehrmals verhaftet und verhört, konnten aber nicht mit der Bombe in Zusammenhang gebracht werden. Sie wurden dann aber beide später wegen anderer Delikte verurteilt. Im Herbst 1994 gründeten NS 88 und Ragnarock Records gemeinsam den CLUB VALHALLA in Helsingborg. Hier waren bis September 1996 ein Club, ein Konzertsaal, Büros, ein Studio und eine Vielzahl von Schlafplätzen untergebracht. Einen zweiten Treffpunkt fanden die Nazis im Helsingborger Fußball-Fanclub FRONTLINE, der schon immer zahlreiche Nazis zu seinen Mitgliedern zählte. Nachdem 1996 der amerikanische NS 88-Freund BART ALSBROCK wegen einer Messerstecherei im Frontline angeklagt wurde, verschärfte die Polizei ihr Interesse an dem Club. Dies führte dazu, daß die Nazis aus Frontline rausflogen und Frontline schließlich dichtmachte. Auch der Vermieter vom Club Valhalla kündigte den Mietvertrag, so daß NS 88 umziehen mußte. Geblieben ist die Ragnarock Records, NS 88-Infrastruktur in Helsingborg und Umgebung: Die IGAB EL SERVICE von Per Ahlberg im Polymer-Haus in der unmittelbaren Nähe vom ehem. Club Valhalla, der GRAFISK SERVICE von Bert-Ove Rasmussen im selben Gebäude-Komplex wie der ehem. Club Valhalla, die Räume im Motorvägen 5 und die Werkstatt von Erik Blücher in der Ängelsholmsvägen. Dazu kommen eine Reihe von Firmen, Postfächern und anderen Personen, wie z.B. Hans Himmler Petterson, der Kassierer bei Ragnarock Record und Inhaber eines Postfaches in Stockholm war. Mittlerweile hat sich Ragnarock Records offiziell aufgelöst, der Verkauf geht aber trotzdem über das alte Postfach in Rön-



NS 88- Gelände in Klein Bünzow bei Anklam

Die beiden Leiter von NS 88, Marcel Schilf (links) und Jesper Hartmann (DNSB) im August 1994.





»Kriegsberichter-Reporterin« und NS 88-Aktivistin Maya A. bei einem Interview mit »No Remorse« in Klein Bünzow

neby in Blekinge weiter. Behilflich dabei ist der Verein Wasakaren RR, der jetzt einen neuen Vorsitzenden mit dem Namen H. ASFERG bekommen hat. Der 2. Vorsitzende der DNSNB Henrik Christensen hieß früher Henrik Asferg Christensen. Sein Postfach im dänischen Randers nutzte u.a. die deutsche Einblick-Redaktion und die dänische Ausgabe des NSDAP/AO-Blattes NS-Kampfruf. Ob sich Blücher den Namen nun »geliehen« hat, oder ob Henrik Christensen neuer Vorsitzender von Wasakaren RR geworden ist, lässt sich momentan nicht endgültig klären. In H. Asfergs Einleitung zum Januar '97-Katalog wird auf jeden Fall die Unschuld der vier Rassismus-Angeklagten beteuert. Da die Behörden die eigentlichen Verantwortlichen nicht finden konnten, werden nun einige Randfiguren angeklagt. Auch Blücher behauptete in früheren Verhören, nur die Grafik der CD-Covers geliefert und einige Postfächer geleert zu haben. Marcel Schilf versucht derweilen weiterhin krampfhaft »sauber« zu bleiben und seine Geschäfte zu decken. Immerhin steht sein Videomagazin Kriegsberichter Vol.1 ebenfalls in Schweden unter Anklage. Seinen Namen lässt er nirgends auftauchen, bei Nazi-Freunden heißt er nur Marcel oder M.S., die Registrierung von Zahlungen sind höchst ungenau und er fährt abwechselnd schwedische und deutsche Autos. Die Hausdurchsuchungen bei ihm und seiner Freundin in Verbindung mit den Videobomben haben ihn nervös gemacht. Dazu kommt, daß er sich in Schweden u.a. die Macher des Nazi-Rock-Magazines NORDLAND zum Feind gemacht hat. In einem Rundbrief diesbezüglich plauderte NS 88 recht interessannte Nordland-Internas aus: Ein GEORGE ERIC HAWTHORNE soll der Direktor des Nazi-Rock-Magazins RESISTANCE sein und ein NITTON soll der Gründer und frühere Versandleiter von Nordland sein. Dieser soll sich mittlerweile mit Nordland verstritten haben und nun den größten schwedischen Fußball Supporter Clubs anführen. Auch bei der Nazi-Band MIDGARDS SÖNER soll der »fanatische Nationalist« Nitton mitspielen. Nordland sei außerdem letztes Jahr zu feige gewesen, um an dem von ihm organisierten Rudolf-Hess-Marsch in Trollhättan teilzunehmen. Desweiteren unterschlügen sie Spendengelder und seien verantwortlich für den Überfall auf einen Skinhead-Club-Barmann in Göteburg, den ASGARD SHOP-Besitzer in Stockholm und den 14 WORDS INFO-Herausgeber ROBAN.

Es scheint, daß der Konkurenzkampf im Nazi-Rock-Geschäft mit immer rabiateren Mitteln ausgetragen wird. Doch bloß, weil sich die Nazi-Rock-Nazis momentan untereinander bekämpfen, dürfen sich Antifas noch lange nicht zurücklehnen. Sie sollten vielmehr ihre internationalen Kontakte ausbauen und vertiefen, um gemeinsam gegen die internationale Nazi-Rock-Bewegung vorzugehen. Diese kennt beim Geschäft nämlich schon lange keine Grenzen mehr. Dänemark und Schweden sind hierbei natürlich nicht die einzigen Produktions- und Vertriebsorte des deutschen Nazi-Rocks. Auch in Tschechien wurden deutsche Nazi-Rock-CDs hergestellt. Die Herstellung vermittelte ADRIAN PREIẞINGER, Chef einer Agentur für Kommunikation in Kronach, der 1992 wegen Volksverhetzung verurteilt worden war. Von seinem Büro im slowakischen Banska Bystrica aus managte er die Geschäfte mit dem CD-Preßwerk CDC in Celakovice und mit der GRAMOFONOVE ZAVODY in Lodenice. Nach Veröffentlichungen im Spiegel soll die Zusammenarbeit allerdings beendet worden sein. Auch Marcel Schilf landete indirekt mehrmals in den deutschen Medien. Im März vorigen Jahres rühmte sich der VS ausführlich damit, sieben Kuriere geschnappt zu haben, die 2000 Landser CDs von Dänemark nach Deutschland geschmuggelt hatten. Und vor kurzem landete pressewirksam eine CD der ZILLERTALER TÜRKENJÄGER auf dem Index, die bei NS 88 produziert worden war.

Einige »Werbematerialen« von Marcel Schilf und seinen Nazi-Kollegen.







Doch Schilfs Verbindungen nach Deutschland dürften noch sehr viel weiter gehen. Zu seinen Kunden in Deutschland sollen nach sicheren Angaben aus Antifa-Kreisen u.a. die ANTI-ANTIFA NAUMBURG, der PHI-PRESSEDIENST aus Berlin, das FREIE FORUM aus Oberboihingen, der SCHEINWERFER aus Rodach, CHRISTIAN MOHR aus Quedlinburg, der ASGARD BUND E.V. aus Berlin, die JUGEND REX aus Adendorf, die UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN aus Bochum, der BUND DT. UNITARIER aus Giessen, die GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK im Klosterhaus Lippoldsberg in Wahlsburg, der GUT VERSAND aus Ennepetal, RENE RODRIGUEZ TEUFER aus Viernheim, die HANSE RECORDS aus Bremen, der SOUND CHECK in Köln, DB. RED aus Potsdam, FALCO SCHÜSSLER aus Aschaffenburg und die NORDISCHE ZEITUNG aus Hamburg gehören.

In den vergangenen Monaten mußte NS 88 einige »Pausen« einlegen, da sie mehrmals ihre Büros verloren, ihre CD-Presserei in Taiwan die Zusammenarbeit einstellte und eine Bombe ihre Druckerei stark beschädigte. Trotzdem geht der Verkauf weiter, ein neuer Rundbrief ist gerade erst erschienen und obendrein kann in der Ausgabe Nr.3 der »Blood Honour« (Division Deutschland) nachgelesen werden, daß Marcel von NS 88 und einige Kameraden vor geraumer Zeit Blood Honour Skandinavien gegründet haben. Also Grund genug den antifaschistischenWiderstand weiter auszubauen und zu verstärken. ■

Diesen Artikel entstand in Zusammenarbeit mit der dänischen Antifa-Zeitung Demos (Postboks 1110, 1009 Kobenhavn).

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 20

September/Oktober '97



Impressum:
Was Geht Ab? Nr. 20,
September/Oktober '97
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen Info-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Sonnenwendfeiern

NIT Bundesweit - Während des vorletzten Juni-Wochenendes versammelten sich in mehreren Orten Nazis, um ihre Sonnenwendfeiern zu begehen. In Thüringen versammelten sich ca. 60 Nazis und in Weil nochmal rund Hundert. Hier wurde das Gelände von Polizei umstellt, welche eine mehrstündige Razzia durchführte. Mehrere Nazis wurden anschließend vorübergehend festgenommen. In Hetendorf trafen sich über 200 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet, um mit einer Sonnenwendfeier ihre Tagungswoche zu beenden. Bei der antifaschistischen Gegenkundgebung mit 450 Leuten wurden 56 Antifas festgenommen. Ebenfalls in Niedersachsen führte die lokale *JN* eine Sonnenwendfeier durch, an der sich angeblich über 200 Nazis beteiligten. In Baden-Württemberg verlegte die JN ihre Feier in die Eningener *NPD*-Villa, obwohl das Verbot ihrer Feier eigentlich wieder aufgehoben worden war. Die Berliner JN führte wohl keine Sonnenwendfeier mehr durch, nachdem ihr Treffpunkt von Antifas gesprengt worden war und ein strömender Regen einsetzte. Hier drei der Sonnenwend-Kontakt-Handy-Nummern: Für Hetendorf 0171-6207349 oder 0172-4223561 und für Thüringen 0172-6232758.

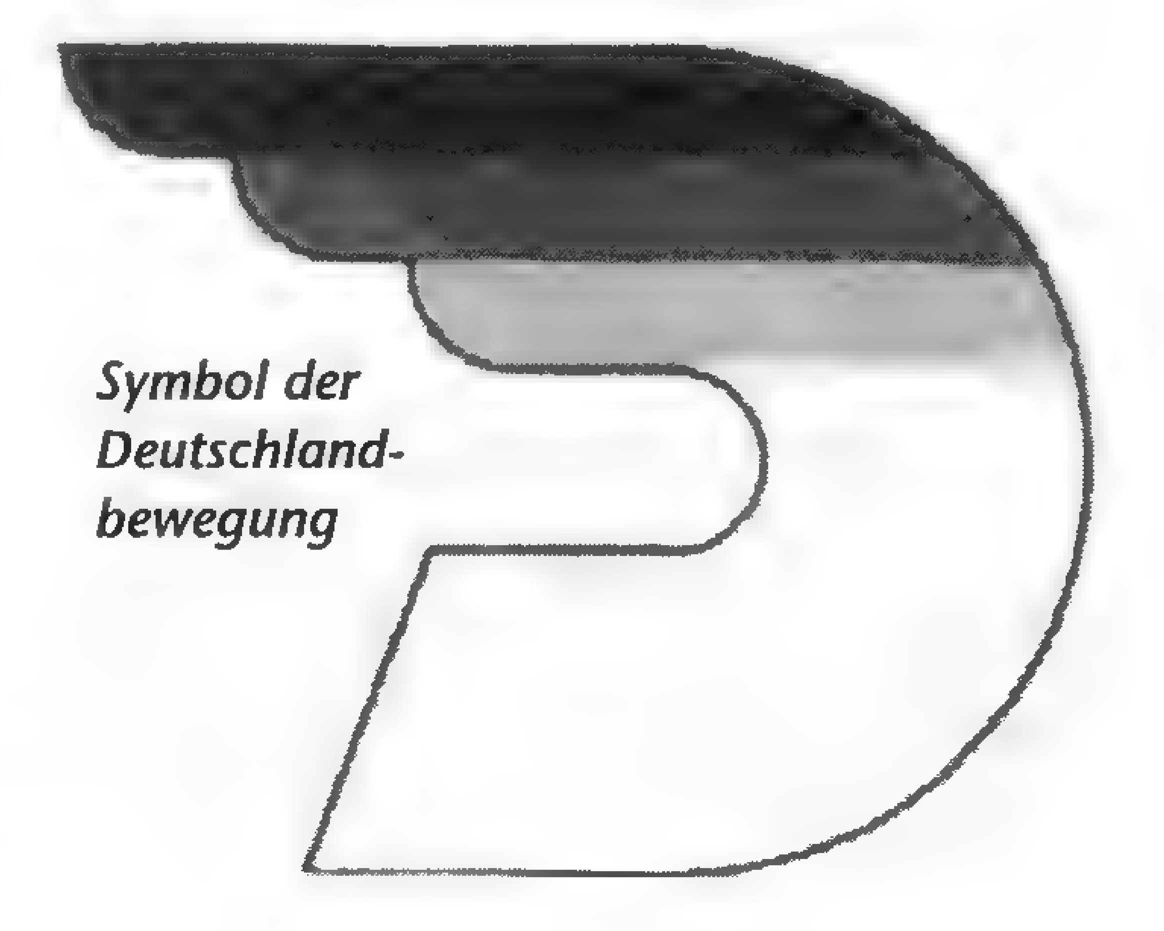


Nazis werden in Hetendorf kontrolliert

Rechte wollen »Demokratiereform«

JF, Frieden 2000 13./20.6. 97 - Ein *Arbeitskreis Demokratiereform* unter der Leitung von **Ferdinand Neitzert** hat sich für die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgesprochen. Der Arbeitskreis ist Mitglied der vom umtriebigen Ultrarechten **Alfred Mechtersheimer** gegründeten ***Deutschland-Bewegung***. Anläßlich einer ersten Sitzung im März 1997 in Hannover wurde eine *»Hannoveraner Erklärung«* verabschiedet. In dieser heißt es unter anderem, *»die überbordende Macht bestimmter gesellschaftlicher Gruppen«* müsse reduziert werden. Zu diesen Gruppen gehörten *»vor allem die Parteien, Gewerkschaften und andere Verbände...«*. Außerdem wird die Beseitigung des Monopols der Parteien für die Aufstellung von Wahlkandidaten und der Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gefordert. An Parlamentskandidaten seien höhere Anforderungen als bisher zu stellen. Unter dem Vorwand, für demokratische Reformen zu kämpfen, wird das herrschende System von Rechts in Frage gestellt und eine Elitenbildung angestrebt. Es handelt sich also um einen weiteren Versuch der Deutschland-Bewegung, ihre ultrarechten Positionen im demokratischen Deckmantel zu verkaufen.

Kontakt: Ferdinand Neitzert, Schulstr.47, 25436 Heidgraben, E-Mail: 0412243483-0001@t-online.de



Symbol der Deutschland-bewegung

Chronologie

20. Mai - Gegen vier Nazi-Skins begann vor dem Landgericht Halle der Prozeß wegen eines Überfalls auf eine Disko in Obhausen bei Querfurt vom April '93. Die Skins im Alter zwischen 21 und 24 Jahren gehörten zu einer Gruppe Nazis, die damals den Treffpunkt von Autonomen angegriffen hatten und dabei die Besucher zum Teil schwer verletzt hatten - ein junger Mann aus der Disko starb drei Tage später an seinen Verletzungen. Die Skins sind ausschließlich wegen schweren Landfriedensbruch angeklagt.

23. Mai - Vor dem Heilbronner Landgericht begann der Mordprozeß gegen zehn Nazi-Skins (15 bis 23 Jahre alt). Diese hatten im Juli '96 in Eppingen einen 44jährigen Elektriker brutal zusammengeschlagen und mit einer Plastiktüte erstickt. Neben Mord müssen sie sich u.a. wegen schwerer räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung verantworten.

24. Mai - In Görlitz beteiligten sich 600 Menschen an einer antifaschistischen Bündnisdemonstration von Antifagruppen, DGB, PDS, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und den Kirchen. Die Demonstration wurde von einem Großaufgebot der Polizei begleitet und verlief ohne Zwischenfälle.

28.Mai - Zum fünften Mal veranstaltete die Antifa Hameln ihr Rock gegen Rechts. Inhaltlich ging es gegen die Versuche von Parteien, Medien und des Staates, Rassismus in Deutschland hoffähig zu machen.

29. Mai - In der Nacht zum 29. Mai wurde die PDS-Zentrale in Saarbrücken von Rechtsradikalen überfallen, die Innenräume zum Teil verwüstet und die Außenwände des Hauses beschmiert. Die Täter, die zuvor Scheiben eingeworfen hatten, hinterließen Flugblätter mit ausländerfeindlicher Hetze. Der Anschlag steht offenbar in Verbindung mit im Mai '97 gemachten Äußerungen zum Thema Neofaschismus der PDS-Saarland.

30. Mai - Die antisemitischen Äußerungen von Gerd Reinke (54 Jahre -

Bassist der Deutschen Oper in Berlin), der in Israel eine Getränkerechnung mit »Adolf Hitler« unterzeichnet hatte, werden keine juristischen Folgen haben. Gerichtlich könne er nicht belangt werden - jedoch wurde er fristlos gekündigt.
In Bad Hersfeld begann die zweite sogenannte »Kultur-Konservative Messe«, veranstaltet wurde sie vom Förderverein: Konservative Kultur und Bildung, des Konservativen Büros. Rund vierzig ausgewählte Gruppen aus den rechten Spektrum waren geladen worden. Wie man dem blauen Brett der rechtsaußen Zeitschrift Criticon entnehmen konnte, war diesmal der »Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM)« Mitveranstalter, der dort gleich mit drei Ständen vertreten war, mit seinem eigenen, mit dem seiner Tochterorganisation: »Mut zur Ethik« und dem seiner Zeitung »Zeitfragen«. Der größte Teil der Aussteller stammte, wie auch in den Jahren zuvor, aus diversen rechtsradikalen religiösen Vereinigungen, die sich gegen die »Linksunterwanderung« der Kirchen wehren wolle. So z.B. die »Evangelische Notgemeinschaft«, »Kein anderes Evangelium« und natürlich auch jede Menge sog. Lebensrechtgruppen. Erstmals beteiligte sich das »Studienzentrum Weikersheim« und verschiedene Burschenschaften. Und natürlich darf auf der rechten Liste, das Christlich-Konservative Deutschalandforum in der CDU (CKDF) nicht fehlen. Über Themen wie Christentum und Nation, Kultur und Zensur und Political Correctness ließen sich u.a. Pater Lothar Groppe S.J., Caspar von Schrenck-Notzing, Prof. Klaus Hornung und der Ex-SPD'ler Manfred Wilcke aus.

31. Mai - In Fürstenwalde (Brandenburg) hatten Neonazis den jüdischen Friedhof geschändet und Gräber beschmiert. Auch der Fürstenwalder Dom wurde mit der gleichen Farbe antisemitisch beschmiert.

4. Juni - Die Polizei teilte an diesem Tag mit, daß die Gedenkstätte »Seelower Höhen« nahe Frankfurt/Oder (Brandenburg), die an sowjetische Opfer im Kampf gegen Nazi-Deutschland erinnert, geschändet wurde.

5. Juni - In Friedrichshafen kam bei einem Brand in einem Asylbewerberinnenheim ein 26jähriger Kurde ums Leben und 53 Menschen, darunter neun Kinder, wurden verletzt. Anhaltspunkte für eine rassistische Tat gebe es noch nicht.

6. Juni - Auf einer Autobahnraststätte auf der A 9 bei Triptis (Thüringen) griffen mehrere Rechtsradikale vier türkische Staatsangehörige an und verletzten drei von ihnen, einer konnte sich in Sicherheit bringen. Neun Täter konnten festgenommen werden (Alter zwischen 19 und 28

Die Deutschland-Bewegung

Frieden 2000 20.6.97 - Hier die regionalen Kontaktpersonen des mit der ***Deutschlandbewegung*** identischen ***Friedenskomitees 2000***:
-Bundesweite Koordination: **Thomas S. Fischer**, München, Telefon/Fax 089-6882380
-Region Leipzig: **Jörg Kühne**, c/o JSU, Postfach 101364, 04013 Leipzig, T 0341-9801466
-Region Chemnitz: **Michael J. Horn**, Pf. 34, 09052 Chemnitz, T/F 0371-586263
-Berlin: **Gert Schneider**, Onkel-Bräsig-Str. 67, 12359 Berlin, T/F 030-6065415
-Region Elbe-Weser: **Alfred H. Beyer**, Wiesenstr. 3, 21756 Osten, T 04771-5275, F 04771-8578
-Hamburg: **Hanno Borchert**, Pf. 633109, 22321 Hamburg, T/F 040-5381251
-Schleswig-Holstein: **Edgar Lössmann**, F 04522-60200
-Hessen Nord: **Friedrich Baunack**, Stromerpfalz, 36199 Wüstefeld bei Rotenburg a. d. Fulda, T/F 06623-42137
-Hessen Süd: **Ulrich Brier**, Frankfurt, F 06132-56458, E-Mail: BNKreis@aol.com
-Region Mainz: **Ernst J. Marliany**, Brieffach 1768, 55007 Mainz, T 06132-56457, E-Mail: dsunetz@aol.com
-Region Kurpfalz: **Christian-Konrad Schaar**, Pf. 101064, 69450 Weinheim, T/F 06201-62271
-Region Stuttgart: **Dietmar-Dominik Hennig**, Badbrunnenstr. 33, 70374 Stuttgart, T 0711-527483, F 0711-5282712
-Region Baden-Baden: **Karl-Heinz Schüler**, T 07221-38386, F 07221-38376
-Baden-Württemberg: **Wolf Rösler**, Kolpingweg 38, 73312 Geislingen, T 07331-42525
-München: **Wolfgang Wurbs**, T 0177-2500283, F 089-951784
-Oberland: **Michael Krämer**, Stadtplatz 7, 83714 Miesbach, T 08025-3115
-Oberallgäu: **Dirk Pott**, Ettensbergerstr. 1a, 87544 Blaichach, T 08321-88365
-Region Bodensee: **Hans-Friedrich Appelt**, Rauensteinstr.70, 88662 Überlingen, T 07551-66019
-Niederbayern: **Josef-Peter Arweck**, Griesbacher Weg 18, 94032 Passau, F 0851-34495
-Oberfranken: **Hilmar Müller**, Maternstr. 39, 96049 Bamberg, T 0951-56210

NPD lobt PKK

Spiegel 28, 7.7.97 - Im ***NPD***-Organ ***Deutsche Stimme*** wird eine Zusammenarbeit zwischen dem *»nationalen Widerstand in Deutschland«* und den *»kurdischen Befreiungsnationalisten«* der ***PKK*** propagiert. Parallel dazu schreibt der PKK-nahe ***Kurdistan-Report***, die *»europäische Linke«* sei angesichts der von den USA dominierten Weltordnung *»gegenüber den Entwicklungen sprachlos«*.

Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland wählte

JF 6.6.97 - **Alois Reiss** wurde einstimmig zum Bundesvorsitzenden der ***Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland*** wiedergewählt. Dem Bundesvorstand gehören außerdem **Waldemar Neumann**, **Adolf Fetsch**, **Johannes Kirchmann**, **Irina Brinkmann**, **Adolf Braun**, **Eugenie Erhardt**, **Herbert Wiens** und **Irina Gaun** an.

Prümmer tot

AN 7.8.'97 - **Michael Prümmer**, Betreiber des ***Prümmer Buchdienstes und Verlag*** und Mitglied im ***JN-Bundesvorstand,*** ist verstorben. Nach Presseberichten hat er sich in der Nacht zum 30. Juni'97 auf einem Parkplatz bei Düren erschossen. Die Polizei sieht keine Anhaltspunkte für Fremdverschulden. **Manfred Rouhs** und sein ***Europa Vorn Verlag*** haben den Vertrieb des Nachlasses von Prümmer übernommen.



Michael Prümmer

VDA-Tagung

AN 24.7.'97 - Die diesjährige Hauptversammlung und zugleich Verleihung des Kulturpreises des ***Vereins für Deutschtum im Ausland*** findet am 10. Oktober '97 in Bonn-Bad Godesberg statt. Im Anschluß an die Preisverleihung wird in der Bad Godesberger Stadthalle der neue Bundesvorstand und ein neues Verwaltungsmitglied gewählt. Es tritt u.a. VDA-Chef **Hartmut Koschyk** auf.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

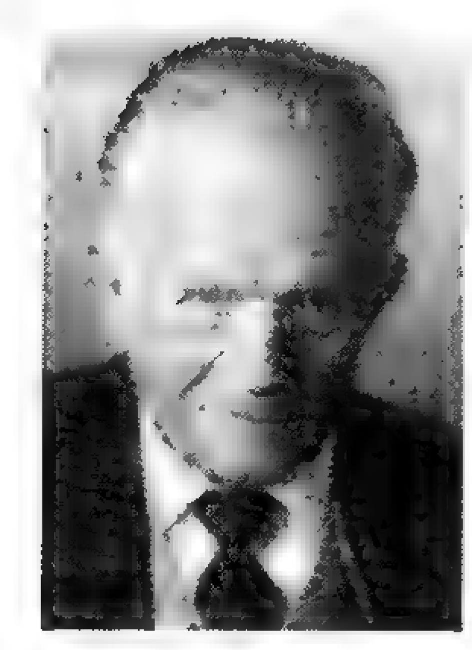
Sieben Jahre für den Mörder von Frank Böttcher

TAZ 18./27.6.'97 - Der 17jährige Jungnazi **Markus J.**, der am 8. Februar '97 den gleichaltrigen Punk **Frank Böttcher** in Magdeburg durch Tritte an den Kopf und Messerstiche in den Rücken getötet hatte, wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. »*Er hat die Tat nicht geleugnet*«, sagte ein Sprecher des Landgerichts Magdeburg nach der ersten nichtöffentlichen Sitzung der Jugendkammer am 17. Juni '97. Eine Verurteilung wegen Mordes wurde allerdings ausgeschlossen, da Markus J. sein Opfer nicht gekannt habe und er zudem wegen hohen Alkoholkonsums in jener Nacht nur vermindert schuldfähig gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft hatte neun Jahre Jugendhaft wegen Totschlags gefordert. Nach dem Urteil kündigten sowohl Verteidigung als auch Staatsanwaltschaft an, in Revision gehen zu wollen.

Antifa-Parole in Magdeburg nach dem Mord



Rechte Veranstaltung geplatzt


Klaus Röhl

JF 4.6.'97 - Wegen massiver antifaschistischer Proteste mußte eine Veranstaltung mit dem ultrarechten **Klaus-Rainer Röhl** an der Universität Karlsruhe abgesagt werden. Organisiert worden war diese Veranstaltung zum Thema »*1968 oder die Geburt des Terrors aus dem Geist der Utopie*« von den ***Ökologisch-Demokratischen Studenten (ÖDS)***, der Studentenorganisation der grün-braunen ***Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)***.

REPs in Ba.-Wü.

JF 20.6.'97 - Auf einem gemeinsamen Treffen haben sich der ***Republikaner***-Landesvorstand von Baden-Württemberg und seine Kreisverbände koordiniert. Der Landesvorsitzende **Christian Käs** (36) kündigte bei dieser Gelegenheit an, auf dem REP-Landesparteitag am 19. Juli '97 in der Stadthalle von Wehr erneut zum Vorsitzenden zu kandidieren. Gegen diesen REP-Landesparteitag organisierte die ***Antifa Lörrach*** und die ***Antifaschistische Aktion*** eine Blockade. Christian Käs steht seit 1991 an der Spitze des REP-Landesverbandes und ist damit der »dienstälteste« Landesvorsitzende seiner Partei. Sein Kollege **Ulrich Deuschle** hält mit und wurde auch dieses Jahr wieder zum Kreisvorsitzenden in Esslingen gewählt. Er ist Landtagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionschef der REPs im Stuttgarter Landtag. Zu seinen Stellvertretern wurden **Günther Bernlöhr, Herbert Schertler** und **Rudolf Brenneis** bestimmt. Im Kreis Offenbach-Land bleibt **Gerald Wissler** (32) weiterhin Kreisvorsitzender der REPs. Eine Mitgliederversammlung bestätigte den Technischen Angestellten aus Mainflingen einstimmig in seinem Amt. Zu seinen Stellvertretern wurden die Fraktionsvorsitzenden aus Rodgau und Dietzenbach, **Gottfried Burischek** und **Manfred Mägdefessel**, gewählt. Neuer Vorsitzender im Kreisverband Ravensburg/Bodenseekreis ist **Manfred Bräuninger**. Seine Stellvertreter sind **Dieter von Möllendorf** und **Max Dangel**.


Christian Käs

Prozeß wegen Naziüberfall

TAZ 15.7.'97 - Am 14. Juli '97 begann vor dem Stuttgarter Landgericht der Prozeß gegen elf Nazi-Skins, die sich wegen eines brutalen Überfalls auf einen Camper verantworten sollen. Die Staatsanwaltschaft wirft den 18 bis 27 Jahre alten Angeklagten versuchten Totschlag und unterlassene Hilfeleistung vor. Sieben von ihnen sollen am 7.9.'96 auf dem Parkplatz des Jugendzentrums in Filderstadt-Bernhausen einen Camper aus seinem Wohnwagen gezerrt und brutal zusammengeschlagen haben. Nachdem sie ihn mit Tritten und Schlägen bewußtlos geprügelt hatten, sprang ihm noch ein Nazi-Skin mit seinen Stiefeln auf den Brustkorb. Vier der Angeklagten sitzen in Untersuchungshaft, die anderen sind auf freiem Fuß. Zwei Nazis gaben an, in der ***Antischweizer Front-Volkssturm Großdeutschland*** organisiert zu sein. Der eine hatte die Gruppe gegründet, der andere war ihr Kassenwart.

Jahren). Sie gehörten zu einer etwa 40 Personen starken Gruppe, »die dem rechtsradikalen Millieu zugerechnet werden«, so ein leitender Oberstaatsanwalt. Die Gruppe, die mit einem Reisebus unterwegs waren und ein Rockkonzert in Budapest zum Ziel hatten, wurden nach dem Angriff unter Polizeibegleitung zum Ausgangspunkt der Fahrt nach Gotha gebracht. Inzwischen wurden zwei Nazis aus Weimar und Sömmerda festgenommen, die in Augen der Staatsanwaltschaft Gera zu den Hauptverantwortlichen der Schlägerei zählen.
Am gleichen Tag fielen zwei Neonazis in Kleinpösna bei Leipzig über zwei Angler polnischer Herkunft her und mißhandelten sie mit Schlägen und Tritten.

8. Juni. - Auf dem Marktplatz von Bonn fand das alljährliche »Besäufnis« der organisierten Burschenschaften statt. Zu einer Gegendemonstration unter dem Motto »Gemeinsam gegen Burschenschaften - Faschismus trägt viele Farben« hatte ein breites Bündnis der legalen Linken aufgerufen.

9. Juni - In Perleberg (Brandenburg) hatten vier junge Männer einen palästinensischen Asylbewerber mißhandelt, der nach Schlägen und Tritten ambulant behandelt werden mußte. Die Polizei ermittelte kurze Zeit später zwei Tatverdächtige - Alter: 16 und 21 Jahre.
Im Ruhrgebiet wurde gegen einen 74jährigen Alt-Nazi aus Leverkusen ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord eingeleitet. Der Rentner soll 1942 im ukrainischen Ustinowka an der Ermordung von mindestens 40 Jüdinnen und Juden beteiligt gewesen seit. Er war Angehöriger einer aus Ukrainern und »Volksdeutschen« gebildeten Hilfspolizei und beteiligte sich an der Bewachung von Juden, die daraufhin erschossen wurden.

10. Juni - Im brandenburgischen Waldsieversdorf wurde ein Pole zusammengeschlagen. Nach einer verbalen Auseinandersetzung wurde er geschlagen und am Boden getreten. Am selben Abend wurde auf dem Berliner Bahnhof Nöldnerplatz ein Angolaner von neun Angreifern zusammengeschlagen.
In Magdeburg wurde das Verfahren gegen drei Magdeburger Linke eröffnet, die bei einer Gegenkdemonstration an Frank Bötcher an Ausschreitungen teilgenommen haben sollen.

12. Juni - Im sächsischen Freiberg wurde ein 27jähriger Flüchtling von vier kurzgeschorenen Deutschen u.a. mit Baseballschlägern und einer Schreckschußwaffe an und schlugen ihn krankenhausreif.

13. Juni - In der Nacht zum 13. Juni 97 wurde in Nordhausen (Thürin-

gen) eine Gruppe von Aussiedlern von rund 15 rechten Jugendlichen überfallen. Nach einer verbalen Auseinandersetzung griffen die Jung-Nazis die Aussiedler mit Messern und Schlagwaffen an und verletzten vier der Aussiedler zum Teil schwer. Die Polizei ermittelte vier Tatverdächtige im Alter zwischen 17 und 18 Jahren, es bestehe allerdings kein »hinrechender Tatverdacht«, der eine Festnahme der Jugendlichen rechtfertige.
Am gleichen Tag, Freitag, den dreizehnten, ist die Klage des Neonazis Gerhard Rex Lauck (43) gegen das Urteil gegen ihn vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Das höchste Gericht der BRD wies die Revision zurück. Lauck, der Führer der illegalen und aus der USA agierenden NSDAP/AO war, wurde im August 1996 vom Landgericht Hamburg zu vier Jahren Haft verurteilt.
Die Berliner Kreisverband der Republikaner in Friedrichshain hatte gegen die Absage, auf einem bezirklichen Straßenfest keinen Infostand aufstellen zu dürfen, protestiert. Rep-Kreisvorsitzender Detlef Mahn fühlt sich vom Kulturstadtrat Dieter Hildebrandt (PDS) »ausgegrenzt«.

14. Juni - In Eisenhüttenstadt gründete sich eine neue Kameradschaft, die eng mit den Berliner Nationalen zusammenarbeiten will. Die Gründung fand unter Teilnahme des Vorsitzenden der Nationalen, Frank Schwerdt, aus Berlin statt.
Mit Hitlergruß griffen etwa 15 Jungnazis in Rostock einen 14jährigen türkischen Jungen an. Mehrere Türkische Händler verteidigten den Jungen, indem sie mit Eisenstangen dazwischen gingen. Als die Polizei die Auseinandersetzung beendete waren zwei Jugendliche leicht verletzt worden.
Im Vorpommerschen Liepgarten wurde ein 16jähriger zusammengeschlagen. Ein Trupp Nazis hatte - naziparolen gröhlend - ein alternatives Zeltlager angegriffen und den jungen Mann anschließend schwerverletzt liegen lassen. Die Täter entkamen unerkannt.
In Warnemünde wurde ein Mann aus Togo krankenhausreif geschlagen. 10 Jugendliche beschimpften den 33jährigen, der mit seiner Freundin spazieren ging. Dann schlugen sie ihn so zusammen, daß er ins Krankenhaus mußte.
Im erzgebirgischen Annaberg Buchholz wurde ein 26jähriger festgenommen, da er am vorangegangenem Wochenende mit fünzehn anderen eine Gruppe Inder auf einem Volksfest angriff.
Ein 25jähriger Angolaner wurde in Fürstenwalde beschimpft und krankenhausreif geschlagen.
In einer Freiluftdisco in der Nähe von Potsdam greifen etwa 15 Jugendliche drei Asylbewerber mit Stöckern, Messern und Flaschen an,

Antifa-Aktion gegen CC-Ehrendenkmal

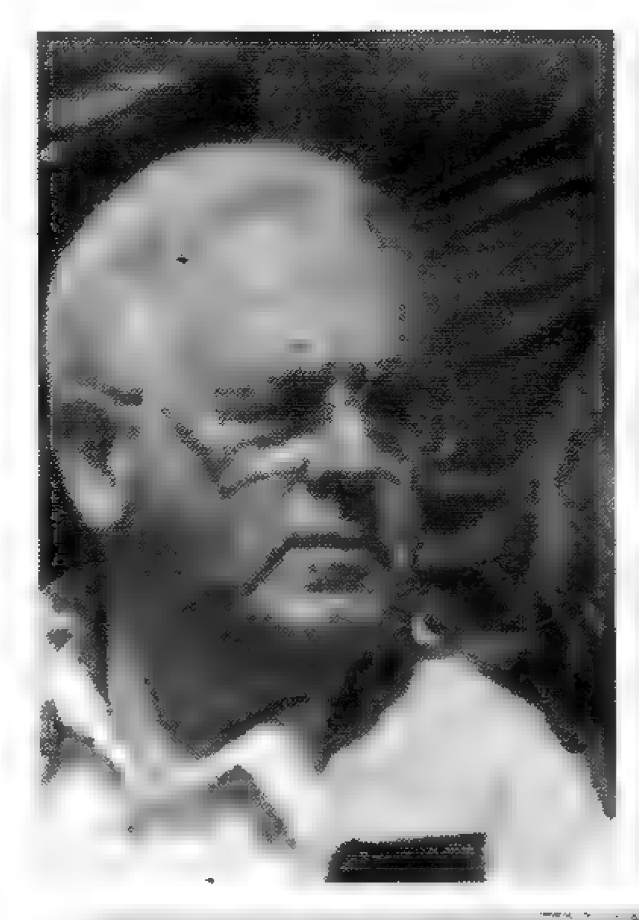
Gruppe Archiv Coburg - In der Nacht zum 5. Mai '97 wurde im Coburger Hofgarten das Ehrenmal vom ***Coburger Convent (CC)*** vom Sockel geholt. Die drei steinernen Heldenjünglinge zerbrachen in mehrere Teile. Außerdem wurden die Steineinfriedungen und ein Gedenkstein der Landsmannschaften mit Farbe besprüht. Die im CC organisierten schlagenden Turner- und Landsmannschaften treffen sich seit 1951 mit jeweils 4 bis 6000 Personen zum sog. Pfingstkongreß (siehe Dokumentation »Elite der Untertanen«, erhältlich über Gruppe Archiv, Postfach 2704, 96416 Coburg). Zu dem Programm dieses Kongreßes zählt auch jedes Jahr eine Kranzniederlegung am CC-Ehrendenkmal, mit welcher die deutschen Angriffskrieger der beiden Weltkriege geehrt werden sollen. Nach der Aktion setzte die Stadt eine Belohnung von 2000 Mark aus. Die Polizei reagierte mit einer willkürlichen Hausdurchsuchung und andauernder Observation linker Treffpunkte.

Rechte Veranstaltung gestört

JF 27.6.'97 - Am 24. Juni '97 wurde im Tauchaer Ratskeller eine Veranstaltung der ***Jungen Sozialen Union*** (*DSU*-Jugendorganisation) mit dem Ultrarechten **Alfred Mechtersheimer** von rund 80 Antifas besucht. Der Ordnerdienst hatte keine Chance und mußte mit ansehen, wie Mechtersheimer und seine Gesinnungskameraden mit Flaschen und anderen Gegenständen beworfen wurden. Außerdem wurde Reizgas versprüht und das Licht abgeschaltet. Bei dem Angriff wurden zwei Veranstaltungsteilnehmer und zwei Polizisten verletzt. Tauchas DSU-Chef **Michael Buchwald** schilderte der Kleinen Volkszeitung später fassungslos: *»Dr. Mechtersheimer hatte Glück. Eine Flasche hat nur knapp seinen Kopf verfehlt. Der Abdruck ist jetzt noch im Holz zu sehen«*. Nachdem die Polizei eintraf und 21 Antifas verhaftete, konnte Mechtersheimer dann in seinem Vortrag die übliche Hetze von sich geben

Nazis stören Kirchentag

TAZ 21./22.6.'97 - Die Nazis scheinen ihr Feindbild auf ChristInnen und KatholikInnen erweitert zu haben. Dafür sprechen nicht nur die Brandanschläge auf kirchliche Einrichtungen in Lübeck, sondern auch Störaktionen gegen den evangelischen Kirchentag in Leipzig. So verteilte das *JN*-Bun-







Am 18. Juni 1997 in Leipzig. Einige von Hupkas Begleitern.

desvorstandsmitglied und der *NPD*-Beauftragte für Sachsen Anhalt **Steffen Hupka** am 19. Juni '97 mit 15 schwerbewaffneten Gefolgsleuten Flugblätter (V.i.s.d.P. **Manfred Roeder**) vor der Thomaskirche und der Nikolaikirche. In der Nacht zum 20. Juni '97 griff dann eine Gruppe von 20 Nazi-Skins eine Gruppe von elf KirchentagsbesucherInnen mit Knüppeln an. Drei Kirchentagsbesucher wurden dabei verletzt. Das sächsische LKA ermittelte später 13 Jugendliche im Alter zwischen 18 und 22 Jahren aus Grimma und Umgebung als Täter. Diese seien nur »rechtsorientiert« und wollten ihren Frust über einen Streit um ein Mädchen abreagieren.

Europa Vorn-Pressefest gestört

Frente Leipzig - Ein sogenanntes Pressefest der Nazi-Zeitung ***Europa Vorn*** fand nach anfänglicher Mobilisierung nach Bad Hersfeld am Wochenende 28. und 29. Juni '97 in Halle statt. Knapp 250 Neonazis, darunter 80% Nazi-Skins, fanden sich im Kultur und Kongreßzentrum Halle ein. Sie wurden über die Aral Tankstelle bei Schkeuditz an der Abfahrt A9 nach Halle geschleust, wo sie dem Nazi-Schnulzen-Plärrer **Frank Rennicke**, dem *JN*-Liedermacher und Kader **Jörg Hähnel** und dem Ex-*REP*-Chef **Franz Schönhuber** lauschen konnten. Am Abend des 28. Juni gelang es dann mehreren hundert Punks und Antifas trotz Polizeischutz das Zentrum anzugreifen und zu entglasen. Im Laufe des Pressefestes bekamen außerdem zahlreiche Nazis zu spüren, daß Nazi-Sein auch weh tun kann.

Berlin

NPD-Berlin goes on

Zündstoff #2 '97 - Am 4. Juni '97 beschloßen die *NPD*-Amtsträger des Berlin/Brandenburger Landesverbandes, wieder NPD-Strukturen auf Bezirksebene entstehen zulassen. Weiterhin beklagte der ***Arbeitskreis Wahlkampf Berlin***, daß mehr NPDler in die unmittelbare Parteiarbeit, insbesondere in Brandenburg, eingearbeitet werden müßten. Übrigens wird von den Berliner NPDlern *»aus gegebenem Anlaß«* daraufhingewiesen, daß die ***Einheit und Kampf*** kein Organ von NPD oder *JN* sei. Bereits in der April-Sitzung wurde der NPD Beschluß erneuert, daß sämtliche Aktivitäten , die im Namen von NPD oder JN in den Ländern Berlin/Brandenburg durchgeführt werden, vom NPD-LV zu genehmigen sind.

JNler verjagt

*Taz, BM, Tsp 23.6.`97* - Am Nachmittag des 21. Juni `97 mußten einige Mitglieder der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** wieder einmal die unangenehme Erfahrung machen, daß mit engagierten AntifaschistInnen nicht gut Kirschen essen ist. Etwa 20 Nazis hatten sich am Hauptbahnhof in der Schalterhalle versammelt, um auf Einladung der JN zu einer Sonnenwendfeier in das Berliner Umland zu fahren, als sie von autonomen Antifas entdeckt und angegriffen wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden drei Autos, mit denen die Nazis eigentlich zur Feier wollten, beschädigt und von einem rechten Klampfenquäler die Akustikgitarre und das Handy beschlagnahmt. Die Polizei traf erst am Ort des Geschehens ein, als bereits alles vorbei war. Bis auf drei verletzte Jungnazis, welche mit Prellungen und Platzwunden zurückgelassen wurden, hatten sich alle aus Staub gemacht. Es wurde Anzeige wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Raub und Sachbeschädigung gegen Unbekannt erstattet, messerscharf kombinierte schließlich ein Kripo-Sprecher: *»Die Linken wissen auch, daß an diesem Tag Sonnenwendfeier ist.«*

Club nur für Nazis..!?

Antifa Süd-Ost (ASO) - Der Jugendclub JUJO, und die Kneipe Kleeblatt in der Treptower Winkelmannstraße haben sich zu einem beliebten Treffpunkt von Jungnazis und Mitgliedern verschiedener Nazi-Gruppierungen entwickelt. Viele nichtdeutsch oder alternativ aussehende Jugendliche trauen sich nicht mehr in den Club. Die diversen Kameradschaften aus Treptow, Köpenick, Johannisthal oder Plakatekleber, wie die Freikorps Berlin, haben hier keine Probleme, genug Nachwuchs für sich zu rekrutieren. Zuvor traffen sich die Jungnazis im Jugendclub Bullinger; erst als sie dort in Rudeln randalierten, erhielten sie Hausverbot.

JN-Demo in Kaulsdorf



Marcel Appel

Tsp 27.7.'97 - Am 26. Juli '97demonstrierten ca. 70 Nazis in Hellersdorf, als Hauptredner traten **Andreas Storr** und **Michael Dräger** auf. Am 9. Juli '97 hatte sich der türkische Besitzer des Quick-Imbiss am S-Bahnhof Kaulsdorf gegen mehrere Jungnazis verteidigen müssen und verletzte dabei den 20jährigen **Marcel Appel** von der Kameradschaft Marzahn am Kopf. Stunden später starb dieser an Gehirnblutugen. Nazis vor Ort machen ihn nun mit Kranzniederlegungen u.ä. zu einem Märtyer für sich.

Notwehr gegen Nazis

JW 21.7.'97 - Am 18. Juli '97 wurde ein 16jähriger Bosnier und dessen Freund im Jugendclub ABC in Berlin Köpenick von einer Gruppe Nazi-Skins angegriffen. Bei der Flucht vor den Nazis griff der 16jährige zum Messer und verletzte zwei der Nazis, auf einem S-Bahnhof wurde er dann von den Angreifern eingeholt und zusammengeschlagen. Als die Polizei eintraf, nahm sie von 17 Beteiligten die Personalien auf. Der Bosnier und die zwei Nazis kamen in ein Krankenhaus.



Jungnazi ***Steffen Nickel*** *(JN Berlin) belästigt seine Umwelt mit Unterschriftenlisten gegen die Wehrmachtsausstellung (s.u.).*

Dokumentation

ihrer Unterschrift protestieren nachstehende Bürger gegen Stil, Geist und Ausricht
Ausstellung Wir erklären hiermit "Unsere Väter und Großväter waren keine Ve

Name, Vorname	Anschrift	Unters
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible] 31, 12679 Berlin	[illegible]
[illegible]	[illegible] 12687 Berlin	[illegible]
[illegible]	[illegible] str. 104 12687	[illegible]

jagen sie und verletzen zwei von ihnen
Bei einem Grillfest im Schleswig-Holsteinen Horst verletzen zehn Hooligans sechs Menschen

16. Juni - Unter Leitung des Dresdner Studenten Hans-Holger Malcomeß (Aktion '99 - Deutsche Mark, Tel./Fax: 0351-2549207) fand in Dresden eine sogenannte Montagsdemo mit ca. 100 Teilnehmern statt. Diese war Teil der »Ersten Euro-Aktionswoche der Deutschland-Bewegung«.
In Berlin wurde ein »Zentrum Demokratische Kultur« eröffnet, mit dem verstärkt über rechte Gefahren aufgeklärt werden soll. Geöffnet hat das Kulturzentrum in der Schumannstraße 5 in Berlin-Mitte vorerst von Mittwoch bis Freitag von 9-17 Uhr.

18. Juni - Die Polizei ermittelte acht Nazis, die Ende Mai '97 im sächsischen Sitzenroda Jagd auf zwei Menschen aus Pakistan gemacht hatten. Diese waren auf einem Dorffest beschimpft und angegriffen worden. Einer der Angegriffenen mußte ins Krankenhaus.

18. Juni - Vor dem Nürnberger Rathaus fand am eine Kundgebung unter dem Motto: »Sie nennen ihn Ehrenbürger, aber er ist ein Kriegsgewinnler !« statt.
Hintergrund dieser Kundgebung war die Überreichung einer Ehrenbürger-Urkunde an den Nazi-Rüstungsfabrikanten Karl Diehl.
Dieser hatte in der Nazizeit ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge beschäftigt und erhielt im August 1945 wegen seiner politischen Beziehungen im NS-Staat von den Allierten Funktionsverbot.
Seine Betriebsrätin Manuela Holfelder erklärte nur: »Wenn es ein Mann verdient hat, dann er.« Ihr Kollege Heinz Bauer ergänzt: »Karl Diehl hat sich schon immer zum Standort Deutschland bekannt.«

19. Juni - Ein 24jähriger Libanese wurde in Fürstenwalde angegriffen, die zwei Täter flüchteten anschließend mit einem Auto.

20. Juni - Ein 47jähriger Mann wurde vom Berliner Landgericht zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er nachweislich im November '96 aus Haß auf Ausländer am Bahnhof Zoo auf einen libanesischen Mann geschossen hatte.

21. Juni - In der Nacht zum Samstag, hatte die Polizei im brandenburgischen Wildau (Dahme-Spree-wald-Kreis) bei einer Hausdurchsuchung anläßlich einer Anzeige wegen Zeigen des Hitlergrußes Handgranaten und Munition sichergestellt. Ursprünglich waren in der selben Nacht zehn Personen wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen vorrübergehend

festgenommen worden, weil sie Nazi-Lieder sangen.
Anläßlich des 64. Jahrestag der »Köpenicker Blutwoche« im Jahre '33 wurde in Berlin-Friedrichshagen eine Gedenktafel für Richard Aßmann enthüllt. Die NSDAP führte im Juni 1933 eine großangelegte Aktion gegen politische Gegner (vor allem KommunistInnen und SozialdemokratInnen) durch. Richard Aßmann wurde 1933 wegen seiner politischen Tätigkeit im SPD-Reichsbanner von den Nazis festgenommen und ermordet.

25. Juni - In der Nacht zum 25. Juni wurde das Haus des Autors Günter Grass in Lübeck mit Hakenkreuzen beschmiert. Hakenkreuze wurden in dieser Nacht auch auf eine Kirche in Lübeck geschmiert. Auf beiden Gebäuden hinterließen die Nazi-Schmierer auch den Namen des Pastors Harig, der wegen seines Kirchenasyl-Einsatzes bereits mehrfach zum Opfer faschistischer Schmierereien und Anschläge wurde.

26. Juni - Drei Straßenschilder der Berliner Flatowallee (die jüdischen Sportler Alfred und Gustav-Felix Flatow starben im KZ-Theresienstadt) sind übersprüht worden. Seitdem Anfang '97 die Reichsportfeldstraße in Flatowallee umbenannt wurde, wurden die neuen Schilder oft übersprüht bzw. abmontiert.

28. Juni - In Dresden wurde ein Molotowcocktail in das offene Fenster eines Flüchtlingsheims geworfen. In diesem hielten sich zur Tatzeit etwa 100 Menschen auf, von denen es einigen gelang das Feuer zu löschen.

1. Juli - In Serrahn nahe der mecklenburgischen Kreisstadt Güstrow, wurde ein 34jähriger Türke zusammengeschlagen und erheblich verletzt. Die Polizei nahm zwei tatverdächtige Jungnazis (16 und 19 Jahre) fest.

2. Juli - Am brandenburgischen S-Bahnhof Königwusterhausen wurde ein Kenianer von Nazis beschimpft und krankenhausreif geschlagen. Ein Jugendlicher wurde festgenommen

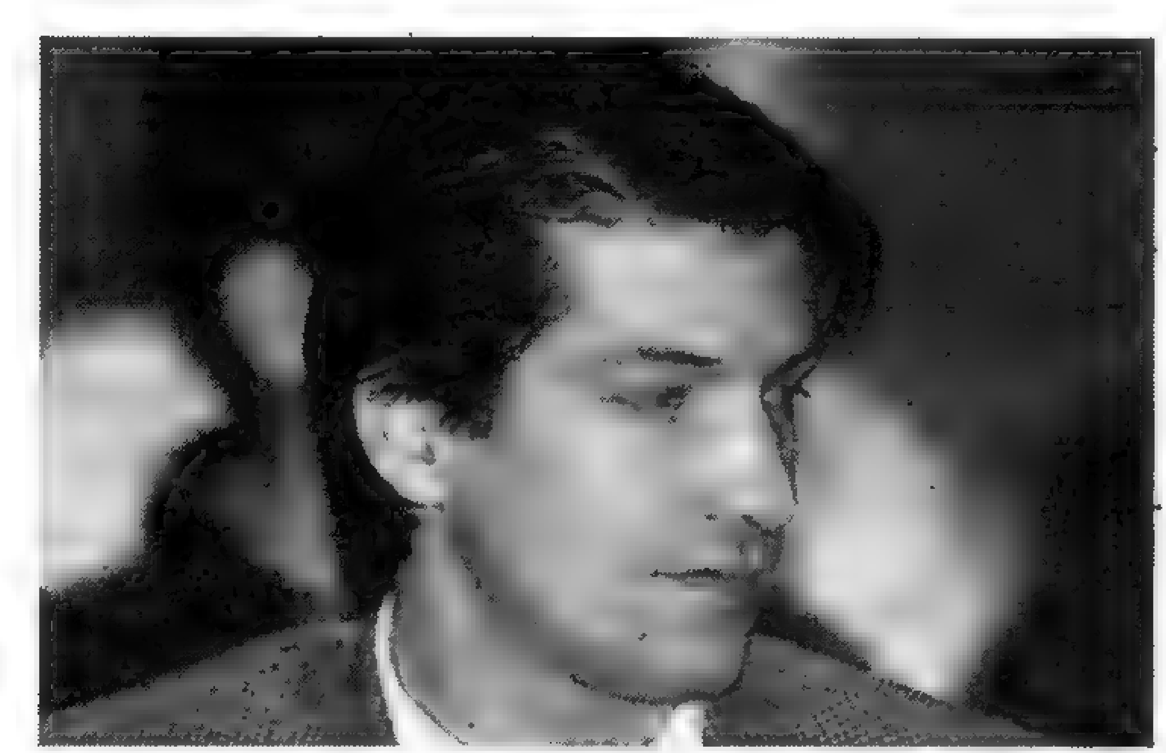
3. Juli - In der Nacht griffen etwa 15 Personen nicht-deutscher Herkunft eine Gruppe deutscher Jugendlicher in einer Gaststätte am Volksbad in Waren (Mecklenburg - Vorpommern) an. Dabei wurden fünf Personen verletzt, zwei davon schwer. Eine halbe Stunde zuvor waren eine deutsche Frau und ihr ausländischer Begleiter am Ufer von zwei Nazi-Jugendlichen beschimpft und attackiert worden.

4. Juli - Im Mecklenburgischen Grimmen wurden zwei Iraker von Nazis krankenhausreif geprügelt. Vier Tatverdächtigte wurden festgenommen.

Berlin/Brandenburg

Roscher goes out

JF 6.6.'97 - Der Vorsitzende der extrem rechtslastigen ***Liberalen Offensive*** in der Berliner *FDP*, **Markus Roscher**, hat seinen Austritt aus dem FDP-Jugendverband ***Junge Liberale*** erklärt. Der 34jährige Rechtsanwalt wollte so seinen Frust über einen Auftritt der *PDS*-Landesvorsitzenden **Petra Pau** auf dem Landeskongreß der Jungen Liberalen ausdrücken.



Markus Roscher

Rechte Veranstaltung

JF 25.7.'97 - Am 17. Juni '97 fand im Restaurant Nolle eine Veranstaltung der ***Liberalen Offensive*** zum Thema Euro statt. Hier traten der Parteivorsitzende des ***Bund freier Bürger***, **Manfred Brunner**, der ***FDP***-Rechtsausleger **Alexander von Stahl**, der Berliner Wirtschaftsprofessor **Michael Tolksdorf** und der ***Deutsche Bank*** EU-Beauftragte **Andreas Herschel** auf.

FAP-Kader abgestraft

Interim** 24.7.'97* - In der Nacht zum 18. Juli '97 wurde der langjährige Nazikader **Lars Burmeister** in Berlin Friedrichshain von autonomen AntifaschistInnen angegriffen. Burmeister war schon 1977 Mitglied der illegalen ***NSDAP, wechselte später zur nun verbotenen ***FAP***, wurde dort Landesvorsitzender für Berlin-Brandenburg und kandidierte `92 für die FAP in Berlin Prenzlauerberg

Lars Burmeister



Neonazis marschieren

JW. 25.6.'97 - In der Nacht zum 21.6.'97 wurden in Wildau zehn Personen wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen vorübergehend festgenommen, nachdem sie das Horst-Wessel-Lied gröhlend, durch die Stadt gezogen waren. Dem folgte eine Wohnungsdurchsuchung bei der eine Handgranate und Monition für Maschinenpistolen gefunden wurde. Gegen den Mann wird jetzt wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungwidriger Organisationen und wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgestz ermittelt.

Bürgermeister feierte mit

BK,Taz,JW 7/8.7.'97 - Am Abend des 4. Juli '97 löste die Polizei in Herzsprung eine von Bürgermeister **Müller** genemigte Nazi-Party auf. Grund waren ausländerfeindliche Parolen, Sieg-Heil-Rufe und SA-Lieder. Müller, der bis dahin an der Party teilgenommen hatte, versuchte, nach eigenen Angaben, zu verhandeln. Dabei wurde er dann nur dummer Weise von der Polizei festgenommen und hat nun ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt am Hals.

Nazi-Überfall abgewehrt

JW, Taz, Tsp 10/16.7.'97 - Am Abend des 8.7.'97 pöbelten vier Nazis im Alter von 15 bis 19 Jahren einen Döner-Verkäufer im Potsdamer Plattenbauviertel »Am Schlaatz« an. Sie drohten damit, den Dönerstand in der Nacht abzubrennen und versuchten dann, von hinten in den Stand zu gelangen. Der Verkäufer wurde geschlagen und von einer Flasche getroffen, bis er sich mit einem Dönermesser verteidigte. Einer der Angreifer wurde durch einen Stich in die Rippen schwer verletzt. Die alarmierte Polizei nahm den leicht verletzten Türken und die drei unverletzten Nazis zwölf Stunden lang in Gewahrsam, verhörte sie und ermittelt jetzt gegen die vier wegen gefährlicher Körperverletzung. Ob sich der weitere Verlauf wie vor einem Jahr in Fürstenwalde abspielen wird, bleibt abzuwarten. Dort attackierten 30 Faschos unter ähnlichen Umständen eine Dönerbude. Nur drei der Nazis kamen damals vor Gericht und das Urteil war - Freispruch.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Nazis verprügeln Camper

TAZ 7.7.'97 - Am letzten Juniwochende '97 überfiel eine Gruppe von fünf Jungnazis vier Besucher eines Campingplatzes am Ostseestrand in Karlshagen auf der Insel Usedom.

Auf die zwei Berliner Familien wurden so lange mit Zaunlatten und Eisenstangen eingeschlagen, bis eines der Opfer einen Schuß aus seiner Gaspistole abgab. Dieses wurde bei dem Überfall schwer am Kopf verletzt.

Zwei der Angreifer sind der Polizei bekannt. **Thomas T.**(18) und **Robert W.**(17) waren bereits im Juli '96 an einem ähnlichen Überfall in Leisten beteiligt. Mit Eisenringen, Stahlrohren und Baseballschlägern hatten sie damals mit etwa 50 Freunden auf einem Campingplatz eine Jugendgruppe aus Kleve überfallen. Trotzdem wurden die beiden Jungnazis vom Vollzug der Untersuchungshaft verschont.

Antifa-Aktion

***Interim** 5.6.'97* - In der Nacht auf den den 24. Mai '97 wurde in Oldenburg das Auto von **Sörn Bettex** in Brand gesetzt. Bettex ist seit Jahren in der militanten Naziszene aktiv und bei Feierlichkeiten zu Hitlersgeburtstag als Organisator und Teilnehmer aufgefallen. Er ist nicht nur zu den Straßenfaschisten zu zählen, sondern liefert auch Beiträge zur ideologischen Stütze der militanten Szene, z.B. mit revanchistischen Aufsätze in rechten Vertriebenzeitungen. Zuletzt fiel er mit seinem Auto auf, als er mit einem Fernglas das von Punks besetzte VFB-Stadion observierte, im Mai '97 wurde das Stadion Opfer eines Brandanschlages.

REPs wählen

JF 6.6.'97 - Auf dem Bezirksparteitag der hannoverschen ***Republikaner*** wurde **Wolfram Bednarski** (Ex *ÖDP*-Landeschef) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind **Karl Ingo Welke** und **Rupert Luetje**, Schatzmeister ist **Jürgen Wirtz** und Schriftführerin **Anastasia Schneiderf**. Außerdem gehören dem Vorstand an: **Reinhold Dunke, Heinz- Dieter Fehling, Heinrich Bruns, Frank Hellmold** und **Karl-Heinz Hunger**.

DRKler überfallen

Taz 10.7.'97 - Am letzten Juniwochenende '97 fielen in Serrahn drei Nazi-Jugendliche über einen türkischen *DRK*-Jugendfahrt-Betreuer her und verletzten ihn schwer. Sie lauertem ihm vor einer Telefonzelle auf, schlugen mit Schlagringen und Fäusten auf ihn ein, brachten ihn zu Boden und trampelten ihn dort bewußtlos. Hier blieb er eine halbe Stunde liegen, bis er gefunden wurde. Er blieb zwei Tage lang bewußtlos und erlitt einen Trauma-Schock. Die Tätergruppe (u.a. mit ***Endstufe*** T-Shirt ausstaffiert) bestand aus einem 19jährigen und einem 16jährigen Jungen, sowie einem 16jährigem Mädchen. Die beiden Jungs landeten in Untersuchungshaft.

NPD-Aufmarsch geplant

AN 7.8.'97 - Die *NPD* plant für den 13. September '97 einen Aufmarsch in Hamburg. Im Rahmen ihres Wahlkampfes zur Bürgerschaftswahl am 21. September mobilisiert der NPD-Bundesvorstand seit Mitte Juli zu einer Großkundgebung nach Hamburg. In ihren Publikationen kündigt die NPD goßmäulig an, an ihre Mobilisierung von München und Leipzig anzuknüpfen. In dem sog. »roten Hamburg« soll gegen »System und Chaoten« ein Zeichen gesetzt und die Straße von »gewalttätigen Politspinnern« befreit werden.

BFB in Hamburg

AN 7.8.'97 - Unter dem Motto »Kein Raum für Nazis - Stoppt den Bund freier Bürger« protestierten am 21. Juli '97 rund 400 Antifas in Hamburg gegen das Wahlkampfbüro des ***Bund freier Bürger- die Freiheitlichen*** in der Börsenbrücke 2 und deren Wahlkampfauftakt. An diesem Tag referierte BFB-Chef ***Manfred Brunner*** auf einer Veranstaltung zum Thema »Hamburg wählt den Euro ab«. Mit einem enormen finanziellen Aufwand – u.a. ganzseitigen Anzeigen in der Hamburger Tagespresse – versucht der Münchener Exportartikel im Norden wett zu machen, woran es ihm bisher fehlt: Bekanntheitsgrad, Mitglieder und Zeit. Neben dem BFB und der ***NPD*** treten in Hamburg die ***DVU***, ***Die Deutschen Konserativen*** von **Joachim Siegerist**, die ***REPs***, die ***HLA***, die ***BüSo*** und die ***Deutsche Partei*** vom ***BKKD*** an.

Drei Italiener wurden im brandenburgischen Saarmund angegriffen und verletzt

5. Juli - Von mehreren Hundertschaften der Polizei geschützt demonstrierten etwa 250 Nazis durch Zittau. Anlaß für den Aufmarsch, den der NPD Kreisverband Löbau-Zittau (Tel.0171-2652441) organisiert hatte, war der fünfte Jahrestag des Todes des jugendlichen Nazis Holger Müller. Dieser hatte zusammen mit zwei anderen Jungnazis zwei Flüchtlinge aus Ghana angegriffen. Einem Ghanaer gelang es damals, seinem Angreifer ein Messer zu entreissen und damit den Angriff abzuwehren. Er verletzte den Angreifer dabei so schwer, daß dieser verblutete.
In Halle wurde die Demonstration des Freiheitlichen Volksblocks Bayern verboten.
Die Polizei beendet in Winterberg (NRW) ein Treffen von 90 Nazis in einer Schützenhalle. Sieben Nazis werden festgenommen.

7. Juli - Die Ausstellung »Topographie des Terrors« auf dem Berliner Prinz-Albrecht-Gelände, welche bis dahin Nazi-Verbrechen dokumentierte, wurde bis auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Im Landgericht Heilbronn griffen Nazi-Skins, die wegen Mordverdacht vor Gericht standen, zwei Gerichtswachmeister an und verletzen sie schwer, als diese veruchten, die Skins zu überwältigen. Polizisten Vorort gelang es, die Flucht zu verhindern.
Im mecklenburgischen Ostseebad Kühlungsborn wurde ein 22jähriger Armenier zusammengeschlagen, später greifen sechs Armenier einige der Seebrückenbesucher an und verletzen zwei von ihnen leicht.

9. Juli - Vier Bauarbeiter aus Mecklenburg drangen in ein Flüchtlingsheim im brandenburgischen Waßmannsdorf ein und bedrohten einen Wachmann und Flüchtlinge mit Zaunlatten. Zuvor hatten sie drei Heimbewohner an einer Bushaltestelle beschimpft und mit Steinen und Bierdosen beschmissen. Einer der Angegriffenen versetzte daraufhin einem der Bauarbeiter einen Faustschlag ins Gesicht, anschließend mußte er mit seinen Freunden ins Heim flüchten. Die Polizei nahm die Bauarbeiter später fest.

14. Juli - Vor dem Stuttgarter Landgericht beginnt der Prozeß gegen elf Nazis wegen versuchten Totschlages und unterlassener Hilfeleistung. Sieben von ihnen schlugen einen Camper dermassen zusammen, daß er bloß durch einen »glücklichen« Zufall überlebte.

16. Juli - Zehn Jungnazis zogen Naziparolen gröhlend und entsprechende Lieder singend durch Potsdam. Drei der Jugendlichen waren

der Polizei einschlägig bekannt, bei fast allen fand man Beweismittel für eine »rechtsextremistische Tätigkeit«.

18. Juli - Die DVU teilte mit, daß ein DVU-Propagandaverteiler in Hamburg-Steilshhoop von zwei Antifas angegriffen und leicht verletzt wurde

19. Juli - In Baden-Württemberg wurden große Mengen an CDs und MCs mit faschistischen Liedern und Texten beschlagnahmt. Im Raum Ulm, Biberach und Esslingen wurden sieben Wohnungen durchsucht. Es wurden 45.000 Tonträger, Hakenkreuzfahnen und weitere Unterlagen sichergestellt. Ein 29 Jahre alter Mann wurde festgenommen. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Die Polizei sieht ihn als Rädelsführer einer siebenköpfigen Gruppe. Auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden große Mengen faschistisches Propagandamaterial beschlagnahmt.
Junge Musiker der Internationalen Musikakademie wurden im sächsischen Altenburg von Nazi-Skins gejagt.

21. Juli - Einem jüdischen Experimentalphysiker wurde an der Würzberger Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. Daraufhin beschmierten Unbekannte die Hörsäle der Uni mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Davidsternen..
Im südbadischen Wehr demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen den Parteitag der baden-württembergischen Republikaner. Nach Polizeiangaben wurden 12 Antifas festgenommen.
Bei einem Brand in einem AsylbewerberInnenheim in Essen wurden 21 Menschen verletzt,darunter ein Säugling und vier Kinder.

28. Juli - In Stuttgart wurden gegen elf Naziskins Haftstrafen zwischen vier Jahren und drei Monaten sowie neun Monate mit Bewährung verhängt. Die Angeklagten wurden wegen versuchten Totschlags bzw. gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Sie hatten im September 1996 einen Camper in Filderstadt-Bernhausen zusammengeschlagen.

31. Juli - Auf einem Campingplatz am Spremberger Stausee in Brandenburg verprügelten rund 30 linke Jugendliche einen Trupp Jungnazis, wobei vier von ihnen Kopf- und Beinverletzungen erlitten. Die vermummten Täter konnten unerkannt entkommen, nachdem sie noch Parolen wie: »Nazischweine verpißt euch« schrien. Zuvor hatte es nach Polizeiangaben einen Streit zwischen linken Jugendlichen und den späteren Opfern gegeben.

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Punkertreffen angegriffen

Antifa Saarlouis 6.7.'97 - Ein Punkertreffen, daß am 5. Juli '97 in St. Wendel stattgefunden hattte, mußte wegen andauernden, gezielter Nazi-Übergriffen frühzeitig abgebrochen werden. Schon im Park, wo sich etwa 30 Linke trafen, wurden vereinzelte Angriffe auf Linke durchgeführt. Anstatt daraufhin gegen die rechten Angreifer vorzugehen, wurde das Treffen von der Polizei aufgelöst. Bei einem neuen Versammlungsort wurde die Gruppe von zwei Seiten aus von ca. 70 Rechten angegriffen. Die Polizei stoppte sie erst im letzten Augenblick. Die Nazis, die bis in die Nacht noch kleinere Punker-Gruppen angriffen, kamen aus dem ganzen Saarland (u.a. Kusel, Neunkirch, Merzig) und waren u.a. als Mitglieder des ***Motorsportvereins Oberthal*** zu erkennen. Dieser ist schon seit einiger Zeit wegen seiner Kontakte zu Nazi-Skins aus dem Raum Bildstock negativ aufgefallen. Im Juni '97 wurden fünf Mitglieder dieser Nazi-Skin-Clique wegen gewalttätiger Übergriffe festgenommen.

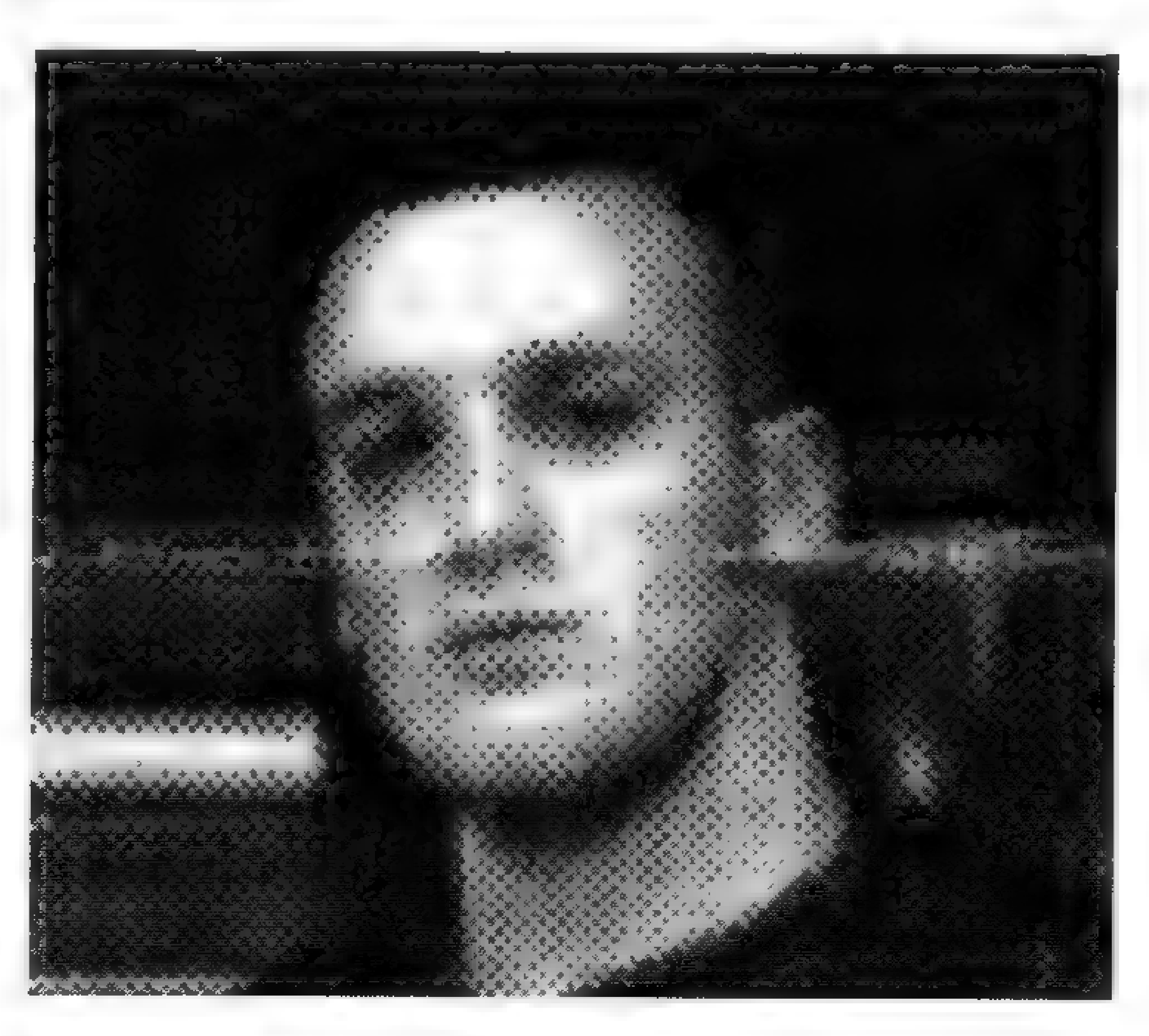
Repression gegen Antifa-Veranstaltung

Autonome Antifa Heidelberg - Am 14.07.'97 fand im Infoladen Bambule eine Infoveranstaltung zu den ***Jungen Nationaldemokraten*** statt. Zuvor hatten die örtlichen ***Grünen*** den ursprünglichen Veranstaltungsort gekündigt, so das die 70 TeilnehmerInnen in den Infoladen ausweichen mußten. Vor diesem drückten sich 15 bis 20 Nazis (u.a. **Irina Beikert** aus dem JN-Bundesvorstand) und einige LKA-Beamte herum. Nach Beendigung der Veranstaltung wurden einige BesucherInnen von den Nazis angegriffen und verletzt. Einigen Antifas gelang es die Nazis zu stoppen und Schlimmeres zu verhindern. Eine halbe Stunde nach dieser Auseinandersetzung stürmte die Polizei den Infoladen und durchsuchte sämtliche Gäste. Im Infoläden wurden zahlreiche Gegenstände (Aktenordner, Stöcke, Musikkassetten) beschlagnahmt.

Demo gegen Nazi-Rock-Kader

Antifa Aktion Lingen - Am 13.9.'97 findet um 14 Uhr auf dem Lingener Marktplatz eine Demo gegen den Nazi-Kader **Jens Hessler** statt. Dieser ist eine der führenden Figuren in der Emsener Nazi-Szene. Er betreibt in der Schwedenschanze 92 in Lingen einen Nazi-Versand/Laden, in dem vorwiegend Nazi-Rock und diverses Propagandamaterial vertrieben wird. Beziehen tut er seine Ware u.a. von ***NS 88*** aus Dänemark. 1996 wurden bei einer Fahrzeugkontrolle und einer Hausdurchsuchung insgesamt 1.900 Nazi-Rock-CDs (»Republik der Strolche« von ***Landser***) beschlagnahmt. Als es am 6.8.'97 zu einer bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen Nazi-Rock-Vertreiber kam, fand die Polizei bei ihm 380 indizierte Nazi-Rock-CDs und diverses Propagandamaterial. Trotzdem geht das Nazi-Rock-Geschäft weiter. Jens Hessler ist auch überregional seit mehreren Jahren aktiv und fast überall dabei (u.a. Rudolf Hess Marsch Fulda 1993 und 1996 Trollhättan/Dänemark, Hetendorfer Tagungswoche usw.). 1993 steckte er, u.a. zusammen mit dem VS-Mann **Michael Wobbe** von der ***NF***, einen Trecker in der Lingener Wagenburg in Brand. Mit ihm zusammen organisierte er auch Nazi-Treffen, an denen bis zu 100 Leute teilnahmen. Im Anschluß an den Hess-Marsch '96 in Schweden brachte Hessler mehrer Neonazis aus Schweden mit, die sich über längere Zeit in Lingen aufhielten. Sie hatten einen weiteren Angriff auf die Wagenburg geplant. Nach Informationen aus Justiz-Kreisen handelt es sich hierbei um Leute, die zwar u.a. aus Deutschland kommen, aber in Schweden leben, weil sie sich hier wegen verübter Straftaten nicht mehr aufhalten können. Es seien Personen, die mit MGs im Kofferraum durch die Gegend fahren würden. Jens Hessler hat sich die Lingener Wagenburg als Zielobjekt ausgesucht. Er beteiligt sich nicht nur an Überfällen gegen sie, sondern kriminalisiert sie auch bei jeder Gelegenheit. Wegen ihm kam es hier mehrmals zu Polizeirazzien.

Jens Hessler



Breite Mobilisierung gegen einen »Tag der Arbeit« von rechts

»Wir stehen dagegen«

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Ereignisse am 1. Mai 1997 – d.h. vor allem über die verhinderten und geglückten Aufmärsche von Faschisten. Neben deren Mobilisierung gab es aber in Berlin eine breite Kampagne, die nach dem Debakel vom vergangenen Jahr einen neuen Nazi-Aufmarsch verhindern wollte. Diese Kampagne steht beispielhaft für erfolgreiche Bündnispolitik. Daher folgt hier ein Bericht, der zugleich als Angebot zur Diskussion zu verstehen ist.

Ausgangsbedingungen

1996 war es, wie berichtet (AIB 35), in Berlin-Marzahn zu einem Nazi-Aufmarsch gekommen. Marzahn ist eine der »Plattenbau«-Vorstädte, zugleich ein Zentrum rechtsextremer Jugendlicher und eine Hochburg der PDS. Sie stellt hier mit Harald Buttler den Bezirksbürgermeister. Dessen Verhalten hatte den Jungen Nationaldemokraten (JN) ihren Aufmarsch mit ermöglicht. AntifaschistInnen sahen hierin einen Erfolg des rechten Flügels der PDS und eine Abkehr vom Antifaschismus. Das Verhältnis zwischen unabhängigen Antifas und PDS war zunächst getrübt.

Zur Vorgeschichte des diesjährigen 1. Mai gehört der verhinderte Aufmarsch der JN in Hellersdorf, einem Nachbarbezirk von Marzahn mit sehr ähnlicher sozialer und politischer Struktur. Grundlage der erfolgreichen Gegenkampagne im Februar ist ein außergewöhnlich breites Bündnis, das in dieser Form (Beteiligung der lokalen CDU!) sicher nur aus den Verhältnissen vor Ort zu erklären und daher auch außerhalb bestimmter Gebiete der ehemaligen DDR kaum nachzuvollziehen ist. In Hellersdorf kommt es zu direkten Auseinandersetzungen mit den Nazis, und anschließend zum Mordanschlag auf einen Buchhändler in der Marzahner PDS-Stelle durch einen Nazis.

Zwar wird die Antifa-Aktion als erfolgreich gewertet, doch angesichts der bleibenden Verletzungen von Klaus Baltruschat und zahlreicher Festnahmen ist es auch eine Aktion mit hohen Kosten.

Aus der PDS wird von großer Verunsicherung berichtet. Ältere GenossInnen, die das Ende der Weimarer Republik miterlebt haben, befürchten angesichts der Straßenschlachtszenen ähnliche Verhältnisse. Militante Antifas versagen darin, ihre Position nachvollziehbar zu machen. Kurzzeitig steht zu befürchten, daß die PDS als Partner für eine breite Bündnisstrategie wegfällt. Tatsächlich hat die Aktion aber ganz andere Auswirkungen. An der Basis der Partei regt sich plötzlich Interesse für antifaschistische Themen. PDSler – oft zugleich unglaubliche Spießbürger und selbst nicht frei von Rassismus – beginnen sich für die Informationen der Anti-JN-Kampagne zu interessieren.

Die CDU nutzt die Aktionen wütender AntifaschistInnen in Hellersdorf für eine Kampagne gegen die PDS. Der Schuß geht nach hinten los. Innensenator Jörg Schönbohm, der sonst stets souverän auftritt, leistet sich peinliche Entgleisungen in der Öffentlichkeit und beweist seine totale Ignoranz gegenüber der Existenz eines militanten Neonazi-Lagers. Vor allem zwei Äußerungen des Senators alarmieren das antifaschistische Spektrum: Die Erklärung, es gäbe in Berlin keinen Bedarf für ein antifaschistisches Lager und die unbestätigte Behauptung, er habe erklärt, einen Nazi-Aufmarsch am 1. Mai nicht zu verbieten. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Innenpolitik Schönbohms ist damit zu rechnen, daß die Polizei erneut eine Nazi-Aktion durchsetzen wird.

Erste Initiativen

Unmittelbar nach Hellersdorf beginnen die ersten Initiativen für eine Kampagne zum 1. Mai. Sie gehen von drei Seiten aus. Die PDS hält trotz des enormen öffentlichen Druckes an ihrer »Hellersdorfer« Linie einer breiten Gegenmobilisierung fest. Zugleich zeigt sich, daß die Linie des PDS-Bürgermeisters Harald Buttler in der Partei nicht akzeptiert wird. Die PDS will vermutlich nicht zuletzt Versäumnisse wettmachen, die ihr antifaschistisches Profil ankratzen.

Ähnlich durch die Ereignisse des vergangenen Jahres unangenehm berührt sind die unabhängigen Antifa-Gruppen. Sie schätzen ein, daß ohne ihre Aktivitäten ein Aufmarsch auch in diesem Jahr nicht verhindert werden wird, und machen sich frühzeitig Gedanken darüber.

Schließlich gibt es im gewerkschafltichen Lager einen breiten Unwillen, sich mit einem Nazi-Aufmarsch abzufinden. Die Nazis hatten 1933 den 1. Mai, den Tag der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, zum »Tag der Arbeit« erklärt. An der Basis der Gewerkschaften gibt es ein breites Bewußtsein, sich diesen Tag nicht ein zweites Mal klauen zu lassen. Bereits in den vorangegangenen Jahren waren GewerkschafterInnen eine tragende Säule der Gegenaktionen. Stets waren KollegInnen vor Ort; im vergan-



1.Mai Leipzig:
Polizeischutz für das »Völkerschlachtdenkmal«

genen Jahr stellten sie einen großen Teil der GegendemonstrantInnen. Auch dieses Jahr werden sie zur treibenden Kraft.

Schon bald wird deutlich, daß sich Einschätzungen und Positionen aller Spektren für den 1. Mai weitgehend decken:

1. Ein Nazi-Aufmarsch muß verhindert werden.
2. Ein Verbot gegen einen JN-Aufmarsch wird es in Berlin nicht geben.
3. Eine Verhinderung kann hier nur politisch erfolgreich sein und muß von einem breiten Bündnis getragen werden.

Die Bündnisgespräche verlaufen ganz erstaunlich pragmatisch. Von seiten der unabhängigen Antifa-Gruppen wird zu keinem Zeitpunkt das alte, bündnisfeindliche linksradikale Argument der reinen Lehre ausgepackt. Umgekehrt ist auf Seiten der PDS, der Gewerkschaften und vieler anderer Gruppen das klare Bewußtsein vorhanden, daß eine antifaschistische Kampagne die Beteiligung unabhängiger Antifa-Gruppen braucht. Vom altvertrauten Abgrenzungswahn ist nichts zu spüren, und gewisse, aus den 80ern bekannte Grundsatzdebatten und Gretchenfragen stehen nie auf der Tagesordnung.

Auch in weiteren Fragen herrscht von Anfang an Einhelligkeit. So ist klar, daß gegen einen Aufmarsch nicht bloß protestiert werden soll, sondern daß er politisch zu verhindern ist. Dazu muß bekannt sein, wo er stattfindet. AntifaschistInnen aller Spektren, die in den Vorstädten Ostberlins aktiv sind, sagen eine Beteiligung an der entsprechenden Struktur zu. Für die Strategie der Verhinderung wird sofort die Bedeutung öffentlicher Mobilisierung erkannt. Pressepolitik und Bündnisarbeit bilden den Kern dieser Bemühungen. Es ist auch klar, daß nötigenfalls spontan mobilisiert werden muß. Es soll dann zum Ort des Aufmarsches hingehen – früher immer ein Streitpunkt in antifaschistischen Bündnissen – und die Beteiligung möglichst vieler unterschiedlicher Menschen möglich gemacht werden. Verschiedene politische Spektren bieten Strukturen an. So werden nicht nur das eher autonom-/ linksradikale Straßenfest in Prenzlauer Berg, sondern auch das Stadtteilfest in Hellersdorf, das von der PDS ausgerichtete Straßenfest in Kreuzberg usw. Anlaufpunkt sein.

Ein wichtiger Motor der Bündnispolitik sind GewerkschafterInnen. Aus diesem Spektrum wird ein überraschend weitreichender Aufruf unter dem Motto »Wir stehen dagegen!« zur Unterschrift vorgelegt. Ohne zu zögern können sich die unabhängigen Antifa-Gruppen diesem Aufruf anschließen, zumal zu spüren ist, daß die GewerkschafterInnen entschlossen sind, auch wirklich »dagegen zu stehen«. Die Resonanz auf den Aufruf ist verblüffend. Neben verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen unterzeichnen ihn überwiegend Einzelpersonen, darunter zahlreiche BetriebsrätInnen und andere aktive GewerkschafterInnen, PDS-FunktionärInnen, Gewerkschaften, einige Grüne und sogar Sozialdemokraten. Zu den bemerkenswerten Ereignissen gehört eine weitreichende Unterstützungserklärung der Berliner IG BAU und die Unterschrift des Marzahner PDS-Bürgermeisters Buttler.

Ähnliche Einschätzungen und Ziele

Inzwischen haben die Berliner Grünen auf einem Seminar beschlossen, den Kampf gegen die extreme Rechte zu einem Schwerpunkt zu machen. Entsprechend geht von hier eine eigenständige Kampagne gegen einen Aufmarsch aus.

Gleichzeitig sind auch einige, schon früher eher bewegungsorientierte Grüne, am Bündnis beteiligt. Die Berliner taz fragt mehrere Statements zum Umgang mit möglichen Aufmärschen an und gestaltet eine Debattenseite. Elke Breitenbach spricht für die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), Renate Künast für die Grünen. Ein Beitrag des AIB versucht, Positionen unabhängiger Antifa-Gruppen darzustellen. Überraschend an den nicht abgesprochenen Beiträgen ist die weitgehende Übereinstimmung, sowohl in der Einschätzung wie in der Frage der Gegenaktivität. Der Innensenat reagiert geradezu hektisch.

Nach Rücksprachen mit dem Leipziger »Bündnis gegen rechts« verdichtet sich die Wahrscheinlichkeit eines Aufmarsches dort. Die von unabhängigen Antifa-Gruppen gebildete Kampagne »Wenn Aufmarsch – dann verhindern!« beschließt, nach Leipzig zu mobilisieren, gleichzeitig aber in Berlin Strukturen aufrechtzuerhalten. Diese Doppelstrategie ist stellenweise nur schwer zu vermitteln. Verschiedene Gruppen fordern vehement eine klare Mobilisierung entweder nach Leipzig oder nach Berlin.

Der verständliche Wunsch nach Eindeutigkeit ist der Situation nicht angemessen. Wie sich im Nachhinein zeigt, muß auf Nazi-Aufmärsche mit einer flexiblen Gegenmobilisierung reagiert werden. In der Zwischenzeit sind Einschätzungen aus dem Umfeld des JN-Aktivisten Steffen Hupka zum letzten 1.Mai bekannt geworden. Es stellt sich heraus, daß 1996 eine Lagebeurteilung in Berlin relativ kurzfristig zur Mobilisierung nach Marzahn führte. Dabei spielte die zutreffende Einschätzung eine Rolle, daß hier keine handlungsfähigen Strukturen vorbereitet worden waren. Immer noch ist unklar, ob die Stadt Leipzig verbieten wird. Diese Faktoren unterstützen die Doppelstrategie. Außerdem machen viele AntifaschistInnen deutlich, daß sie in Berlin über Gewerkschaften, Parteien, Feste und Demos so eingebunden sind, daß sie sich zwar hier an Aktivitäten be-

teiligen, die Stadt aber nicht verlassen können.

Noch bevor die Antifa-Kampagne nach Leipzig mobilisiert, beschließen Basiskräfte der IG Metall, Busse dorthin zu organisieren. Sie setzen damit den DGB unter Druck, der seine zentrale Kundgebung in die Messestadt verlegt.

Ein großes Bündnistreffen kurz vor dem 1. Mai läuft dann erstaunlich schnell und schmerzlos ab. Deutlich ist das Interesse der meisten TeilnehmerInnen – darunter SchülervertreterInnen, GewerkschafterInnen bis hin zur IG BAU-Jugend, PDS-Spektrum, Autonome, Antifas usw. – pragmatisch zu diskutieren und gemeinsam Beschlüsse zu fassen. Die einzigen Querschießer kommen von verschiedenen sektenartigen Kleingruppen. Es zeigt sich erneut, wie schwierig es ist, mit Gruppen zusammenzuarbeiten, die ein dogmatisch beschlossenes Organisationskonzept durchziehen wollen – z.B. »Kampf dem Faschismus durch ArbeiterInnen-Einheitsfront« – und die dabei vor allem auf Vorteile für die eigene Gruppe bedacht sind.

Wir können kaum abschätzen, wieviele Leute dann tatsächlich nach Leipzig gefahren sind. Auf Raststätten und an Anlaufpunkten treffen sich zufällig Antifas und haben das Gefühl, auf einem Familientreffen zu sein. Leipzig ist an diesem Tag stellenweise voll mit Leuten, die ganz offensichtlich keinen Nazi-Aufmarsch wollen. Trotz umfangreicher Absperrungen am Stadtrand rollen Wagenkolonnen mit auswärtigen Kennzeichen durch die Innenstadt.

In Berlin selbst gibt es keinen Aufmarsch. Aber die Stadt ist wachsam. Diesmal sind es nicht nur unabhängige Antifas, die Fahrwachen organisieren, sondern auch z.B. PDS-GenossInnen usw. Übrigens wird erstmals seit 1989 in Berlin wieder öffentlich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, solche antifaschistische Wachsamkeit auch zu organisieren. Als ein Bus mit Nazis in Berlin-Moabit ankommt, befürchtet man doch noch einen Aufmarsch. Schnell sammeln sich im Stadtteil Antifas. Der Bus muß weitergeleitet werden. Unangenehme Nebenerscheinungen, die das junge Bündnis gefährden könnten, bleiben dagegen aus – so z.B. die knüppelschwingende Macho-Mentalität an Sammelpunkten, die früher so typisch war.

Versuch einer Bilanz

Erneut zeigt sich, wie wirksam eine breite politische Mobilisierung ist. Die Bedingungen sind dafür derzeit günstig. Die Interessen der Beteiligten müssen dabei unterschiedlich bewertet werden. Bei den Grünen als Partei vermuten wir z.B. eher eine Wahlkampftaktik. Darauf kann man sich einlassen, sollte aber auch folgendes wissen: Erstens geht es den Grünen vor allem um Koalitionsfähigkeit. Daher werden sie sich von bestimmten Spektren eher abgrenzen, um die SPD nicht zu verschrecken. Zweitens spielt eine Rolle, daß die Grünen derzeit um linke Wähler werben. Sobald sie in einer rot-grünen Koalition stehen, wird das Bündnis mit der Partei schwieriger, vielleicht auch unmöglich. Aber es gibt – und gab stets – einen Teil von Leuten, die bewegungsorientiert sind und mit denen die Zusammenarbeit wohl auch dann weiterlaufen wird.

Bei den GewerkschafterInnen bleibt abzuwarten, ob die Mobilisierung zu einer breiteren Verankerung antifaschistischer Positionen beigetragen hat, oder ob mit der erfolgreichen Verteidigung des 1. Mai die Sache vorerst gegessen ist. Daß es innerhalb von Basis und Apparat der Gewerkschaften eine ganze Reihe von Leuten gibt, denen Antifaschismus ein ernstes Anliegen ist, sollte aber nie vergessen werden, zumal hier eine mühselige und beharrliche Kleinarbeit geleistet wird.

Dringend nötig ist es, sich über die PDS klarer zu werden. Denn solche positiven Beispiele zeigen, ebenso wie etliche negative, daß in weiten Teilen der ehemaligen DDR antifaschistische Arbeit ohne oder gar gegen die PDS nicht möglich ist. PDS-Hochburgen wie Magdeburg-Olvenstedt, wo die Partei sich nicht gegen die Faschos wendet, sind die Gegenprobe. Zugleich ist es aber auch ein Gebot der Solidarität. Denn die PDS ist dort diejenige Kraft, die am meisten bekämpft wird und am besten angreifbar ist. Der Anschlag auf Baltruschat hat dies bewiesen.

Ermutigend ist auch die Offenheit der PDSler für antifaschistische Inhalte in dieser Situation. Daß es den Älteren dabei auch um die Vermittlung von Erfahrungen geht, sollten wir – trotz des mitunter belehrenden Tones – als Chance zum Lernen wahrnehmen. Denn während die Westlinke eher zur Abgrenzung neigt, ist gerade der zuweilen unangenehm väterliche Ton und das Gefühl, junge Menschen leiten zu müssen, auch eine Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ungebrochen sind dagegen die Probleme mit der PDS: ihr Populismus, die rassistischen Ressentiments, die viele ihrer WählerInnen und Mitglieder teilen, die oft autoritären Strukturen und die Orientierung an »deutschen Sekundärtugenden« wie Ordnung, Sauberkeit, Fleiß und Anständigkeit. Eine gründliche Analyse der PDS-Kommunalpolitik in jenen Gegenden, die zugleich ihre Hochburgen und Zentren faschistischer Aktivität sind, steht noch aus. Es sind sozusagen die Kinder der PDSler, die hier Nazi-Aktivitäten tragen. Von den Linken in der PDS wäre eine solche Analyse zu erwarten, sie muß aber auch außerhalb der Partei betrieben werden.

Das Verhalten der unabhängigen Antifa-Gruppen ist widersprüchlich. Erfreulich war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Ob sie aber aus politischer Reife entspringt, d.h. der Fähigkeit, Bündnisse einzugehen, oder eher aus einer gewissen Beliebigkeit, ist noch unklar.

In der antifaschistischen Bewegung bedarf es dringend der Diskussion über Perspektiven und Prinzipien. Erst dadurch wird eine sinnvolle Bündnispolitik möglich. ■

Antifa Workcamp in Weimar

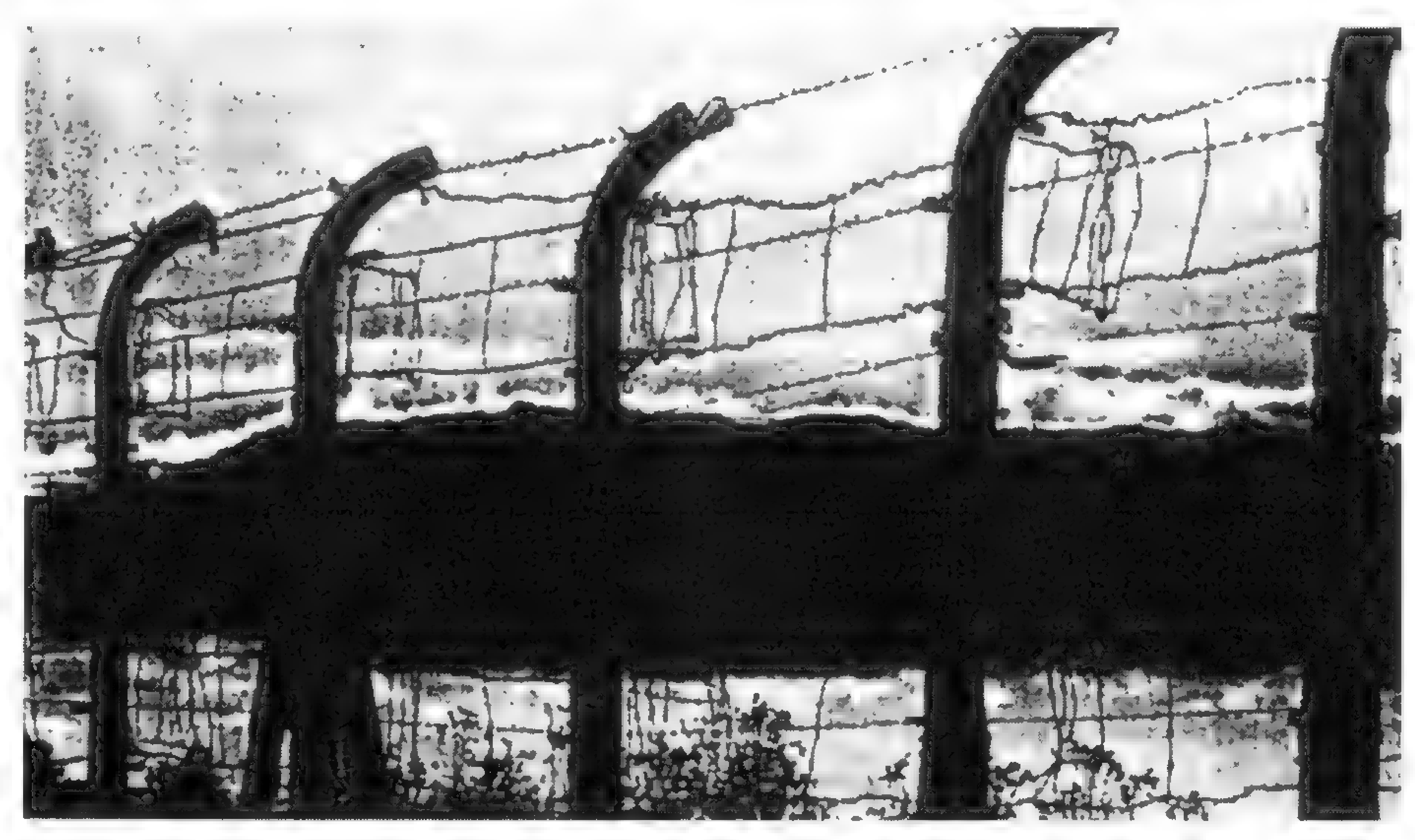
Seit 1990 findet das Antifa Workcamp in Buchenwald statt. Arbeiten am »Kleinen Lager«, im »Krankenrevier« und am »Pferdestall« sowie Vorträge und Diskussionen bildeten die Schwerpunkte des einmal jährlich stattfindenden Workcamps. Die Zahl der TeilnehmerInnen nahm im Laufe der Jahre kontinuierlich zu und im vergangenen Jahr beteiligten sich bereits über 200 AntifaschistInnen verschiedenster Couleur aus dem gesamten Bundesgebiet, der Tschechischen Republik, Frankreich und der Schweiz. Das Workcamp in diesem Jahr stand jedoch ganz im Zeichen der Auseinandersetzungen mit der Gedenkstättenleitung und der Stadt Weimar.

Das Workcamp in Buchenwald hat sich als wichtige Kommunikationsplattform für Menschen aus den unterschiedlichsten linken Zusammenhängen etabliert. Genau da liegt der Knackpunkt. Besonders die steigende TeilnehmerInnenzahl benutzt die Gedenkstättenleitung dazu, den InitiatorInnen des Workcamps immer mehr Steine in den Weg zu legen. Da vom Workcamp auch schon mal das Vorgehen der Gedenkstättenleitung in Bezug auf die historische Behandlung des allierten Internierungslagers kritisiert wird und darüber hinaus auch versucht wird, antiimperialistische Impulse in der Stadt Weimar zu setzten, ist das Workcamp bei der Gedenkstättenleitung und der Stadt in Mißgunst gefallen.

Von Seiten der Gedenkstättenleitung wird seit 2-3 Jahren auf einer TeilnehmerInnenzahl von 25 Personen bestanden, da alles andere »pädagogisch nicht sinnvoll begleitbar« wäre. An diesem Punkt unterstützte die Stadtverwaltung die Gedenkstättenleitung und behinderte die Anmietung der Unterkünfte für die zu erwartenden 200-300 TeilnehmerInnen. Das Workcamp wurde öffentlich diffamiert und die Stadt Weimar erwog nach Rundfunkmeldungen sogar das Verbot des Workcamps.

Die Zielrichtung der Weimarer Behörden ist eindeutig. Das Workcamp soll entweder politisch auf Linie gebracht oder verhindert werden. Nur durch parlamentarischen Druck konnte das Workcamp stattfinden und die Probleme bei der Unterbringung der TeilnehmerInnen beseitigt werden. Trotzdem beschränkte sich das Workcamp in diesem Jahr auf eine Projektwoche von 25 Personen in der Gedenkstätte; das eigentliche Workcamp konnte nur in der Stadt Weimar stattfinden. Die TeilnehmerInnen konnten somit das erste Mal nicht an der Gedenkstätte arbeiten, womit sich die Gedenkstättenleitung sicherlich einen Bärendienst erwiesen haben dürfte.

In der Stadt Weimar fanden aus diesem Grund verschiedene Protestaktion statt, es wurde Unterschriften gegen den Ausschluß des Antifa-Workcamps gesammelt. Darüberhinaus arbeitete eine Gruppe auf dem Friedhof Belverde, auf dem Soldaten der Roten Armee begraben sind. Sie legten Gräber frei und frischten die Farbe an den Grabsteinen auf. Weiter wurde im Archiv der Gedenkstätte zu Kindern in Buchenwald, zur Häflingsgruppe der Sinti und Roma und zu Pfarrer Schneider gearbeitet. In diesem Punkt verhielten sich die MitarbeiterInnen der Gedenkstätte allerdings kooperativ.



Das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald

Die Protestaktionen richteten sich jedoch nicht nur gegen das Vorgehen von Stadtverwaltung und Gedenkstättenleitung in Bezug auf das Antifa-Workcamp. Nachdem ein Camp-Teilnehmer beobachtete, wie auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof Belverde einige Bauarbeiter damit beschäftigt waren, Grabsteine zu entfernen und zu zertrümmern, regte sich auch dagegen Widerstand. Nach Kontaktaufnahme mit einer Vertreterin des Weimarer Grünflächenamtes gab diese an, daß die Aktion bereits längerfristig geplant sei. Als Begründung wurde angegeben, »Platz für einen Rasenmäher« schaffen zu wollen. Die gleichen Arbeiten sind in Weimar bereits an einem sowjetischen Friedhof durchgeführt worden. Auf einem anderen sowjetischen Ehrenfriedhof in Weimar wurden die individuellen Grabsteine nach ihrer Entfernung als Wegbegrenzung benutzt und dann durch Gedenktafeln, die die jeweiligen Opfernamen trugen, ersetzt. Auf dem Friedhof, wo jetzt Geschichte regelrecht pulverisiert wurde, ist von diesen Umstrukturierungsmaßnahmen nichts zu erkennen. Aufgrund dieser Vorkommnisse beschloß das Antifa Workcamp eine Aktion zur Verhinderung der weiteren Zerstörung der Grabsteine. Die noch nicht zerstörten Grabsteine wurden aus dem Schuttcontainer geholt, gesäubert und die Inschriften erneuert. In die darauf folgenden Diskussionen mit dem Grünflächenamt schaltete sich auch der Vizekonsul des Generalkonsulates der russischen Konföderation in Leipzig ein. Der Weimarer Bürgermeister versprach daraufhin, die Zerstörungen am Friedhof zu stoppen.

Das Antifa Workcamp in Weimar wurde von allen Beteiligten auch in diesem Jahr als Erfolg gewertet. Zum einen wären viele sinnvolle Arbeiten, z.B. auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof, aber auch am Denkmal für die Opfer des Todesmarsches durchgeführt worden, andererseits seien die inhaltlichen Veranstaltungen von den insgesamt 230 TeilnehmerInnen gut angenommen worden.

Einziger Wermuthstropfen bleibt wohl die Entscheidung der Gedenkstättenleitung, keine Arbeiten innerhalb des Lagers zuzulassen. Ob die Gedenkstättenleitung von ihrem Konzept abrückt, bleibt fraglich. Das Workcamp, wie von ihr gefordert, auf 25 Personen zu reduzieren, kommt für die Antifas nicht in Frage. Sie fordern die Aufhebung des Arbeitsverbotes auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald. ■

Die Bundesstiftung »Otto-von-Bismarck«

Vaterländische Gesinnung aus Blut und Eisen

Wäre das Thema nicht so ernst, könnten ihm durchaus lustige Seiten abgewonnen werden. Am 17. Juni und am 3. Oktober veranstaltet der »Bismarckbund«, die »Landsmannschaft Ostpreußen« und die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft« in Friedrichsruh sog. »Reichsgründungsfeiern«. Den jetzigen »Fürsten« Ferdinand von Bismarck, der als Schirmherr der Veranstaltungen fungiert, reden die Teilnehmer mit »Seine Durchlaucht« an. Dieser wiederum behängt seine Untertanen »*als Anerkennung für die bewiesene vaterländische Gesinnung*« mit allerlei Orden. So kam der Führungskader der inzwischen verbotenen FAP und der Wiking-Jugend, Axel Zehnsdorf in den Genuß der Bismarckmedaille. Andere Ordensträger sind Ulf Kretschmann, einst in der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« Michael Kühnens aktiv, oder Walter Fenske von der »Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte«, einer Organisation, die sich um inhaftierte Altnazis wie z.B. Erich Priebke kümmert. Doch nicht nur alte und neue Nazis werden dieserart geehrt. Auch Abgeordnete der CDU/CSU wie Ottfried Hennig und Otto von Habsburg dürfen sich ihrer anerkannten »vaterländischen Gesinnung« erfreuen.

Kaum ein Thema scheint Rechtsextreme und Konservative derart zu einen wie der Bismarck-Kult. Der »Bismarckbund« stand jahrelang unter dem Vorsitz Hugo Wellems, einst Referent im Goebbelschen Propagandaministerium und später u.a. Chef des rechtsextremen »Ostpreußenblattes«. In den Vorstand des 1981 gegründeten Bundes wurde auch Robert Jahn gewählt, der vom Führerkreis der illegalen NSDAP mit der »Orga Norddeutschland« beauftragt wurde. Nach dem Tod von Wellems übernahm 1995 der ehemalige Europaabgeordnete der »Republikaner«, Emil Schlee den Vorsitz des Vereins. Zu den Referenten der »Reichsgründungsfeiern« gehörten der Geschichtsrevisionist Alfred Schickel, der Ehrenpräsident der Stiftung Weikersheim, Hans Filbinger, der »neurechte« Buchautor Karlheinz Weißmann, der Unterzeichner des Heidelberger Manifestes, Robert Hepp oder Harald Rüddenklau vom »Neuen Deutschen Nationalverein«. Eine für 1996 geplante Festrede von Stefan Wartisch, Mitbegründer des verfassungsschutzbekannten »Hamburger Kreis«, wurde aus Angst vor einer Gegenkundgebung abgesagt. Diese wäre vermutlich mit einer Einheit uniformierter »Lützower Jäger von 1813« konfrontiert gewesen, die zum festen Bestandteil des Kultes gehören. Der Schützenverein aus Mölln ist dem Hamburger Verfassungsschutz ebenfalls nicht unbekannt. Ein interner Bericht der Behörde spricht davon, das der Verein einer »Reihe von Burschenschaftern« wehrsportähnliche Schießübungen ermöglicht. Schlee, Kretschmann oder der Mitbegründer der DVU, Fritz von Randow, sind »Oberste« des Traditionsverbandes.

Durch die neuerrichtete Bismarck-Stiftung sollen nun nicht nur Bundesgelder nach Friedrichsruh fließen – 7,5 Mio. DM hat sich die Bundesregierung das Ganze bisher kosten lassen und eine weitere Million soll jährlich dazukommen – die Stiftung soll vor allem der »*politischen Bildung*« und »*Pflege des Geschichtsbewußtseins*« dienen. Die Vorarbeiten dazu ließ die Familie Bismarck von Dirk Bavendamm erledigen, der 1988-1996 als Leiter des Bismarck-Archivs beschäftigt war. Bavendamm, der als Geschichtsrevisionist bekannt ist, referierte mehrfach über die »Kriegsschuldlüge«. Die Bundesregierung ließ ihrerseits für die Stiftung ein Konzept von Klaus Hildebrand erarbeiten, der sich bereits 1986 im Historikerstreit auf der Seite Ernst Noltes positioniert hatte. Hildebrand sitzt auch in dem fünfköpfigen wissenschaftlichen Beirat der Stiftung.

Dem aus drei Personen bestehenden Vorstand wird hingegen der »Fürst Ferdinand von Bismarck« selbst angehören. Er qualifizierte sich für die politische Bildung nicht nur durch seine Schirmherrschaft über die »Reichsgründungsfeiern«, sondern unterzeichnete auch den Aufruf »Gegen das Vergessen« zum 8. Mai 1995, der von den »neurechten« Zitelmann, Schwilk & Co. initiiert worden war. Auch hier befand er sich in Gesellschaft von Neonazis, Rechtsextremen aber auch rechten Christdemokraten bis hin zu dem Bundesminister Spranger.

Am 5. Juni 1997 verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen der Op-

Die Gründung der Bismarck-Stiftung geht auf eine Idee Helmut Kohls von 1984 zurück und entspricht seiner Auffassung von nationaler Sinngebung durch die Geschichte. Die Konstruktion einer »Deutschen Nationalgeschichte« jenseits von Opfern und Tätern, Herrschaft und Unterdrückung begann in Bitburg und fand ihre Fortsetzung in Sanssouci. Die Errichtung der Otto-von-Bismarck-Stiftung ist das jüngste Beispiel. Das Publikum für diesen nationalistisch-militaristischen Kult ist bereits vorhanden. In Friedrichsruh, dem Sitz von Bismarcks Mausoleum und Museum halten vor allem Rechtsextreme, Monarchisten und militante Neoanzis sonderbare Rituale ab.



»Vaterländischer Kitsch« aus der Zeit um die Jahrhundertwende

position den Gesetzentwurf zur Errichtung der Bismarck-Stiftung als Bundesstiftung. Damit ist die Stiftung der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen. Nur in einem komplizierten Verfahren, ebenfalls als Gesetzentwurf, können Änderungen vorgenommen werden. Der Vorstand, so steht nun fest, wird von einem Beamten des Bundesinnenministeriums, dem Bürgermeister des nahegelegenen Aumühle und Ferdinand von Bismarck besetzt. Der Beirat wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des »Fürsten« und des BMI bestellt. Durch Bundesstiftungen mit derartigem »Ewigkeitswert« wurden bislang nur Konrad Adenauer, Willy Brandt, Theodor Heuss und Friedrich Ebert geehrt.

Die Regierungsparteien fiel denn auch eine Begründung schwer. An Bismarckforschung besteht nämlich kein Mangel. Über kaum einen deutschen Politiker sind bislang mehr Bücher verfaßt worden. Das Bismarck-Archiv ist auch jetzt schon der Forschung zugänglich und die politische Bildung an dem Vorbild des alten Reichskanzlers auszurichten entspricht nicht gerade einer demokratischen Tradition: »*Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut*«. Was blieb, war der Verweis des Staatssekretärs Carstens auf das »*kulturelle Erbe einer Nation*« und der des CDU-Abgeordneten Schmude auf das »*gesamtstaatlich bedeutsame Kulturerbe Deutschlands*«.

Rational ließ sich die neu errichtete Bundesstiftung nicht begründen, wird doch angeknüpft an einen Kult, der zurecht in Verruf geraten war und keine rationale Vorstellung geschichtlicher Vorgänge zu geben vermag. Derlei Rückgriffe auf das Nationale zeigen deutlich, daß es kaum um Bismarcks tatsächliches Wirken geht, sondern um den Heros einer vermeintlich »Deutschen Nationalgeschichte«. Diese Vorstellung von Geschichte kennt keine Täter und Opfer, kein Oben und Unten, nicht Herrschaft und Unterdrückung, sondern die national bewunderte Ikone Bismarck, die Reliquien von Sanssouci und die Versöhnung über den SS-Gräbern von Bitburg. Sie entspricht nicht einer demokratischen Tradition, sondern jenem Bild des gottgegebenen Helden und Führers, zu dem das Volk aufschauen kann. Eine ähnliche Sichtweise vertrat der rechtsextreme Historiker HELLMUT DIWALD in der 1978 erschienenen »Geschichte der Deutschen«. Er beschreibt Bismarck als den »*stärksten Kanzler der deutschen Geschichte (...) wenn man vom Sonderfall Hitler absieht*«.

Der Reichsgründer habe »*zu den letzten Staatsmännern*« gezählt, die in einer Epoche, die sich zum Republikanisch-Demokratischen hin veränderte, »*den Part des großen Einzelnen*« spielen konnten. Er bleibe die »*überragende Figur Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.*«

Mit dem dazugehörigen Pathos vermittelt der Vorsitzende des Bismarckbundes, Emil Schlee, diese Botschaft ans Fußvolk weiter. Bismarck, so schrieb er im Oktober 1995 in »DER SCHLESIER«, sei allen Staatsmännern seiner Zeit »*geistig überlegen*« gewesen. Er wurde für die Aufgabe der Einigung Deutschlands »*geboren und für den Kampf um die Einheit Deutschlands und Europas erkoren!*« Mit dieser Sinngebung von Politik fühlt man sich der Geschichtsauffassung des heutigen Kanzlers durchaus verbunden, denn »Identität«, so Kohl am 21. Juni 1996 vor der Deutschlandstiftung, »*rührt nicht zuletzt aus dem Wissen und Bejahen von Geschichte (...) Wir Deutschen haben Grund auf unsere Nation stolz zu sein ...*«. Damit kann auch Emil Schlee leben. »*Wenn die offizielle Stiftung eingeweiht*« ist, so der Vorsitzende des »Bismarckbundes«, dann werden wir uns »*natürlich enger anschließen und kooperieren*«. Auch »Fürst« Ferdinand ist sich sicher, daß der »Bismarckbund« an den künftigen Veranstaltungen teilhaben wird. ■

Quellen:
Deutscher Bundestag, 178. Sitzung, Stenogr. Protokoll
Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Otto-von-Bismarck-Stiftung, Bundestagsdrucksache 13/3639
Krebs, F./Speit, A., Nationale Sinnstiftung, in: Der Rechte Rand Nr. 43
Krebs, F./Speit, A., Rechter Wallfahrtsort im Sachsenwald, in: Der Rechte Rand Nr. 47
Der Spiegel 22/1997
Maegerle, A., Kostspieliges 'Bubenstück', in: blick nach rechts, 14. Jg, Nr. 14
Wagner, B., Otto-von-Bismarck-Stiftung, in: Antifaschistische Nachrichten, 13. Jg. Nr. 13

Berichtigung zur Nr. 39

THILO M. STRATEMANN von der ARBEITSGEMEINSCHAFT PAULSKIRCHE hat im März 1997 bei der Kommunalwahl für die CDU für den Ortsbeirat 11 in Frankfurt kandidiert und nicht, wie auf Seite 45 angegeben, im März 1993.

»Tag der Heimat«

Wie rechts sind die organisierten Vertriebenen?

Zum »Tag der Heimat« 1996 mußten in Nordrhein-Westfalen mehrere Veranstaltungen des »Bund der Vertriebenen« (BdV) abgesagt werden, weil die antifaschistische Öffentlichkeit auf einige rechtsextreme Referenten aufmerksam geworden war. Die Vertriebenenfunktionäre reagierten defensiv. Betroffen waren u.a. zwei Veranstaltungen, auf denen Bernhard Knappstein, Vorsitzender der verfassungsschutzbekannten »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO) und immerhin selbst Landesvorstandmitglied des BdV in Nordrhein-Westfalen, die Festrede halten sollte. Als nach einigen Wochen eine weitere Veranstaltung mit Knappstein platzte, wurde der Landesverband nervös. Zwar hatte die Bundesregierung bereits eine finanzielle Förderung des Seminars angekündigt, von seiten des Landes, das die Räume vermietet hatte, wollte man mit Rechtsextremen wie Knappstein jedoch nichts zu tun haben. Ein Gerichtsverfahren, daß der Landesverband in der »Jungen Freiheit« großspurig angekündigt hatte, riskierte der BdV letztlich nicht.

Daß von den organisierten Vertriebenen, Rechtsextreme bereitwilligst in die Arbeit einbezogen werden und höchste Funktionen bekleiden können, ist ein offenes Geheimnis. Selbst wohlmeinende Hinweise der Bundesregierung, die die Vertriebenenorganisationen fiananziert, führen nicht zu vorsichtigerem Verhalten oder gar einem Umdenken. So schickte die Bundesregierung den Abteilungsleiter Ruprecht, im Bundesinnenministerium zuständig für Fragen des »Extremismus« zu einer BdV-Arbeitstagung. Sie seien zwar keinesfalls rechtsextrem versicherte Ruprecht den BdV-Aktiven, es sei aber an der Zeit den Verfassungsschutzbericht zu studieren und genauer zu beobachten, was sich am rechten Rand der Organisationen abspiele.

Ebenfalls einen Wink mit dem Zaunpfahl hatte Bundesfinanzminister Waigel schon früher gegeben. Die Vermögens- und Gebietsrückforderungen der Vertriebenen müßten wenigstens aus den offiziellen Satzungen verschwinden, schrieb der Finanzminister, sonst ließe sich auf Dauer die Gemeinnützigkeit nicht halten. Im Landesverband Niedersachsen führte dieser Hinweis zu einigen tumultartigen Szenen und die Vertreter der gemäßigten, an der CDU orientierten Linie hatten Mühe eine Landesdelegiertenversammlung im Mai 1996 in der Regie zu halten. Der Vorsitzende Dietrich Radau, ein CDU-Mitglied, der jedoch keinerlei Berührungsängste nach rechts hat - er unterzeichnete u.a einen Aufruf des NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler oder referierte beim »Ostpolitischen Deutschen Studentenverband« - konnte sich als Landesvorsitzender nur noch knapp durchsetzen. Ihm wurde mit Johannes Raddatz, der schon 1988 als stellvertetender Landesvorsitzender der DVU und zwei Jahre später als Landtagskandidat der NPD bekannt geworden war, ein Rechtsextremer als Landesvorstandsmitglied zur Seite gestellt. Integrativ wird auch im Landesverband Nordrhein-Westfalen agiert. Mit Rüdiger Goldmann, ist ein Landesvorstandsposten im Besitz des Nationalvölkischen Witikobundes. Ein weiterer wird von Bernhard Knappstein, zugleich Bundesvorstizender der rechtsextemen JLO, besetzt.

Auch auf höchster Ebene schreckt man nicht vor dem Schulterschluß mit Rechtsextremen zurück. So referierte der BdV-Vizepräsident Latussek, Autor in »Nation & Europa«, »Der Schlesier« und anderen einschlägigen Publikationen, Anfang des Jahres vor der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) im ostwestfälischen Herford. Im Nachhinein war er dann nicht einmal bereit sich von dem Verein zu distanzieren, der auch einen Saalschutz aus regional bekannten Neonazis angeheuert hatte.

Auch der »Deutsche Ost-Dienst« (DOD), Zentralorgan des BdV, signalisiert stets Rückendeckung. Alfred Schickel, dessen Rede zum »Tag der Heimat« 1996 in Wuppertal geplatzt war, konnte mehrfach für den DOD zur Feder greifen. Ebenso der Witikone Oskar Böse. Der Vizepräsident Latussek wurde zwar offiziell für seinen Auftritt vor der GfP gerügt, behielt aber seine zahlreichen Posten in der Organisation. Weiterhin schreibt Latussek auch in dem rechtsextremen Blatt »Der Schlesier«.

Auf der Hut sein muß vielmehr der gemäßigte Flügel der Vertriebenen. Weil sich die alte Jugendorganisation »Gemeinschaft Junges Ostpreußen« zu sehr als »Kulturpflegeverein« verstand und sich von der »Vorstellung Ostpreußens (...) als Teil Deutschlands« verabschiedet hatte, wurde aufgrund dieser »Aufweichungstendenz« von der Landsmannschaft mit der JLO kurzerhand eine neue Jugendorganisation gegründet. Schon bald mußte sich der Verfassungsschutz mit deren Organ, dem »Fritz« befassen, daß sich mit offen rechtsextremen Aussagen einen Namen gemacht hat.

Trotz der umfangreichen Finanzierung der Verbände durch Bundesmittel, ist fraglich wie lange die CDU/CSU es schafft die Vertriebenen in ihrem Einflußbereich zu halten. Zwar existiert um den BdV-Präsidenten Wittmann eine Lobby von Christdemokraten, doch an den rechten Rändern gewinnen die Rechtsextremen immer mehr Einfluß. Auf den diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen und Sudetendeutschen wurden auch CSU-Politiker wie der Bundespostminister Bötsch oder Finanzminister Waigel ausgepfiffen. Insbesondere die Ostpreußische Landsmannschaft hat sich insgesamt rechts von der CDU verortet und orientiert sich an dem »Bund freier Bürger«, dem deutschen Haider-Ableger Manfred Brunners. »Unter Wilhelm von Gottberg«, stellte auch »Nation& Europa« fest, *»scheint sich die früher unionsfixierte Landsmannschaft Ostpreußen aus der parteipolitischen Umklammerung zu befreien und neue Verbündete zu suchen.«* Gute Kontakte pflegt die Landsmannschaft zu Dietmar Munier, einem Neonazi aus Kiel, der durch Siedlungsprojekte versucht Russlanddeutsche in der Oblast



Kaliningrad anzusiedeln. Mit der »deutschen« Besiedlung soll der erste Schritt für einen späteren Anschluß an Deutschland vollzogen werden. Auch weigern sich die Ostpreußen, revanchistische Ziele aus ihrer Satzung zu streichen. *»Die Landsmannschaft erstrebt die Wiedervereinigung Ostpreußens mit ganz Deutschland...«*, heißt es dort immer noch.

Doch nicht nur die Ostpreußen befinden sich auf dem Weg nach rechts. Klartext wird auch im DOD geschrieben. Dabei geht es nicht nur um revanchistische Forderungen, bei denen es die organisierten Vertriebenen noch nie an Fundamentalismus fehlen ließen. Vielmehr wird dort wieder offen mit NS-Vokabular argumentiert, wo zuvor eher »neurechte« Konstruktionen verwandt wurden. So in der Volksgruppenpolitik. Gingen die Volksgruppentheoretiker bislang von einer kulturellen Definition aus, dernach eine Volksgruppe sich über traditionelle Kultur, Sprache, Brauchtum oder Folklore darstellte, wird im DOD nun offen von »Volksgemeinschaften« geredet und ein Europa der »Volksgemeinschaften« propagiert.

Eine Abkehr der Verbände von ihren rechtsextremen Teilen würde vermutlich eine Spaltung zur Folge haben. Deswegen wird daran festgehalten. Im Gegenteil, wer sich rechts exponiert, klettert in der verbandsinternen Hierarchie nach oben. Wenn am diesjährigen »Tag der Heimat«, Anfang Seprember, wieder in fast jeder Stadt Veranstaltungen der Vertriebenen stattfinden ist darum erhöhte Aufmerksamkeit geboten. ■

Bundesweiter Republikaner-Aufmarsch in Berlin

Etwa 600 Mitglieder der Republikaner nahmen am 14. Juni 1997 an einer bundesweiten Kundgebung ihrer Partei in Berlin teil. Unter den eher älteren Rechtsextremisten waren auch militante Neonazis, zum Teil aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten (JN). Die Polizei riegelte den Platz vor dem Brandenburger Tor weiträumig ab und ging massiv gegen die protestierenden AntifaschistInnen vor.



»Jungnazis« beim Republikaner Aufmarsch in Berlin

Aufgerufen zur Kundgebung unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche« hatte zuerst der Berliner Rep-Kreisverband Charlottenburg. Dieser wurde dabei vom Rep-Landesverband Berlin-Brandenburg unterstützt, später wurde der politische Schwerpunkt dann allerdings auf »Rettet die D-Mark« verlegt. Die Berliner Republikaner, höchstens dreißig an der Zahl, waren so auch für die Vorbereitung und den Aufbau unter anderem der Bühne verantwortlich. Unter ihnen waren der Rep-Landesvorsitzende Berlin/Brandenburg WERNER MÜLLER, sein Stellvertreter SVEN THOMAS FRANK, Kreisvorsitzender WOLFGANG KURZWEG (Berlin-Weißensee) sowie SASCHA KARI (Berlin-Neukölln). Der Kreisfunktionär PETER SCHÜNEMANN erschien dieses Jahr nicht, was vielleicht damit zusammenhängt, daß AntifaschistInnen zuvor sein Auto niederbrannten. Diesmal versuchte Sascha Kari zusammen mit Herrn HEMPELMANN, für eine disziplinierte Veranstaltung zu sorgen und ging dabei mit seiner Antifaphobie den meisten Journalisten ziemlich auf die Nerven. Anfänglich blieben die Republikaner deutlich unter 50 Personen (Presse und Polizisten in szenetypischer Kleidung inklusive) und erst als gegen 15 Uhr acht bis zehn polizeilich eskortierte Busse, vor allem aus dem Osten und Norden der BRD, kamen, änderte sich das Bild. Mit eigenen Fahnen bzw. Transparenten traten die Landesverbände Thüringen, Mecklenburg Vorpommern und Hamburg in Erscheinung, wobei letztere mit einem überdimensionalen Transparent »REP-Jugend« auffie-


Bundesvorsitzender Rolf Schlierer (l.) neben dem Landesvorsitzenden Berlin, Werner Müller

len. Begrüßt wurden auch Republikaner aus Sachsen-Anhalt, Hessen, NRW und Baden-Württemberg. Nach Ansprachen von Werner Müller und Rolf Schlierer (Rep-Bundesvorsitzender), in denen es inhaltlich vor allem gegen die Bündnisproteste von PDS, Grünen und der Antifa sowie gegen den »Ausverkauf Deutschlands«, unter anderem durch den »Euro«, ging, zogen die Rechtsextremisten etwa 100 Meter weiter zum Mahnmal für die Toten an der innerdeutschen Grenze und legten Kränze nieder. Als Kranzträger tat sich hier REP- und ANTI-ANTIFA-Aktivist M. WOLFRAM hervor. Er gehörte zu den REPs, die mit ihren antisemitischen Äußerungen in Berlin-Moabit für Empörung sorgten.

Unter den KundgebungsteilnehmerrInnen befanden sich auch (vor allem) jüngere Neonazis und militante Skinheads, unter anderem aus dem Umfeld der Berliner Kameradschaften und aus Norddeutschland. Hier sei nur UWE BRUNKE von der Berliner KAMERADFSCHAFT BEUSSELKIEZ erwähnt, der die Gelegenheit nutzte, um Antifas zu fotografieren. Am Rande der Kundgebung tauchte auch kurz der Berliner Nazi-Kader ANDREAS STORR (ehem. JN-Bundesvorstand) mit einigen seiner Jungs auf, verzog sich dann aber schnell wieder. Über das Infotelefon von NPD/JN wurde am Abend vor dem Aufmarsch für eine eigene Kundgebung am gleichen Ort und zur gleichen Zeit aufgerufen, die jedoch verboten wurde.

Gegen die Republikaner protestierten rund 500 AntifaschistInnen auf zwei Kundgebungen. Ein Zusammenschluß aus Teilen von Bündnis 90/Die Grünen, PDS, GewerkschafterInnen und unabhängigen Antifa-Gruppen hatten dazu aufgerufen. Zuvor ließ es sich REP-Landesvorsitzende Müller nicht nehmen, die Antifa-Aktion Berlin zu verklagen, da diese zu Gewalt gegen Mitglieder seiner Partei aufgerufen hätte. Schon weit zurückgedrängt, wurden die AntifaschistInnen immer wieder von der Polizei angegriffen, dabei 19 TeilnehmerInnen festgenommen und etliche verletzt.

Ein Lautsprecherwagen wurde frühzeitig von der Polizei als Beweismittel beschlagnahmt, da in einem abgespielten Lied Polizeifunk zu hören war. Berlins Innenverwaltung unter Vorsitz von Hardliner Jörg Schönbohm (CDU und Ex-General der Bundeswehr), setzten an diesem Tag alles daran, daß die Republikaner ungestört ihren Aufzug durchführen konnten.

2.500 Polizisten, unterstützt durch Beamte in Zivil, Wasserwerfer und anderem schweren Gerät, schützten die Republikaner. Niemand konnte den Platz um das Brandenburger Tor betreten, außer man/frau stand auf der Rep-Gästeliste oder konnte einen Rep-Mitgliedsausweis vorweisen. So kam es auch, daß selbst Rechtsextremisten nicht auf den Platz gelassen wurden. Für die Faschisten ist das rigorose Vorgehen der Polizei gegen Antifas im gewissen Sinne ein Durchbruch, um Veranstaltungen im größeren Stil mit Hilfe der Polizei durchzuziehen. Wurden doch die auswärtigen REP´s mitsamt ihren Bussen von der Polizei sogar noch aus der Stadt, bzw. bis zu ihrer Bahn eskortiert. ■

Uwe Brunke von der »Kameradschaft Beusselkiez« als Anti-Antifa-Fotograf mit Rep-Begleitung



Republikaner-»Jugend« unter sich...





Ein gründlicher Arbeiter

Johann Georg Elser und das Attentat auf Hitler

Die Schatulle ist fein gearbeitet. Die Maserung des Holzes bildet das Grundmuster, die Intarsien sind sauber eingelegt und noch nach einem halben Jahrhundert paßt alles fehlerfrei zusammen. In feiner Schrift – aus hellem Holz – steht auf dem Deckel der Name »Maria«. Man sieht, daß derjenige, der dieses kleine Stück geschaffen hat, ein gründlicher Arbeiter ist, einer, der seine Arbeit liebt, der auch im Detail präzise ist. Die Schatulle ist ein Werk des Kunstschreiners Johann Georg Elser. Sie ist Teil einer Ausstellung, die derzeit in der »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« in Berlin zu sehen ist und bald dauerhaft in Elsers Heimatort Königsbronn präsentiert wird. Denn Elser hätte fast die Geschichte Europas verändert – nur eine Viertelstunde fehlte...

Johann Georg Elser, geboren am 4. Januar 1903, wächst im schwäbischen Königsbronn in proletarischem Milieu und christlichem Glauben auf. Er ist nachweislich schon vor 1933 ein Gegner der Nazis. 1928 oder 1929 tritt er dem »Rotfrontkämpferbund« bei. Er ist zwar Wähler, nicht aber Mitgleid der KPD, und er gehört auch nach 1933 keiner der verschiedenen Widerstandsgruppen an. Er ist ein Schwabe, maulfaul aber gesellig, spielt in einem Musikzirkel Zither, ist bei den Frauen beliebt und tut seine Arbeit. Daß die Nazis nicht im Sinne der Arbeiter handeln, das sieht er, ohne dafür eine große theoretische Analyse zu brauchen. Er vergleicht einfach seinen Lohnstreifen mit dem von 1929, also vor der Wirtschaftskrise, und er sieht, daß er weniger verdient.

Klar erkennt Elser, was andere nicht wahrhaben wollen: Das Regime Hitlers steuert zielstrebig auf einen Krieg zu. Er weiß, daß sein Betrieb eine »Sonderabteilung« für Rüstungsaufträge hat. 1938 fallen die Deutschen in der Tschechoslowakei ein. Große Diplomaten, geschulte Politiker, treffen sich seinerzeit mit Hitler – sie glauben nicht an seinen Willen zum Krieg, sie glauben, ihn durch eine nachgiebige Haltung befriedigen zu können. Die Westmächte beginnen ihre verhängnisvolle Politik des »Appeasement«, der vermeintlichen Befriedung durch Zugeständnisse. Der Ort, an dem Hitler diesen Erfolg verzeichnet, ist München.

Der Entschluß zum Attentat

Nach München fährt auch Elser in jenem Jahr. Er möchte einen öffentlichen Auftritt des Führers und seiner engsten Umgebung beobachten. Im November spricht Hitler im Bürgerbräukeller. Hier hatte 1923 sein gescheiterter Putschversuch begonnen, nun ein Feiertag der nationalsozialistischen Bewegung. Elser guckt sich das Lokal aus der Nähe an. Er findet, daß der Ort unbewacht und offen zugänglich ist.

Einige Tage zuvor hat in Paris ein junger jüdischer Flüchtling eine Verzweiflungstat begangen und einen deutschen Diplomaten erschossen. In der Nacht, in der Elser sich München ansieht, beginnen die Nazis mit ihrem Pogrom gegen die Juden in Deutschland. Das Attentat ist ihnen der Vorwand.

Auch Elser plant ein Attentat. Aber der präzise Handwerker geht anders vor als der verzweifelte, noch junge Flüchtling in Paris. Zielstrebig verfolgt er das, was er nun in den Mittelpunkt seines Lebens stellt. Ein Jahr dauern die Vorbereitungen.

Als Elser sich zur Tat entschließt, verzeichnet Hitler die größten Erfolge seiner aggresiven Außenpolitik. Dennoch sinkt seine Popularität, gerade unter ArbeiterInnen, denn die Löhne stagnieren, während die Kriegs- und Rüstungsproduktion auf Hochtouren läuft. Aber die Arbeiterbewegung bleibt seltsam passiv. Die KPD verteilt noch illegale Flugblätter, aber als die Sowjetunion im folgenden Jahr ein verhängnisvolles Abkommen



mit Hitler schließt und sich an der Zerschlagung Polens beteiligt, verfallen die deutschen Kommunisten in nahezu depressive Tatenlosigkeit – in dem Moment, in dem ihr Widerstand nötiger wäre denn je. Auch der bürgerliche und militärische Widerstand, der sich unentschlossen mit Staatsstreichplänen trägt, kapituliert vor Hitlers außenpolitischen Erfolgen. Erst im letzten Kriegsjahr werden sich deutsche Militärs zum Anschlag auf das Leben des »Führers« durchringen – und genauso tragisch scheitern, wie vor ihnen Elser.

Plan und Vorbereitung

Als Elser den Entschluß zur Tat gefaßt hat, verfolgt er mit nahezu monomanischem Eifer sein Ziel. Er handelt – dies ist wohl einwandfrei belegt – völlig allein. Das beste Mittel scheint ihm, die Führung zu beseitigen, vor allem die Person Hitlers. Der beste Ort scheint ihm der Bürgerbräukeller. Hier kann man durch einen Sprengsatz den Führer direkt erwischen. Ob er einkalkuliert, daß andere, vielleicht unschuldige Menschen

dabei ebenfalls sterben, wissen wir nicht. Angesichts des kommenden Krieges – zurecht sieht Elser hierin das Ziel der Nazis – nimmt er jedenfalls solche Opfer in Kauf. Er handelt in höchstem Verantwortungsbewußtsein.

Ein Jahr lang bereitet er den Anschlag penibel vor. Er macht sich mit den Örtlichkeiten vertraut, fährt nach München. Er bemüht sich vergeblich um Anstellung im Bürgerbräukeller. Ohne Vorkenntnisse aber mit dem Talent des Tüftlers entwickelt der Handwerker einen komplizierten und präzisen Zeitzünder. In seiner Firma entwendet er Sprengstoffe, später läßt er sich extra in einem Steinbruch anstellen. Nahezu alle Teile seiner Vorrichtung fertigt er selbst an, lediglich einige Metallteile läßt er in Werkstätten bearbeiten. Mitwisser gibt es nicht, schon gar keine Mithelfer. Das Material versteckt er vor seiner Familie in einem Koffer mit doppeltem Boden.

Im Sommer mietet er sich in München ein und beginnt heimlich nachts im Bürgerbräukeller zu arbeiten. Die Säule, vor der der Führer sprechen wird, hölt er aus. Gut getarnt schafft er einen Hohlraum für seine »Höllenmaschine«. Wochenlang arbeitet er kniend auf der Galerie des Saales. Kurz vor Hitlers Rede stellt er die beiden Uhren ein und flieht in Richtung der Schweizer Grenze.

Im September ist die Wehrmacht in Polen eingefallen. Obwohl führende Militärs das Unternehmen für riskant halten, tragen sie den »Blitzkrieg« mit. Aufgrund der Kriegssituation will Hitler eigentlich zum ersten Mal nicht im Bürgerbräukeller sprechen. Er entschließt sich dann doch zu einer – für seine Verhältnisse – kurzen Rede. Während er spricht greifen übereifrige deutsche Zöllner den Attentäter an der Grenze bei Konstanz auf. In puncto Konspiration hat der sonst so gründliche Einzeltäter wohl nur geringe Kenntnisse. Schon während seiner Arbeit in München hat er Spuren hinterlassen. Die Zöllner halten ihn fest, weil er bei sich verdächtige Gegenstände führt: Metallteile – es handelt sich um Teile der Zündvorrichtung –, eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers, ein Abzeichen des Rotfrontkämpferbundes, Notizen zur deutschen Rüstungsproduktion.

Scheitern – um Minuten

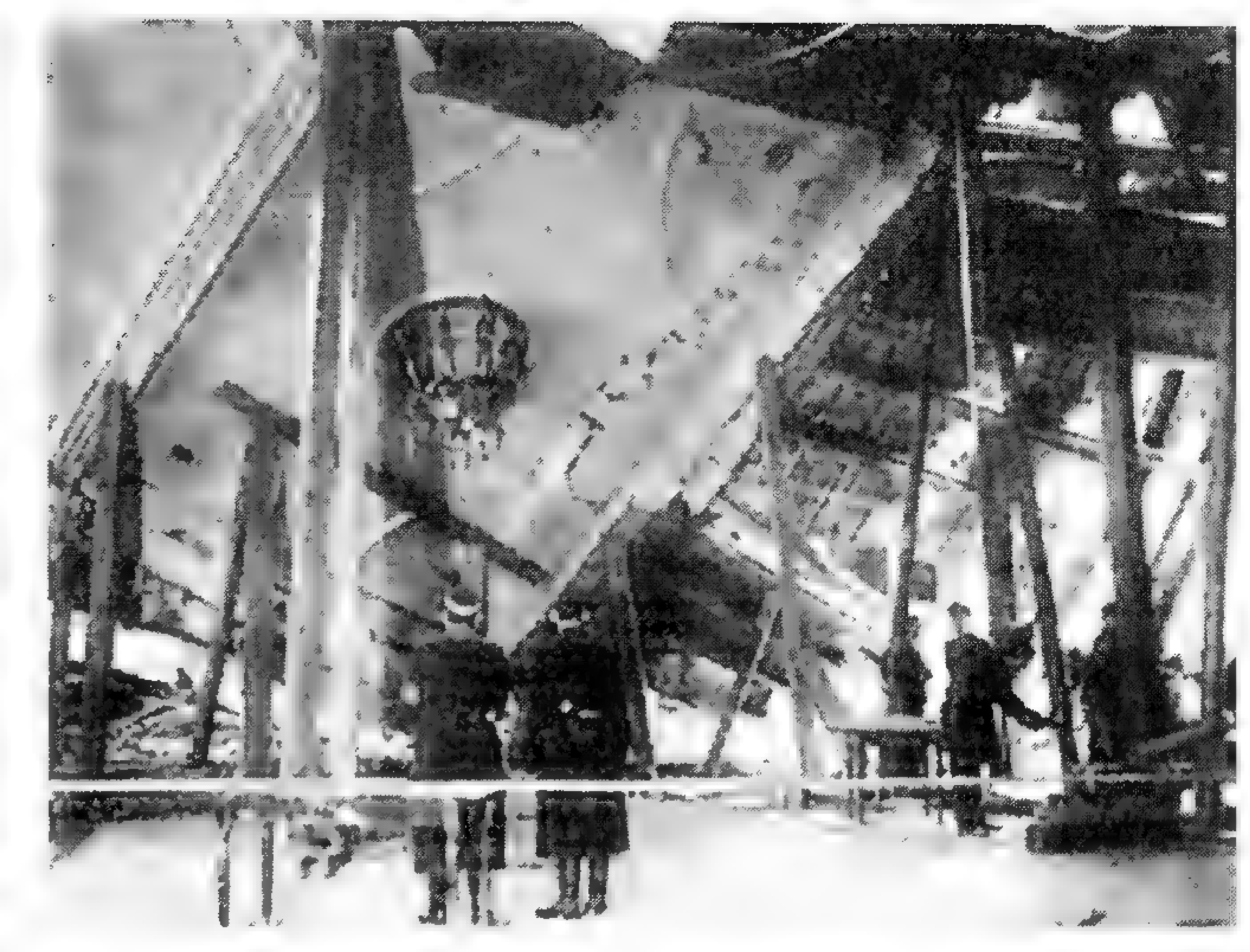
Gegen neun Uhr abends beendet Hitler seine Rede frühzeitig und eilt zu einem Sonderzug nach Berlin. Nur eine Viertelstunde später detoniert der Sprengsatz. Am Ort der Rednertribüne erhebt sich ein Schuttberg. Die Decke ist eingestürzt, man verzeichnet acht Tote und über sechzig Verletzte, überwiegend »Alte Kämpfer« der Nazi-Bewegung. Hitler hätte den Anschlag kaum überleben können.

Die Polizei wird in Alarmbereitschaft versetzt. Der Propagandaapparat verbreitet eilig eine Drahtzieherschaft des britischen Geheimdienstes in Zusammenarbeit mit den alten Rivalen um Otto Strasser, den früheren Weggefährten Hitlers. Die Kriminalpolizei und die Gestapo ermitteln fieberhaft. Die Experten sind von Sprengsatz und Zünder beeindruckt; noch Jahre später zeigt man ein Modell der Maschine in der Lehrmittelsammlung des Reichssicherheitshauptamtes. Bald wird Elser nach München gebracht und gefoltert. Im Verhör mit der Kripo gesteht er. Die Ermittler wissen bereits, daß der Täter stundenlang kniend gearbeitet hat – und Elsers Knie sind entzündet. Er ist wohl nicht in der Folter zusammengebrochen, sondern erst, als er auf diese Verletzungen hin angesprochen wird. Er legt ein umfangreiches Geständnis ab.

Dieses Geständnis hat vermutlich vielen Leuten geholfen. Denn obwohl die Gestapo seine Angehörigen festnimmt, in seinem Heimatort umfangreich ermittelt, und etwa der Besitzer des Steinbruches ein Jahr lang in einem KZ bleibt, kann Elser die Ermittler bald von seiner alleinigen Täterschaft überzeugen. Elsers Anschlag ist eine Überzeugungstat, zu der er gewissermaßen auch im Polizeiverhör steht. Wir verdanken dem Verhörprotokoll die detaillierten Kenntnisse über Elsers Überzeugungen, Plan und Ausführung usw. Er zeichnet aus dem Gedächtnis Skizzen, baut den Apparat nach.

Auf einen Prozeß verzichten die Nazis zunächst. Sie wollen Elser nach dem »Endsieg« aburteilen. Nach weiterer Folter wird er in Sachsenhausen und Dachau in völliger Isolation von den Mitgefangenen, ständig von zwei SS-Schergen bewacht, festgehalten. Er fertigt als Kunstschreiner verschiedene Stücke für hohe Nazi-Funktionäre an. Unmittelbar vor Kriegsende wird er zeitgleich mit anderen prominenten Widerstandskämpfern ermordet.

Nach 1945 ist das Interesse an Elser zunächst gering. Dieser Mann entzieht sich bis heute den Versuchen zur Vereinnahmung. Er handelte allein, konsequent, ohne Mitwisser. Er war kein Militär, auch kein ausgewiesener Demokrat im Sinne der Bundesrepublik, er war zwar Christ, aber kein Angehöriger christlicher Widerstandskreise. Er war zwar ein Prolet, aber er hielt sich nicht an die »Linie« der KPD. Wenn das Wort vom »individuellen Terror« – bezüglich der »Individualität«, nicht des »Terrors« – zutrifft, dann auf Elser. Ein anderer, der wegen »individuellen Terrors« abgeurteilt wurde, einer, der unter gänzlich anderen Bedingungen ebenfalls in Isolationshaft saß, schrieb in den 80ern ein Theaterstück über Elser: Peter-Paul Zahl (Berlin: Rotbuch 1982; »Heidenheimer Fassung«: Grafenau: Trotzdem 1996). und einige Heidenheimer Bürger setzten sich für eine Würdigung des entschlossenen Antifaschisten und Kriegsgegners ein. Eine Entschädigung der Familie blieb aus.



Elsers Sprengsatz wirkte verheerend. Wo Minuten zuvor Hitler gesprochen hatte (mittleres Bild) erhob sich nun ein Schuttberg. Die Gestapo, der Elser sein Vorgehen detailliert schilderte (ganz links), war bereits bei der Tatortbegehung (oben) beeindruckt.

Elser – kein durchgeknallter Psychopath

Es bleibt die Aufgabe, die Tat nachträglich zu werten: Elsers Analyse des Faschismus war vollkommen zutreffend. Er sah, daß Hitler als maßgeblicher – und zu dieser Zeit entscheidender – Politiker den Krieg wollte. Die Annahme, durch die Beseitigung Hitlers den Krieg verhindern zu können, war 1938 sehr realistisch, und auch für 1939 ist nicht abzusehen, ob das Attentat nicht das Blatt hätte wenden können. Wäre Elser erfolgreich gewesen – die Geschichte Europas wäre zweifellos anders verlaufen.

In Plan und Ausführung bewies Elser höchstes Verantwortungsbewußtsein. Daß er Mitwisser vermied und damit sein Umfeld schützte, ist diesem Mann hoch anzurechnen. Für alle Opfer zeichnet die Gestapo und der Nationalsozialismus insgesamt verantwortlich. Johann Georg Elser war kein durchgeknallter Psychopath, kein tragischer Gesinnungstäter. Er war ein verantwortungsbewußter Mensch, der aus der Einsicht in seine Pflicht Konsequenzen zog, sein Handeln plante und seinem Ziel so nah kam, wie kaum ein anderer. ■

Zwei Gesetzesänderungen machen es AusländerInnen in Deutschland noch schwerer

Von Sachleistungen und Abschiebung

In letzten Monaten haben Bundestag und Bundesrat fast unbemerkt von jeglicher Öffentlichkeit zwei Gesetzes-pakete verabschiedet, die die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland noch einmal drastisch verschlechtern. Zum einen gilt seit dem 1. Juli 1997 das sog. »novellierte« Asylbewerberleistungsgesetz; zum anderen sind im Ausländergesetz neue Abschiebekriterien für MigrantInnen geschaffen worden, um noch mehr Menschen noch schneller abschieben zu können. Doch im Einzelnen:

Das »neue« Asylbewerberleistungsgesetz

Schon seit 1993 erhalten AsylbewerberInnen im ersten Jahr des Asylverfahrens die Sozialhilfe nicht mehr in Form von Bargeld, sondern als »Sachleistungen«. Was »Sachleistungen« bedeutet, wird von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich interpretiert. Einige Bundesländer, wie Berlin, verteilen Gutscheine, die die AsylbewerberInnen beispielsweise in Berlin nur in bestimmten Läden einlösen können. In Brandenburg dagegen werden die Gutscheine von mehreren Firmenketten akzeptiert. In anderen Bundesländern, so in Sachsen, erhalten AsylbewerberInnen im ersten Jahr nur Lebensmittelpakete. Widerstand und Protestaktionen von Flüchtlingen und UnterstützerInnen, wie z.B. der Tausch von Gutscheinen oder Waren gegen Bargeld, Kundgebungen, Hungerstreiks etc., haben immer wieder dazu geführt, daß die Behörden – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – die härtesten Bestimmungen ändern mußten.

Am 1. Juli diesen Jahres ist ein neues Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft getreten. Gegenüber SozialhilfeempfängerInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit erhalten AsylbewerberInnen jetzt 20% weniger Sozialhilfe. Erwachsene erhalten seitdem 360 Mark, Kinder von sieben bis 18 Jahren gar nur 220 monatliche Sozialhilfe.

Einerseits gibt der Gesetzestext den Behörden vor Ort mehr Spielraum, ob sie »unter Berücksichtigung der Umstände« den Flüchtlingen die Sozialhilfe als Bargeld, Sachleistungen in Form von Gutscheinen oder *»anderen unbaren Leistungen«*, etwa die erwähnten Pakete, auszahlen. Andererseits wurde der Kreis der Betroffenen auf rund 500.000 Menschen bundesweit drastisch ausgeweitet. Angewendet wird es so für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und anderen ex-jugoslawischen Staaten – Flüchtlinge, die keine Anerkennung als Asylberechtigte erhalten, aber aufgrund der Situation in ihren Heimatländern zeitweiligen Abschiebeschutz erhalten haben (z.B. Palästinenser aus dem Libanon) und zum Teil schon seit mehreren Jahren in Deutschland leben sowie alle AsylbewerberInnen in laufenden Asylverfahren. Das Asylbewerberleistungsgesetz gilt für alle Betroffenen seit dem 1.Juli 1997 für drei Jahre – unabhängig davon, wie lange diese Menschen schon in der BRD leben.

Eine Reihe von Bundesländern hat den »Spielraum«, den das neue Asylbewerberleistungsgesetz den Behörden vor Ort bietet, genutzt, um die Bargeldzahlung von Sozialhilfe endgültig für alle Flüchtlinge zu streichen und Gutscheine auszugeben. Die Flüchtlinge erhalten dann nur noch ein monatliches Taschengeld von 80 Mark in bar. Vorreiter ist einmal mehr Berlin: Hier müssen momentan 2.500 Flüchtlinge mit Gutscheinen in zwei Sammelmagazinen der Hotel- und Heimbetreiberfirma SORAT einkaufen. Die Läden, beliefert von der SPAR GmbH, haben keine regulären Öffnungszeiten, sondern sind am Wochenende geschlossen. Frische Waren gibt es kaum. Fast alle Nahrungsmittel sind 20% teurer als in normalen Supermärkten; die Flüchtlinge müssen quer durch die ganze Stadt fahren, um zu den Läden zu kommen. Der Senat will, daß nach der Sommerpause auch die rund 30.000 Flüchtlinge, die bisher noch von den Bezirken ihre Sozialhilfe in Bargeld bekommen, unter die Gutschein-Regelung fallen sollen und so in den Sammelmagazinen einkaufen müssen. Die SORAT GmbH, an ihre Spitze die Bauspekulanten Wilhelm Pleß (Geschäftsführer), Helmuth Penz (u.a. ELTEC GmbH, SORAT Art Hotels, PeWoBe) und Dietrich Garski, rechnet bereits damit, dann weitere Sammelmagazine zu eröffnen... Inzwischen haben allerdings Flüchtlinge vor dem Berliner Verwaltungsgericht gegen diese »Geschäfte« geklagt und Recht bekommen.

Der Senat ist gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht in Berufung gegangen; mit einer Entscheidung ist ab Ende August zu rechnen.

Auch anderswo wehren sich Flüchtlinge gegen das neue Asylbewerberleistungsgesetz: In Brandenburg, wo bisher Flüchtlinge, die nicht in Sammellagern, sondern in eigenen Wohnungen leben, die Sozialhilfe noch in Bargeld erhielten, haben Betroffene aus Fürstenwalde zwei Wochen lang die Annahme der Gutscheine verweigert.

Das Landratsamt Oder-Spree sagte ihnen daraufhin wenigstens eine Einzelfallprüfung zu. Auch in Brandenburg-Stadt und in Teltow gab es Proteste von Flüchtlingen.

Klar ist: Ohne die Unterstützung von antirassistischer und antifaschistischer Gruppen haben die Flüchtlinge noch geringere Chancen, sich gegen die neue Abschreckungspolitik zu wehren. Der Aufkauf von Lebensmitteln und Gutscheinen, der Tausch Ware gegen Bargeld ist eine wichtige Form der Solidarität.



Verstärkte Abschiebungspolitik

Die Änderung des Ausländergesetzes bedeute für die davon Betroffenen eine erhebliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Schon die Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung kann zur Abschiebung führen.

So sollen Menschen ohne deutschen Paß künftig zwingend ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheits- bzw. Jugendstrafe von mindestens drei Jahren (zuvor fünf Jahre) oder in den letzten fünf Jahren zu mehreren Strafen von insgesamt drei Jahren (zuvor acht Jahre) verurteilt werden. Bei Freiheitsstrafen von mindestens zwei Jahren ist eine Abschiebung möglich, aber nicht zwingend.

Wer wegen schweren Landfriedensbruches oder wegen einfachen Landfriedensbruches im Rahmen einer verbotenen bzw. aufgelösten Demo/ Kundgebung zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt wird, wird ebenso ausgewiesen. Auch bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz ziehen Verurteilungen zu mindestens zwei Jahren ohne Bewährung zwingend eine Ausweisung nach sich.

Menschen ohne deutschen Paß werden *»in der Regel«* ausgewiesen, wenn sie an einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung teilnehmen, aus der heraus Landfriedensbruch begangen wird.

Dazu ist nicht einmal mehr eine rechtskräftige Verurteilung notwendig. Die bloße Behauptung irgendeines Polizeibeamten reicht aus, um Menschen auszuweisen. Das kommt einem Demonstrationsverbot für AusländerInnen gleich. Sie werden polizeilicher Willkür ausgesetzt und haben nicht einmal mehr das Recht auf ein Gerichtsverfahren.Immerhin ist bekannt, wie schnell die Polizei eine Demo auflösen kann und wie schnell der Vorwurf des Landfriedensbruches erwhoben wird. Es kann also durchaus sinnvoll sein, sich auf Demos oder Kundgebungen intensiv einzumischen, wenn Bullen versuchen, ausländische Leute festzunehmen.

Weiterhin sieht das geänderte Ausländergesetz vor, daß grundsätzlich alle Flüchtlinge aus Kriegs-und Bürgerkriegsgebieten ab dem vollendeten 14. Lebensjahr erkennungsdienstlich behandelt werden.

Besondere Erwähnung sollte hier noch die Änderung des Art. 19 AuslG, »Eigenständiges Aufenthaltsrecht des Ehegatten«, finden. Mußte eine Frau früher mindestens drei Jahre mit ihrem gewalttätigen Ehemann verheiratet bleiben, um nach der Scheidung ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu bekommen, wäre das heute auch ohne Frist möglich. Dafür muß nun eine besondere Härte im Falle einer Rückkehr (Repressionsandrohung im Herkunftsland der Frau) nachgewiesen werden, damit ein eigenständiger Aufenthalt zugestanden wird. Sollte die Frau nach einer Scheidung allerdings von Sozialhilfe abhängig sein, kann ihr trotz besonderer Härte die Aufenthaltserlaubnis verweigert werden. Da dies wohl auf die meisten betroffenen Frauen zutreffen dürfte, wird das Gesetz zur zynischen Farce.

Diese Verschärfungen der ohnehin schon rassistischen Ausländergesetze sind fast ausnahmslos von allen Parteien begrüßt und befürwortet worden. Auch wenn es schon fast zu spät scheint: Solidarität mit den Betroffenen beginnt da, wo gemeinsam Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie gestreut wird... ■

Dank an die Antirassistische Initiative Berlin, den Berliner Ermittlungsausschuß und den Flüchtlingsrat Berlin.

Das Kirchenasyl – umstrittene Geduldsprobe

Seit den Anschlägen auf kirchliche Einrichtungen in Lübeck, wird sowohl in der Öffentlichkeit als auch kirchenintern heftig über das Kirchenasyl gestritten. Die Praxis, Verfolgten zumindest zeitweilig Schutz zu gewähren, gibt es jedoch nicht erst seit der Welle rassistischer Übergriffe Anfang der 90er Jahre oder der Änderung des Asylrechts 1993. Schon im frühen Mittelalter galt als vor den Häschern des Staates geschützt, wer in einem sakralen Raum das Altarkreuz berührte. Eine wichtige Rolle spielte das Kirchenasyl auch während der NS-Zeit - während der nationalsozialistischen Besatzungszeit gab es in fast allen annektierten Ländern eine Reihe von Klöstern und kirchlichen Institutionen, die Juden und Jüdinnen sowie Menschen aus den Widerstandsorganisationen zeitweilig Schutz und Unterkunft boten.

Daß die Tradition des Kirchenasyls international ist, zeigte sich in den 80er Jahren in den USA. Eine ganze Bewegung von Kirchen- und SolidaritätsaktivistInnen, die »Sanctuary Bewegung« (sanctuary bedeutet auf Deutsch »Zuflucht«) organisierte Kirchenasyle und Fluchtrouten für Flüchtlinge, die vor den US-gesponsorten Aufstandsbekämpfungskriegen in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua in die USA flohen und dort kein politisches Asyl erhielten. »Sanctuary AktivistInnen« suchten und fanden Kirchengemeinden, die bereit waren, Flüchtlinge aufzunehmen, dokumentierten durch Interviews mit den Flüchtlingen die Menschenrechtsverletzungen in Mittelamerika, halfen bei einer Weiterflucht nach Kanada etc. . . Die »Sanctuary Bewegung«, zu ihren Hochzeiten tausende von Basisgruppen umfassend, verstand sich auch immer als politische Bewegung, die versuchte, durch Aktionen, Demos und Öffentlichkeits Einfluß auf die US-amerikanische Außen- und Asylpolitik zu nehmen.

Das Kirchenasyl in der Bundesrepublik

In den 80er Jahren, mit der zunehmenden Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetzgebung in der BRD; wurde das Thema »Kirchenasyl« auch bei Gemeinden in der ehemaligen Bundesrepublik wieder diskutiert und zur Praxis. Schon damals kam es zu heftigen Polizeiaktionen gegen Gemeinden, die Flüchtlingen Schutz boten – beispielsweise in Hamburg, wo Mitte der 80er Jahre eine phillippinische Familie mit Polizeigewalt in den Kirchenräumen verhaftet und danach abgeschoben wurde.

Als sich Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre eine weitere Änderung der Asylrechtspraxis abzeichnete und die rassistischen Angriffe auf MigrantInnen zunahmen, entschlossen sich mehr Gemeinden beider Konfessionen, AusländerInnen aus ihrem Umfeld Kirchenasyl zu geben.

Dabei ging es zunächst einmal darum, den Vollzug von Abschiebungen oder Übergriffe zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt bildete die Kirchenasylpraxis keinesfalls die Regel und konzentrierte sich ausschließlich auf den Einzelfall.

Mit der Welle rassistischer Pogrome nach der Wiedervereinigung 1989/90 stieg auch die Zahl der Flüchtlinge im Asylverfahren, die dem Protest gegen ihre Zwangsverteilung in kleine ostdeutsche Städte und ihrer Forderung nach selbstbestimmten Aufenthaltsorten durch Kirchenbesetzungen (oft mit Hilfe von deutschen UnterstützerInnen) in westdeutschen Städten Nachdruck verliehen. Derartige Aktionen – die im Gegensatz zum traditionellen Kirchenasyl meistens stattfanden, ohne die Gemeinde vorher zu informieren – gab es beispielsweise 1991 von Flüchtlingen aus Ghana und Angola, die nach dem Pogrom in Hoyerswerda nach Berlin gekommen waren und dort mittels Kirchenbesetzung und zähem Tauziehen von autonomen und kirchlichen UnterstützerInnen mit dem Innensenat ihren Aufenthalt in Berlin durchsetzen konnten. Weitere Kirchenbesetzungen gegen Zwangsverteiligungen folgten: 1992 in Stuttgart durch eine Roma-Gruppe, in Norderstedt etc. Teilweise reagierten die Gemeinden mit Unterstützung, teils aber auch mit extrem unsolidarischer Ablehnung. Hinzu kam, daß manche Mißverständnisse unter dem Druck der staatlichen Repression und der Notwendigkeit, schnell zu handeln, nicht geklärt werden konnten und eskalierten.

Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahr 1993 fand die Kirchenasylpraxis dann stärkere Verbreitung. In vielen Kirchenkreisen entstanden Arbeitsgruppen, die die Umsetzung des neuen Asylrechts kritisch beobachteten. Die Entscheidung, Kirchenasyl zu gewähren, wurde (und wird) jedoch in der einzelnen Gemeinde getroffen. So wird die Arbeit fast ausschließlich von AktivistInnen der Gemeinden getragen. Sie bringen den innerkirchlichen Diskussionsprozeß voran und fordern von Kirchenleitungen politischen Rückhalt für ihre Arbeit.

Zum Zwecke einer übergemeindlichen und überregionalen Koordination gründete sich die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche«. Sie berät asylgebende Gemeinden in theologischen und juristischen Fragen und vertritt deren Interessen vor den Kommissionen für Flüchtlingsfragen in beiden Kirchen. Im vergangenen Jahr befanden sich über 300 asyl- und schutzsuchende Flüchtlinge und MigrantInnen in rund 80 evangelischen und katholischen Gemeinden.

Polizeiliche Repression

Schlagzeilen macht das Kirchenasyl zumeist nur dann, wenn die staatliche Repression auch vor den Kirchentoren nicht mehr Halt macht, wie zuletzt in Hannover, als die niedersächsische Polizei eine ukrainische Familie in einem Kloster verhaftete, um die gesamte Familie abzuschieben. Den Nonnen des Klosters gelang es durch eine Straßenblockade, die Polizeientscheidung zur Festnahme der ukrainischen Frau und der Kinder rückgängig zu machen. Nach mehreren Protestaktionen der Nonnen und weiteren UnterstützerInnen vor dem Abschiebeknast wurde auch der Mann, der aus der russischen Armee desertiert und dessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt worden war, aus der Abschiebehaft entlassen. Aufgrund der Initiative der UnterstützerInnen kann die Familie nach Kanada ausreisen. Manchmal gibt es auch ein Medieninteresse, wenn Kirchengemeinden sich bewußt entschließen, die Situation der Schutzsuchenden an die Öffentlichkeit zu tragen, um die Verantwortlichen in Behörden und Parlamenten zum Handeln zu zwingen – wie beispielsweise im Fall eines türkischen Kriegsdienstverweigerers, der seit der Ablehnung seines Asylantrags in einer Kirchengemeinde in Saarbrücken im Kirchenasyl lebt.

Den Erfolg des Kirchenasyls zu messen, erweist sich als äußerst schwierig. Am Ende stehen oft unbefriedigende Lösungen – wie eine verzögerte Abschiebung oder ein zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht. Die Ausländerbehörden setzen bei ihrem Vorgehen auf eine Zermürbung der Flüchtlinge und Gemein-

den im Spagat zwischen dem Paragraphendschungel des Ausländerrechts und dem normalen Gemeindeleben. Viele Flüchtlinge im Kirchenasyl trauen sich aus Angst vor staatlicher Verfolgung durch die deutsche Polizei oft monatelang nicht, das Kirchengelände zu verlassen; die medizinische Versorgung, Ablenkungsmöglichkeiten, etc. werden unter diesen Umständen enormen schwierig; Foltertraumata aus den Fluchtzeiten können eskalieren, weil die Betroffenen wieder mit der Angst vor der staatlichen Willkür konfrontiert sind. Kirchenasyl bedeutet für beide Seiten – Schutzsuchende und Kirchengemeinde – eine Geduldsprobe, oftmals auch Konflikte, Veränderungen im Alltag, Lernprozesse...

Um eine wirkliche Neuprüfung eines Asylantrages durch alle behördlichen und gerichtlichen Instanzen durchzusetzen, brauchen jedenfalls sowohl die Flüchtlinge als auch die Gemeinden ein enormes Durchhaltevermögen.

Der Wert des Kirchenasyls liegt in erster Linie darin, die Abschiebemaschinerie in Einzelfällen zu stoppen, den Betroffenen eine Atempause zu verschaffen und ihnen unter Umständen eine Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen. Kirchenasyl ist gegenwärtig – neben der Unterstützung für Flüchtlinge und MigrantInnen, die sich der Abschiebung durch Abtauchen entziehen – eine der wenigen Möglichkeiten, das geltende Asylrecht auch in der Umsetzung zu behindern

Auch wenn die Kirchenasylpraxis zwar punktuell mit dem geltenden Asylrecht bricht – um es breit und dauerhaft auszuhebeln, fehlt ihr die politische Kraft.

Politische und kircheninterne Dikussion

An politischen und innerkirchlichen Angriffen auf das Kirchenasyl gibt es keinen Mangel. Allen voran wird der bayrische Innenminister Günther Beckstein, CSU-Politiker und nach eigenen Angaben *»praktizierender Christ«*, nicht müde, das Kirchenasyl als zu unterlassende Einmischung der Kirchen in weltliche Angelegenheiten der Politik und als Gesetzesverstoß zu geißeln. Und Bundesinnenminister Kanther warnte die Kirchen davor, in Sachen Asyl für sich Sonderrechte in Anspruch nehmen zu wollen; dies könne der Rechtsstaat nicht dulden. Die Hetztiraden von PolitikerInnen führen dann dazu, daß die Hemmungen, dem Kirchenasyl mit Repression zu begegnen, immer geringer werden. Mehrfach beendeten Sondereinsatzkommandos der Polizei ein Kirchenasyl, wenn die Flüchtlinge den eigentlichen Kirchenraum verließen und sich »nur noch« auf kirchlichem Gelände befanden. Die Behörden ermitteln inzwischen auch gegen einzelne PfarrerInnen und Mitglieder von Leitungsgremien der Geminden wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländerrecht. Im ostberliner Bezirk Treptow durchsuchte die Polizei im Dezember 1996 Kirchenräume, um das Protokollbuch zu beschlagnahmen, das den Beschluß für ein Kirchenasyl enthielt.

Doch auch kirchenintern wird das Kirchenasyl kritisiert. Vor allem rechte und fundamentalistische Theologen sehen im Kirchenasyl eine Abweichung vom kirchlichen Aufgabenfeld und die Wahrnehmung eines unzulässigen politischen Mandats. Aufgabe der Kirche sei allein die Verkündigung des Evangeliums abseits der Politik. So ist es z.B. innerhalb der evangelischen Kirche ausschließlich der linksliberale Rest der TheologInnen und Basisgemeinden, die für das Kirchenasyl einstehen. Eine Wende in der innerkirchlichen Diskussion könnte ein Mitte Juli 1997 veröffentlichtes Positionspapier der evangelischen und katholischen Kirchen bringen. Darin verteidigen katholische Bischöfe und EKD das Kirchenasyl, kritisieren fundiert die geltende Asylgesetzgebung und fordern ein liberales Staatsangehörigkeits- und Einwanderungsgesetz.

Eine Schwäche des Kirchenasyls bleibt es, daß seine Praxis über den Einzelfall zu selten hinausgeht. Eine Thematisierung der gesamten rassistischen Ausländergesetzgebung innerhalb der Kirchen wäre wichtig. Die Kirchen müßten als Konsequenz daraus ihre insgesamt noch zurückhaltenden Stellungnahmen um einiges präzisieren und verschärfen. Angesichts des politischen Klimas sollten linke und unabhängige Antirassismusgruppen versuchen, ihre Vorurteile abzubauen und nach Gemeinsamkeiten mit den christlichen AktivistInnen in den Kirchenasylgemeinden suchen – trotz der Unterschiede in Analyse und politischer Praxis. ■

Quellen:
Wochenzeitung »Die Kirche«, Publik Forum - Zeitschrift kritischer Christen, Junge Kirche, ak 403, Infomaterial der BAG »Asyl in der Kirche«

Nur begrenzter Erfolg des Kirchenasyls: Am Ende steht meist verzögerte Abschiebung oder befristetes Aufenthaltsrecht



Wir dokumentieren den folgenden Beitrag von jüngeren Frauen aus Antifa-Zusammenhängen außerhalb der AIB-Redaktion in der Hoffnung, damit eine – immer wieder – notwendige Diskussion über Sexismus und patriarchale Strukturen innerhalb der Antifa-Szene in Gang zu setzen. Reaktionen, weitere Diskussionsbeiträge etc. sind ausdrücklich erwünscht und werden mit Spannung erwartet.

Vom Aussterben des »Homo Gockels« kann noch lange nicht die Rede sein. Schon gar nicht in der Antifa.

Mini & Daisy über Micky & Donald – Macker in der Antifa

Wir versuchen jetzt mal, unsere Gedanken aufzuschreiben, zu dem, was uns so zu Antifa-Mackers und szenetypischem Männerverhalten einfällt. Gleich vorab: Wir schreiben so, wie es uns in den Kopf kommt. Das Ganze ist mehr oder weniger ein Produkt unserer Erlebnisse und Erfahrungen, und das, was uns im Alltag so auffällt. Kann sein, daß sich mancher darin wiederfindet; dann wohl nicht ohne Grund?

Der ideale Antifamacker ist mindestens 1,85m groß, männlich, breites Kreuz und kampfsporterfahren. Klischee? Nicht unbedingt. Bei Aktionen wird meistens nach dem Äußeren und dem Auftreten gegangen. Wer nicht so schnell rennen kann, fällt genauso raus wie Leute, die kleiner/schwächer sind, oder sich nicht so viel zutrauen. Bei Aktionen werden Frauen oft ausgeschlossen, weil sie bestimmte Kriterien nicht erfüllen, die aber von Typen aufgestellt werden. Oder ihnen wird nicht Bescheid gesagt, da sie nicht unbedingt zu den größten Draufgängern gehören oder »nur mitlaufen«. Frauen wird oft nicht zugetraut, daß sie sich wehren können. Das dazu passende Vorurteil: Deshalb müssen sie beschützt werden.

Frauen werden nur akzeptiert, wenn sie ebenso cool sind wie die Typen, genauso daraufgängerisch, prollig oder poserig. Das heißt, wenn sie sich unter den Typen behaupten, indem sie selbst das Verhalten der Typen annehmen und sich nach den von ihnen aufgestellten Kriterien benehmen. Es geht nicht um Quoten bei Aktionen, sondern darum, daß auch Frauen zum Kämpfen Lust und vor allem die Wut dazu haben. Aber wenn frau die Vorgehensweisen der Typen kritisiert, wird sie ausgeschlossen. Die Problematik wird auf sie abgewälzt, weil sie ja ein Problem damit hat, wie es läuft, und nicht er. Stattdessen könnte Kritik ja auch mal ernst genommen und reflektiert werden. Oft wird frau dann mit anderen Frauen verglichen. Die kritisieren nicht und sind auch emanzipiert. Es muß also an einer selbst liegen. Und falls sich dann doch mal mit Kritik auseinandergesetzt wird, dann zu dem Zeitpunkt, den die Typen bestimmen.

Wenn Frauen an Aktionen teilnehmen, haben sie oft das Gefühl, als Aushängeschild zu dienen. Was dann zeigen soll, wie korrekt sich die Typen verhalten. Oft werden Frauen dabei in die hinteren Reihen abgeschoben, zum Telefondienst, als Sanis oder zum Fahrräder aufpassen. Wir sagen jetzt nicht, daß das eine unwichtiger ist als das andere. Aber für Typen scheint es das oft zu sein. Bewußt oder unbewußt? Es wird versucht, Frauen von körperlichen Auseinandersetzungen fernzuhalten. Auch bei der Planung von Aktionen haben Frauen kaum ein Wörtchen mitzureden, werden nicht miteinbezogen bzw. haben sich unterzuordnen und anzupassen, wenn sie mitgenommen werden wollen.

Allgemein gilt, wenn frau einen Fehler macht, dann wiegt das schwerer als bei Typen. Frauen müssen sich immer wieder behaupten und mehr schaffen, immer selbstbestimmt und sicher auftreten, um die gleiche Anerkennung zu bekommen wie Typen. Tun sie das nicht, werden sie fallengelassen.

In der Linken gibt es Leistungsdruck genauso wie im Rest der Gesellschaft. Auch innerhalb der Linken wird nur danach bewertet, wie schnell renne ich, wie groß bin ich, wie furchtlos, wieviel Wissen habe ich, und wie verwertbar bin ich. Leistung, Leistung, Leistung. Wenn ich nix zu bieten habe, bin ich unten durch.

Es gibt eine ganze Menge Typen in der Szene, die sagen: »Ich bin Antifa. Was geht mich Sexismus an? Das ist überhaupt nicht mein Bereich. Darum sollen sich die Frauen kümmern. Ich habe damit nix zu tun.«

Andere Typen setzen sich in Diskussionen zwar mit Patriarchat und Sexismus auseinander, aber meistens bleibt es verbalradikal und wird nicht umgesetzt. Manche Verhaltensweisen sind zwar als zu ändern im Kopf, aber wenn es dann konkreter wird, fallen sie wieder hinten runter. Wenn zum Beispiel irgendwo Streß angesagt ist und da wollen Leute hinfahren, dann ist klar, daß zuerst die Typen ihren Sitzplatz im Auto haben. Ob dann vielleicht noch Frauen mitfahren wollen, ist eher Nebensache bzw. für die ist dann halt einfach kein Platz mehr. Die sind sowieso nicht groß und stark genug für sowas. Da fahren dann schon lieber eingespielte Männercombos hin, als daß auch mal Frauen mitgenommen werden, die ebenso ein Interesse und eine Entschlossenheit für die Aktion haben. Die Typen müssen sich immer als Helden behaupten und vorpreschen, um zu beweisen, daß sie keine Ängste haben. Sie rutschen dann immer in ihre Männerrolle zurück, vor allem, wenn sie unter sich sind. Bei Demos müssen sie Chef spielen. Daß sie manchmal bestimmte Aufgaben übernommen haben, ist nicht mehr so wichtig; Riot wird zum Profilieren genutzt. Nur auf sich selbst wird Rücksicht genommen und dabei werden oft die einfachsten Grundsätze vergessen: Es darf einfach nicht passieren, daß Verletzte zurückbleiben oder daß Leute zurückgelassen werden, die dann in die Hände der Bullen fallen.

Das Auftreten der Typen wirkt meist martialisch – Schultern hoch (um möglichst breit und gefährlich zu wirken) und breitbeinig – vor Kraft strotzend. Frauen sollen zwar militant sein – im gleichen Maß wie die Typen –, aber in einer persönlichen Beziehung sind sie dafür da, den Mann wieder aufzubauen.

Emotionen werden den Kumpels vor der Gruppe nicht gezeigt, denn daß können sie ja in ihren Hetero-Zweier-Beziehungen. Von den Frauen wird immer erwartet, daß sie Verständnis für die Typen aufbringen und sie trösten. Der Typ geht auf Aktion, läßt sich hinterher von der Freundin die Wunden lecken, nutzt sie zum Ausheulen und Erzählen von tollen Heldenstories. Mit den gemachten Aktionen spielen sie oft auf und versuchen, sich zu profilieren – vor sich, der Gruppe, den Frauen, den Anderen. So toll, so mutig sind unsere Antifamacker. Dabei labern sie oft zu viele Namen aus, wer dabei war usw.

Junge Frau, süße 18 Jahre alt, lange gekämmte Haare, geschminkt, feminin angezogen, Hackenschuhe. Was ist das bloß für eine? So eine kann ja gar nicht

politisch sein. Die ist vielleicht die Freundin von... Aber nicht mehr als das! Oft werden Frauen danach bewertet, wie sie aussehen. Bei einem bestimmten Erscheinungsbild wird automatisch das Politisch-Sein abgesprochen. Wer hat eigentlich zu entscheiden, wie engagierte, emanzipierte Frauen auszusehen haben?

Wenn eine Frau über einen Typen neu in die Szene reinkommt, ist sie automatisch die Freundin von... Als diese wird sie auch immer behandelt – nicht als eigenständige Person, die selber einen Kopf und eine eigene politische Meinung hat. Ist frau einmal in das Klischee reingerutscht, ein Anhängsel zu sein, fällt es schwer, da wieder rauszukommen bzw. überhaupt ernstgenommen zu werden. Als Frau in die Szene aufgenommen zu werden, dauert oft länger als bei Typen, die nach zwei Monaten dazugehören, schneller integriert/akzeptiert werden. Wenn dann solche Anhängsel eine Frauengruppe bilden, wird sie als Kaffeekränzchen abgetan.

Oft werden Grenzen überschritten, und ein Nein ist für Typen schwer zu akzeptieren – vor allem, wenn sie es nicht nachvollziehen können. Manche Typen wünschen sich deshalb einen »Regelkatalog«, damit sie wissen, wie sie sich zu verhalten haben, um korrekt und nicht kritisierbar zu sein. Auf Druck von Frauen – damit sich die Typen auch mal mit sich selbst auseinandersetzen – werden dann von Zeit zu Zeit Männergruppen gebildet. Doch am Verhalten der Typen ändert sich nichts. Zum Teil scheinen solche Gruppen zu Witzerzählrunden zu verkommen. Die meisten Männergruppen gehen dann irgendwann ein oder zerstreiten sich. Männergruppen gehören wahrscheinlich auch zu dem Bild eines vorbildlichen Antifatypen, so daß auch einige nur des Anstands wegen hingehen und eigentlich selber gar nicht wissen, was sie dort wollen. Manchmal laufen solche Gruppen parallel zu Frauengruppen, doch scheint kein gutes Verhältnis vorhanden zu sein. Die Typen haben Schiß, von den Frauen an den Pranger gestellt zu werden und geben sich also ganz große Mühe, nicht aufzufallen. Als wenn Frauengruppen nix Besseres zu tun hätten, als sich die ganze Zeit mit den Typen zu beschäftigten.

In Diskussionen kommen Frauen oft nicht zu Wort. Sie kommen nicht dazu, ihre Standpunkte zu erklären bzw. zu vertreten. Gesagtes wird oft ignoriert, übergangen oder abgestritten. Welche Aspekte wichtig sind und welche nicht, entscheiden Typen (»Das gehört jetzt nicht zum Thema!«). Um überhaupt wahrgenommen zu werden, muß frau oft schreiben/lauter sein als die anderen (Ellenbogentaktik). Es bestehen ziemlich feste Männerklüngel, die auch die »Rangordnung« festsetzen. Einer weiter oben scheint wichtiger und glaubwürdiger zu sein – dessen Meinung wird dann schon fast unantastbar – als jemand weiter unten in dieser Hierarchie. Das hat natürlich auch wieder was mit Leistung zu tun. Wenn frau in Diskussionen etwas verlauten läßt, was der »Typenriege« noch nicht bekannt war, muß sie das wieder und wieder nachweisen und mit Fakten belegen. So wird es ihr auch schwieriger gemacht, sich zu äußern, denn wenn sie beim folgenden »Kreuzverhör« nicht alle Fragen zur Zufriedenheit der Typen beantworten kann, gilt gleich das ganze Gesagte als unglaubwürdig. Wenn frau sich mal aufregt, wird sie als hysterische Zicke abgetan und überlegen belächelt. Typen scheinen keinen blassen Schimmer vom normalen Alltag einer Frau zu haben. Wenn frau schon den ganzen Tag von irgendwelchen doofen Typen auf der Straße etc. angewichst wurde und dann hinterher noch von den eigenen Leuten angemacht wird, kann es schon leicht passieren, daß frau mal explodiert und die Gefühle überkochen. Weinen ist dann der Beweis dafür, daß Frauen eben doch nicht so stark sind und beschützt werden müssen. Typen sind ja die coolen Checker, die dürfen ihre Gefühle nicht zeigen. Außerdem ist es sowieso nicht angesagt bei Typen, Emotionen zu zeigen, Ängste zuzugeben. Viele sind verklemmt und unfähig über Gefühle zu reden oder diese zu zeigen.



Für Typen ist es sehr schwierig, sich mit dem eigenen Sexismus auseinanderzusetzen und auch mal Selbstkritik zu üben. Es fällt wesentlich leichter, das Verhalten anderer Typen abzuurteilen/zu kritisieren, als sich selbst zu hinterfragen. Es ist relativ leicht, zu sagen: Der hat das und das gemacht, der ist Scheiße, der kriegt auf's Maul.

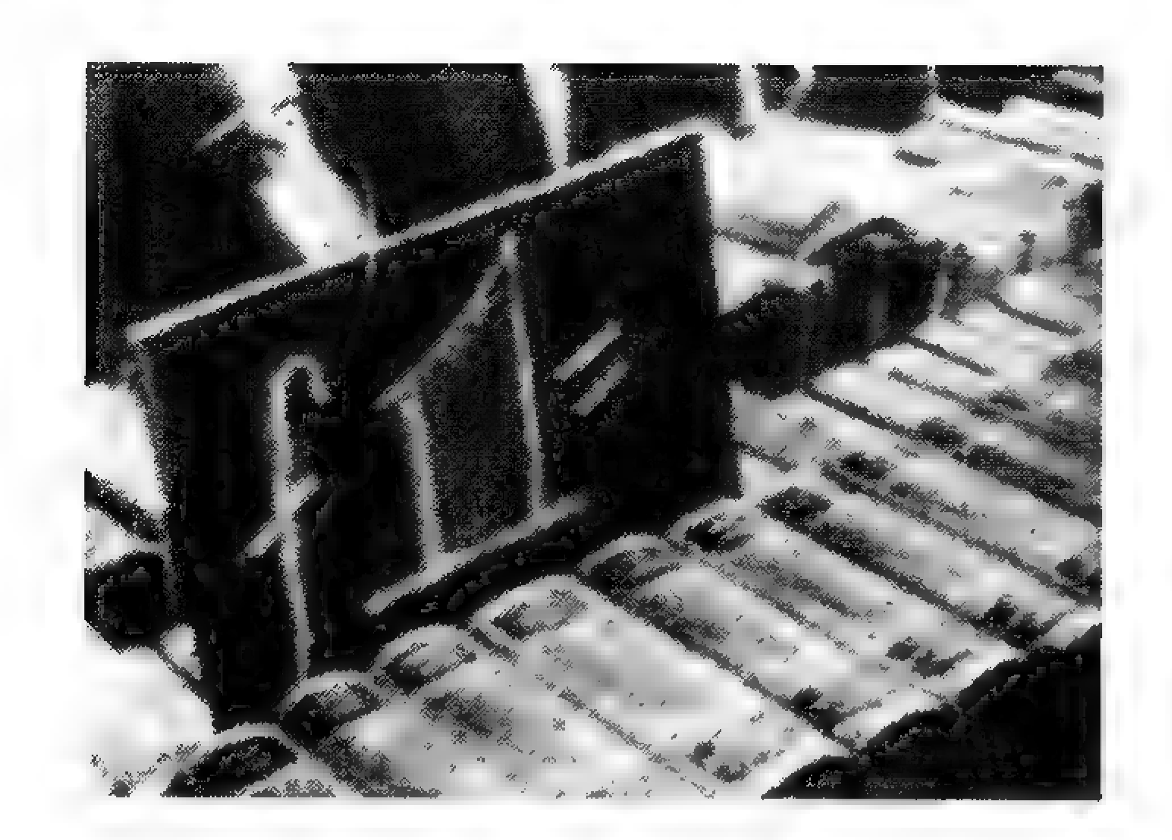
Wenn zum Beispiel auf Parties sich irgendwelche Machos daneben benehmen, das heißt Frauen angrabschen/anbaggern etc. und die Typen sie dann rausschmeißen, ist das für sie oft eine Bestätigung, wie pc/korrekt sie selber doch sind. Dann fühlen sie sich als die großen, gerechten Antisexisten und haben ihre »Beschützerrolle« mal wieder prima erfüllt. Dabei ist es doch psychologisch wirksamer, wenn frau dem Typ zeigt, wo der Ausgang ist und daß sie sich sowas nicht bieten läßt. Außerdem – wenn sowieso schon genügend Frauen da sind, um das Arschloch rauszuschmeißen, können sich die Typen ruhig mal zurückhalten und müssen sich nicht unbedingt noch in die erste Reihe drängeln.

Zum Schluß: Wenn wir in dem Artikel von »Typen« und »Frauen« reden, ist das natürlich nicht allgemeingültig für alle, sondern für Teile der Szene. Wir haben auch sicher nicht alles angesprochen, was es zu kritisieren gibt. Das Ganze soll ja auch eher eine Anregung dazu sein, sich selbst mal an die eigene Nase zu fassen.

PS: An die Frauen, die den Artikel lesen! Macht ruhig öfter mal das Maul auf, wenn Euch was nicht paßt! Und laßt Euch von den Typen nicht verarschen! ■

Mini und Daisy





Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Junge, Barbara; Naumann, Julia; Stark, Holger: RechtsSchreiber – Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet. Elefanten Press, Berlin 1997, 226 S., 29,90 DM.

Der Band aus der »Antifa Edition« bei Elefanten Press nimmt für sich in Anspruch, eine »neue politische Strömung« zu beschreiben, die die AutorInnen als »Neue Konservative« bezeichnen. »*Die heterogene Strömung umfaßt die alte wie die neue Rechte, reicht vom rechten Rand der FDP und der CDU über gewendete Linke und etablierte Medien bis hin zu Rechtsextremisten*«, heißt es auf dem Einband. Auf den gut 200 Seiten zeichnen die beiden Redakteurinnen der taz und der freie Mitarbeiter des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg ein umfassendes und genaues Bild dessen, was andere Experten als »Neue Rechte« bezeichnen. Aufgeteilt ist das Buch in die Bereiche »Agitation statt Theorie«, wo Ideologie und Thesen der »Neuen Konservativen« beleuchtet und auseinandergenommen werden, »Randpartei oder am Rand der Parteien?«, in dem Organisationsversuche der Strömung in und rechts von den etablierten Parteien untersucht werden, »Wer Macht will macht Medien«, wo der Einfluß auf die Medien Thema ist, sowie »Denkfabriken und Diskussionszirkel«, wo deren Art und Einfluß beschrieben wird. Interviews mit Wolfgang Wippermann und Friedrich Küppersbusch lockern das in verständlichem Stil geschriebene Buch angenehm auf, am Ende fehlen auch eine Chronologie, Personen- und Sachregister nicht.

Der Stil des Buches ist vor allem beschreibend: Wortgewandt und dennoch manchmal sehr speziell werden Personen, Verbindungen und Institutionen dargestellt; eine Einschätzung beschränkt sich meist auf wenige Sätze, von dem Schlußwort einmal abgesehen. Besonders untersucht werden in dem Buch der nationalliberale FDP-Flügel und der rechte Rand der CDU, der Einfluß auf etablierte konservative Medien, wie Focus und WamS und die Arbeitsweisen und Taktiken der »Neuen Konservativen«.

Unverständlich bleibt, warum die AutorInnen die von ihnen beschriebene Strömung als »Neue Konservative« bezeichnen und – bei aller Umstrittenheit – von dem Begriff »Neue Rechte« abgrenzen, arbeiten doch die »Neuen Konservativen«, wenn auch ideologisch etwas abgeschwächt und etablierter, genau mit den Mitteln der »Neuen Rechten«. Die »Neuen Konservativen« könnten vielleicht als »Neue Rechte« der späten 90er Jahre und auch der Erfolg der »Neuen Rechten« seit Ende der 80er Jahre bezeichnet werden: Ihre Verbreiterung und größere Einflußnahme auf Politik und Gesellschaft mußte die alte »Neue Rechte« mit ein Stück Etablierung und ideologischer Abschwächung bezahlen.

Ob die Bezeichnung »Neue Konservative« für dieses Phänomen dann glücklich gewählt ist bleibt ebenso fraglich, wie ob es sich um eine »*neue*« politische Strömung handelt und nicht eher um eine Weiterentwicklung der »Neuen Rechten«. Schließlich bezeichnen die AutorInnen selbst Aktivisten der »Neuen Konservativen« als »*jene charakteristische Mischung aus politischer Überzeugung und pragmatischer Machtpolitik, die meistens herauskommt, wenn politische Aktivisten den Marsch durch die Institutionen erfolgreich angetreten haben.*« Derartige Meinungsverschiedenheiten in Bezeichnungsfragen tun der Qualität jedoch keinen Abbruch

Das Buch beschäftigt sich mit einem Bereich der Rechten, der nicht nur in der Antifa-Bewegung leider immer noch viel zu wenig Beachtung findet. Die AutorInnen fürchten: »*Die Neuen Konservativen führen einen politischen Kampf um die Köpfe, und wenn dieser Kampf nicht als politische Auseinandersetzung begriffen, sondern wie bisher als vermeintlich hoffnungsloser Versuch einer unterdrückten Rechten ausgeblendet wird, werden sich langfristig nationale Themen wie Thesen etablieren.*«

Zelik, Raul: Friss und stirb trotzdem. Edition Nautilus, Hamburg 1997, 162 S., 28 DM.

»Wir ziehen also Masken oder Tücher über das Gesicht, damit man uns nicht erkennt, und betreten die Kneipe, die aussieht wie alle griechischen Kneipen, das heißt Bilder von Inseln und gekalkten Häusern und Weinamphoren aus Ton und blaue Holztische mit rissigem Lack. Wir entdecken Belloch und die anderen an dem Tisch neben dem Fenster, wie man uns gesagt hat, und es ist weniger aufregend, als ich gedacht hätte. Die Retter des Abendlandes, kreidebleiche Figuren, stürzen unter den Tisch, japsen nach Luft oder schreien mit überraschend hohen Stimmen um Hilfe, aber wir beginnen einfach zu schlagen, als ob wir eine Arbeit zu erledigen hätten, nicht unbedingt gleichgültig, aber auch nicht nervös, Schlag für Schlag, stellen keine Fragen, empfinden keine Freude, aber auch keine Schuld, nehmen von den anderen Gästen überhaupt keine Notiz.«

»Okay ich bin weg, ich komme davon, aber für die zuständigen Staatsschutzbeamten ist die Sache trotzdem gut gelaufen, zumindest am Anfang. Sie hatten unglaublich viel Glück, daß sich dieser Typ gestellt und uns alle verpfiffen hat.«

Zwei Zitate aus einem neuen, schön aufgemachten Roman bei Nautilus, dessen Ausgangspunkt die Ereignisse sind, die als Kaindl-Fall bekannt wurden: Bei einer antifaschistischen Aktion in Berlin kommt der Funktionär der Deutschen Liga Gerhard Kaindl ums Leben – ungeplant. Über ein Jahr später nimmt der Staatsschutz aufgrund von Aussagen eines Tatbeteiligten zahlreiche Verdächtige fest, die später verurteilt werden.

Der Roman erzählt, sich auf die tatsächlichen Ereignisse stützend, die Geschichte aus Sicht eines an der Aktion beteiligten, der dann gesucht wird, seine Flucht sowie Geschichten und Erlebnisse im Exil. Dabei wechselt sowohl die Sichtweise zwischen erster und dritter Person, als auch zwischen dem Fall und dem Leben der Hauptperson.

Besonders eindrucksvoll werden Knastsituationen, die Sicht eines Verfolgten und Exilanten sowie die politische Situation und der Aufschwung von Rassisten und Neofaschisten Anfang der 90er Jahre beschrieben. Auch eine Einbindung der »Verräter«-Problematik in das anspruchsvoll und mit vielen Bildern geschriebene Buch fehlt nicht.

Dennoch ist das Buch ziemlich romanhaft und muß mehr literarisch als politisch gewertet werden: In weiten Teilen sehr spannend geschrieben, erliegt der Autor dennoch hin und wieder der Versuchung, sehr weit abzuschweifen, was sich aber nicht unbedingt negativ auswirkt. Die oft selbstironische Beschreibung der Linken wirkt sehr erfrischend. Ein Nachteil des Buches ist vermutlich, daß es teilweise recht insidermäßig und persönlich geschrieben ist: Für Leute, die die Beschriebenen Orte und Personen und die Geschichte des Falls nicht kennen, könnte manche Passage des Buches etwas belanglos und lang atmig wirken. Das ziemlich dick aufgetragene Pathos ist Geschmackssache.

Trotz dieser kleinen Mängel ein Leckerbissen vor allem für Leute, die gerne Romane mit einem derartigen Bezug zur Realität lesen, auch wenn sie den Kaindl-Fall, Orte und Personen des Geschehens nicht kennen.

Le Pens Front National auf Erfolgskurs

Das innenpolitische Pflaster in Frankreich ist heißer geworden für den Front National. Diese Entwicklung begann Ende März mit dem Kongreß des FN in Straßburg. Der Kongreß war für den FN aus mehreren Gründen sehr wichtig: Zum einen gab es zum ersten Mal seit der Gründung des FN eine riesengroße Gegendemonstration mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen, die aus allen Teilen Frankreichs und Europas kamen. Für Parteichef Jean-Marie Le Pen war das eine ziemlich schlechte Entwicklung. Eine andere »bad news« war der Sieg der Gruppierung um Bruno Mégret (s. AIB Nr. 39) während des Kongresses.

Mégret erhielt dreihundert Stimmen mehr als sein Rivale und Le Pens Favorit Bruno Gollnish. Der Sieg von Mégret bei den Vorstandswahlen ist auch ein Indikator für den Fortschritt der Megret-AnhängerInnen innerhalb des FN und der Kongreß-Deligierten. Beispielsweise sind fünf von den sechs neuen Mitgliedern im Zentralkomitee des FN politisch eng mit Mégret verbunden. Mégrets Aufstieg innerhalb des FN erhielt allerdings im Juni einen Dämpfer, als Le Pen 20 neue Zentralkomiteemitglieder ernannte, die mehrheitlich ihm gegenüber politisch loyal sind.

Der FN versuchte den Kongreß politisch dazu zu nutzen, um sich als »eine dekomkratische und republikanische Partei« zu präsentieren, um einem möglichen, wenn auch unwahrscheinlichen Verbot der Organisation vorzubeugen. Alle Programme, die auf dem Kongreß verabschiedet wurden, drehten sich um die FN-Kampagne »für die nationalen Vorrang« (préférence national) von Franzosen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Le Pen hat außerdem seine internationalen Aktivitäten wieder aufgenommen, um seine eigene internationale Organisation namens »Euronat« aufzubauen. Er verkündete Pläne für ein internationales europäisches Faschistentreffen im Jahr 1998. Am 30. März 1997 war er Gastgeber für ein Dutzend ausländische Delegationen. Offiziell teilgenommen haben u.a.:

Deutschland: Harald Neubauer (ex-Deutsche Liga f. Volk u. Heimat, ex-Europaabgeordneter der REPs) und Hans-Günter Schodruch.

Belgien: Franck Vanhencke und Karel Dillen vom Vlaams Blok und Europaabgeordnete sowie Philippe Cleys vom Vlaams Blok.

Kroatien: Dobroslav Praga von der HSP

Italien: Roberto Bigliarda und Marco Valle vom Movimiento Sociale - Flamma Tricolore.

Rumänien: Cornelin Vadim Tutor, Senator, und Sever Mesca, Parlamentsabgeordneter der »Großrumänischen Partei«.

Slowakei: Jan Slota und Anna Malikova, Delegierte der nationalistischen slowakischen Partei, die an der Regierungskoalition beteiligt ist.

Tschechien: Jan Vík und Milan Lokouta von der SFR-SRC (Tschechische Republikaner Partei).

Spanien: Ricardo Saenz de Ynestrillas und Alberto Torresano von der Vereinigten Nationalen Allianz.

Finnland: Matti Jarviharju, Präsident der IKL (Vereinigung der patriotischen Nationalisten).

Griechenland: Chrysanthos Demitriadis, Präsident der Partei EPEN und Makis Voridis, Präsident der Hellenischen Front.

Ungarn: Istvan Csurka, Csaba Goda von der MIEP (Partei der Wahrheit und des Lebens) und Bognar Lazlo, Bürgermeister von Göd, der ungarischen Partnerstadt von Marignane.

Zwei bekannte Persönlichkeiten konnten nicht kommen: Franz Schönhuber schickte eine Grußbotschaft, und Vojslav Seselj, Führer der Radikalen Serbischen Partei (SRS), erhielt kein Einreisevisum.

Die plötzlichen allgemeinen Wahlen in Frankreich am 25. Mai und am 1. Juni hatten den FN sehr verärgert. Le Pen glaubt, daß die vorgezogenen Neuwahlen darauf abzielten, den FN zu schwächen und ihn davon abzuhalten, seine geplante nationalistische und anti-Europa-Kampagne zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Trotzdem bereitete der FN schnell ein Wahlprogramm vor, stellte seine Kandidaten auf und motivierte seine Anhänger für den Wahlkampf. Die Liste der FN-Kandidaten beinhaltete u.a. verurteilte Kriminelle wie Jean-Jacques Sasini, ein ehemaliger Propagandachef der OAS, der rechtsextremen paramilitärischen Organisation, die im algerischen Unabhängigkeitskampf rund 2.000 Menschen ermordete, und ehemaliges Mitglied der offenen Nazipartei, die 1980 verboten wurde. Auch auf der Kandidatenliste: Zwei ehemalige Mitglieder des faschistischen und antisemitischen Oeuvre Francais und mehrere Leute, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind.

Während des Wahlkampfs war der FN im Fernsehen nicht ausgesprochen präsent, aber dafür in der Lokalpresse. Während des gesamten Wahlkampfs dachten alle, daß Bruno Mégret, der stellvertretende Vorsitzende des FN, ein Direktmandat gewinnen und danach die Führung der Partei übernehmen würde, weil sich Le Pen geweigert hatte, für ein Direktmandat zu kandidieren. Aber Mégret verlor den Kampf um das Direktmandat und der einzige Sitz im Abgeordnetenhaus wurde von Jean Marie Le Chevallier gewonnen, einem engen Freund von Le Pen. Aber mit 15% der Stimmen im ersten Wahlgang war es ein gutes Wahlergebnis für den FN.

Und mit 15% der Stimmen im zweiten Wahlgang der nationalen Wahlen wurde der FN die drittstärkste politische Partei, nach der Sozialistischen Partei und der Gaullistischen Partei (RPR, Rassemblement Pour la République). Der FN erhielt mehr Stimmen als die UDF (Union pour la Démocratie Francaise), ein breiter Zusammenschluß von »Libertären« (ultra-Liberalen) und Christdemokraten. Die UDF erhielt nur 14,5% der Stimmen. Die RPR hatte gegenüber dem FN nur 2% Vorsprung. Nach Ansicht der Kommentatoren gewann die Linke nur deshalb die Wahlen, weil der FN seine Kandidaten auch im zweiten Wahlgang in 76 Wahlkreisen aufgestellt hatte. In 40 dieser Wahlkreise gewann die Linke im zweiten Wahlgang. Die Rechte befindet sich in einer kritischen Situation: Der FN ist zum Machtfaktor geworden, der die Rechte an der Regierungsübernahme hindern kann, wenn sie sich nicht auf ein Bündnis einläßt. Offiziell weist die Führung der RPR ein Bündnis mit dem FN zurück, aber mehrere Parlamentsabgeordnete und Führungspersönlichkeiten der RPR haben soviel darüber nachgedacht, daß



Harald Neubauer (rechts) und ein weiterer Teilnehmer auf dem FN-Parteitag

sie ihr Schweigen brachen. Die zukünftigen FN-Kollaborateure können in zwei Gruppen unterteilt werden:

Zum einen eine kleine Gruppe von Parlamentsabgeordneten, die von dem FN ausgewählt und gerettet wurden. Kurz vor dem zweiten Wahlgang hatte Le Pen eine »Liste von Auserwählten« bekanntgegeben, d.h. eine Liste mit Kandidaten der traditionellen Rechten, die als wählbar für FN-Wähler deklariert wurden. Um auf die Liste zu kommen, mußten die Kandidaten z.B. gegen »das Europa von Maastricht« sein oder die Idee des »nationalen Vorrangs« unterstützen. Von den sieben Kandidaten (vier RPR-und drei UDF-Kandiaten), die vom FN unterstützt wurden, wurden sechs wiedergewählt und einer verlor die Stichwahl. Für die sechs wiedergewählten Abgeordneten waren die Stimmen aus dem rechtsextremen Lager nach dem ersten Wahlgang entscheidend. Beispielsweise erhielt der RPR-Abgeordnete JEAN LOUIS MASSON (Lorraine-Wahlkreis) im ersten Wahlgang 27,5% der Stimmen und im zweiten Wahlgang mit Unterstützung des FN 53,54% der Stimmen. Der FN-Kandidat im Lorraine-Wahlkreis hatte vorher im ersten Wahlgang 18,5% der Stimmen erhalten. Der RPR-Abgeordnete JEAN VALLEIX aus der Gegend von Bordeaux wurde mit 55% der Stimmen wiedergewählt, nachdem er im ersten Wahlgang 37% erhalten hatte. Er hatte erklärt, daß »*wir aufhören müssen, diese Leute zu exkommunizieren*«. Der FN hatte im ersten Wahlgang 11% der Stimmen in seinem Wahlkreis gewonnen. Der RPR-Abgeordnete Jacques Limouzy aus der Region von Toulouse wurde im 2. Wahlgang mit 51% der Stimmen wiedergewählt, nachdem er im ersten Wahlgang gerade einmal 23% erzielt hatte und der FN 14% der Stimmen gewonnen hatte. Der RPR-Abgeordnete ARNAUD LEPERCQ (Central) wurde mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,3% im zweiten Wahlgang wiedergewählt. Für Lepercq, der im ersten Wahlgang 38% der Stimmen erhalten hatte, waren die 9% der Wählerstimmen entscheidend, die der FN im ersten Wahlgang gewonnen hatte.

Die zweite Gruppe besteht aus mehreren Persönlichkeiten der traditionellen Rechten, die ein Wahlbündnis mit dem FN befürworten, wie beispielsweise der ex-Sicherheitsminister ROBERT PANDRAUD, der ex-Justizminister ALAIN PEYREFITTEOR sowie der Bürgermeister und Figáro-Kolumnist ALAIN GRIOTTERAY. Direkt nach der Wahlniederlage erschienen in der großen konservativen Tageszeitung Le Fígaro mehrere Leserbriefe aus dem rechtsextremen Lager, die zur Einheit zwischen der Rechten und den Rechtsextremen aufriefen. Alain Griotteray lobte in der Wochenendbeilage des Figaro den wechselseitigen Rückzug von Kandidaten zwischen der Rechten und dem FN. Griotteray schrieb u.a., für ihn sei »*der FN keine extremistische Partei und mit 15% der Wählerstimmen ist der FN keine rechtsextreme Partei*«.

Der ehemalige Sicherheitsminister Robert Randraud, Parlamentsabgeordneter aus der Paris-Region, hatte Ende Juni eine Lunchverabredung mit Jean Marie Le Pen. Danach äußerte er sich nur vage über den Inhalt des Gesprächs und meinte nur, daß er sich für »*etwas mehr proportionale Vertretung*« aussprechen würde. Später erklärte Randraud dann noch, daß er »*eine Diskussion mit der Basis der FN befürworten*« würde. Pandraud behielt seinen Abgeordnetensitz mit Hilfe des FN. Außerdem steht er dem FN ideologisch sehr nahe. Ein anderer ehemaliger Minister, ALAIN PEYREFITTE, befürwortet ebenfalls ein Abkommen zwischen der RPR, der UDF und dem FN. In der Tageszeitung Le Monde präzisierte er dann, daß das prinzipielle Hindernis für ein derartiges Bündnis der momentane Parteiführer der FN sei: »*Solang Le Pen Vorsitzender des FN bleibt, wird ein Bündnis der parlamentarischen Rechten mit dem FN weder für die parlamentarische Rechte noch für den FN akzeptabel erscheinen.*« Tatsächlich befürworten innerhalb des FN Bruno Mégret und seine Anhänger ein derartiges Bündnis. Deshalb hat YVAN BLOT, die rechte Hand von Mégret und ehemaliges Mitglied der RPR, seine Kontakte zu den Parlamentsabgeordneten der Rechten verstärkt. Er hat gerade einen »Offenen Brief an die Führer der RPR« verschickt. Mégret und Blot orientieren sich an einem italienischen Vorbild – dem kosmetischen Wandel der italienischen Neofaschisten, die danach ihren Wahlsieg errungen haben.

Aber Le Pen und die Gruppe um Gollnisch wehren sich gegen diesen Plan. Sie wollen um die Vorherrschaft innerhalb der traditionellen Rechten kämpfen und den FN als stärkste Partei der traditionellen Rechten etablieren. Le Pen erklärte, daß »*der FN nicht zur Krücke für die zusammenbrechende, demoralisierte ehemalige Mehrheit*« werden dürfe. »*Wir schließen keine Bündnisse mit Kräften, die sich in einem ungeordneten Rückzug befinden,*« so Le Pen.

Aber das Projekt von Mégret ist immer noch aktuell. Mégret ist ein Produkt des vom FN verhaßten Establishment. Seine Hauptthese beruht auf der Idee, daß sich der Kampf nicht zwischen der Linken und der Rechten abspielt, sondern zwischen den Vertretern einer nationalen Identität versus den Vertretern einer »kosmopolitischen Idee«. Diese Idee stammt von der Neuen Rechten.

Die übergeordnete Strategie des FN beruht auf der These, daß es einen Kampf »*Nation gegen Internationalismus*« gibt. Das schafft dann die Verbindung zwischen der Hetze gegen MigrantInnen (die beim FN nach 1978 populär wurde) und dem Kampf gegen den US-amerikanischen Kapitalismus. Außerdem finden dadurch dann alle unterschiedlichen Tendenzen einen ideologischen Platz beim FN: die Jugend durch den Antikapitalismus, die Ideologen und ein Teil der Arbeiterklasse.

Die Situation ist ziemlich besorgniserregend. Der Sicherheitsabstand zwischen der Rechten und den Rechtsextremen war nie besonders wasserdicht, besonders in bestimmten ideologischen Teilbereichen. Die Situation ist so besorgniserregend, daß selbst der Anführer der sog. Demokratischen Kraft, der zentristischen Partei, FRACOIS BAYROU, die Möglichkeit einer Einigung mit FN-Mitgliedern, die die FN-Ideologie in Bezug auf Rassismus ablehnten, nicht ausschloß.

Toulon, Orange, Marignane und Vitrolles sind sowohl die Übungsplätze als auch die Aushängeschilder des FN. Nachrichten aus diesen Städten erhalten in der offiziellen FN-Zeitung, FRANCAIS D'ABORD, die zwei Mal monatlich erscheint, mehrere Seiten. Im Juli waren drei Seiten »dem Sport in FN-Städten« gewidmet; im darauffolgenden Heft ging es um »den wunderbaren Sommer in FN-Städten«.

Hauptsächlich geht es dem FN darum, in diesen Städten alle städtischen Organe und Behörden unter Kontrolle zu bringen.

In Vitrolles bestand die erste Entscheidung des neuen FN-kontrollierten Gemeinderats darin, alle Sozialarbeiter zu entlassen und neue Polizisten einzustellen. Fördergelder wurden an dem FN-nahestehenden Organisationen verteilt, wie beispielsweise der FRATERNITÉ FRANCAISE, einer karitativen Einrichtung, die von dem FN kontrolliert wird und nur Franzosen unterstützt. Dutzende von kulturellen Einrichtungen erhalten keine Zuschüsse mehr. Dazu gehört auch der einzige Konzertsaal in der Stadt, weil dort eine Anti-FN-Veranstaltung stattgefunden hatte. In Vitrolles wurden die städtischen Angestellten und Arbeiter in die FN-Wahlkampagne eingespannt. Jeder Arbeiter erhielt einen Fragebogen zugesandt, indem er nach der Zeit befragt wurde, die er dem FN geben könnte, dem Geld und wie der FN bei den nächsten Wahlen die Nummer 2 werden könnte. Vor ein paar Wochen wurde die Kinomanagerin des städtischen Kinos gefeuert, weil sie einen Film zur AIDS-Aufklärung gezeigt hatte. Der neue Manager des Kinos hat vorher in einem Pornokino in Marseille gearbeitet. Und Ende Juli wurden zwei junge Frauen gefeuert, weil sie sich geweigert hatten, FN-Mitglieder während einer Party zu bedienen.

In Orange gehen die Auseinandersetzungen weiter. Die FN hat die Zuschüsse für 70 örtliche Vereinigungen gestrichen und das Geld FN-Organisationen zugeschoben. In Toulon dauert die Auseinandersetzung zwischen dem FN-Bürgermeister und dem Manager des Chateauvallon Festival immer noch an.

Sowohl in Marignane als auch in Toulouse hat eine »Säuberung« der öffentlichen Bibliotheken stattgefunden. Dort werden mittlerweile faschistische Zeitungen abonniert und Bücher bestellt, während linke Publikationen unterdrückt werden.

Die gesamtgesellschaftliche Situation ist nicht sehr hoffnungsvoll. Trotz des Wahlsiegs der Koalition von Kommunisten, Sozialisten und Grünen, die gerade mal etwas mehr als 40% der Stimmen gewonnen haben, steht die französische Gesellschaft immer noch sehr rechts, wie man an den Zahlen des jüngsten Berichts der offiziellen Nationalen Kommission zur Situation der Menschenrechte sehen kann.

Eine Analyse der Zahlen zeigt interessante Entwicklungen auf: In den städtischen Regionen ist es zu einem Rückgang von rassistischer Gewalt gekommen. Der Bericht zählt für das Jahr 1996 neun gewaltsame Angriffe im Vergleich zu 23 Angriffen im Jahr 1995. Der Rückgang der Gewalt wird damit begründet, daß es 1996 nur vier registrierte Körperverletzungen gab im Vergleich zu neun Körperverletzungen und sieben Toten im Jahr 1995. Rasisstische Drohungen sind auch weniger geworden – von 572 (1995) auf 284 im Jahr 1996. Andererseits steigen die Zahlen rassistischer Angriffe auf arabische und portugiesische Leute in Korsika.

In städtischen Gegenden richtet sich die rassistische Gewalt vor allem gegen arabische Leute und ist am stärksten in Paris und Marseilles. Für drei Angriffe waren Skinheadgruppen verantwortlich. Am 16/17. März griff eine Gruppe von 12 Skinheads eine Jugendgruppe an und verletzte drei Jugendliche. Diese Boneheads sind dafür bekannt, daß sie Mitglieder einer Organisation namens »ELSASS KORPS« sind. Sie sind dadurch aufgefallen, daß sie Naziparolen in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Stutthof gebrüllt haben. Einer der Boneheads war Mitglied in der vogesischen Sektion der PARTI NATIONALISTE FRANCAISE ET EUROPÉEN (PNFE).

Einige Mitglieder dieser Nazi-Partei PNFE waren auch an den Schüssen im September 1996 in Tours beteiligt, als Plastikgeschosse auf MigrantInnen geschossen wurden. Die Täter wurden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Offensichtlich befindet sich die PNFE etwas im Aufwind, denn ihre rassistische Propaganda wurde in der Pariser Region und im Zentralmassiv verteilt. Zwei Stadträte der FN in Dunkerque wurden zu sechs Monaten Haft wegen »Anstachelung zum Rassenhaß« verurteilt.

Glaubt man den Angaben des offiziellen Berichts, dann sind die antisemitischen Angriffe zurückgegangen. Die Kommission zählte nur einen gewalttätige Aktion (im Vergleich zu drei 1995 und 24 Angriffen 1991)– Ein Molotowcocktail, der im Februar 1996 gegen die Synagoge in Argenteuil geschleudert wurde. Nicht unerwähnt bleiben sollte der Versuch, dem Herausgeber der Zeitung »Tribune Juive« eine Briefbombe zu schicken. Die Anzahl von antisemitischen Drohungen ist nicht zurckgegangen (1996: 89; 1995: 86). Diese hohe Zahl wurde miz der Kampagne während der Garaudy-Abbé Pierre Affaire erklärt.

Der Bericht enthält auch eine Befragung zur öffentlichen Meinung in Bezug auf Rassismus: 61% der Befragten meinten, daß »es zuviele Araber gibt«; 58% fanden, es gäbe »zuviele Moslems«, 38% »zuviele Schwarze«, 30% »zuviele Asiaten« und 20% »zuviele Juden«. Gleichzeitig fand die Mehrheit der befragten Franzosen, daß Rassismus eine Bedrohung für die Gesellschaft darstelle. ■



Mehr als 50.000 Menschen beteiligten sich an einer Großdemonstration gegen den Parteitag des FN im März '97 in Strasbourg

Der Artikel wurde dem AIB von der antifaschistischen Zeitschrift REFLEX zur Verfügung gestellt.

Sechs Fahnen wehen über Texas

Es hätte eine Filmszene aus einem Hollywood-Western sein können: Die Bösewichter werden zwei Wochen lang von den Texas Rangers in ihrem Versteck belagert, und schlußendlich ergibt sich der Banditenanführer. Allerdings erst, nachdem zwei seiner Anhänger in die Berge und Wüstengegenden von Texas entkommen sind. Die Rangers verfolgen die beiden Flüchtigen und töten einen von ihnen bei einem Schußwechsel. Aber der andere entkommt den Hubschraubern, Suchhunden und berittenen Truppen, die ihn verfolgen. Die Ranger geben die Jagd auf und erklären den übriggebliebenen Entflohenen für möglicherweise tot – getötet von Berglöwen, Schlangen oder dem gefährlichen Terrain. Zwei Monate später tauchen allerdings Neuigkeiten über den Flüchtigen auf: Es geht ihm gut, und er lebt jetzt in einem bewaffneten Camp, wo er auf eine neue Gelegenheit wartet, den Kampf mit den Bundesbehörden wieder aufzunehmen.



Das ist die Hintergrundgeschichte von Richard Keyes und der »Republic of Texas«. Allerdings handelt es sich hier nicht um einen Hollywoodfilm. Im Juli wurde ein Haftbefehl gegen Keyes verhängt, aber das FBI hat keine Ahnung, wo er sich aufhält.

Trotz des grandiosen Namens »Republic of Texas« handelt es sich hierbei um eine lose zusammenhängende Organisation, die 1995 gegründet wurde – angeblich, um für die Idee eines souveränen texanische Staats zu werben, der völlig unabhängig von der Bundesregierung in Washington D.C. sein soll. Die »Republic of Texas« hat nur ein paar hundert Anhänger und hat in vieler Hinsicht Ähnlichkeit mit den »Freemen«, die erklärt hatten, daß ihr bewaffnetes Lager im Bundesstaat Montana außerhalb der Autorität von Bundes- und Bundesstaatsbehörden stehen würde. Die Mitglieder der »Republic of Texas« argumentieren, daß Texas seit dem Ende des Bürgerkriegs Opfer einer nicht verfassungsmäßigen militärischen Besatzung sei. Sie behaupten, daß Texas in Wirklichkeit ein souveräner Staat geblieben sei.

Allerdings haben bisher schon sechs Flaggen verschiedener Staaten über Texas geweht. Spanische Kolonisatoren kontrollierten 100 Jahre lang das Gebiet, und für einen kurzen Zeitraum etablierten auch die Franzosen hier einen Brückenkopf. Als Mexiko 1821 seine Unabhängigkeit von Spanien gewann, wurde Texas ein Bundesstaat von Mexiko. Aber weiße Siedler aus Tennessee und anderen Südstaaten strömten in die Region – viele von ihnen mit Sklaven –, weil sie auf der Suche nach unbestelltem Land für den Anbau von Baumwolle waren. Die Siedler revoltierten bald gegen die mexikanische Herrschaft und gewannen 1836 ihre Unabhängigkeit, woraufhin sie die »Republic of Texas« gründeten. 1845 annektierten die Vereinigten Staaten dann Texas und führten einen Krieg gegen Mexiko, um Mexiko neue Grenzen aufzuzwingen. Sechzehn Jahre später schloß sich Texas der Südstaaten-Konföderation an. Nach dem Bürgerkrieg schloß sich Texas, gemeinsam mit anderen Südstaaten, wieder den Vereinigten Staaten an.

Die heutige »Republic of Texas« hat nicht erklärt, daß sie vorhaben, wieder zur Sklaverei zurückzukehren. Aber wie viele andere Christian Patriots vermischen sie eine Verfassungsidee auf der Grundlage eines »Rassensystems« mit antisemitischen Verschwörungstheorien und ultra-rechtem Nationalismus zu einer heftigen Mischung. Ihre »Unabhängigkeitsbewegung« hat auch einen Touch von Verrücktheit und einen ausgeprägten Hang zum gewöhnlichen Diebstahl.

Kurz nach ihrer Gründung wählten sich Mitglieder der »Republic of Texas« in »Regierungsämter«, wie beispielsweise zum Präsidenten, Verteidigungsminister, Botschafter und Richter am Obersten Gerichtshof. Alles wurde auf ihrer Webseite bekanntgegeben, und im Juli 1996 schickten sie den Vereinten Nationen die Information über ihren Status als souveräner Staat.

Die »Republic of Texas« hielt zwei »Volksgerichtshof«-Sitzungen ab (sog. »common law courts«, die angeblich auf christlichen und angelsächsischen juristischen Traditionen beruhen, aber ohne irgendwelche reale Autorität sind), bei denen »Anklagen« gegen Richter, Bundesstaatsbeamte und lokale Amtsträger erhoben wurden. Sie haben außerdem kistenweise Dokumente bei Amtsgerichten eingereicht (die sie als »Pfandanrechtsscheine« oder »Zurückbehaltungsgutscheine« bezeichnen), womit sie ihre angeblichen Besitzrechte auf das Land und den Besitz von anderen Leuten behaupten wollen. Einige dieser Pfandanrechtsscheine richteten sich gegen Regierungsvertreter, gegen die politisch vorgegangen werden soll; aber andere Pfandanrechtsscheine wurden als freche Versuche eingereicht, um das Land oder den Besitz von Nachbarn zu stehlen. Alle Pfandanrechtsanträge waren illegal, und der Generalstaatsanwalt von Texas eröffnete im Juni 1996 einen Zivilrechtsprozeß gegen die »Republic of Texas«, um das als »Papierterrorismus« bezeichneten Vorgehen zu stoppen.

Die »Republic of Texas« druckte auch Millionen von gefälschten Zahlungsanweisungen/Wechseln von kommerziellen Banken, die sie wie Geld benutzten. Die Banken konnten die meisten Fälschungen sicherstellen, aber ein Druckereibesitzer akzeptierte einen gefälschten Scheck in Höhe von $4.500 für einen Druckauftrag, um 5.000 falsche »Pässe« der Organisation herzustellen. Im Dezember 1996 wurden Haftbefehle gegen Richard McLaren,

den »Botschafter der Republic of Texas«, wegen der Geldfäschungs- und Volksgerichtshofsangelegenheiten erlassen. McLaren ist noch nicht einmal ein »echter« Texaner, sondern ist vom Bundesstaat Mississippi nach Texas gezogen. Kurz danach spaltete sich die »Republic of Texas« in drei Fraktionen: Die eine Fraktion entmachtete McLaren im März und enthob ihn seines Postens. Aber ein Dutzend seiner engsten Anhänger versammelte sich in McLarens Haus in den Davis Mountains im Südwesten von Texas und erklärten der Polizei, daß sie bewaffnet seien und sich nicht lebend ergeben würden. McLaren forderte Einheiten der Bürgermilizen dazu auf, nach Texas zu kommen, um seine Verhaftung durch die Strafverfolgungsbehörden zu verhindern.

Unter den wenigen Bürgermilizanhängern, die dem Aufruf Folge leisteten, waren Richard Keyes aus St. Mary im Bundesstaat Kansas und MIKE MATSON aus Kalifornien. Eine weitere Einheit von sieben bewaffneten Männern wurde von der Polizei gestoppt, bevor sie zu McLaren gelangen konnten.

Eine Fraktion der »Republic of Texas«, die sich zunächst gegen McLaren gestellt hatte, entschied dann, das Vorgehen der Regierungsbeamten und Polizeibeamten zu überwachen und auszuspionieren: »*Infiltriert ab jetzt die Büros der Bundesregierung mit Spionen,*« lautete die Anweisung auf ihrer Website an die Anhänger. »*Ihr müßt jetzt ihre Namen bekommen... Fangt an, das Vorgehen der US-Staatsanwälte zu verfolgen .... Fotografiert alle und verlangt, ihre Ausweise zu sehen.*« Es gab auch die Anweisung, besonders nach Personen Ausschau zu halten, die Hebräisch oder Englisch mit britischem Akzent sprechen.

Die Behörden ließen McLaren in seinem Haus sitzen, das sich mittlerweile in ein festungsähnliches bewaffnetes Bergcamp verwandelt hatte, und machten gar nichts bis zu dem Zeitpunkt, als zwei Mitglieder der »Republic of Texas« das Gelände verließen. Die beiden wurden sofort verhaftet. Als Vergeltungsaktion schickte McLaren ein kleines bewaffnetes Team mit automatischen Gewehren aus, um ein älteres Ehepaar aus der Nachbarschaft als Geiseln zu kidnappen. Eine Geisel wurde dabei verwundet. Das führte dann zu einer bewaffneten zweiwöchigen Blockade. Schlußendlich ergaben sich McLaren und die Mehrheit seiner Anhänger am 3. Mai.

Nur Matson und Keyes verschwanden lieber in die Berge, als sich den staatlichen Behörden zu ergeben. Matson, ein Mann in den mittleren Jahren, hatte sich McLarens Bande erst drei Monate vorher angeschlossen. Gegen ihn lagen keine Strafverfahren vor. Aber der Bundesstaat Kalifornien suchte ihn, weil er gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen hatte, indem er Kalifornien verließ. Matson wollte dafür nicht ins Gefängnis gehen. Am 5. Mai starb er in den Bergen in einem Schußwechsel. Die Behörden waren sich sicher, daß Matsons Mitflüchtling Richard Keyes in den Bergen an Unterkühlung gestorben war. Aber jetzt gehen sie davon aus, daß der 21 jährige überlebt hat. Eine Botschaft, die offenbar von Keyes geschickt wurde, lautet, daß er von Milizmitgliedern aus New Mexico gerettet wurde, durch ein Netzwerk von Safehouses geschleust und außer Landes gebracht wurde. Auch wenn Keyes in seiner Heimatstadt nicht als Survivalist oder Bürgermilizmitglied bekannt war, kommt der Tatsache, daß er an der St. Mary's Academy – die den Landkreis Pottawatomie politisch dominiert – seinen Abschluß gemacht hat, eine besondere Bedeutung zu. Der Landkreis Pottawatomie verfügt über eine Fläche von 828 Quadratmeilen bei einer Bevölkerungszahl von nur 15.000 Menschen, von denen 99% Weiße sind. Die St. Mary's Academy wird von der »GESELLSCHAFT DES PAPST PIUS X« geleitet, einer ultra-rechten katholischen Sekte, die zur Gefolgschaft des französischen Bischofs MARCEL LEFEBVRE gehört. Der Pottawatomie-Landkreis ist eine Hochburg der Bürgermilizen, und der örtliche Sheriff zählt über einhundert Einwohner zu den sog. Christian Patriots. Im Vergleich zur Bevölkerungsgesamtzahl ist das eine hohe Quote.

Bis jetzt ist es unklar, ob Keyes von Bürgermilizgruppen aus Kansas unterstützt wurde. Aber ein anderes Bürgermilizmitglied aus Kansas, BARDLEY GLOVER, wurde am 4. Juli verhaftet. Die Anklage gegen ihn lautet auf Verschwörung zu einem Angriff auf Fort Hood, einer Einrichtung der US-Armee in Texas. Der 57jährige Glover hat sich früher einmal als Brigadegeneral der 7ten Division der US Constitutional Militia bezeichnet. Bei seiner Verhaftung wurden Sprengstoff, Rohrbomben, ein Schalldämpfer, fünf Pistolen, zwei Gewehre und 16.000 Schuß Munition gefunden. Neben Glover wurden sechs weitere Personen der Verschwörung angeklagt. ■

Vom USA-Korrespondenten des internationalen Antifa-Magazins Searchlight
Übersetzung: AIB



Eine Straßensperre des FBI vor dem Gelände der »Freemen« in der Nähe von Jordan im Bundesstaat Montana, das diese für außerhalb der Autorität der Bundesbehörden erklärt hatten. Nach einer Kontrolle steigt gerade der extrem rechte Militarist James »Bo« Gritz aus dem Milizen-Spektrum, der als Vermittler fungierte, wieder in sein Auto.

Bombige Karriere eines Enthüllungsjournalisten

Seit Dezember '93 erschüttern Bomben der Neonaziterrorbande »Bajuwarische Befreiungsarmee - Salzburger Eidgenossenschaft« (BBA) Österreich. Im Juni 1995 überschritt der braune Terror die Grenze nach Deutschland. Bis jetzt wurden vier Menschen von der BBA ermordet und 14 zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Anschläge der selbsternannten pangermanischen Terrorbande richten sich gegen Personen, die sich für Flüchtlinge und MigrantInnen engagieren oder einer in Österreich lebenden Minderheit angehören. Zusätzlich ist diese Zielauswahl mit Frauenfeindlichkeit gepaart. Gegen alle Opfer(-gruppen) wurde und wird seit Jahren in faschistischen Postillen und dem bürgerlichen Boulevard gehetzt. Die Neonazi-Killer setzten auf eine alte faschistische Taktik. Sie wollen Angst verbreiten und destabilisieren. So ist jeder Anschlag auch dazu gedacht, autoritäre Staatsstrukturen zu fördern. Jeder Schritt in Richtung »Starker Staat« ist in ihrem Sinne, auch wenn es manchmal den Druck auf sie selbst erhöht. Es geht ihnen darum, ein Klima zu schaffen, in dem die Bevölkerung nach einem starken Mann ruft, der für Ruhe und Ordnung sorgt – und der wartet in Österreich auch schon darauf, gerufen zu werden.

Innerhalb der österreichischen Sicherheitsorgane mitsamt ihren journalistischen Steigbügelhaltern gibt es allerdings Leute, denen die BBA-Anschläge eine willkommene Gelegenheit bieten, ihr Süpplein zu kochen. Sei es, durch besonders spektakuläre Aktionen den eigenen Aufstieg zu beschleunigen und dabei Mitkonkurrenten den Lorbeer entreißen zu wollen und so im Endeffekt die mögliche Schlagkraft zu vermindern. Sei es aber auch, im Dschungel der Verantwortlichkeiten innerhalb der Staatsorgane politischen Interessen zu dienen, das heißt, bewußt falsche Fährten auszulegen, Ermittlungen zu erschweren, Unterlagen verschwinden zu lassen.

Eine derartige Suppe fabrizierte im Frühsommer diesen Jahres Thomas Vasek, seines Zeichens Journalist bei Österreichs Nachrichtenmagazin »profil«. Im (natürlich inoffiziellen) Verbund mit dem 1995 abgesetzten, weil bei der Jagd nach der BBA erfolglosen, Leiter der »Staatspolizei« (STAPO) Oswald Kessler präsentierte er eine Mischung aus Faschisten und durchgeknallten bürgerlichen Linken als »Bajuwarische Befreiungsarmee«. Grundlage seiner »Enthüllungen« waren hauptsächlich Gespräche, die Vasek mit dem vermeintlichen Kopf der Bande, Gerhard Pawlikowsky, führte. Der technisch versierte Ingenieur nahm kein Blatt vor den Mund, gab rassistisches Geschwafel von sich und spekulierte über die Strukturen der BBA. Vasek zählte eins und eins zusammen, informierte den besonders karrieregeilen Ex-STAPO-Chef und dieser schickte einige seiner ehemals Untergebenen aus. Bei der darauf folgenden Hausdurchsuchung bei Pawlikowsky wurden etliche Disketten und Papiersorten (Massenware), welches auch die BBA verwendet, gefunden. Als Glanzstück der Hausdurchsuchung präsentierten die Terrorfahnder zwei Bekennerschreiben der BBA, die schon zuvor als »nicht authentisch« qualifiziert worden waren. Pawlikowsky behauptet, die Schreiben von Vasek erhalten zu haben. Tage nach der Hausdurchsuchung wurde Pawlikowsky in U-Haft gesteckt und Vasek legte weiter Holz ins Feuer. Er zeichnete das Umfeld des Ingenieurs nach und präsentierte als mutmaßlichen BBA-Terroristen Klaus Kufner, einen »Journalisten«, der sich zuvor durch schlecht recherchierte, teils abgeschriebene und erfundene Stories über die österreichische Faschoszene in linken Publikationen einen Namen machte und kurzzeitig auch mit Vasek bei »profil« arbeitete. Kufner, den Wiener Antifas meiden, wie der Teufel das Weihwasser, war es auch, der Vasek auf die Spur Pawlikowskys brachte und ebenfalls mit ihm Gespräche führte. Das restliche Netzwerk des Ingenieurs fand sich im rechtsaußen Umfeld des Vereins »Recht des Kindes auf beide Eltern«, einem Vatertäterverein. Dort findet sich neben dem im Briefbombenprozeß gegen Franz Radl jun. und Peter Binder einst tätigen Richter Friedrich Fischer auch Günter Rehak, der Terrorismusexperte (*»Hinter der BBA stecken Antifaschisten, bzw. der Mossad«*) der FPÖ. Letzterer distanzierte sich von Pawlikowsky und mutmaßte über Vaseks angebliche Verbindungen zur BBA. Schon zuvor wurde Rehak als mutmaßlicher KGB-Agent von Vasek geoutet.

Zwischenzeitlich wurde Pawlikowsky aus der Untersuchungshaft entlassen, da sich die Mutmaßungen Vaseks als offensichtlich falsch erwiesen hatten. Seither ist der Ingenieur mit Kufner gemeinsam unterwegs und überzieht etliche Medien mit Klagen. Vasek wiederum schreibt weiter über Pawlikowsky, der laut seinen neuesten Erkenntissen vom CIA ausgebildet worden sein soll. Sein Schwiegersohn soll wiederum ein Ostagent sein, da er sich mehrmals in Osteuropa aufgehalten haben soll.

Vasek ist nicht wirklich daran interessiert herauszufinden, wer hinter der BBA steht. Fest steht, daß er alles veröffentlichen würde, was seiner Karriere weiter hilft. So blendete er in seinen »Recherchen« die Strategie der faschistischen Bombenlegerbande völlig aus und beleuchtete auch kein Stück, wie weitläufig die Verbindungen zwischen den von ihm verdächtigten Pawlikowsky und dem Verein »Recht des Kindes auf beide Eltern« zu Günter Rehak und somit auch zur FPÖ sind. Es ist anzunehmen, daß Vasek nur als Strohpuppe fungiert und Ex-Stapo-Chef Oswald Kessler über ihn versucht, seinen Nachfolger bei der Staatspolizei abzuschiessen. ■

ABO & NACHBESTELLUNG

Abos
Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. [ ] (incl.)
  ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
  ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung
Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: [ ]

Adresse:

Den Betrag von [ ] DM habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

WEITERVERKAUF

Bedingungen
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa INFO-Blatt weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir [ ] Hefte ab der Nr. [ ] solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

ALTE, NOCH LIEFERBARE AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
Nationalismus +++ »Neue Rechte« +++ »Lebensschützer« +++ Ausländer/innengesetz +++ Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
Rassismus: die Saat geht auf +++ Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein +++ Interview: FAP von innen +++ die »Deutsche Alternative« +++ Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Regionalismus +++ Schwerpunkt: Lübeck - Grevesmühlen +++ Aufmärsche zum 17.8. +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Aktuelle Einschätzung nach München, Magdeburg, Hellersdorf +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ 60 Jahre Guernica +++ Schuldspruch im Oklahoma-Prozeß +++ JN-Kongreß +++ UN-Bericht zu Rassismus in Deutschland +++ Deutschland-Stiftung +++ »Was geht ab?«

AIB-PAKETE !

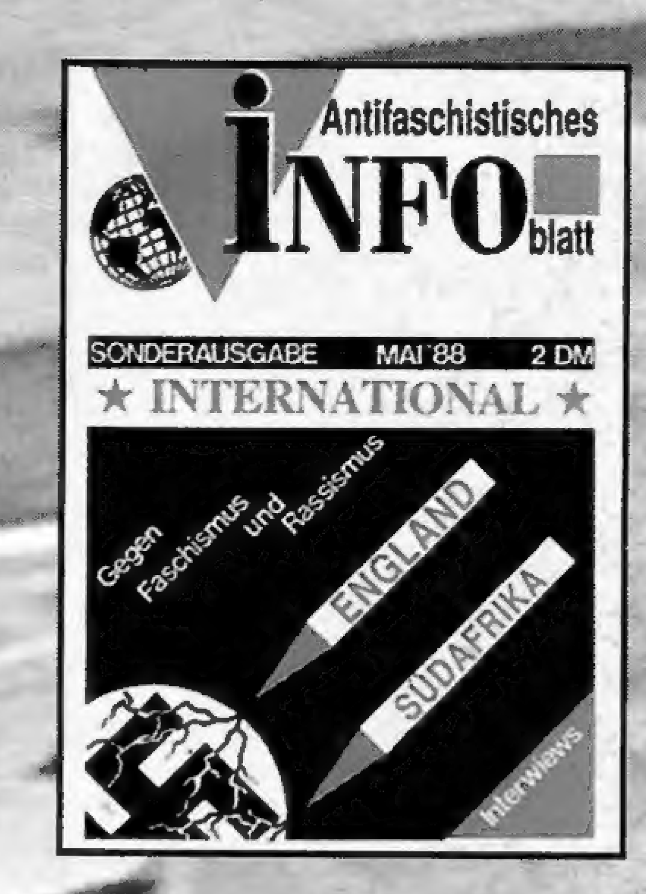
AIB-Paket 1: Ausgaben 11,13,14,17,18,23 für 15,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 2: Ausgaben 25,26,27,28,29,30 für 20,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 3: Ausgaben 31,32,33,34,35 für 20,- DM incl. Porto.

Zwei AIB-Pakete zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto!
AIB-Pakete 1+2+3 zusammen gibt´s für 45,- DM incl. Porto!

10 Jahre

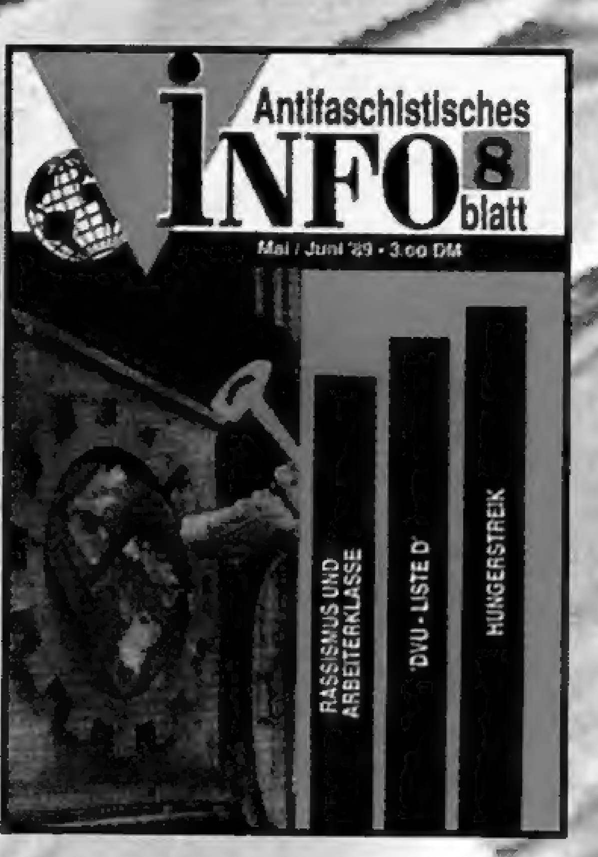

antifaschistisches info-blatt
DEUTSCH - TÜRKÇE
ABSCHIEBESTOP
FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!
İLTİCACILARIN SINIR DIŞI
EDİLMESİNE SON!

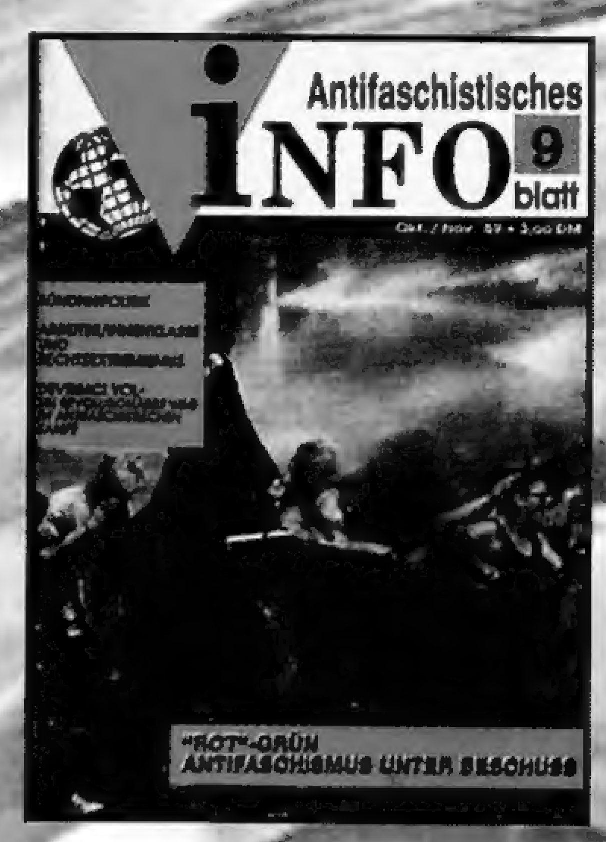

Antifaschistisches
INFO 3 blatt
deutsch - türkçe ★ märz '88
Anti Faşist Informasyon Bülteni
KAMPAGNE
Einheitliche
Strategie der EG
gegen Flüchtlinge

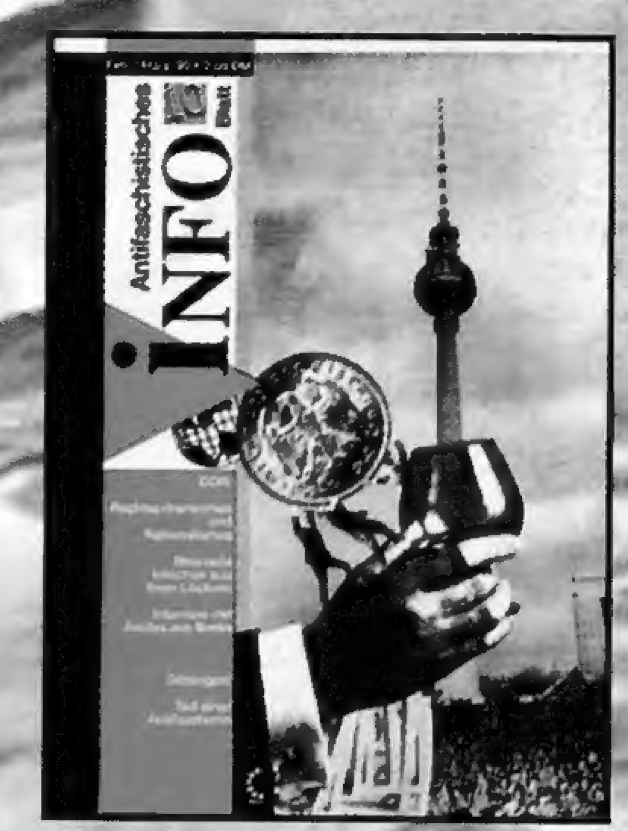

Antifaschistisches
INFO blatt
SONDERAUSGABE MAI '88 2 DM
★ INTERNATIONAL ★
Gegen Faschismus und Rassismus
ENGLAND
SÜDAFRIKA


Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern
Antifaschistisches
INFO blatt
sondern zwischen unten und oben
21.4.–8.5.'88
Aktionstage gegen
Faschismus, Rassismus
und Sexismus

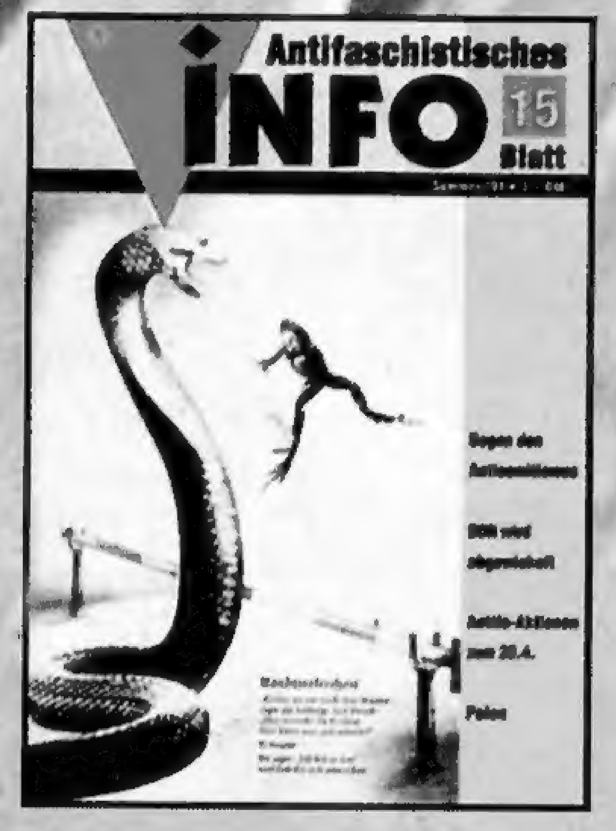

Antifaschistisches
Doppelnummer 6/7
INFO blatt
Feb./März 89
'Republikaner'
'Aussiedler'
'KAH'

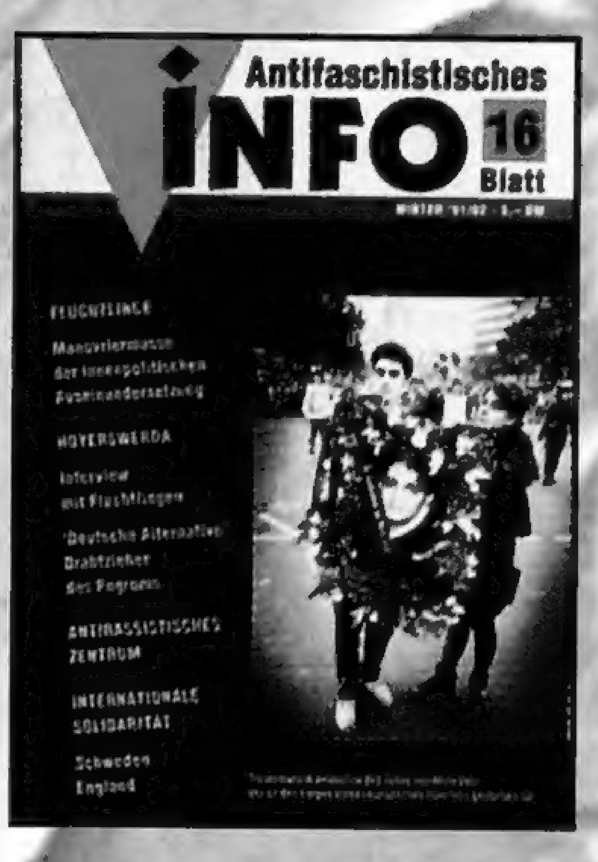

Antifaschistisches
INFO 8 blatt
Mai / Juni '89 · 3.00 DM
RASSISMUS UND ARBEITERKLASSE
'DVU - LISTE D'
HUNGERSTREIK

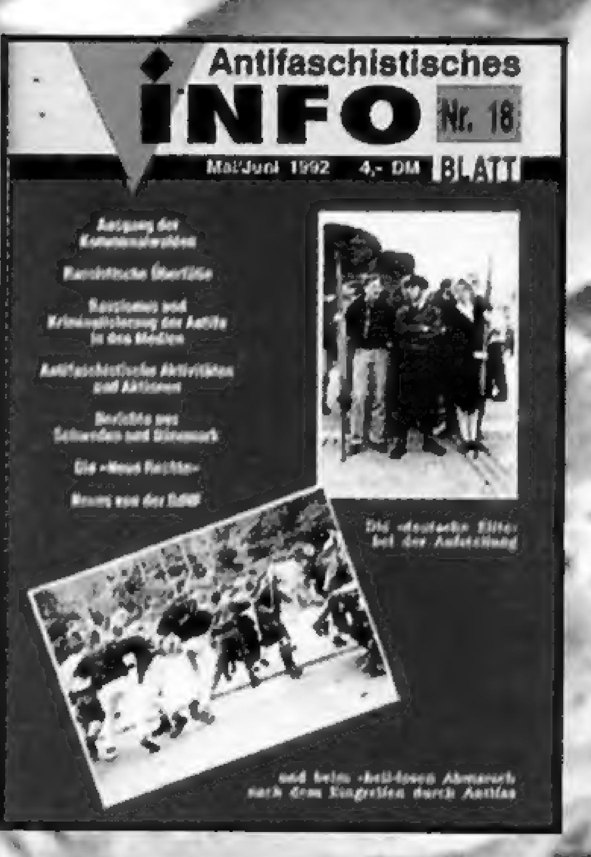

Antifaschistisches
INFO 9 blatt
"ROT"-GRÜN
ANTIFASCHISMUS UNTER BESCHUSS


Antifaschistisches
INFO
blatt

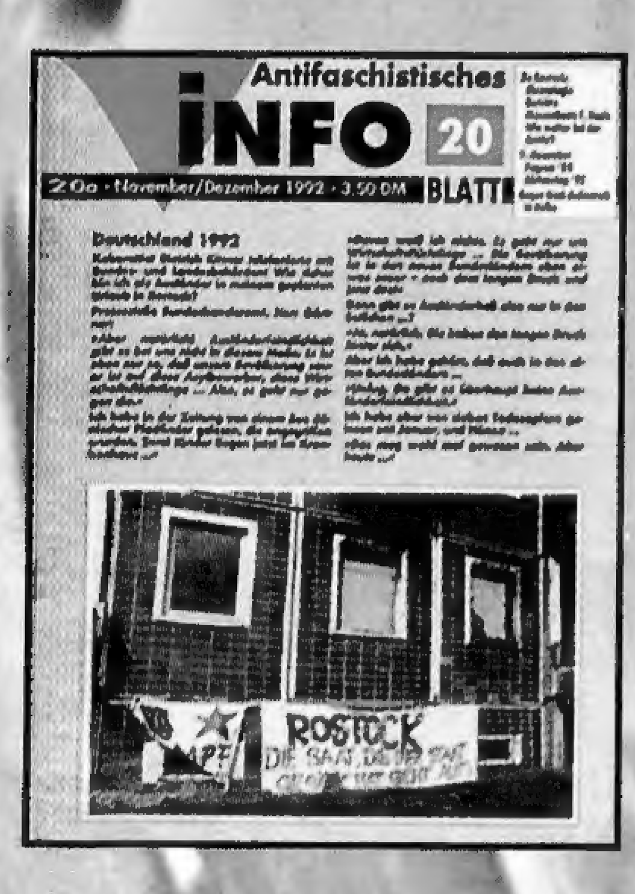

Antifaschistisches
INFO 11 Blatt
Schaut nicht weg!
Wehrt euch!
greift ein!


Antifaschistisches
INFO 15 Blatt

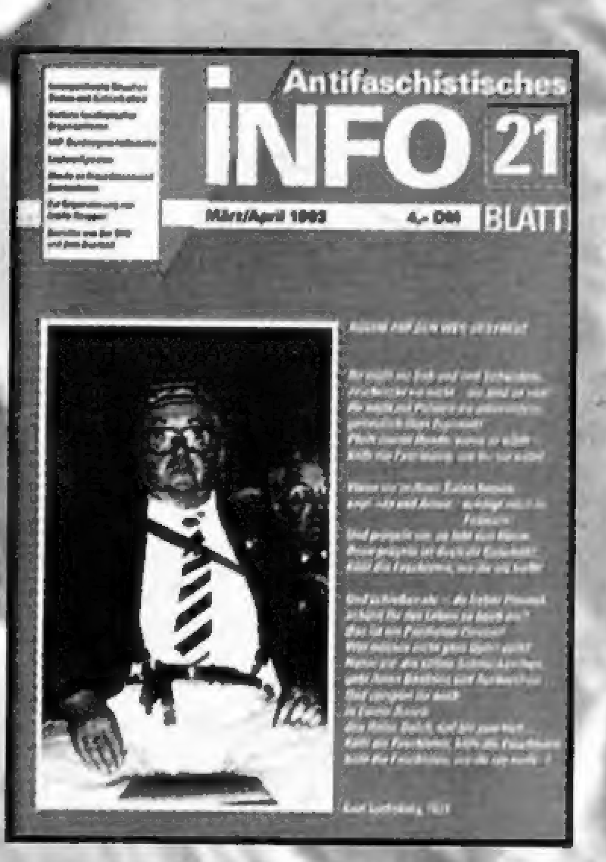

Antifaschistisches
INFO 16 Blatt
HOYERSWERDA


Antifaschistisches
INFO Nr. 18
Mai/Juni 1992 4,- DM BLATT

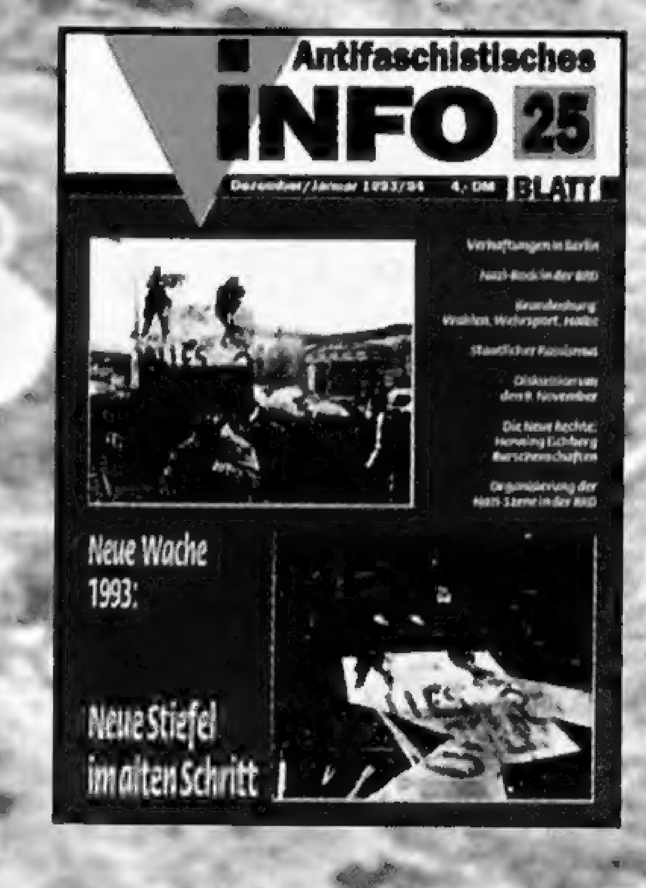

Antifaschistisches
INFO 19
BLATT
Wunsiedel
Berliner Wahlen
Lebenslänglich für Antifaschisten
HIAG - die SS heute
Banknotenfälschung im deutschen KZ
Internationales: Kroatien, CSFR, Südafrika
Diskussion
In einem Dorf bei Berlin
Bauern verprügelten 50 Skins
BINGO

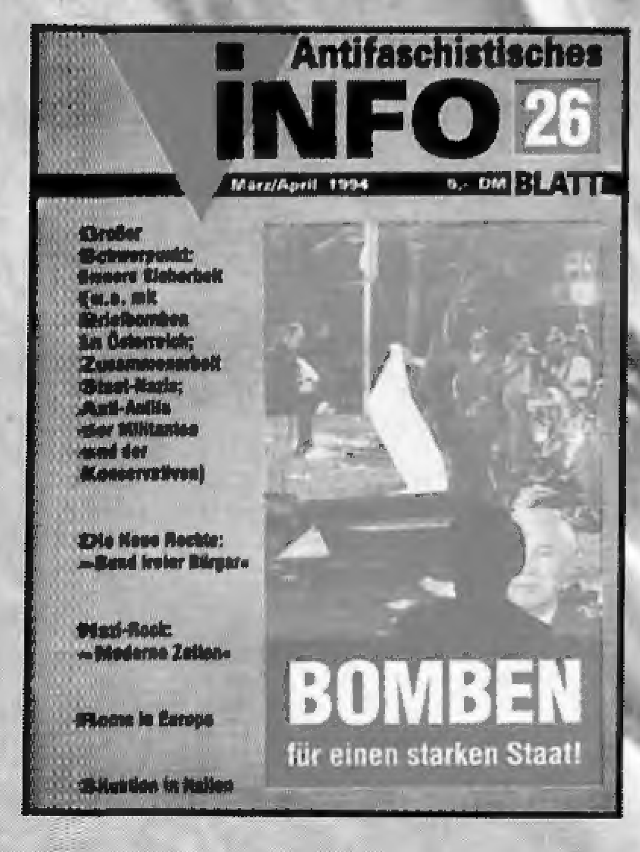

Antifaschistisches
INFO 20
BLATT
Deutschland 1992
ROSTOCK


Antifaschistisches
INFO 20
BLATT
Deutschland 1992


Antifaschistisches
INFO 21
März/April 1993 4,- DM BLATT


INFO 24
BLATT
Herzlichen Glückwunsch...


Antifaschistisches
INFO 25
BLATT
Neue Wache 1993:
Neue Stiefel im alten Schritt

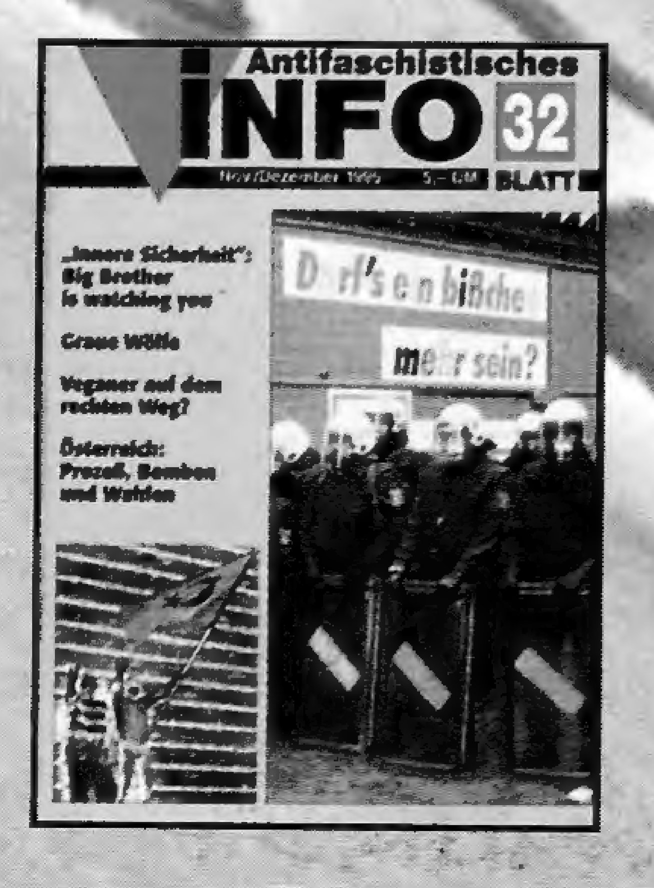

Antifaschistisches
INFO 26
März/April 1994 BLATT
BOMBEN
für einen starken Staat!

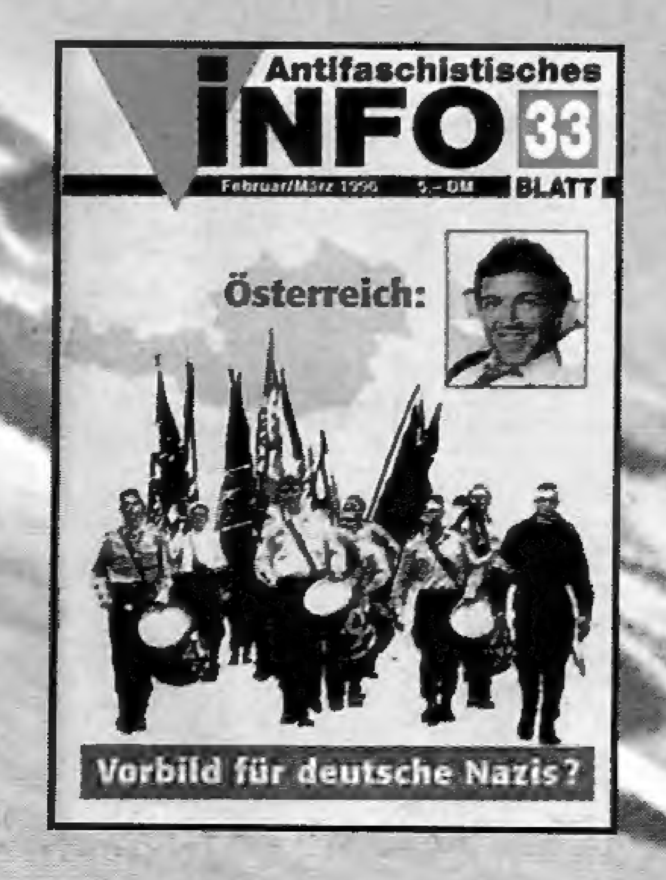

Antifaschistisches
INFO 28
November/Dezember 1994 BLATT
Welche Karte sticht als Nächste?

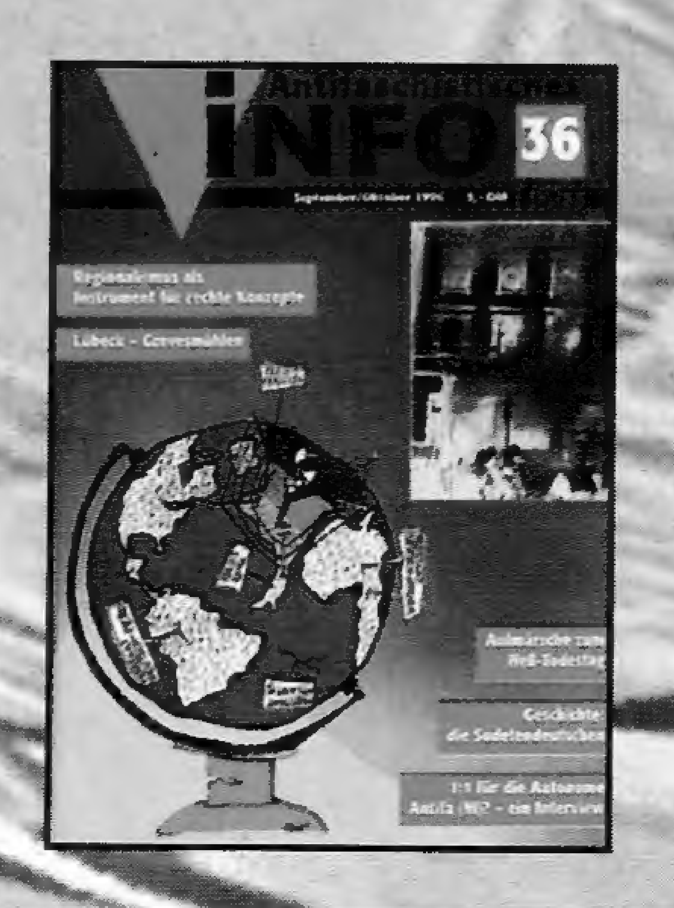

Antifaschistisches
INFO
BLATT


Antifaschistisches
INFO 29
BLATT


Antifaschistisches
INFO 31
Sept/Oktober 1995 BLATT
Aus dem Parteiarchiv der NF
ENOUGH
Roskilde:
Nazis packen ein


Antifaschistisches
INFO 32
Nov/Dezember 1995 BLATT
„Innere Sicherheit": Big Brother is watching you
Graue Wölfe
Vegesser auf dem rechten Weg?
Österreich: Prozeß, Bomben und Wahlen
Darf's ein bißchen mehr sein?


Antifaschistisches
INFO 33
Februar/März 1996 BLATT
Österreich:
Vorbild für deutsche Nazis?


Antifaschistisches
INFO 36
BLATT


Antifaschistisches
INFO 39
BLATT